

Mario Candeias, Klaus Dörre und Thomas E. Goes

**DEMOBILISIERTE
KLASSENGESELLSCHAFT
UND POTENZIALE
VERBINDENDER
KLASSENPOLITIK**

BEITRÄGE ZUR KLASSENANALYSE (2)

23

Demobilisierte Klassengesellschaft und
Potenziale verbindender Klassenpolitik
Beiträge zur Klassenanalyse (2)

Mario Candeias, Klaus Dörre und Thomas E. Goes

**DEMOBILISIERTE KLASSEN-
GESELLSCHAFT UND POTENZIALE
VERBINDENDER KLASSENPOLITIK**
BEITRÄGE ZUR KLASSENANALYSE (2)

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V.i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: September 2019

Redaktion: Mario Candeias und Horst Kahrs

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Vorwort: Wozu Klassenpolitik und -analyse?	7
Klaus Dörre	
Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen	11
20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik	
Thomas E. Goes	
Linke Potenziale und klassenpolitische Voraussetzungen	57
Empirische Befunde und Forschungsperspektiven	
Mario Candeias	
Ein organischer Intellektueller der Arbeiterklasse	142
Rezension von Bernd Riexingers Buch «Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen»	
Die Autoren	148

VORWORT: WOZU KLASSENPOLITIK UND -ANALYSE?

Eine verbindende Klassenpolitik kann helfen, (a) einen klaren Gegnerbezug zu formulieren, zu den führenden Klassen «oben» und gegen die radikale Rechte. Sie kann (b) die soziale Frage schärfer, eben klassenorientiert von der allgemeinen (sozialdemokratischen) Rede von sozialer Gerechtigkeit scheiden und zuspitzen. Im Zuge dieser inhaltlichen Präzisierung kann sie die Klassenfrage aus ihrer Fixierung auf die alte, oft männlich geprägte Arbeiterklasse lösen und zu einer feministischen und gegen geschlechtliche Normierungen gerichteten (queeren) Klassenpolitik weiterentwickeln, zu einer ökologischen Klassenpolitik und zu einem klassenbewussten Antirassismus und auf diese Weise zugleich auch diese Bewegungen klarer links profilieren. Sie kann zudem (c) den falschen Gegensatz zwischen sozialer Frage und (vermeintlicher) Identitätspolitik überwinden. Feminismus und Ökologie sind nicht nur für die Elite – sie sind auch Klassenfragen. Dabei müssen (d) Projekte und Praxen entwickelt werden, die über die üblichen Verdächtigen hinausreichen und gerade auch das «Unten» – mit oder ohne migrantischem Hintergrund – erfassen bzw. von diesen Gruppen selbst getragen werden. Es geht um jene Teile der Klasse, die formal weniger qualifiziert, prekariisiert und in benachteiligten Vierteln konzentriert sind und die sich in der Regel weniger organisieren und seltener zur Wahl gehen. Hier gilt es, mit aufsuchender Arbeit Ausgrenzungen, die auf räumliche Segregation, Klassifikationen und Respektabilitätsgrenzen zurückgehen, zu überwinden, einfache Dinge zu tun, die so schwer erscheinen, wie an Haustüren zu klopfen, zuzuhören, ins Gespräch zu kommen, gemeinsam in die konkrete Arbeit der Organisierung zu treten.

Diese Praxen sind der Lackmустest einer verbindenden Klassenpolitik. Auf diese Weise könnte die neue Klassenpolitik als eine Art verbindender Antagonismus wirken, der unterschiedliche Gruppen, Klassensegmente und Bewegungen quer zu den verschiedenen Themen und Politikfeldern mit einer orientierenden Herangehensweise und konfliktorientiert gegenüber konkreten Gegnern zusammenführt, ohne die

Differenzen zwischen den verschiedenen Teilen der Klasse zu negieren. Denn nur zusammengedacht lässt sich der «Knoten» unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse durchtrennen (Frigga Haug).

Dies sind – extrem verdichtet – die Kerngedanken einer Strategie verbindender Klassenpolitik. Für solche Praxen gab es vielfältige Erfahrungen, die bislang jedoch nicht systematisch verallgemeinert wurden und verbunden worden sind. Dem sollte – zumindest in der Theorie – mit den strategischen Ansätzen der «verbindenden Partei» und der «verbindenden Klassenpolitik» Rechnung getragen werden. Zugrunde lagen diesen Ansätzen auch die Debatten um den Zusammenhang einer gesellschaftlichen Linken: etwa um die Mosaiklinke – meist nur ein Nebeneinander, manchmal auch eine Verbindung der aktiven Teile, aber eben nur der politisch aktiven Teile – und ein Mitte-Unten-Bündnis (Brie). Diesem Mitte-Unten-Bündnis oder dieser Mosaiklinken fehlte jedoch zunehmend das «Unten». Die Partei DIE LINKE konnte über einen längeren Zeitraum etwa die von Hartz-IV Betroffenen aktiv integrieren und repräsentieren. Diese Integrationskraft nahm jedoch über die Jahre in dem Maße ab, in dem sich die Auswirkungen neoliberaler Politik für große Teile der Bevölkerung als Verschlechterungen niederschlugen, Hoffnungen auf die Linke verflogen. Anderen Organisationen erging es ähnlich. Die Rechten drängten in die Lücke. Diese Entwicklungen machen es notwendig, die Partei wieder zu einer organisierenden Partei zu entwickeln, die im Alltag präsent ist, zur Ermächtigung ermutigt, um Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Außerdem geht es darum, dezidiert die (postavantgardistische) Rolle der Partei gegenüber anderen Teilen des Mosaiks, gegenüber Bewegungen und Initiativen oder Gewerkschaften, besser in den Blick zu nehmen.

Doch wer ist die Klasse? Wenn man die Klasse untersuchen möchte, muss man sich auf ihre Veränderung konzentrieren. Im Feuilleton und vielen politischen Debatten, nicht nur der gesellschaftlichen Linken, ist «die Klasse» zurück, meist verbunden mit dem Versuch, die Rechtsentwicklung der Gesellschaft zu erklären. Die Bilder der Klasse, die dabei häufig transportiert werden, sind jedoch seltsam eindimensional, fast altmodisch, beziehen sich auf einen ganz bestimmten Ausschnitt von Klasse. Demgegenüber werden andere Teile entnannt bzw. als gar nicht der Klasse zugehörig behauptet. Entsprechend polarisiert verlaufen dann die Debatten, die Differenzen zu harten und falschen Gegensätzen stilisieren: Identitäts- versus Klassenpolitik oder auch «Kosmopoliten» versus «Kommunitarier». Dies ist aus meiner Sicht der politisch hoch problematische Ausdruck einer Unfähigkeit, Differenzen und Widersprüche innerhalb der Klassen angemessen zu begreifen.

Demgegenüber geht die Vielfältigkeit der Klassen verloren. Diese Vielfältigkeit gilt es also wieder sichtbar zu machen, ohne ihren Zusammenhang aufzulösen: Wir müssen die Stimmen und unterschiedlichen Klassengeschichten wieder hörbar machen. Was denken und fühlen der Kohlekumpel in der Lausitz, der von Digitalisierung bedrohte Industriearbeiter, die DHL-Botin am Ende einer informatisierten Logistikkette, die Krankenschwester in den modernen Krankenhauskonzernen, die Informa-

tikingenieurin, die feststellen muss, dass ihr hoch qualifiziertes Wissen in kurzer Zeit durch neue Technologien und jüngere Konkurrent*innen entwertet wird, oder die jungen, urbanen, akademisch qualifizierten, aber häufig Prekarisierten mit unsicheren Zukunftsaussichten?

Nun gab es in den letzten Jahrzehnten eigentlich viele Untersuchungen zu den Veränderungen der Klasse durch die Produktivkraftentwicklung, zu neuen Subjektivierungsformen und zu den unterschiedlichen Emanzipations- und Klassenkämpfen der Zeit. Sicher wurden dabei selten Begriffe der Klassenanalyse eingesetzt; sicher gab es auch keine umfassende Klassenanalyse; aber der Sache nach gibt es einiges an gutem Material – davon gingen wir aus, als wir die neue Klassenpolitik konzipierten.

Wir setzten außerdem die entwickelte marxistische, marxistisch-feministische und praxeologische Klassentheorie als gegeben voraus, die auf Antonio Gramsci zurückgeht, auf E. P. Thomsen, Stuart Hall, Étienne Balibar und Emmanuel Wallerstein, Pierre Bourdieu, Frank Deppe, Frigga Haug, Gayatri Spivak oder Michael Vester, um nur einige zu nennen. Diese Theoretiker*innen wiederum inspirierten zahlreiche Klassenanalysen. Beides, die besten Theorien und die besten Untersuchungen, setzten wir gewissermaßen voraus. Ein zumindest diskursiver Fehler, der uns zu Beginn viel Mühe gekostet hat, denn dieses Wissen ist alles andere als verallgemeinert in der gesellschaftlichen Linken.

Denn beides, Klassentheorie und -analyse, wurde an den Universitäten ausgedünnt; es gab sie immer, aber die Verbindung empirischer, theoretischer und letztlich dann auch politischer Arbeit wurde immer seltener systematisch verfolgt. Daher funktioniert es auch nicht, einfach an die besten Arbeiten unvermittelt wieder anzuküpfen, wie wir uns das unter dem politischen Handlungsdruck erhofften. Selbst die berühmtesten dieser Arbeiten sind auch unter politischen Profis nicht mehr bekannt, der Wissensstand ist zu stark zerklüftet, nicht aufgearbeitet, nicht weitergetragen worden.

Deshalb braucht es, parallel zur Entwicklung und Verbesserung einer neuen Klassenpolitik, eine Erneuerung kritischer Klassenanalyse und Klassentheorie, die dann wiederum Klassenpolitik informieren kann, Grundlagen bietet, um gezielter zu arbeiten. Dabei entstehen Anforderungen auch an die Wissenschaft: So sehr ich etwa die Arbeiten von Bourdieu, später Wacquant oder Castel oder anderer schätze, allzu sehr beziehen sie sich auf die Zersetzung der alten Arbeiterklasse, auf ihre Fragmentierung, auf die Nicht-Klasse. Zu wenig steht das *remaking of class* im Zentrum. Die Klasse ist in permanenter Veränderung, immer schon, im doppelten Sinne: zum einen der permanente Umbau vonseiten des Kapitals, der alte Klassenzusammenhänge auseinanderreißt und wieder neu zusammensetzt. Alte Milieus sind in Auflösung, neue entstehen, zum Teil aber fragmentierter, häufig pluraler, weiblicher, migrantischer und prekärer. Auf der anderen Seite sind damit auch veränderte Subjektivitäten, Ansprüche und Hoffnungen verbunden, immer wieder neue Ansätze von Kämpfen in veränderten Konstellationen.

Dabei ist zentral, dass auf Basis von Differenzen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen, die Gegenstand von Hegemoniekämpfen sind, Spaltungen und Fraktionierungen produziert werden, indem Teile der Klasse in unterschiedlicher Weise in Herrschaftsprojekte integriert werden. Diese Spaltungen sind ernst zu nehmen, richtig einzuschätzen, sie wirken als handlungsbegrenzend, aber sie sind nicht unveränderbar. Gegenüber diesen Tendenzen steht die Untersuchung solidarischer Potenziale weit weniger im Fokus. Das ist ein Erkenntnisproblem.

Und nicht zuletzt spielen sich zahlreiche Klassenkämpfe nicht nur in der Produktion oder Erwerbsarbeit, sondern auch im Bereich der Reproduktion ab, sie werden um soziale Infrastrukturen, Pflege und Sorgearbeit, geschlechtliche Arbeitsteilung, Wohnen, lebenswerte Umwelten oder Stadträume geführt. Allerdings werden diese Kämpfe selten als Fragen der Klasse verhandelt.

Dann würde aber deutlicher, dass der Interessenbegriff wieder erweitert werden muss. Das gab es alles mal, sowohl theoretisch als auch in der Praxis, zum Beispiel in den Gewerkschaften. Denn die Einzelnen haben vielfältige Interessen. Teilweise sind diese gegensätzlich, gehen mitten durch die Subjekte. Betrachten wir also den ganzen Menschen. Insofern sind Interessen auch nicht gegeben, sondern werden in Auseinandersetzungen permanent geformt, im besten Fall gemeinsam. Entsprechend vielfältiger sind auch die Kämpfe. Denn die These von der «demobilisierten Klassengesellschaft» (Dörre in diesem Band) meint ja nicht, dass es keine Kämpfe gebe, es gibt immer auch eine Gegenbewegung, an die es anzuknüpfen gilt.

«Klassenerfahrungen» in diesem breiten Sinn wieder zum Gegenstand einer wider-spruchsorientierten Analyse zu machen kann Anknüpfungspunkte für solidarische Praxen begründen. Wie lassen sich also die verschiedenen Teile der Klasse verbinden? Wie kann eine neue Klassenanalyse die für einen Teil der gesellschaftlichen Linken zentral gewordene Strategie einer «verbindenden Klassenpolitik» empirisch und theoretisch begleiten? Dafür bräuchten wir mehr Unterstützung und produktive Kritik. Die Reihe «Beiträge zur Klassenanalyse», die wir mit diesem Band fortsetzen, versucht, in diesem Sinne Materialien an der Schnittstelle von neuer Klassenanalyse und verbindender Klassenpolitik bereitzustellen.

Mario Candeias
Berlin, September 2019

Klaus Dörre

UMKÄMPFTE GLOBALISIERUNG UND SOZIALE KLASSEN

20 THESEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE KLASSENPOLITIK

These 1: Die Globalisierung hat die Komposition sozialer Ungleichheiten verändert	13
These 2: Im Unterschied zu Schichtungsmodellen benennen Klassentheorien Kausalmechanismen	14
These 3: Im Unterschied zu Milieustudien können Klassentheorien gesellschaftlichen Wandel erklären	17
These 4: Machtressourcen sind entscheidend für den Übergang von demobilisierten zu mobilisierten Klassen	18
These 5: Aus der Perspektive einer Theorie kapitalistischer Landnahmen gibt es stets ein Innen und ein Außen kapitalistischer Klassenverhältnisse	21
These 6: In Deutschland haben sich demobilisierte Klassengesellschaften herausgebildet	22
These 7: Demobilisierte Klassengesellschaften begünstigen finanzkapitalistische Eliten	23
These 8: Der Mythos «Mitte» bringt die Klassenfrage zum Verschwinden	26
These 9: Es existieren mindestens drei Klassen von Lohnarbeiter*innen	28
These 10: Der Begriff der Arbeiter*in muss neu definiert werden	29

These 11: Eine Einheit subalterner Klassen besteht nur temporär als sozialer Block	30
These 12: In der demobilisierten Klassengesellschaft wird Klassenkampf vorzugsweise von oben geführt	31
These 13: Demobilisierte Klassengesellschaften neigen zur Herausbildung von Wettbewerbsklassen	38
These 14: Die Zunahme klassenspezifischer Ungleichheiten ist eine der Triebkräfte für die rechtspopulistische Revolte	39
These 15: Rechtsaffine Arbeiter*innen tragen Kämpfe um den Statuserhalt mit dem Mittel des Ressentiments aus	40
These 16: Verbindende Klassenpolitik muss die Vorstellung von homogenen nationalen Gemeinschaften zurückweisen	42
These 17: Demokratische Klassenpolitik muss mit realen Klassenauseinandersetzungen korrespondieren	45
These 18: Demokratische Klassenpolitik muss international sein	47
These 19: Klassenkonflikte sind sozial-ökologische Transformationskonflikte	48
These 20: Transformierende Klassenpolitik benötigt die Vision einer besseren, nachkapitalistischen Gesellschaft	49
Literatur	51

These 1: *Die Globalisierung hat die Komposition sozialer Ungleichheiten verändert. Weltweit nimmt die Ungleichheit innerhalb der Nationalstaaten und zwischen den Klassen seit drei Jahrzehnten wieder zu (Piketty 2014). In den frühindustrialisierten Ländern sind Klassengesellschaften neuen Typs entstanden, in denen Regime «multipler Ungleichheiten» (Dubet 2019) die Klassenverhältnisse verdecken und unkenntlich machen.*

Während sich Ungleichheiten *zwischen* Nationalstaaten vor allem wegen des Aufholens großer Schwellenländer und insbesondere Chinas verringern, wächst die Einkommens- und Vermögensungleichheit *innerhalb* der Nationalstaaten oder verharrt auf hohem Niveau (Thebourn 2012; Milanovic 2016; 2017). Es ist allerdings nicht ausgemacht, dass dieser Trend anhält, denn betrachtet man das prognostizierte Pro-Kopf-Wachstum, könnte der Abstand zwischen China und den alten Zentren künftig wieder größer werden. Zudem muss beachtet werden, dass sich nicht nur im globalen Süden, sondern auch in den alten Zentren (Sub-)Peripherien herausgebildet haben (z. B. Griechenland, europäischer Süden und Südosten). An der scharfen Ausprägung vertikaler, klassenspezifischer Ungleichheiten innerhalb der nationalen Gesellschaften ändert das jedoch nichts.

2018 besaßen ganze 0,8 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung 44,8 Prozent des Haushaltsgesamtvermögens, während 63,9 Prozent lediglich über einen Vermögensanteil von 1,9 Prozent verfügen (Credit Suisse 2018). Parallel zu erhöhten Einkommen aus Kapitalerträgen ist die durchschnittliche Lohnquote in den wichtigsten Industrieländern zwischen 1980 und 2013 nahezu kontinuierlich gesunken (IWF 2017). Die Lohnsteigerungen der nachfolgenden Jahre haben diese Schieflage nicht grundlegend korrigiert. Rasches Wachstum in großen und kleinen Schwellenländern, das dort Mittelklassen expandieren lässt, geht zulasten von Verlierergruppen in den OECD-Staaten. Hauptgewinner der Globalisierung sind Geldeliten, die auf allen Kontinenten, überwiegend aber noch immer in den alten kapitalistischen Zentren leben. 44 Prozent des Einkommenszuwachses, der zwischen 1988 und 2008 erzielt wurde, entfielen auf die reichsten fünf Prozent, nahezu ein Fünftel auf das reichste eine Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung. Die aufstrebenden Mittelklassen in den Schwellenländern erhielten lediglich zwei bis vier Prozent der absoluten Zuwächse (Milanovic 2016; 2017).

Für die Verlierer, hauptsächlich die Industriearbeiterschaft und – allerdings nur mittelbar, weil zu erheblichen Teilen lokal gebunden – das wachsende Dienstleistungsproletariat der alten Zentren, entfällt damit zunehmend, was Branko Milanovic als «Ortsbonus» der Vermögensverteilung bezeichnet. Das Glück, in einem reichen Land geboren zu sein, schützt nicht mehr vor Einkommens- und Statusverlusten, sozialem Abstieg, Prekarität und sozialem Ausschluss. «Grobe» Klassenunterschiede prägen sich wieder stärker aus. Zugleich gewinnen neue Spaltungen und Ungleichheiten an Bedeutung, die sich teilweise *innerhalb* der direkt oder indirekt von Löhnen abhängigen Klassen bemerkbar machen. Selbst in Gesellschaften mit prosperierender

Wirtschaft sind unsichere Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zu einer «normalen Organisationsform» (Castel 2011: 136) des sozialen Lebens geworden.

In gewisser Weise vollzieht sich eine doppelte Exklusion. Am oberen Ende der sozialen Hierarchie expandiert eine – quantitativ gleichwohl winzige – soziale Gruppe von Superreichen, die sich verbindlicher Regeln, wie sie für große Mehrheiten in den nationalen Gesellschaften gelten, weitgehend entledigt hat. Am unteren Ende der Hierarchie entstehen und wachsen hingegen soziale Großgruppen, die auf völlig andere Weise aus der etablierten gesellschaftlichen Ordnung herausfallen. Diese Gruppen sind von regulärer Erwerbsarbeit, aber auch von elementaren sozialen und demokratischen Rechten ausgeschlossen. Aus der Perspektive der sogenannten Mehrheitsgesellschaften erscheinen sie wirtschaftlich schlicht «überflüssig». In nahezu allen frühindustrialisierten Ländern umfassen diese Unterklassen etwa zehn bis 15 Prozent der nationalen Bevölkerungen (Mann 2014: 114f.). Eine umfassende soziologische Theorie, die in der Lage wäre, die verwirrende Vielfalt sozialer Spaltungen angemessen auf den Begriff zu bringen und klassenanalytisch zu verorten, existiert gegenwärtig nicht. Umso wichtiger ist es, an Klassentheorien und -analysen zu arbeiten, die diese Lücke schließen könnten.

These 2: Im Unterschied zu Schichtungsmodellen benennen Klassentheorien Kausalmechanismen, die das «Glück der Starken» mit «der Not der Schwachen» verbinden (Boltanski/Chiapello 2003: 398).¹ Ausbeutung im marxischen Sinne ist aber nur ein Kausalmechanismus unter mehreren anderen.

Soziale Klassen sind große Menschengruppen, die sich durch ihre besondere Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozess der Gesellschaft auszeichnen. Diese in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verankerten Gruppen sind hinsichtlich ihrer sozialen Verkehrskreise und ihrer Lebensführung relativ homogen. Sie existieren nur innerhalb prozessierender, sich geschichtlich entwickelnder Wechselbeziehungen, die je nach Konstellation eher friedlich oder konfliktreich gestaltet werden können. Sowohl in den Sozialwissenschaften als auch im politischen Diskurs kann Klasse im Sinne eines sozialen Ordnungsbegriffs, aber auch als herrschaftskritische Kategorie verwendet werden. Das größte Anregungspotenzial für eine herrschaftskritische Verwendung besitzt noch immer die marxische Klassentheorie.

Karl Marx, dessen Klassenkonzept fragmentarisch blieb, übernahm von Vorläufertheorien die Verortung von Klassenverhältnissen in der sozioökonomischen Kernstruk-

1 Wie ein Kausalmechanismus funktioniert, der Herrschende und beherrschte Klassen verbindet, kann anhand der Ausbeutungskategorie veranschaulicht werden: In einem allgemeinen Sinne bezeichnet Ausbeutung eine Äquivalenzbeziehung zwischen Starken und Schwachen, zwischen Reichen und Armen. Von Ausbeutung kann nur dann die Rede sein, sofern sich nachweisen lässt, dass die Reichen reich sind, «weil die Armen arm sind, das heißt, sie sind reich auf Kosten der Armen» (Wright 1985).

tur kapitalistischer Gesellschaften, die Kritik am Herrschaftscharakter der Klassenbeziehungen sowie das politische Ziel, Klassenherrschaft zu überwinden. Die eigentliche Besonderheit von Marx' Klassentheorie ergibt sich jedoch aus der Konstruktion eines Vermittlungsprinzips, das die gesellschaftlichen Hauptklassen unauflöslich aneinander kettet. In der Aneignung von unbezahlter Mehrarbeit eigentumsloser Lohnabhängiger durch Privateigentümer, die über die Produktionsmittel verfügen, sieht Marx den zentralen Kausalmechanismus, auf den sich die Klassenbeziehungen kapitalistischer Gesellschaften gründen. Im Unterschied zu den Frühsozialist*innen begreift er Ausbeutung als Austauschbeziehung formal gleichgestellter Warenbesitzer. Die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit ist demnach an der Oberfläche kein Akt der Übervorteilung, denn die Besitzer von Produktionsmitteln und Arbeitskraft treten sich in der Zirkulations-sphäre mit ihren formalen Vertragsbeziehungen als gleichberechtigte Eigentümer gegenüber. Für sie gilt «Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham»² (MEW 23: 189).

Der kapitalistische Warentausch, auch der zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern, «schließt an und für sich keine anderen Abhängigkeitsverhältnisse ein als die aus seiner eignen Natur entspringenden» (ebd.: 182). Deshalb ist es sinnvoll, «den Austausch von Äquivalenten als Ausgangspunkt» für die Analyse spezifisch kapitalistischer Ausbeutung zu nutzen (ebd.: 180). Die Ausbeutung der von Löhnen abhängigen Klassen wird möglich, weil Lohnabhängige nicht für die von ihnen erzeugten Produkte, sondern für ihre Arbeitskraft bezahlt werden, die sie an die Besitzer von Produktionsmitteln verkaufen müssen. Da die Ware Arbeitskraft die besondere Eigenschaft besitzt, über ihre Reproduktionskosten hinaus wertbildend zu sein, die Löhne aber um die durchschnittlichen Reproduktionskosten der Arbeitskraft oszillieren, kann während der unbezahlten Arbeitszeit ein Mehrprodukt erzeugt werden. Dieses Mehrprodukt eignen sich die Kapitalbesitzer an, um es nach Abzug der Kosten, etwa für Maschinen, Rohstoffe, Gebäude, Grund und Boden, und abhängig vom Volumen des eigenen Konsums zumindest teilweise mit dem Ziel zu reinvestieren, im nächsten Produktionszyklus einen noch größeren Mehrwert zu schaffen, der dann erneut reinvestiert werden kann.

Eine zeitgemäße Klassentheorie muss – ungeachtet der bekannten Schwierigkeiten mit Marx' Werttheorie – von einer begrenzten Pluralität sozialstrukturell relevanter Kausalmechanismen ausgehen, die allerdings nicht in gleicher Weise und auch nicht in jedem Fall klassenkonstitutiv wirken. Zu diesen Mechanismen gehören neben der (1) vertraglich auf Äquivalententausch beruhenden Ausbeutung (Karl Marx), (2) sekundäre (bzw. Über-)Ausbeutung, die aus ungleichem Tausch, außerökonomischem Zwang und Dominanz resultiert (Nancy Fraser, Silvia Federici), (3) soziale Schließung (Max Weber, Theodor Geiger), (4) bürokratische Kontrollmacht (Erik Olin Wright),

2 Jeremy Bentham war ein englischer Jurist, Philosoph und Sozialreformer und gilt als Begründer des klassischen Utilitarismus. Er formulierte ein Prinzip des Nutzens, das besagt, dass all das gut ist, was «das größte Glück der größten Zahl» hervorbringt. Auf diesem Prinzip gründete sich später eine Marktgläubigkeit, die Marx spöttisch kritisierte.

(5) Enteignung unter anderem von Gemeineigentum und öffentlichen Gütern (Rosa Luxemburg, David Harvey, Silvia Federici) sowie (6) Distinktion einschließlich bewusster Auf- und Abwertungen sozialer Gruppen (Pierre Bourdieu, Didier Eribon).

Konstitutiv im Sinne mobilisierbarer Klassen wirken im Kapitalismus nur jene Kausalmechanismen, die soziale Großgruppen vertikal zueinander in Beziehungen setzen. Kausalmechanismen, die auf der horizontalen Ebene angesiedelt sind, können Klassen*fraktionen* hervorbringen. Denkbar ist aber auch, dass sie im Sinne einer Innen-Außen-Dialektik wirksam werden, die gesellschaftliche Inklusions- und Exklusionsbereiche voneinander trennt. Distinktion, soziale Abwertung und Ausschluss wirken sowohl vertikal als auch horizontal. Sie stehen für das Phänomen demobilisierter Klassen, das heißt für einen Aggregatzustand subalternen Klassen, der von Konkurrenz und symbolischer Distinktion beherrscht wird.³

Die Wechselbeziehung zwischen den verschiedenen Kausalmechanismen sind noch kaum erforscht. Gleiches gilt für die strategische Nutzung von Machtressourcen, die den Übergang zu mobilisierten Klassen begünstigt. Solche Leerstellen zu untersuchen, ist Anliegen des Projekts Klassenanalyse Jena (PKJ), das am Bereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der FSU Jena angesiedelt ist und seitens der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wird. Grundsätzlich gilt: Alle genannten Kausalmechanismen sind in sämtlichen Spielarten des Kapitalismus ständig präsent. Ihre Gewichtung verschiebt sich jedoch in Abhängigkeit zur Akkumulationsdynamik, zu den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, sozialen Konflikten und politischen Blockbildungen. Vereinfacht gesprochen gewinnen Kausalmechanismen wie Überausbeutung, Dominanz, Distinktion oder symbolische Auf- und Abwertung in dem Maße an Bedeutung, in dem eine Einhegung primärer, das heißt rationaler kapitalistischer Ausbeutung durch den Einsatz von Machtressourcen beherrschter Klassen und deren Institutionalisierung in sozialen und demokratischen Rechten der Subalternen misslingt oder wenn sie bewusst aufgebrochen wird. Die Etablierung und Expansion eines Niedriglohnsektors in Deutschland ist ein markantes Beispiel. Niedriglohnbeschäftigung bedeutet, an wohlfahrtsstaatlichen Standards gemessen, sekundäre (Über-) Ausbeutung, häufig gepaart mit außerökonomischer Disziplinierung von Frauen und Migrant*innen. Wichtig ist, dass Klassen, die auf Ausbeutung, aber auch auf der Mobilisierung von Gegenmacht zur Einschränkung oder Überwindung von Ausbeutung beruhen, etwas signifikant anderes sind als Klassen, die aus Klassifikationen, Distink-

3 Im «Elend der Philosophie» (MEW 4: 180 f.) findet sich eine der wenigen Passagen, in der Marx die häufig benutzte Redewendung von der Klasse «an sich» und «für sich» ansatzweise formuliert. Weil diese Beschreibung geschichtsphilosophisch aufgeladen ist, erscheint es um ein Vielfaches produktiver, diese Formel durch die Unterscheidung zwischen mobilisierten und demobilisierten Klassen zu ersetzen. Demobilisiert sind Klassen, sofern sie nicht über angemessene aktive Repräsentationen von ökonomisch-sozialen und politischen Klasseninteressen verfügen und deshalb wechselseitige Konkurrenz, Distinktion und soziale Abwertung dominieren. Mobilisierte Klassen verfügen über angemessene Repräsentationen – sei es in Gestalt spontaner Bewegungen, sei es durch Organisationen wie Gewerkschaften, politische Parteien, Räte etc.

tion und sozialer Abwertung entstehen. Beide Klassentypen können nebeneinander existieren und sich überlappen. Das heißt auch, dass – wie bereits Max Weber argumentiert hat – jede Person unterschiedlichen Klassen angehört.

Grundsätzlich gilt: Klassenstrukturen können nach Marx nicht außerhalb von Klassenverhältnissen existieren, die sich in ständiger Bewegung und Veränderung befinden (Thien 2019). Sicherlich lassen sich rein statistisch große Lohnarbeiterklassen abbilden. Doch wenn sich gemeinsame soziale Verkehrskreise und Praxen solch statistischer Einheiten nicht nachweisen lassen, bleiben sie Klassen auf dem Papier. Sie sind dann Klassen nur insofern, wie auch die französischen Parzellbauern zu Zeiten Louis Bonapartes III. eine Klasse darstellten: «So wird die große Masse der Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet: Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen anderer Klassen trennen, und ihnen feindlich gegenüber stellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellbauern besteht, die Diesseligkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sind sie daher unfähig, ihre Klasseninteressen im eigenen Namen [...] geltend zu machen.» (MEW 8: 198)

***These 3:** Zu den vergessenen Stärken der marxischen Klassentheorie gehört, dass sie mit Klassenhandeln zugleich gesellschaftlichen Wandel erklären will und erklären kann. Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, die um die Verfügung über und die Verteilung des Mehrprodukts geführt werden, sind in kapitalistischen Gesellschaften noch immer eine strukturprägende Achse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.*

Vor mehr als einem halben Jahrhundert hat Ralf Dahrendorf diese Stärke von Marx' Klassentheorie präzise benannt: «Es geht mir um eine Sache: um den bemerkenswerten Tatbestand nämlich, daß soziale Strukturen zum Unterschied von den meisten anderen Strukturen aus sich selbst die Elemente ihrer Überwindung, ihres Wandels zu erzeugen vermögen. [...] Zumindest ein bedeutender Soziologe, Karl Marx, hat den Begriff der Klassen im hier angedeuteten Sinne verwendet [...]. Schicht ist ein deskriptiver Ordnungsbegriff. Der Begriff der «Klasse» dagegen eine analytische Kategorie, die nur im Zusammenhang einer Klassentheorie sinnvoll sein kann. «Klassen» sind aus bestimmten Strukturbedingungen hervorgegangene Interessengruppierungen, die als solche in soziale Konflikte eingreifen und zum Wandel sozialer Strukturen beitragen.» (Dahrendorf 1957: VIII f.)

Dahrendorfs Grundgedanke ist für eine zeitgemäße Klassentheorie noch immer unverzichtbar. Für eine bloße Beschreibung sozialer Ungleichheiten wird der Klassenbegriff nicht benötigt. Wenn es darum geht, vertikale Ungleichheiten möglichst genau abzubilden, sind Schichtmodelle oder Milieustudien wahrscheinlich leistungs-

fähiger als eine an Marx angelehnte Klassentheorie. Kritische Klassenkonzeptionen kommen jedoch nicht umhin, jene Herrschaftsmechanismen aufzudecken, die mit den Klassenverhältnissen in modernen kapitalistischen Gesellschaften eng verknüpft sind. Ihr Anliegen ist die Überwindung, zumindest die Einhegung und Begrenzung von Ausbeutung und Klassenherrschaft. Deshalb können sie auf die Frage nach sozialen Kräften, die Interessen beherrschter Klassen repräsentieren und entsprechende Transformationen anstreben, nicht verzichten.

Um analytisch verwendbar zu sein, muss die Kategorie des Klassenhandelns jedoch von geschichtsphilosophischer Aufladung entlastet werden. Klassen, so Göran Therborn, «sind keine einheitlichen Handlungssubjekte», und sie müssen auch nicht als solche angesehen werden, «um von Klassenhandeln sprechen zu können» (Therborn 1987: 143). Stattdessen gilt: «Klassenhandeln ist nicht mehr und nicht weniger als das Handeln von Individuen und Gruppen, Netzwerken und formalen Organisationen einer Klasse zur Verteidigung und Verbesserung von Klassenpositionen (und den damit einhergehenden sozialen Bedingungen). «Klasse» ist ein analytischer Begriff, und sollte als solcher betrachtet werden, und nicht als eine Truppe, die man durch die Straßen marschieren sehen kann.» (Ebd.)

Nur in relativ seltenen Fällen eignet sich Klasse als ein politischer Mobilisierungsbegriff. Klassenpolitik bedeutet unter heutigen Bedingungen vor allem, Projekte zu definieren, denen sich Klasseninteressen der von Löhnen Abhängigen im öffentlichen Raum zuordnen lassen können.

These 4: Entscheidend für den Übergang von demobilisierten zu mobilisierten Klassen ist die Verfügung über und die Nutzung von Machtressourcen zum Erhalt oder zur Verbesserung der jeweiligen Klassenposition.

Macht bezeichnet «jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen» (Weber 1980 [1921]: 28). Analytisch muss zwischen – primär, aber nicht ausschließlich ökonomischer – (1) Kapitalmacht, (2) staatlicher Macht und (3) den Machtquellen subalternen Klassen unterschieden werden.

(1) Kapitalmacht beruht auf der Stellung kapitalistischer Unternehmen am Markt (strukturelle Macht), auf der organisierten Wahrnehmung von unternehmensübergreifenden Interessen durch Wirtschaftsverbände (Organisationsmacht), auf der Interessenwahrnehmung in Zwangskörperschaften und korporativen Gremien (institutionelle Macht) sowie auf der Umwandlung von ökonomischer in politisch wirksame Lobbymacht (gesellschaftliche Macht).

(2) Staatliche Macht resultiert unter anderem aus der Ausübung des Gewaltmonopols, aus der Verfügung über Polizei und Militär, aus der Fähigkeit zum Erlassen und zur Sanktionierung von Gesetzen und Regelwerken, aber auch aus der Möglichkeit, Sozialeigentum zu gewähren oder zu beschneiden und kollektive Willensbildung zu beeinflussen.

(3) Die Macht der Lohnabhängigen ist demgegenüber ihrem Ursprung nach eine heterodoxe Machtform (Silver 2005: 38), die sich in Relation zu den Machtressourcen dominanter kapitalistischer Akteure (Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Staat) entfaltet. Ihre Anwendung setzt ein gemeinsames Interesse von Lohnabhängigen voraus, um Asymmetrien in den Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit mittels kollektiver Erschließung besonderer Machtressourcen zumindest zu korrigieren: *Strukturelle Macht* von Lohnabhängigen erwächst aus einer besonderen Positionierung am Arbeitsmarkt oder im Produktionsprozess. *Labour unrest*, sprich: Absentismus, Bummelei, Sabotage, spontane Aktionen bis hin zu situativen Empörungen, Revolten und Aufständen stellen Varianten struktureller Macht dar, die auch Gruppen ohne Spezialqualifikationen oder besondere Positionierung in Produktionsprozessen ausüben können (Silver 2005: 11 u. 44 ff.). Von diesen Ressourcen unterscheidet sich *Organisationsmacht*, die aus dem Zusammenschluss zu Gewerkschaften, Genossenschaften oder politischen Parteien entsteht. Sie erschöpft sich nicht in Organisationsgraden, sondern setzt Konfliktbereitschaft, Mobilisierungsfähigkeit und die innere Bindung ihrer Mitglieder voraus. Anders als strukturelle Macht, die häufig spontan genutzt wird, ist Organisationsmacht auf eine bewusste, teilweise strategisch geplante Erschließung durch kollektive Akteure angewiesen. *Institutionelle Macht* fixiert und normiert Resultate von Aushandlungen oder Konflikten. Sie präformiert Handlungsstrategien von Betriebsräten, Gewerkschaften, Kapitalverbänden und politischen Akteuren, die auch dann noch als wahrscheinlich, naheliegend und verbindlich gelten, wenn sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse gravierend verändert haben.

Gewerkschaften und politische Akteure können institutionelle Ressourcen, die ihnen das Arbeitsrecht, die Mitbestimmung oder der Tarifvertrag bieten, selbst in Zeiten rückläufiger Organisationsmacht nutzen. Selbiges setzt voraus, dass die Organisationen der Lohnabhängigen trotz nachlassender Bindefähigkeit seitens der dominanten kapitalistischen Akteure weiterhin als authentische Repräsentanten kollektiver Arbeitsinteressen akzeptiert werden. Ob Lohnabhängigenmacht öffentlich anerkannt wird, hängt wesentlich von der Erschließung einer vierten Machtquelle ab, die in der Literatur wahlweise als *assoziierte* (Dörre u. a. 2009: 57), *kommunikative* (vgl. Urban 2010; Gerst u. a. 2011: 141–144) oder *gesellschaftliche* Macht (Arbeitskreis Strategic Unionism 2013: 359–363) bezeichnet wird. Während die Kategorie der assoziierten Macht vor allem auf die Bündnisfähigkeit von Gewerkschaften und Lohnabhängigenorganisationen zielt, thematisiert kommunikative Macht die Diskursfähigkeit und den Kampf um kulturelle Hegemonie. Die Kategorie der gesellschaftlichen Macht sucht beiden Funktionen Rechnung zu tragen.

Zu überlegen ist, ob *Reproduktionsmacht* als eigene Machtquelle zu behandeln ist. Reproduktionsmacht erwächst aus den Besonderheiten von Sorgearbeiten, die teilweise informell und häufig in Haushalten, halb(-staatlichen) oder Non-Profit-Organisationen ausgeübt werden. Ein Charakteristikum auch von professionell ausgeüb-

ten Sorgearbeiten, die am Wohlbefinden anderer Menschen orientiert sind, ist, dass sie ein nicht genau quantifizierbares Maß an Zeit und emotionaler Zuwendung benötigen. Die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen und der damit verbundenen Abhängigkeiten ist unmittelbar Teil der Sorgeleistungen (vgl. Aulenbacher u. a. 2014). Diese Besonderheit prägt die Bedingungen, die für die Entstehung kollektiver Reproduktionsmacht ausschlaggebend sind.

Unabhängig davon gilt: Die Macht der Lohnabhängigen ist eine, aber nicht die einzige Form heterodoxer Macht, die sich subalterne Klassenfraktionen zunutze machen können. Bewegungen beherrschter Arbeiterklassen, so lässt sich auf der Suche nach Kriterien für eine analytische Heuristik zuspitzen, brechen bevorzugt an Ausbeutung, oder schwächer: am Kampf um das gesellschaftlich erzeugte Mehrprodukt aus. Sie richten sich gegen eine klar identifizierbare gegnerische Klasse, zielen vornehmlich auf Gleichheit oder Gleichwertigkeit und beruhen auf der Nutzung verschiedener Quellen von Lohnarbeitsmacht.

Bewegungen polyanischen Typs zeichnen sich durch andere Charakteristika aus. Diese Bewegungen setzen nicht an Klassen und Ausbeutung im Arbeitsprozess an, sondern an den gesellschaftszerstörenden Konsequenzen deregulierter Märkte. Folgt man Beverly Silver, so richten sich Bewegungen polyanischen Typs gegen eine expansive Marktmacht, die den Akteuren diffus und abstrakt erscheint. Diese Macht lässt sich selten eindeutig zuordnen und die Kritik an ihr kann in unterschiedliche Richtungen politisiert werden. Möglich ist, dass marktkritische Bewegungen reaktiv-nationalistische oder gar faschistische Züge annehmen. Im Unterschied zu den Implikationen des marxischen Klassenuniversalismus, der unterstellte, die «Exploitation des Weltmarktes» werde «die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch» gestalten (MEW 4: 466), muss nach Polanyi stets mit dem Gegenteil gerechnet werden. Nivellierende Marktmacht kann eine «endemische Tendenz» unter Lohnabhängigen bestärken, «klassenunspezifische Grenzen abzustecken, auf deren Basis sie [die Lohnabhängigen, d. Verf.] beanspruchen können, vor dem Mahlstrom [des Marktes, d. Verf.] geschützt zu werden» (Silver 2005: 41).

In operationalisierbare Kriterien übersetzt, brechen Bewegungen polyanischen Typs bevorzugt an Unsicherheit, Entfremdung und Missachtung auf, ihr Gegnerbezug bleibt diffus. Sie klagen Schutz nicht nur vor *sozialer Unsicherheit*, sondern auch vor Gefährdungen der *öffentlichen Sicherheit* ein (Castel 2005). Dabei ist der Nationalstaat ihr Hauptadressat. Die Wirksamkeit dieser Bewegungen beruht wesentlich auf der Fähigkeit zu gesellschaftlicher Polarisierung und der Ausübung von Blockademacht in politischen Entscheidungsprozessen. Zu den Machtressourcen polyanischer Bewegungen gehört mitunter die Bereitschaft zur Ausübung von Gewalt, die sich sowohl gegen staatliche Institutionen als auch gegen Konkurrenten und Andersdenkende richten kann. In der sozialen Realität sind die Grenzen zwischen Bewegungen des marxischen und Bewegungen des polyanischen Typus allerdings fließend (vgl. Dörre 2019).

These 5: Aus der Perspektive einer Theorie kapitalistischer Landnahmen gibt es stets ein Innen und ein Außen kapitalistischer Klassenverhältnisse. Für die Abhängigkeit kapitalistischer Klassenverhältnisse von einem nichtkapitalistischen Anderen liefert die «zweite Produktionsweise» (Silvia Federici, Frigga Haug), in der bezahlte wie unbezahlte Sorgearbeiten die Arbeitskraft überhaupt erst herstellen, ein markantes Beispiel.

Die unzureichende Analyse von Verhältnissen, Beziehungen und Kämpfen in den Exklusionsbereichen kapitalistischer Produktionsweisen gehört zu den großen Schwächen vieler an Marx orientierter Klassentheorien. Das lässt sich mithilfe des Landnahmekonzepts ändern. Landnahme ist als Kategorie für Theorien zentral, die den Kapitalismus als expansives System analysieren und kritisieren. Kapitalistische Entwicklung vollzieht sich demnach als komplexe Innen-Außen-Bewegung. Stets beinhaltet sie die Internalisierung von Externem, die Inklusion externalisierter Bereiche, die Okkupation eines nicht oder nicht vollständig kommodifizierten Außen. Beim Klassenkampf geht es deshalb nicht allein um die Intensivierung, Begrenzung oder gar die Aufhebung von Ausbeutung. Klassenhandeln zielt immer auch auf Grenzverschiebungen zwischen Inklusions- und Exklusionsbereichen der Gesellschaft, zum Beispiel zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit oder Ausbeutung und Überausbeutung. Das führt zu Spannungen und Kämpfen auch innerhalb von subalternen Klassen.

Was das klassenpolitisch bedeutet, lässt sich anhand von Sorgearbeiten und Reproduktionstätigkeiten verdeutlichen. Kapitalistische Klassenverhältnisse konstituieren, so die feministischen Varianten des Landnahmekonzepts, zwei Produktionsweisen – die Produktion von Gütern und Dienstleistungen einerseits und eine Produktionsweise, die die Arbeitskraft hervorbringt, andererseits. Wir müssen davon ausgehen, so die feministische Marxistin Silvia Federici, dass «der Körper für Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft das gewesen ist, was die Fabrik für männliche Lohnarbeiter gewesen ist: der Hauptschauplatz ihrer Ausbeutung und ihres Widerstands. [...] Denn der weibliche Körper ist vom Staat und von Männern angeeignet und gezwungen worden, als Mittel der Akkumulation und der Reproduktion von Arbeit zu fungieren» (Federici 2015: 23).

Am historischen Beispiel der Hexenverfolgung zeigt Federici, wie sexistische und rassistische Klassifikationen, die einen anderen Ursprung haben als kapitalistische Ausbeutung und deshalb eigenlogisch funktionieren, systematisch für die Herstellung eines gesellschaftlichen Exklusionsbereichs genutzt werden, der die kapitalistischen Klassenverhältnisse durchzieht: «Die politische Lektion [...] lautet in der Tat, dass der Kapitalismus als sozioökonomisches System zwingend auf Rassismus und Sexismus angewiesen ist [...]. Der Kapitalismus rechtfertigt und mystifiziert solche Widersprüche, indem er die «Natur» derjenigen, die er ausbeutet, verunglimpft, also die der Frauen, der kolonialen Subjekte, der Nachkommen afrikanischer Sklaven und der von Globalisierung entwurzelten Migranten und Migrantinnen.» (Ebd.: 25)

Es kann daher nicht darum gehen, *race* und *gender* der Klasse nur hinzuzuaddieren. All diese Herrschaftsmechanismen und Konfliktlinien müssen in ihrer Eigenständigkeit, zugleich aber auch in ihren inneren Beziehungen zu den gesellschaftlichen Klassenverhältnissen ausgeleuchtet werden.

These 6: *In Deutschland wie auch in anderen kapitalistischen Zentren haben sich demobilisierte Klassengesellschaften herausgebildet. Einerseits prägen sich klassenspezifische Ungleichheiten stärker aus, andererseits verlieren Bewegungen und Organisationen, die dem Klassenkampf von oben durch Mobilisierung eigener Machtressourcen etwas entgegenzusetzen könnten, seit Langem an Einfluss.*

Obwohl die Bundesrepublik sowohl bei Einkommen und Vermögen als auch beim Wohnen, der Gesundheit, Bildung und sozialer Distinktion zu einer der ungleichsten Gesellschaften Europas und der OECD-Welt geworden ist (Kaelble 2017: 176; Alvaredo u. a. 2018: 155–161), sind Gewerkschaften und politische Akteure, die an der Konfliktachse von Kapital und Arbeit agieren, so schwach wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Diese Konstellation kann als Tendenz zu einer demobilisierten Klassengesellschaft bezeichnet werden (Dörre 2018). Damit ist auch gemeint, dass die sozialen Kämpfe und Konflikte auf der Klassenachse, die es nach wie vor und hierzulande gar in steigendem Maße gibt (Schmalz/Schneidmesser 2019), im politischen Raum und auch innerhalb der politischen Linken überwiegend nur auf geringe Resonanz stoßen. Hinzu kommt ein Trend zur Desorganisation der Arbeitsbeziehungen.

Obwohl die Erwerbstätigkeit in Deutschland ein Rekordniveau erreicht hat, liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad nur noch bei etwa 18 Prozent der abhängig Erwerbstätigen. Die Regulierung von Löhnen und Arbeitsstandards findet zunehmend in zwei Welten statt: In der schrumpfenden ersten Welt existieren noch immer Flächentarife und Mitbestimmung. Das ist in der expandierenden zweiten Welt so nicht mehr der Fall. In dieser Welt des Outsourcings, der schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs und der abgewerteten «Frauenarbeit» dominieren, sofern überhaupt vorhanden, betriebliche oder unternehmensspezifische Regelungen. Es ist die Welt der unsicheren Beschäftigung, der niedrigen Löhne und fehlenden sozialen Wertschätzung, die – gemessen an wohlfahrtsstaatlichen Standards, sozialen Rechten und realen Partizipationsmöglichkeiten – zu einem Außen, einem expandierenden gesellschaftlichen Exklusionsbereich geworden ist.

Erodierende Sozialsysteme, geschwächte Gewerkschaften und die Marktmacht großer Konzerne haben gemeinsam mit dem technologischen Wandel dafür gesorgt, dass die Lohnquote seit den 1980er Jahren in allen OECD-Ländern bis in die jüngste Vergangenheit kontinuierlich gesunken ist. Auch wenn sich dieser Trend seit 2013 wieder leicht umgekehrt hat, sind wir doch weit vom Ausgangsniveau der 1980er Jahre entfernt. Das ist Ausdruck eines erfolgreichen Klassenkampfes von oben, der dazu geführt hat, dass klassenspezifische Ungleichheiten ein Ausmaß angenommen haben,

das sie nach Auffassung liberaler Ökonomen zur Wachstumsbremse werden lässt. Anders formuliert: Weil die politische Ökonomie der Arbeit extrem geschwächt ist, können nicht einmal systemstabilisierende Umverteilungsmaßnahmen realisiert werden. Sind die Wachstumsraten niedrig und bleibt Umverteilung von oben nach unten aus, wirkt der piketty'sche Kausalmechanismus r (= Vermögensrendite) $>$ g (= Wirtschaftswachstum) im Sinne eines Ungleichheitsverstärkers. Da die Wachstumseinbußen nur zeitverzögert auf die Renditen durchschlagen, nimmt die Vermögenskonzentration weiter zu, das heißt, dass sich klassenspezifische Ungleichheiten weiter ausprägen, die Marktmacht der Vermögenden wächst und sich die Wahrscheinlichkeit, diese in politische Lobbymacht zu transformieren, deutlich erhöht.

These 7: Demobilisierte Klassengesellschaften beruhen auf einem dualistischen, präziser: einem national-transnationalen Modus der Klassenbildung, der die finanzkapitalistischen Eliten begünstigt. Während die finanzkapitalistischen Fraktionen der herrschenden Klassen trotz nationaler Rekrutierungsmuster grenzüberschreitend agieren, vollzieht sich Klassenbildung auf der Achse einer politischen Ökonomie der Arbeit noch immer vorwiegend in der nationalstaatlichen Arena.

Die – äußerst widersprüchliche – Internationalisierung von Klassenbeziehungen macht sich vor allem bei den herrschenden Klassenfraktionen bemerkbar. Tatsächlich gehen einige wichtige Analysen (Sklair 2008: 213–240; Neckel u. a. 2018) von der Herausbildung transnationaler herrschender Klassen aus. Andere Interpretationen begegnen entsprechenden Analysen mit Skepsis. Zwar lässt sich, wie Manuel Castells argumentiert, tatsächlich ein Metanetz von industriellen Komplexen, Thinktanks, Eliteschulen und Consultingunternehmen identifizieren, das die kapitalistischen Interessen auf globaler Ebene quer durch Sektoren und Tätigkeitsbereiche integriert (Castells 2001: 533).

Eine wirklich internationale herrschende Klasse existiert jedoch bislang nicht. Bei den Spitzen des finanzgetriebenen Kapitalismus kann es sich, wie beispielsweise in den USA, um ein buntes Gemisch historisch gewachsener Elitenetzwerke handeln, die vom traditionellen Banker über den neureichen Spekulanten bis hin zum Self-made-Genie reicht, welches in die Kaste der führenden Unternehmer aufgestiegen ist. Es können aber auch, wie in Frankreich, die Topmanager staatlich kontrollierter Konzerne oder, wie in anderen Regionen der Welt, die Clanstrukturen übersee-chinesischer Familienunternehmen zur Rekrutierungsbasis herrschender Klassen werden. Für all diese Klassenfraktionen und Eliten gilt, dass es sich in der Regel um Männer handelt und dass ihr Wirkungsbereich – noch – national oder regional begrenzt ist.

Sinnvoll wird die Vorstellung einer transnationalen herrschenden Klasse allenfalls, wenn es, wie das Klassenkonzept der sogenannten Amsterdam School, auf Fraktionen zielt, die federführend an der Aushandlung von Leitbildern und Kompromissformeln zur Ausgestaltung der internationalen Beziehungen beteiligt sind. In diesem

Sinne kann man mit van der Pijl (1998) nicht von einer transnationalen, wohl aber von einer «atlantischen Klasse» sprechen, deren entscheidende Machtbasis allerdings noch immer der Nationalstaat ist. National differenzierte Übergänge zum Finanzmarktkapitalismus sind möglicherweise ein politisches Projekt eben dieser Klassenfraktionen.

Die fortbestehende Abhängigkeit von nationalen Machtressourcen und Kompromissbildungen erklärt zugleich, weshalb sich das Großbürgertum in den führenden Nationen der kapitalistischen Welt noch immer weitgehend aus sich selbst rekrutiert. Diese Aussage gilt, wie Michael Hartmann (2008: 241–258; 2013) in zahlreichen Arbeiten gezeigt hat, ohne Abstriche auch für die Bundesrepublik. Offenkundig sorgt ein klassenspezifischer Habitus dafür, dass die Rekrutierungsbasis für das Topmanagement der hundert größten deutschen Unternehmen immer elitärer wird. Gab es in der Nachkriegszeit noch eine relative Durchlässigkeit zu Spitzenpositionen, so stammen inzwischen vier Fünftel dieser Manager aus dem Großbürgertum. Die Erfolgsquote für den Zugang zu den oberen Rängen ist im Falle eines großbürgerlichen Hintergrunds um 60 bis 180 Prozent größer als bei einer Herkunft aus anderen sozialen Gruppen. Zwar gibt es in Deutschland nicht jene Eliteschulen und exklusiven Universitäten, aus denen sich der Führungsnachwuchs in Frankreich oder den USA wie selbstverständlich rekrutiert. Doch die distinkten Persönlichkeitsmerkmale des großbürgerlichen Habitus und das fraglose Beherrschen der ungeschriebenen Verhaltensregeln, die in den «besseren Kreisen» mit ihren männerbündischen Traditionen gelten, werden von den Personalverantwortlichen großer Konzerne umso treffsicherer erkannt. Für die Topmanager ist ihr klassenspezifischer Habitus gleich doppelt funktional. Nach innen schafft er Vertrauen, die «Chemie» unter Gleichen stimmt; nach außen sorgt er für die in solchen Positionen unerlässliche Kreditwürdigkeit.

Lässt sich hier eine soziale und kulturelle Kontinuität der Klassenbildung feststellen, so implizieren die mit dem Projekt des Finanzmarktkapitalismus korrespondierenden Formen der Unternehmenssteuerung Fraktionierungen, Konflikte und somit Diskontinuität innerhalb der herrschenden Klassen. Die aktionärsorientierte Unternehmensführung hat einer neuen Managerelite zum Durchbruch verholfen, die sich weder einem kollektiven Unternehmenswillen verpflichtet fühlt noch auf Wachstumsziele festlegen lässt, sondern stattdessen von einer hohen Übereinstimmung zwischen Eigen- und Unternehmensinteressen ausgeht und das Streben nach kurzfristiger Gewinnmaximierung ins Zentrum des eigenen Handelns stellt.

Entgegen ihrem eigentlichen Anspruch hat die Shareholder-Value-Steuerung den Handlungsspielraum dieser Managerkaste keineswegs begrenzt; in vielerlei Hinsicht ist das Gegenteil der Fall. Da die Aktionär*innen nicht über Insiderwissen verfügen, sind sie gezwungen, auf Analyst*innen und Ratingagenturen zurückzugreifen, um die Unternehmensstrategie und das Managementhandeln beurteilen zu können. Die konsultierten Akteure verfügen jedoch ebenfalls nur über Ex-post-Wissen, das sie in die Zukunft verlängern, um so Verhaltenssicherheit zu schaffen. Da die

Finanzexpert*innen teilweise direkt von den Unternehmen bezahlt werden und die Topmanager*innen die Expertise externer Finanzmarktakteure als *bargaining chip* (dt. Faustpfand) in Aushandlungen mit Interessenvertretungen und Gewerkschaften einsetzen können, bleibt das Kontrollversprechen kapitalmarktorientierter Unternehmenssteuerung uneingelöst. Aktienoptionen und Boni, die an kurzzyklische Gewinnvorgaben und Renditeziele gekoppelt sind, aber auch die kontinuierliche Schwächung eines unternehmensinternen Kollektivwillens, der Arbeitsinteressen einbezieht, haben zusätzlich dazu beigetragen, dass sich die Zonen unkontrollierter Autonomie für das Topmanagement eher noch vergrößert haben. Aufgrund seines nicht einlösbaren Kontrollversprechens ist das Leitbild einer effizienten Shareholder-Value-Steuerung im Grunde so instabil, dass es sich in Reinform gar nicht verwirklichen lässt (klassisch: Berle 1963: 28). Selbiges ändert nichts daran, dass sich die soziale Basis finanzkapitalistischer Interessen beträchtlich erweitert hat.

Krysmanski (2012: 45 f.) schätzt den sozialen Kern der vermögenden Klassen, der sich zu einem hohen Maß aus dem Finanzsektor rekrutiert, auf weltweit etwa 10.000 bis 20.000 superreiche Personen, darunter etwa 3.000 Milliardär*innen, deren frei verfügbares Vermögen mehr als 500 Millionen US-Dollar beträgt. Um diese Superreichen gruppieren sich weitere 100.000 Personen mit einem Vermögen von 30 bis 500 Millionen US-Dollar sowie etwa zehn Millionen Personen mit einem freien Vermögen zwischen einer und fünf Millionen US-Dollar. Zudem hat die besondere Rationalität des Finanzsektors eine Fülle an Dienstleistungen und Funktionen hervorgebracht, die auf Gedeih und Verderb an die Funktionsmechanismen dieses Regimes gekoppelt sind. Tatsächlich verspricht die Logik des Finanzmarktkapitalismus, viele Leute reich zu machen: die Führungskräfte, deren Einkommen via Optionen überproportional mit den Aktienkursen steigen, aber auch die Investmentbanker*innen, Unternehmensberater*innen oder Rechtsanwält*innen, die sich an allfälligen Kapitalmarkt-Transaktionen goldene Nasen verdienen. Die expandierende, gleichwohl winzige Gruppe superreicher Vermögensbesitzer*innen lebt in einer eigenen Welt mit besonderen Regeln. Riesige Privatvermögen reizen die Geldeliten beständig zu Versuchen, «sich zu bereichern, indem sie politischen Einfluss ausüben, um ihren Anteil am vorhandenen Kuchen zu vergrößern, statt zur Wertschöpfung der Wirtschaft beizutragen und auf diese Weise den Gesamtkuchen zu mehren» (Freeland 2013: 218). Weil der neue Geldadel seine Privilegien schützen will, behindert er eine wirkungsvolle Regulation des Finanzsektors. Die Anlage überschüssigen Geldkapitals im Finanzsektor und die Bereitschaft zu hochspekulativen Geschäften konservieren ein internationales Finanzsystem, dessen fortlaufende Betriebsstörungen jederzeit neue Eruptionen auslösen können.

Die Ausweitung der finanzkapitalistischen Risikozone geht auf ihrer Kehrseite mit einer weitreichenden Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung einher. Dabei erfüllen restriktive Arbeitsmarktregime im Grunde eine ähnliche Funktion wie die postfeudalen Zwangsgesetze (Marx) und die *workhouses* (Foucault) beim Übergang zum

Frühkapitalismus. Indem das kommodifizierte Arbeitsmarktregime prekäre Arbeit drastisch ausweitet und den Arbeitszwang erhöht, erzeugt es einen disziplinierenden Druck, der (potenzielle) Beschäftigte für die Erwerbsarbeit in einer flexiblen und zugleich stark polarisierten Arbeitswelt aktivieren soll. Im Ergebnis ist in der Bundesrepublik eine prekäre Vollerwerbsgesellschaft entstanden, in der die Integration in den Arbeitsmarkt über die Ausweitung unsicherer, schlecht entlohnter, wenig anerkannter Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse erfolgt.

Trotz gegenläufiger Tendenzen schwächen Prekarisierung und sozialer Ausschluss letztendlich die Organisationsmacht von Lohnabhängigen. Politiken der Entprekariisierung bleiben im Unterschied zu den Aktivitäten der «globalen Finanzklasse» (Nekel u. a. 2018) noch immer weitgehend auf die nationalstaatliche Arena beschränkt. Auf einen vereinfachten Nenner gebracht, lässt sich sagen: Das (Finanz-)Kapital agiert zunehmend inter- und transnational vernetzt, die Repräsentationen lebendiger Arbeit wirken hingegen, sofern sie überhaupt noch Einfluss nehmen, vorwiegend im nationalen Raum.

These 8: Besonders im deutschsprachigen Raum verstellt der Mythos «Mitte» (Kadritzke 2017) den Blick für reale Veränderungen in den Klassenbeziehungen und soziale Polarisierungen. Deshalb ist es sinnvoll, den Begriff der Mittelklassen enger zu fassen, als dies gegenwärtig in kulturalistischen Klassenanalysen geschieht.

Dass Klassen und Klassenpolitik im öffentlichen Diskurs lange keine Rolle gespielt haben, liegt, zumal in Deutschland, nicht in erster Linie an überbordender Identitäts- oder Anerkennungspolitik, sondern an der wirkungsmächtigen Inszenierung einer gesellschaftlichen Mitte, die Klassenfragen zum Verschwinden bringt. Der Mythos «Mitte» (Kadritzke 2017) erkennt als soziale Frage im Grunde nur Armut, Erwerbslosigkeit und weitreichenden gesellschaftlichen Ausschluss an. Eine Folge ist, dass Facharbeiter*innen in halbwegs gesicherten sozialen Positionen unhinterfragt eben dieser sozialen Mitte zugerechnet werden.

In aktuellen kulturalistischen Klassenkonzeptionen ist die gesellschaftliche Mitte zumindest bis in die jüngere Vergangenheit stets eine Mehrheitsklasse, die den großen Teil der abhängig Erwerbstätigen integriert. Legte man einen Mittelklassen- oder Mittelschichtenbegriff zugrunde, wie ihn Andreas Reckwitz (2017) oder Cornelia Koppetsch (2017; deutlich differenzierter: Koppetsch 2019) verwenden, so müsste man die gesamte Mitgliedschaft der IG Metall eben dieser sozialen Mitte zuordnen. Daraus folgt, dass all jene Konflikte, die um das gesellschaftliche Mehrprodukt geführt werden und an der Konfliktachse von Kapital und Arbeit aufbrechen, entweder gar nicht zur Kenntnis genommen werden oder aber als «Klassenkonflikt zwischen auf- und absteigenden Fraktionen innerhalb der Mittelschicht» (Koppetsch 2017: 215) interpretiert werden, ja einseitig als Kämpfe um die Verteidigung von Männlichkeits- und Mittelschichtenprivilegien gedeutet werden. Klasse wird

in solchen Verwendungen zu einer Unterkategorie von Schicht – eine Begriffsverwirrung, die dazu führt, die Lage der Arbeiterklassen und ihr Konfliktpotenzial auf kulturelle Distinktion zu reduzieren und Ansätze zu mobilisierten Klassen unkenntlich zu machen.

Auf welche Weise dem quantitativen und qualitativen Bedeutungszuwachs von Mittelklassenfractionen nach 1945 angemessen Rechnung getragen werden kann, ohne die soziale Mitte zu mythologisieren, hat exemplarisch der – jüngst viel zu früh verstorbene – Soziologe Erik Olin Wright gezeigt. Nach Wright gibt es Klassenlagen, die weder Ausbeutern noch Ausgebeuteten zugerechnet werden können (z. B. selbstständige Handwerker*innen, die keine anderen Lohnabhängigen beschäftigen), es existieren aber auch Lagen mit Gruppen, die in einer Hinsicht ausgebeutet werden, in anderer Hinsicht aber selbst ausbeuten (z. B. Manager*innen, die selbst abhängig beschäftigt sind, aber Kontrollmacht ausüben und so an der Ausbeutung von Lohnabhängigen zu ihren eigenen Gunsten beteiligt sind): «Die ‹alte Mittelklasse› setzt sich aus Elementen zusammen, die keiner Seite zugeordnet werden können; die ‹neue Mittelklasse› besteht aus Klassenelementen, die gleichzeitig Ausbeuter und Ausgebeutete sind. In beiden Fällen liegt die ‹Mitte› der Mittelklasse in der Exponiertheit ihrer Klassenlage innerhalb der Ausbeutungsverhältnisse begründet [...]. Innerhalb der kapitalistischen Auseinandersetzungen stellen diese ‹neuen› Mittelklassen widersprüchliche Klassenlagen, oder genauer, widersprüchliche Klassenlagen innerhalb der Ausbeutungsverhältnisse dar.» (Wright 1985: 47)⁴

Mithilfe dieses Ansatzes wird nachvollziehbar, weshalb quantitativ noch immer majoritäre Arbeiterklassen – abhängig von technologischen und organisatorischen Veränderungen im entwickelten Kapitalismus mit hierarchischen Großunternehmen und ausdifferenzierten Staatsbürokratien – tendenziell schrumpfen, während neben einer ‹relative surplus population› vor allem ‹experts› und ‹proper managers›, also neue Mittelklassen zunehmen (Wright 1997: 532). Die empirische Prüfung seines ausbeutungszentrierten Ansatzes erlaubt es Wright aber auch, alte und neue Mittelklassenfractionen deutlich enger zu fassen, als dies in der kulturalistisch gefärbten Klassendiskussion im deutschsprachigen Raum der Fall ist. Auf diese Weise lässt sich vermeiden, Lohnabhängige mit höheren und mittleren Einkommen pauschal Mittelklassen zuzuordnen. Allerdings muss Wrights Ansatz weiterentwickelt werden. Die Kriterien, nach denen er alte und neue Mittelklassen differenziert, sind teilweise nicht trennscharf (etwa: Freelancer*innen in Technologieunternehmen, sie sind Soloselbstständige, aber keineswegs Angehörige der alten Mittelklassenfraction). Zu untersuchen wäre zudem, welche Machtressourcen Mittelklassen(-fractionen) mobilisieren können, um die individuelle oder kollektive Klassenposition zu verbessern.

4 Dies wäre zu älteren Ansätzen zu ‹Zwischenklassen› in Beziehung zu setzen (Anmerkung d. Hrsg.).

These 9: *Die Vorstellung einer großen, wenngleich intern fraktionierten und fragmentierten Klasse aller Lohnabhängigen lässt sich auch in den kapitalistischen Zentren analytisch nicht aufrechterhalten. Eine Anerkennung der Pluralität von Ausbeutungsformen und Spaltungen impliziert, dass mehrere Klassen von (Lohn-)Arbeiter*innen existieren.*

Lohnabhängige und deren Familien, die noch immer die große Mehrheit der Gesellschaft ausmachen, spalten sich in mindestens drei Klassen auf, die sich hinsichtlich der Ausbeutungsformen, der Verfügung über Machtressourcen und Sozialeigentum, ihrer Stellung in Unternehmenshierarchien und gesellschaftlicher Arbeitsteilung sowie den daraus resultierenden Chancen am Arbeitsmarkt gravierend unterscheiden.

Arbeiter*innen und auch kleine Angestellte mit überwiegend mittleren Qualifikationen in kommandierten Arbeitstätigkeiten bilden (1) nur eine der drei Lohnabhängigenklassen. Diese Großgruppe ist im Finanzmarktkapitalismus in die Defensive geraten. Ihre organisationalen und institutionellen Machtressourcen reichen jedoch noch immer aus, um Einkommensverluste und Einbußen bei der Arbeits- und Lebensqualität in Grenzen zu halten. In ihren Handlungsstrategien und subjektiven Orientierungen ist diese Arbeiterklasse dennoch primär am Erhalt ihres sozialen Status interessiert. Wer ihr angehört, verteidigt sein verbliebenes Sozialeigentum gegen finanzkapitalistische Landnahmen «von oben», aber auch gegen Konkurrenz aus dem prekären Sektor. Die defensive Grundhaltung kann eine exklusive, nicht nur gegen oben, sondern auch gegen fremde und andere Gruppen gerichtete Solidarität motivieren. Angehörige dieser Arbeiterklasse, die häufig das Gefühl haben, in einer dynamischen Gesellschaft festzustecken, tendieren teilweise dazu, Konkurrenzen mit dem Mittel des Ressentiments auszutragen, ohne dass dies als naturwüchsiges, unumkehrbares Verhaltensmuster zu interpretieren wäre.

Akademisch gebildete Lohnabhängige ohne Kontrollmacht stellen (2) eine weitere, expandierende Klasse von Lohnabhängigen dar. Die Position dieser Klasse am Arbeitsmarkt und im (Re-)Produktionsprozess entlastet sie dauerhaft von der alltäglichen Sorge um Einkommens- und Beschäftigungssicherheit. Im Zuge der Digitalisierung dürfte die quantitative und qualitative Bedeutung dieser Klasse noch wachsen. Zugleich wird sie aber auch zum Objekt von Rationalisierung und Kommodifizierung. Der Zugang zu dieser Klasse erfolgt teilweise über Formen akademischer Prekarität. Kennzeichnend sind Berufsstolz, Fachkenntnisse und teilweise ein ausgeprägtes Expertentum. In ihren sozialen Positionierungen entsprechen diese sehr gut qualifizierten und teilweise akademisch gebildeten Arbeitskräfte jener expandierenden Großgruppe, die vor Jahrzehnten als «neue Arbeiterklasse» (Touraine 1964; Mallet 1964; Deppe 1971) von sich reden machte und der teilweise eine besondere Militanz attestiert wurde.

Von beiden Lohnarbeitsklassen zu unterscheiden sind (3) Angehörige der neuen Unterklasse, die kaum über institutionelle und organisationale Machtressourcen verfügen, um ihre Lage kollektiv zu beeinflussen. Zur Unterklasse zählen teils prekär,

teils informell Beschäftigte, Langzeiterwerbslose, illegale Migrant*innen, Obdachlose und anderen Außenseiter*innen. Für sie alle ist charakteristisch, dass sie sich in sozialer Nähe zu einem Fürsorgestatus bewegen, der zugleich die Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität darstellt. Der Überlebenshabitus dieser in sich sozial heterogenen Unterklasse unterscheidet sich deutlich vom Kollektivhabitus der Beschäftigten in anderen Lohnarbeitsklassen. Unterklassen sind kein neues Proletariat und sie sind auch nicht mit einem auf unsichere Beschäftigung angewiesenen Prekariat identisch, das sich aus unterschiedlichen Klassenfraktionen rekrutiert und einen Exklusionsbereich bildet, der die Klassenstruktur von unten nach oben durchzieht. Vielmehr handelt es sich um eine Klasse, die sich aufgrund der Enteignung von Sozialeigentum, des sozialen Ausschlusses, der Stigmatisierung und systematischen Abwertung sowohl der Klassenposition als auch des räumlichen Umfelds herausbildet. Bei den neuen Unterklassen ist völlig offen, ob sie ein positives, auf kollektive Veränderung des Status quo gerichtetes Klassenbewusstsein überhaupt entwickeln können.⁵ Die bloße Existenz von aus der Kapitalperspektive wirtschaftlich vermeintlich Überflüssigen wirkt indes disziplinierend auf andere beherrschte Klassen zurück. Nichts fürchten Lohnabhängige mehr als einen Absturz unter die Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität. Deshalb tendieren viele Angehörige subalternen Klassen beim drohenden Verlust eines halbwegs gesicherten Status dazu, eine niedrig entlohnte, wenig anerkannte Erwerbstätigkeit der Erwerbslosigkeit vorzuziehen.

These 10: *Innerhalb der veränderten Klassenstruktur stellt die Marginalisierung von Industrie- und Produktionsarbeiter*innen eine – gewichtige – Sonderproblematik dar. Vieles spricht dafür, dass der Begriff der Arbeiterin bzw. des Arbeiters neu definiert werden muss.*

Über die soziale Lage von Arbeiter*innen, ihre Lebensweisen und politischen Orientierungen wissen wir gegenwärtig wenig. Fasst man den Tenor vorliegender Studien zusammen (Therborn 2012; Dörre u. a. 2013; Evans/Tilley 2017; Williams 2017; Kronauer 2019), so fällt das Ende des «Jahrhunderts der Arbeiter» (Therborn 2012: 5–29) mit der Renaissance des Klassenbegriffs zusammen. Die Studien beschreiben, dass die Deindustrialisierung in den alten kapitalistischen Zentren nicht zum Niedergang der Lohnarbeit, wohl aber der Arbeiterschaft in einem engeren Sinne geführt hat. Sozialstrukturell sind Industrie- und Produktionsarbeiter*innen zu einer – quantitativ allerdings noch immer bedeutenden – Minderheit unter den Lohnabhängigen geworden. Parteistrateg*innen gelten sie als schwer mobilisierbare Klientel mit Tendenz zur Wahlenthaltung (Evans/Tilley 2017: 198 ff.). Gewerkschaftliche Organisa-

5 Vgl. die Debatte Wälquant-Candeias in: Das Argument 271, 2017: Loïc Wacquant: Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität, S. 399–409 und Mario Candeias: Das «unmögliche» Prekariat. Antwort auf Wacquant, S. 410–423, Letzterer ausführlich: www.zeitschrift-luxemburg.de/wiedergelesen-das-unmoegliche-prekariat-wie-klasse-neu-gedacht-und-gemacht-werden-kann/.

tionsmacht und Durchsetzungsfähigkeit der Arbeiterschaft im engeren Sinne haben ebenfalls deutlich nachgelassen.

In diesem Zusammenhang stellt sich klassenanalytisch die Frage, was unter Arbeiter*innen eigentlich zu verstehen ist. Tatsächlich wird der Arbeiterbegriff in der sozialwissenschaftlichen Literatur mittlerweile höchst unterschiedlich verwendet. Weit gefasste Definitionen machen deutlich, dass doppelt freie Lohnarbeit nur eine von vielen möglichen Formen der Kommodifizierung von Arbeitskraft darstellt. Doppelt freie Lohnarbeit setzt die vollständige Verfügung über die eigene Arbeitskraft voraus. Das ist mit Blick auf die globale Arbeitskraft aber nur bei Minderheiten der Fall. Vor allem im globalen Süden sind Formen halb- und unfreier Arbeit in hohem Maße verbreitet. Folgt man der Definition Marcel van der Lindens, wären nahezu alle abhängig Beschäftigten Arbeiter*innen (Linden 2017: 38) – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und der vertraglichen Regelung ihres Arbeitsverhältnisses. Andere Definitionen gewichten die Möglichkeit zu sozialer Klassenbildung in der nationalen Arena höher und schlagen deshalb engere Fassungen des Arbeiterbegriffs vor (Schmidt 2015). Zur Arbeiterschaft zählen bei diesen Ansätzen Beschäftigte mit vornehmlich mittleren und niedrigen Qualifikationen, die bei der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen operativ und manuell tätig sind oder Tätigkeiten in unmittelbarer sozialer Nachbarschaft zum *shop floor* ausüben (vgl. Evans/Tilley 2017: 4).

So verstanden, ist in Deutschland noch immer ein gutes Drittel der Bevölkerung (33 Prozent im Westen, 35 Prozent im Osten, Daten für 2014) den Arbeiterklassen – einschließlich der in der Statistik so bezeichneten «Arbeiterelite» (Vorarbeiter*innen, Meister*innen, Techniker*innen) – zuzurechnen. Wer sich zur Arbeiterschaft zählt, empfindet sich häufig selbst als gesellschaftlich abgewertet. Die subjektiven Selbstverortungen sind ein wichtiges Indiz. So liegt der Anteil an der – anders als Klassenlagen auch auf subjektiven Selbsteinschätzungen beruhenden – Arbeiterschicht im Westen deutlich unter der strukturellen Klassenzugehörigkeit (2014: 23 Prozent; 1990: 27 Prozent), im Osten hingegen nur noch leicht darüber (2014: 36 Prozent). Vor allem für den Osten der Republik ist dieser Wandel dramatisch, denn 1990 hatten sich noch 57 Prozent der Erwerbstätigen der Arbeiterschicht zugerechnet (vgl. Destatis 2016: 206). Die Arbeiterschaft schrumpft, sie verschwindet aber nicht und bildet sich – etwa in der Logistikbranche oder im Bereich der erneuerbaren Energien – immer wieder neu. Deshalb wird es zum Problem, wenn diese Arbeiterschaft, ihre Interessen und Lebensweisen zunehmend aus der politischen Öffentlichkeit verschwinden.

These 11: *Wenn eine große Klasse aller Lohnabhängigen als strukturiertes und zugleich strukturierendes Kollektiv nicht mehr existiert, kann «Einheit» nur noch als temporärer, politisch immer wieder neu hergestellter sozialer Block der Lohnabhängigkeit gedacht werden.*

Die Vorstellung einer großen, allumfassenden Lohnarbeitsklasse erzeugt beständig das Problem, dass begründet werden muss, weshalb deren Fraktionen nicht auf der

Höhe ihrer Arbeitstätigkeit agieren, gewerkschaftliche Organisierung verweigern, in ihren männlichen Teilen in überdurchschnittlichem Maß für konservative oder gar rechtspopulistische Parteien votieren und andere Handlungsstrategien für realitäts-tauglicher halten als eine Beteiligung am organisierten Klassenkampf. Daher lässt sich «Einheit» mit dem Konzept eines sozialen Blocks lohnabhängiger Klassen besser analysieren als mit einer statistischen Klasse, die allenfalls auf dem Papier und in Zahlen existiert. Der Zusammenhalt eines solchen Blocks kann mit Antonio Gramsci nur politisch gedacht werden. Sie muss über hegemoniefähige Projekte und unter Berücksichtigung von realen Interessenunterschieden immer wieder neu hergestellt werden.

Was auf den ersten Blick spitzfindig erscheinen mag, besitzt praktische Relevanz. So reicht es beispielsweise nicht aus, rückläufigen Einfluss der politischen Linken in der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiterschaft mit dem Hinweis relativieren zu wollen, dass der Zustrom an neuen Mitgliedern bei Linkspartei oder SPD ohnehin aus den urbanen, akademisch gebildeten Milieus stamme. Ebenso wenig kann Einflussverlust in der Industriearbeiterschaft durch Geländegewinne im Dienstleistungssektor kompensiert werden. Gibt man zum Beispiel spezifische Klassenlagen von Industrie- und Produktionsarbeiter*innen politisch preis, sind linke Hegemonie und Mehrheitsfähigkeit ausgeschlossen. Gleiches gilt selbstverständlich auch, wenn sich linke Politik auf die verbliebene und zudem schrumpfende Industriearbeiterschaft beschränkt.

***These 12:** Auch in demobilisierten Klassengesellschaften wird unablässig gekämpft. Auf dezentraler, betrieblicher Ebene werden Konflikte ungleich härter ausgetragen als in früheren Zeiten. Das ändert jedoch nichts daran, dass die organisierten Arbeitsbeziehungen erodieren und Klassenkonflikte im politischen Raum keine angemessene Repräsentation finden.*

Neue Anspruchshaltungen vor allem jüngerer Beschäftigter, die auf einen Klassenkampf treffen, der in Unternehmen und Betrieben vorzugsweise von oben geführt wird, tragen in der Bundesrepublik zur Herausbildung einer neuen Konfliktformation bei. So war 2015 für die organisierten Arbeitsbeziehungen in Deutschland sicherlich ein außergewöhnliches Jahr. In deutlichem Kontrast zur Entwicklung in den meisten europäischen Staaten kam es zu einer Serie von Arbeitskämpfen. Rund zwei Millionen Streiktage (2014: 392.000) mit etwa 1,1 Millionen Beteiligten (2014: 345.000 Streikende) zeugen von einem neu erwachten gewerkschaftlichen Selbstbewusstsein. Zwar ist die Streikbereitschaft im europäischen Vergleich noch immer unterdurchschnittlich ausgeprägt und hat – wenig überraschend – nach 2015, zumindest was die Anzahl der großen Arbeitskämpfe angeht, wieder etwas nachgelassen, hat dafür aber 2018 im Streik der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) um eine kurze Vollzeit von 28 Wochenstunden eine neue Dynamik angenommen. Insgesamt waren zwischen 2012 und 2016, das Jahr 2014 ausgenommen, jeweils mehr als eine Million Beschäftigte an Streiks beteiligt. Nach einem vorübergehenden Abebben hat die Zahl der Streikenden 2018 wieder deutlich zugelegt.

Entscheidend ist, dass die Regulation der Arbeitsbeziehungen auch in der Bundesrepublik zunehmend in zwei Welten stattfindet. Die erste Welt umfasst Branchen, große und mittlere Unternehmen, in denen der Flächentarif oder günstige Haustarife Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen regulieren. In dieser Welt hat sich an der Institutionalisierung des Klassenkonflikts scheinbar wenig geändert. Die zweite Welt ist die der Ausgründungen, des Sozial- und Tarifdumpings, der Billiglöhnekonkurrenz, der erodierenden Flächentarife und der Abkehr von günstigen unternehmensbezogenen Vereinbarungen. Es ist eine Welt von Überausbeutung, von unsicherer, schlecht bezahlter, wenig anerkannter und deshalb prekärer Erwerbsarbeit. Beide Welten existieren nicht getrennt voneinander, die Grenzen zwischen ihnen sind fließend und es gibt konfliktträchtige Bewegungen, die Betriebe jeweils von der einen in die andere Welt führen. Von Bewegungen zwischen schrumpfender erster und expandierender zweiter Regulationswelt zeugen zahlreiche kleinere Auseinandersetzungen um Firmen- und Haustarife, die einer eigenen Dynamik folgen. Nur in besonders spektakulären Fällen gelangen diese Konflikte überhaupt in die Schlagzeilen und werden deshalb eher selten von der Streikstatistik erfasst. Nach den vorliegenden Zahlen haben sich Tarifkonflikte, die mit Streiks verbunden waren, binnen weniger Jahre von nur 82 (2007) auf 214 (2014) beinahe verdreifacht. Die Mehrzahl der Auseinandersetzungen fand bislang, wenngleich mit relativ geringen Zahlen an Streikbeteiligten, im Dienstleistungssektor statt. In jüngster Zeit verschiebt sich die Konfliktodynamik jedoch in Richtung des industriellen Sektors. 2016 wurden 199 Arbeitskonflikte mit insgesamt 404 Streiks registriert, davon 184 außerhalb der Flächentarifauseinandersetzungen. Ein Jahr später konnten 199 Konflikte mit 446 Streiks und 198 Auseinandersetzungen außerhalb der Fläche gezählt werden. Galt der industrielle Friede lange Zeit als Produktivitätsfaktor, der von den Akteuren der organisierten Arbeitsbeziehungen gehegt und gepflegt wurde, so gleichen die Arbeitsbeziehungen nun auch in Deutschland in wichtigen Unternehmen und Branchen mehr und mehr einem Guerillakrieg, in dem wiederum basale Arbeitsstandards gerungen werden muss.

Schrittmacher in den Arbeitskonflikten sind nicht nur Wirtschafts- und Kapitalverbände, Unternehmen oder Betriebe, sondern auch staatliche Instanzen, Belegschaften, Berufs- bzw. Beschäftigtengruppen, Gewerkschaften und – auch im deutschen Fall nicht mehr nur hypothetisch – in zivilgesellschaftlichen Bündnissen repräsentierte subdominante Akteure,⁶ die gegebenenfalls offensiv Konflikte auslösen können (siehe Tab. 1). Jede Akteursgruppe verfügt über spezifische Machtressourcen. Belegschaften und Beschäftigtengruppen verkörpern, nicht ausschließlich, aber primär, strukturelle Macht, Gewerkschaften hauptsächlich Organisationsmacht und gesellschaftliche Bündnisse wesentlich auf Bündnispolitik beruhende kombinatorische sowie kommu-

6 Der Streikaufruf von Fridays for Future, der vom ver.di-Vorsitzenden Bsirske positiv aufgegriffen wurde, ist ein – seltenes – Beispiel. Auch hier scheint sich im System organisierter Arbeitsbeziehungen etwas zu verändern. Der Frauen*streik ist ein weiteres Beispiel für eine Schrittmacherrolle gesellschaftlicher Bündnisse bei Streikaktivitäten.

nikative Macht. Akteurskonstellationen, Konfliktgegenstände und -dynamiken sind äußerst vielfältig und variabel.

Tabelle 1: Die neue Konfliktformation in den Arbeitskämpfen von 2015

Konflikt	Schrittmacher	Gegenstand	Funktion des Streiks	Rolle des Staates
Post, DHL	Unternehmen, Topmanagement	Ausgründung, Lohn, Arbeitsbedingungen	ökonomischer Druck, Verteidigung, Organisation	indirekt, Privatisierer, Miteigentümer
Bahn, GDL	Gewerkschaft GDL	Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Koalitionsrecht	Erzwingungsstreik, Machtposition in der Logistikkette, soziale Bewegung	direkt/indirekt, Eigentümer/Gesetzgeber
Sozial- und Erziehungsdienste (SuE)	Berufs-/Beschäftigtengruppe, Gewerkschaften	Anerkennung und Aufwertung beruflicher Tätigkeit	politische Demonstration, Verweigerung öffentlicher Leistungen, soziale Bewegung, Organisation	direkt, Beschäftigter/Tarifpartei
Metall- und Elektroindustrie	IG Metall	Lohn, Weiterbildung	Warnstreik, ökonomischer und symbolischer Druck	indirekt, Legitimation von Lohnforderungen
Amazon	Gewerkschaft, Unternehmen	Arbeits- und Kontrollregime	Demonstrationsstreik, Bewegung einer Minderheit, Organisation	indirekt (Ansiedlungspolitik)
Betriebliche Organisationskonflikte	Management oder Belegschaft, Gewerkschaft	Lohn als Chiffre für Lebensqualität	ökonomischer Druck, Organisation	indirekt, politische Unterstützung

Quelle: Dörre u. a. 2017: 246

Die Übersicht bildet die untersuchten Arbeitskämpfe ab.

Branchenbezogene *Tarifkonflikte* machen noch immer das Normalgeschäft von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften aus. Sie finden, wie die Warnstreiks der IG Metall (Metall- und Elektroindustrie, MuE), überwiegend in der Welt gesicherter tariflicher Regelungen statt und mobilisieren noch immer die Mehrzahl der Streikenden. Im Übergang zum Feld *staatszentrierter Konflikte* zeichnen sich bei flächenbezogenen Regelungen indes neue Dynamiken ab. Der Arbeitskampf in den Sozial- und Erziehungsdiensten (SuE) wurde als Auseinandersetzung um die Aufwertung einer ganzen Berufsgruppe und den Stellenwert von Reproduktionsarbeit geführt. Deshalb

hatte er eine implizit politische Dimension. Seitens der zuständigen Gewerkschaften von langer Hand vorbereitet, nahm der Arbeitskampf in manchen Regionen den Charakter einer sozialen Bewegung an. Im Streikverlauf wechselte die Schrittmacherrolle von ver.di und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den Belegschaften. Mit den Streikdelegierten verfügten die Erzieher*innen über eine eigene Repräsentation, die dafür sorgte, dass der Schlichtungsvorschlag in einer Befragung mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Ohne unmittelbar ökonomischen Druck auf die Arbeitgeber ausüben zu können, konnte die Verweigerung einer Dienstleistung politisch nur wirken, weil sich Eltern und öffentliche Meinung teilweise mit den Streikenden verbündeten. Obwohl als Erzwingungsstreik angelegt, besaß der Arbeitskampf demonstrative Funktion und wurde bewusst zur Rekrutierung neuer Mitglieder genutzt.

In *staatszentrierten Konflikten* werden öffentliche Arbeitgeber als Beschäftiger, Tarif- und Konfliktpartei aktiv. Wie beim Streik der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) kann der Staat aber auch in einer regelsetzenden Funktion zum Schrittmacher in Arbeitskonflikten werden. So hat die GDL einen impliziten politischen Streik um die Koalitionsfreiheit und das Tarifeinheitsgesetz geführt. Mobilisierungsfähig war sie aber nur, weil sie mit den Forderungen nach Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und qualitativen Verbesserungen (Pausen) wichtige Beschäftigteninteressen aufgriff. Ökonomischen Druck konnte die GDL ausüben, weil sie den Kampf um die öffentliche Meinung führte und dafür kommunikative Machtressourcen nutzte.

Betriebszentrierte Konflikte entstehen, wo strategische Entscheidungen in Konzernen die tariflichen Standards beeinflussen (Post) oder wo es darum geht, die Gewerkschaft überhaupt als anerkannte Tarifpartei zu etablieren (Amazon). Im ersten Fall war das Unternehmen der Schrittmacher. Mit der Ausgründung des Paketzustellers DHL Delivery GmbH zielte die Deutsche Post AG darauf, bestehende tarifliche Regelungen zu unterlaufen, um im neuen Unternehmen deutlich kostengünstiger beschäftigen zu können. Um Einfluss auf die Ausgründungsentscheidung des Konzerns nehmen zu können und streikfähig zu sein, musste sich ver.di damit behelfen, die Arbeitszeitvereinbarung des Manteltarifs zu kündigen. Das Unternehmen führte die Auseinandersetzung offensiv und mit Managementmethoden, wie sie in früheren Zeiten nur von US-Konzernen bekannt waren. Die Gewerkschaft erreichte zwar eine Besitzstandswahrung für die Stammebelegschaft, doch die Ausgründung wurde nicht zurückgenommen. Insofern wirft der Arbeitskampf die Frage auf, wie Gewerkschaften auf strategische Unternehmensentscheidungen einwirken können, die eine Fragmentierung der Arbeitsbeziehungen forcieren. Auch in diesem Fall besaß die Ausübung ökonomischen Drucks auf das Unternehmen eine versteckte politische Dimension. Die Deutsche Post AG muss mit Anbietern konkurrieren, in denen Gewerkschaften allenfalls schwach repräsentiert sind und die deshalb mit deutlich niedrigeren Lohn- und Arbeitsstandards agieren können. Mit der Privatisierung der Post hat der Staat die Voraussetzungen für einen solchen Dienstleistungsmarkt überhaupt erst geschaffen.

An der Grenzlinie zwischen der ersten und der zweiten Welt tariflicher Regulation werden betriebs- oder unternehmenszentrierte Konflikte zum Normalfall. Anders als bei der Ausgründung der DHL Delivery GmbH haben die Auseinandersetzungen häufig einen offensiven Charakter. Belegschaften suchen den Konflikt, um betriebliche Mitbestimmung, tarifliche Normen, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Bei Amazon fällt es schwer, den Schrittmacher eindeutig zu benennen. Ging der Arbeitskampf zunächst von ver.di aus, hat die Haltung der Unternehmensleitung doch dazu beigetragen, den Konflikt zu eskalieren. Wie im Fall der Post gibt es eine Differenz zwischen dem formellen Streikanlass (Wechsel in den Einzelhandelsstarif) und dem eigentlichen Ziel des Arbeitskampfs (Anerkennung der Gewerkschaft als Verhandlungspartner, Einflussnahme auf das Arbeits- und Kontrollregime des Unternehmens). Auch dieser Streik konnte keine unmittelbare ökonomische Wirkung entfalten, da die Gewerkschaftsmacht nicht ausreichte, um Auftragsverlagerungen im transnationalen Unternehmensnetzwerk zu blockieren. Der Arbeitskampf hatte deshalb vor allem demonstrativen Charakter. Wirkung erzielte er indirekt, ein Ende ist nicht absehbar. Auch deshalb haben Bündnisfähigkeit und kommunikative Ressourcen in dieser Auseinandersetzung für ver.di einen hohen Stellenwert. Zahlreiche betriebliche Rekrutierungskonflikte, die wir exemplarisch in ostdeutschen Betrieben untersucht haben, ähneln der Amazon-Auseinandersetzung insofern, als es um den Anschluss an bestehende tarifliche Regelungen und eine betriebliche Durchsetzung elementarer wirtschaftlicher und sozialer Rechte von den Belegschaften geht. Dabei werden die beteiligten Gewerkschaften tendenziell zu betrieblichen Akteuren und Streiks zu einem Mittel, um die Kompromissfähigkeit der Gegenseite mittels gestärkter Organisationsmacht überhaupt erst zu erzwingen.

Die neue Konfliktformation entsteht aufgrund fragmentierter Arbeitsbeziehungen und sie zeugt von einer Aufsplitterung der Arbeitskonflikte. Den Gewerkschaften verlangt sie ab, sich wieder stärker als *soziale Bewegung* zu verstehen. Erstaunlicherweise prägen Bewegungsmomente auch solche Konflikte, die als Kämpfe von und für Berufsgruppen angelegt sind. Das gilt selbst für den GDL-Streik, dem gern das Etikett einer ständischen Auseinandersetzung angeheftet wird. Damit wird man diesem Konflikt, der sicher auch ständische Züge trägt, aber nicht vollständig gerecht. Berufsstolz und das Vertrauen auf die eigenen fachlichen Fähigkeiten kollidieren mit der markt- und wettbewerbsgetriebenen Abwertung der Arbeit ganzer Berufsgruppen. Richtig genutzt, verwandelt sich ein vermeintlich berufsständisches Bewusstsein in eine Quelle von Widerständigkeit, Protest und kollektivem Engagement. Ein ähnliches Phänomen zeigt sich in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Hier hat eine berufliche Identität, die lange als Hindernis für gewerkschaftliche Organisation galt, ein Facharbeiterbewusstsein hervorgebracht, das zur subjektiven Triebkraft eines heftigen Arbeitskampfs geworden ist.

Daran zeigt sich exemplarisch, wie die *Eigensinnigkeit von Beschäftigten* und die *politischen Überzeugungen von Aktiven* zu einer wichtigen Machtressource der Ge-

werkschaften werden können. Obwohl von politischem Klassenbewusstsein im Sinne früherer sozialistischer Arbeiterbewegungen keine Rede sein kann, finden sich bei den aktiven Schlüsselgruppen doch Identitätskerne und Motivationen, aus denen sich das Bemühen um eigensinnige, autonome Bestimmungen gewerkschaftlicher Interessenpolitik speist. Ohne solch überschießende Motivationen lassen sich Arbeitskämpfe nicht verstehen. Zu den subjektiven Streikbilanzen der Aktiven gehört die Erfahrung, der Gegenseite immerhin die Stirn geboten zu haben. Diese Erfahrung bleibt subjektiv auch dann wichtig, wenn Arbeitskämpfe, wie im Fall der Erzieher*innen oder der Post, an zentralen Forderungen gemessen nicht mit einem Erfolg enden. Ob Niederlagen konstruktiv verarbeitet werden, hängt wesentlich von der Vermittlungsarbeit gewerkschaftlich Aktiver ab. Deren Deutungsangebote, das beständige Ringen um einigermaßen stabile, zugleich aber erfahrungsoffene Überzeugungen, sind eine wichtige Dimension kommunikativer Gewerkschaftsmacht, deren Stellenwert in einer fragmentierten Arbeitslandschaft beständig zunimmt.

Alles in allem deuten die untersuchten Arbeitskämpfe auf eine *polanyische Reaktion* von Lohnabhängigen hin, die an wahrgenommener Verteilungsgerechtigkeit aufbricht, ohne im *politischen* Raum klassenbildend zu wirken. Lohnforderungen dienen häufig als Auslöser von Arbeitskämpfen. Vordergründig entspricht das der Funktionsweise von Gewerkschaften, die hauptsächlich quantitative Forderungen (Lohn) bedienen. In den aktuellen Arbeitskonflikten zeigt sich jedoch eine andere Dynamik. Der Lohn wird zum Katalysator für qualitative Ansprüche von Beschäftigten. Nur wegen der Kumulation unterschiedlicher Ungerechtigkeitserfahrungen sind prozentuale Lohnforderungen bei qualifizierten Angestellten überhaupt mobilisierungsfähig. In den unteren Einkommensgruppen, die überdurchschnittliche Lohninbußen hinnehmen mussten, werden Lohnforderungen sicherlich auf absehbare Zeit zentral bleiben. Bei Fachkräften und Spezialist*innen mit hohem Einkommen ist das subjektiv schon längst nicht mehr der Fall. Sofern diese Gruppen sich in Arbeitskonflikten engagieren, sind Lohnkonflikte vor allem ein Ventil, um dem verbreiteten Unmut über Arbeitsintensivierung, Leistungsdruck und Entgrenzung von Erwerbsarbeit und fehlender freier Zeit Ausdruck zu verleihen. In einer Konstellation, in der vor allem qualifizierte Beschäftigte nicht mehr genötigt sind, das gute Leben auf dem Altar der Effizienz zu opfern, haben die Konfliktfelder Leistungsintensivierung, Arbeitszeit, Gesundheit und vor allem Weiterbildung längst ein ähnliches politisches Gewicht, wie es der Lohn als verbindendes Thema in den untersuchten Konflikten besitzt.

Unabhängig davon zeigt sich schon jetzt ein schleichender *Funktionswandel des Streiks*. Arbeitskämpfe sind noch immer ein Mittel, um über ökonomischen Druck exemplarische Tarifabschlüsse für ganze Branchen durchzusetzen. Mehr und mehr werden sie jedoch zu einer vor allem symbolisch-politischen Mobilisierungsform, die in den Betrieben eingesetzt wird, um die gewerkschaftliche Organisationsmacht zu vergrößern und so überhaupt erst Bedingungen für ausgehandelte Konfliktregulierungen zu schaffen. Der Funktionswandel von Arbeitskämpfen tritt nicht immer of-

fen zutage. Er macht sich eher in den Bereichen deregulierter, prekärer Arbeit als in der «ersten Welt» kollektivvertraglicher Regulation bemerkbar. Seine Folgen sind dennoch gravierend. Die Gewerkschaften können sich weniger denn je auf ihre institutionellen Machtressourcen (tarifliche Normen, Mitbestimmung, Arbeitsrecht) verlassen. Sie sind auf Konfliktfähigkeit angewiesen, die sich letztendlich auf Organisationsmacht gründet. Kollektive Handlungs- und Streikfähigkeit muss Betrieb für Betrieb immer wieder neu hergestellt werden. Sie ist zwingend auf eine Erschließung bislang schwach organisierter Gruppen von Lohnabhängigen angewiesen. Arbeitskämpfe werden tendenziell weiblicher, erfassen auch den prekären Sektor und werden gerade in den neuen Dienstleistungsbranchen mit besonderer Härte geführt. Teilweise beruhen sie auf direkter Mitglieder- und Beschäftigtenpartizipation, die sich sowohl auf die Streikformen als auch auf Forderungen und Streikziele auswirkt. Gewerkschaften werden nur aktiv, sofern sie im Betrieb einen bestimmten Organisationsgrad erreicht haben. Gewerkschaftliches Engagement wird auf diese Weise an Bedingungen geknüpft, reine Stellvertreterpolitik ist nicht mehr möglich, die Belegschaften müssen sich organisieren und selbst aktiv werden. Dadurch werden die Auseinandersetzungen weniger berechenbar. Ihr Ausgang ist häufig ungewiss, weil auch die Handlungsweisen und -strategien der Konfliktparteien weniger vorhersehbar sind.

Ob all das dazu führt, dass die Gewerkschaften dauerhaft wieder Charakteristika sozialer Klassenbewegungen ausprägen, um ihre Organisationsmacht zu vergrößern und Streikbereitschaft herzustellen, lässt sich nur schwer vorhersagen. Der Zwang, gewerkschaftliche Erneuerung im Konflikt betreiben zu müssen, macht Interessenpolitik komplizierter. Deshalb benötigen die Gewerkschaften wohl *politische Unterstützungsleistungen*, wollen sie der übermächtigen Kapitaleite, die sich in fragmentierten Arbeitsbeziehungen in unterschiedlicher Weise ausprägt, voluntaristisch und gegebenenfalls mit dem Mittel des Streiks begegnen. Tatsächlich taucht der Staat überraschend häufig und in unterschiedlichen Kontexten als Akteur in den Auseinandersetzungen auf. Er ist, wie im Falle der Erzieher*innen, selbst Konfliktpartei. Er nimmt als Privatisierungsagent und Eigentümer zumindest indirekt Einfluss auf die Arbeitsbeziehungen bei Post und Bahn. Und er wird, wie im Falle des Bahnstreiks, eine entscheidende Instanz, wenn es darum geht, die Regeln für den Arbeitskampf neu zu definieren und an den Strukturwandel der Arbeitsbeziehungen anzupassen.

Insgesamt gilt: Der Trend zur Fragmentierung organisierter Arbeitsbeziehungen lässt sich kurzfristig nicht umkehren. Selbst eine Zunahme von Arbeitskämpfen und Streiks vermag nichts daran zu ändern, dass die organisierten Arbeitsbeziehungen erodieren. In den meisten europäischen Ländern sinkt der gewerkschaftliche Netto-Organisationsgrad (Anteil der berufsaktiven Gewerkschaftsmitglieder an allen abhängig Beschäftigten). Während er in Schweden noch bei etwa 67 Prozent liegt, ist er in vielen Ländern unter die 20-Prozent-Marke gesunken. In Frankreich beträgt er nur noch acht Prozent. Mit – wie schon erwähnt – 18 Prozent Organisationsgrad nimmt Deutschland eine mittlere Position ein. Auch die Tarifbindung der Unternehmen

nimmt in den meisten EU-Ländern ab. Während in Österreich immerhin 98 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen mit Tarifbindung arbeiten, sind es in Griechenland nur noch 40 Prozent, in Ungarn 23 Prozent und in Polen nur noch 15 Prozent. Entscheidend ist jedoch die Gesamttendenz, die sich in den meisten EU-Staaten über viele Jahre hinweg in Richtung Desorganisation und Entkollektivierung der Arbeitsbeziehungen bewegt hat.

Deutschland stellt diesbezüglich keine Ausnahme dar. Obwohl sich der Mitgliederbestand einiger Gewerkschaften (IG Metall) bei den Berufsaktiven wieder konsolidiert hat, schwindet der Organisationsanreiz auf der Kapitalseite. Arbeitgeberverbände ermöglichen Unternehmen eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung. Das hat die Verbindlichkeit tariflicher Normen zusätzlich geschwächt. Die Prägekraft von Flächentarifverträgen und der Tarifbindung allgemein hat in der gesamten Bundesrepublik seit den 1990er Jahren kontinuierlich abgenommen und ist in den ostdeutschen Bundesländern besonders schwach. 2017 arbeiteten 43 Prozent der Beschäftigten im Westen und 56 Prozent der Ost-Arbeitnehmer*innen in Betrieben, in denen es keine Tarifbindung mehr gab. 71 Prozent der westdeutschen und 81 Prozent der ostdeutschen Betriebe werden nicht mehr über Kollektivvereinbarungen reguliert. Mit der Erosion des Flächentarifs geht dem dualen System der Interessenrepräsentation ein wichtiges Standbein verloren. Die alte Arbeitsteilung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften steht zur Disposition. Wo den Gewerkschaften oberhalb der Betriebs- und Unternehmensebene die Konfliktpartner fehlen, kann der «demokratische Klassenkampf» – gemeint sind nach den Regeln organisierter Arbeitsbeziehungen geführte und ausgehandelte Arbeitskonflikte und Tarifausinandersetzungen – nicht mehr aus dem Betrieb ausgelagert werden. Teilweise sind die Tarifparteien gar nicht mehr handlungsmächtig und die Gewerkschaften benötigen, wie beim allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, den interventionistischen Staat, um überhaupt noch verbindliche soziale Regeln setzen zu können. Festzuhalten ist deshalb: Über Kampf- und Streikerfahrungen verfügen nur vergleichsweise kleine Teile der lohnabhängigen Klassen. Ein sozialer Block aus abhängig Beschäftigten ist bisher weder in Deutschland noch in anderen europäischen Ländern entstanden.⁷

These 13: Sofern mobilisierte Klassen und ein wirkmächtiger sozialer Block der Lohnabhängigen nicht entstehen, kommt es zu sozialen Strukturbildungen, die als Wettbewerbsklassen bezeichnet werden können. Wettbewerbsklassen gehen aus Konkurrenz und symbolischer Abwertung sozialer Großgruppen hervor.

Den Hauptgrund hat Didier Eribon präzise benannt: Sofern man «Klassen» und Klassenverhältnisse einfach aus den Kategorien des Denkens und Begreifens und da-

7 Portugal könnte eine Ausnahme sein. Vgl. dazu Wainwright (2019) und Candeias u. a. (2017).

mit aus dem politischen Diskurs entfernt», verhindert man damit «noch lange nicht, dass sich all jene kollektiv im Stich gelassen fühlen, die mit den Verhältnissen hinter diesen Wörtern objektiv zu tun haben» (Eribon 2016: 122). Es öffnen sich soziale Räume, in welchen Klassen vorwiegend aufgrund negativer Klassifikationen und Zuschreibungen entstehen. Zugespitzt formuliert: Sofern im Alltagsbewusstsein der Menschen, die zu den beherrschten Klassen gehören, die Orientierungen fehlen, die mobilisierte Kollektive hervorbringen könnten, wirken Klassenverhältnisse im Modus der Konkurrenz, infolge einer permanenten Scheidung in Gewinner und Verlierer sowie mittels kollektiver Auf- und Abwertungen. Abwertung führt zur Herausbildung von sozialen Lagen, die all jene diskriminieren, die sich mit solchen Lagen arrangieren müssen. Dabei spielt der Staat, der in entwickelten Kapitalismen direkt oder indirekt 40 bis 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verteilt, eine zentrale Rolle. Durch Zuweisung oder Beschneidung von «Sozialeigentum», einem kollektiven Eigentum zur individuellen Existenzsicherung, nehmen Staatsaktivitäten erheblichen Einfluss auf die Klassenstrukturierung der Gesellschaft. Grenzziehungen, die mit der Enteignung von Sozialeigentum verbunden sind, bewirken Klassenbildung qua kollektiver Abwertung und Stigmatisierung sozialer Großgruppen.

Das Phänomen der Wettbewerbsklassen verweist auf Schwachstellen auch jener Klassentheorien, die sich auf Marx' Kritik der politischen Ökonomie beziehen. Negative Klassenbildung, also eine Herausbildung sozialer Lagen und Muster der Lebensführung, die aufgrund kollektiver Abwertung entstehen, ist bei Marx und in den an ihn anschließenden Klassenkonzepten so nicht vorgesehen. Das rächt sich spätestens dann, wenn neben Gruppen an oder unterhalb der Schwelle sozialer Respektabilität auch große Teile der Lohnabhängigen zum Objekt kollektiver Abwertungen werden. Genau das ist in der Gegenwart der Fall.

These 14: Soziale Gruppen in – statistisch erfassbaren – Arbeiterklassenlagen nehmen sich heute mehrheitlich als gesellschaftlich abgewertet wahr. Diese Problematik ist zumindest teilweise eine politisch hausgemachte. Sie verweist auf den Repräsentationsmodus einer bonapartistischen Demokratie.

Ein Grundproblem der politischen Linken ist gegenwärtig, dass sie eine verbindende Politik für einen sozialen Block der von Löhnen Abhängigen nicht *gesellschaftlich wirksam* zu entwickeln vermag. Das ist einer der Gründe, weshalb die Zunahme klassenspezifischer Ungleichheiten gegenwärtig zu einer Triebkraft der rechtspopulistischen Revolte werden kann. Im Anschluss an Marx kann man die zeithistorische Konstellation der Gegenwart als Tendenz zur Herausbildung bonapartistischer Demokratien bezeichnen (Beck/Stützle 2018). In seiner berühmten Schrift «Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte» (MEW 8: 111–207) analysiert Marx Kräfteverhältnisse und Bündniskonstellationen zwischen Klassen und Klassenfraktionen, die die damalige französische Gesellschaft prägten. Am Beispiel der französischen

Parzellenbauern⁸ begründet er, weshalb sich eine Mehrheitsklasse aufgrund ihrer monadischen Produktionsweise, fehlender Kommunikationsmittel und geringer Organisiertheit nicht als mobilisierte Klasse zu formieren vermag. Strukturell vorhandene Klassen bringen demnach keineswegs im Selbstlauf bewusst handelnde Klassenbewegungen hervor. Im Gegenteil, demobilisierte Klassen ohne repräsentative Akteure haben kaum eine andere Wahl, als ihre – stets widersprüchlichen und deshalb interpretierbaren – Interessen an handlungsfähige politische Akteure zu delegieren. Die Mehrheitsklasse der französischen Parzellenbauern votierte für Louis Bonaparte und dessen Ordnungspartei, weil diese neben sozialen Vergünstigungen die Wiederherstellung öffentlicher Sicherheit versprach. Mit demokratischen Mitteln an die Macht gelangt, nutzte die Ordnungspartei ihre Position sodann zur Beseitigung der Demokratie und der Wiederherstellung einer monarchistischen Herrschaftsform.

Unter völlig anderen Bedingungen macht sich die Demobilisierung von – diesmal Arbeiterklassen – in der Gegenwart erneut bemerkbar. Zwar wiederholt sich die Geschichte nicht, es ist jedoch auffällig, dass es dem Alltagsbewusstsein von Lohnabhängigen im Allgemeinen und dem von Industriearbeiter*innen im Besonderen an verbindenden Begriffen, an Denkformen und Orientierungen fehlt, mit deren Hilfe sie sich in die Lage versetzen könnten, Ungleichheiten im Sinne von kollektiver Mobilisierung und «demokratischem Klassenkampf» (Korpi 1983) zu deuten, um so gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern und Einfluss auf das Geschehen im politischen Raum zu nehmen. Diese bonapartistische Konstellation kann dazu führen, dass die klassenspezifische *deep story* von Industriearbeiter*innen – eine Tiefengeschichte verletzten Gerechtigkeitsempfindens – einen verzerrten politischen Ausdruck bei der radikalen Rechten finden kann.

*These 15: Als Reaktion auf Ungleichheit, Unsicherheit und soziale Abwertung reagieren Teile der – vor allem männlichen – Arbeiterschaft mit Selbstaufwertung durch Abwertung anderer. Den Kampf um Statuserhalt oder Statusverbesserung tragen rechtsaffine Arbeiter*innen mit dem Mittel des Ressentiments aus.*

In ihrer Studie zu den Anhänger*innen der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung hat die US-amerikanische Soziologin Arlie Hochschild eine *deep story* rekonstruiert, die «sich für viele Menschen wie die eigentliche Wahrheit anfühlt» (Hochschild 2016a). In der rechten Tiefengeschichte stehen Menschen wie bei einer Pilgerfahrt in einer langen Schlange am Fuße eines Berges, der für sie den amerikanischen Traum symbolisiert. Ihre Füße sind müde, es geht nicht vorwärts. Während man selbst vergeblich ansteht, werden, so die Wahrnehmung, andere bevorzugt, die in der Wahrnehmung der Wartenden deutlich weniger geleistet haben, um sich den Traum vom besseren Leben

8 Frauen hatten in Frankreich erst ab 1945 Wahlrecht.

zu erfüllen. Ungeachtet aller Unterschiede zur US-amerikanischen Situation fällt es nicht schwer, eine rechte *deep story* auch bei deutschen Arbeiter*innen und Angestellten aufzuspüren. Deren Geschichten reichen bis in die Bundesrepublik der 1980er Jahre zurück. Zwei Ereignisse, die europäische Finanz- und die sogenannte Flüchtlingskrise, haben der rechtspopulistischen *deep story* eine neue Wendung verliehen. Über Jahrzehnte daran gewöhnt, dass es nicht mehr für alles reicht, war im Zuge des Krisenmanagements scheinbar Geld im Überfluss vorhanden – zunächst zur Rettung maroder Banken und kriselnder Staatsfinanzen an der südeuropäischen Peripherie, dann für mehr als eine Million Geflüchtete, die 2015 deutsches Staatsgebiet erreichten. Seither ist das «Schlangestehen» aus der Sicht (nicht nur) rechtsaffiner Arbeiter*innen sinnlos geworden. Das auch, weil sich die wirtschaftliche Lage deutlich verbessert hat. Die Unternehmen haben in der Dekade nach der globalen Finanzkrise gut verdient, die Arbeitslosigkeit ist offiziell unter die Fünf-Prozent-Marke gesunken und die Zahl der Erwerbstätigen auf Rekordniveau gestiegen. Das hat nicht zuletzt bei den jüngeren Lohnabhängigen gerade im Osten der Republik ein Ende der Bescheidenheit ausgelöst.

Vom wirtschaftlichen Boom kommt bei denen, die so lange gewartet haben, jedoch wenig an. Je geringer die Hoffnung von Arbeiter*innen ist, trotz individueller Anstrengungen Anschluss an die prosperierenden Teile der Gesellschaft zu finden, desto stärker tendieren sie dazu, wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit als Konflikt zwischen produktiven Inländer*innen und leistungsunwilligen, kulturell nicht integrierbaren Ausländer*innen zu interpretieren. Während man sich selbst vergeblich in der Warteschlange angestellt habe, werde «den Flüchtlingen», so die Wahrnehmung, plötzlich «alles» gegeben. Nun dürften sich, wie man meint, Menschen in der Reihe der Anspruchsberechtigten vordrängeln, die selbst keinen Beitrag zum «Volkvermögen» und zu den kollektiven Sicherungssystemen geleistet hätten.

Die Kränkung, mit den eigenen Problemen gesellschaftlich nicht genügend wahrgenommen zu werden, findet sich auch bei gutverdienenden Beschäftigten und bei solchen mit akademischer Bildung. Das Empfinden sozialer Abwertung kommt in allen Lohnabhängigenklassen vor. Es speist sich aus dem gesamten Lebenszusammenhang. Ein Gewerkschaftssekretär beschreibt die Vielfalt der Motive, die zur Unterstützung rechtspopulistischer Parteien führen, treffend mit folgenden Worten: «Es ist nicht einfach Angst, es ist eine Mischung von vielen Einflüssen, die Arbeitnehmer unzufrieden macht. Im Osten leben die meisten an Orten, aus denen man kommt, und nicht in Städten, in die man geht. Man kann fest angestellt sein und verdient doch nicht genug, um sich ein Leben leisten zu können, wie es die Medien als normal darstellen. Viele haben das Gefühl, in einer prosperierenden Gesellschaft nicht mithalten zu können, den Anschluss zu verlieren. Für diese Probleme gibt es aber keine gesellschaftliche Öffentlichkeit. Arbeiter kommen nirgendwo vor. Und dann kommen die Flüchtlinge und erhalten eine Aufmerksamkeit, die man selbst nicht bekommt. Es gibt Investitionen, Lehrer, Personal für Sprachkurse und berufliche Qualifizierung. Das halten viele für ungerecht. Und deshalb ist es selbst für Betriebsräte und aktive

Gewerkschafter kein Widerspruch, sich aktiv an einem Arbeitskampf zu beteiligen und gleichzeitig zur Pegida-Demonstration zu gehen.» (Gewerkschaftssekretär im Gespräch mit d. Verf.)

Nicht nur im Osten, auch in Niederbayern und dem Ruhrgebiet empfinden Lohnabhängige das als Abwertung der eigenen sozialen Position. In wohlhabenden Regionen wie dem Ingolstädter Speckgürtel, wo es als besonderer Makel gilt, im Prospektitätszug nicht mitfahren zu können, stößt man auf ein ähnliches Lebensgefühl. Selbstaufwertung mittels Abwertung anderer ist nicht die einzig mögliche, für rechtsaffine Arbeiter*innen aber eine subjektiv naheliegende Reaktion, an die der völkische Sozialpopulismus politisch anzudocken vermag.

These 16: Anspruch demokratischer Klassenpolitik muss es sein, strukturelle und politische Ursachen von Ungleichheit, Prekarität und sozialem Ausschluss klar zu benennen, um so jegliche Vorstellung von homogenen nationalen Gemeinschaften zu destruieren. Starre Entgegensetzungen von Identitäts- bzw. Anerkennungspolitik auf der einen und linkem Populismus auf der anderen Seite sind für dieses Anliegen analytisch wie politisch kontraproduktiv.

Eine demokratische Klassenpolitik wird gegenwärtig im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung, aber auch von parteiunabhängigen Linken formuliert. Es gehe «im Kern darum, verschiedene linke, häufig isoliert voneinander stattfindende Perspektiven zusammenzuführen», beschreibt der Journalist Sebastian Friedrich die Aufgaben einer neuen Klassenpolitik (Friedrich 2018: 21). Ähnlich argumentiert Mario Candeias, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wenn er zum Perspektivwechsel auffordert und «eine neue Klassenpolitik» vorschlägt, «die die Vielfältigkeit von Interessen des linken Mosaiks nicht negiert» (Candeias 2017: 1–13). Es gehe um einen «verbindenden Antagonismus», eine «Stärkung der sozial-ökonomischen Themen» (ebd.). Bernd Riexinger, Co-Vorsitzender der Partei DIE LINKE, betont die Chancen der klassenpolitischen Debatte: «Das Konzept einer verbindenden Klassenpolitik dient als Inspiration und Aufforderung auf dem Weg zu einer erneuerten Kultur der Linken, als eine im Alltag verankerte Organisierung der ‚gesamten Klasse‘ mit ihren vielen verschiedenen Gesichtern. Dazu gehört eine linke Partei, die ebenso glaubhaft die Interessen der Beschäftigten und Erwerbslosen wie jene der unter prekären Bedingungen arbeitenden und lebenden Geflüchteten, Migrant*innen und der LGBTIQ-Community⁹ vertritt und gemeinsam mit ihnen für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus eintritt.» (Riexinger 2018: 158)

9 Der Terminus LGBTIQ ergibt sich aus den englischen Kürzeln für Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Intersex und Queer und ist ein Sammelbegriff für Menschen, die sich nicht in der Heteronormativität wiederfinden, da ihre sexuelle Orientierung gegenüber dem Partnergeschlecht, ihre eigene Geschlechtsidentität oder ihre körperliche Geschlechtsbeschaffenheit davon abweichen.

Löste man sie von ihrer Parteifixierung ab, scheinen solche Überlegungen passgenau der Idee einer Mosaiklinken zu entsprechen, wie sie Hans-Jürgen Urban formuliert hat. Klassenpolitik bedeutet nach dieser Auffassung, politischen Themen, die verbinden, größeres Gewicht zu verleihen. «Die» Klasse der Lohnarbeiter*innen wird zum Bezugspunkt für eine «übergeordnete Strategie» (Friedrich 2018: 22; ähnlich: Leisewitz/Lütten 2018): «Die Chance einer Neuen Klassenpolitik liegt darin, Menschen ganz unterschiedlicher Identitäten zu vereinen, ohne das zu ignorieren, was sie voneinander unterscheidet. Das Ziel ist, Erfahrungen zu bündeln und aufzuzeigen, dass trotz geschlechtlicher, ethnischer oder nationalstaatlicher Grenzziehungen überschneidende Interessen bestehen, gemeinsame Kämpfe möglich sind – und erfolgreich sein können.» (Friedrich 2018: 22)

Das Hauptproblem einer solchen klassenpolitischen Orientierung ist, dass sie in der Bundesrepublik als eigenständige politische (Zwischen-)Position kaum wahrgenommen wird. Was Intellektuelle wie Arlie Hochschild oder Didier Eribon an linker Klassenvergessenheit monieren, wird – jenseits der Vertreter*innen einer verbindenden Klassenpolitik – in Deutschland sonst nur selektiv aufgenommen und in eine höchst unproduktive Kontroverse zwischen Identitäts- bzw. Anerkennungspolitik einerseits, linkspopulärer Formierung andererseits, übersetzt. Fürchten die einen die Rückkehr zum Hauptwiderspruch, die Verharmlosung von Rassismus und nationalstaatliche Verengung linker Politik (exemplarisch: Dyk u. a. 2017; deutlich differenzierter: Dyk 2019), geben sich die anderen überzeugt, dass nur eine Verbindung von sozialer Frage und Migrationskritik in der (national-)staatlichen Arena in der Lage sei, rechtsaffine Arbeiter*innen von der radikalen Rechten zurückzugewinnen (Heisterhagen 2018; differenzierter: Nölke 2017).

Während die Linkspopulären für sich reklamieren, die deutsche Antwort auf Didier Eribon zu sein, nehmen Anhänger*innen der Identitäts- bzw. Anerkennungspolitik selbiges zum Anlass, den vermeintlichen Rückfall in klassenpolitischen Reduktionismus und methodologischen Nationalismus öffentlichkeitswirksam zu destruieren. Die Auseinandersetzung um die maßgeblich von Sahra Wagenknecht initiierte und auf Bundesebene inzwischen gescheiterte (Nicht-)Bewegung «aufstehen» bietet ein Musterbeispiel für medial verstärkte diskursive Verzerrungen.

Solche Streitigkeiten unter Linken sind – teilweise – ein Ausdruck von Interessendivergenzen innerhalb und zwischen lohnabhängigen Klassen(-fraktionen). Demokratische Klassenpolitik bedeutet daher im ersten Schritt, den Angehörigen der verschiedenen lohnabhängigen Klassen Deutungsangebote zu machen, die es ihnen erlauben, als bewusst handelnde Klassensubjekte in soziale Konflikte zu intervenieren. Nur dann vermag Klassenpolitik möglicherweise zu leisten, was dem bloßen Beharren auf Vielfalt und Differenz aus dem Blick zu geraten droht. Statt wertebasierter Zusammenhalt überzubetonen, muss darum gerungen werden, dem gerade bei Arbeiter*innen verbreiteten Empfinden von sozialer Abwertung und Kontrollverlust über den eigenen Lebenszusammenhang entgegenzuwirken, indem Streit, Konflikt

und Klassenkampf als Formen demokratischer Vergesellschaftung wiederentdeckt und zu symbolischer Aufwertung von links benutzt werden.

Einem solchen Anliegen kann ein an Karl Polanyi angelehnter Klassenbegriff hilfreich sein, der dem Marx der Bonapartismus-Analyse allerdings nähersteht, als der österreichische Sozialist selbst vermutete. Klasseninteressen, so Polanyi, lieferten nur «eine begrenzte Erklärung für langfristige gesellschaftliche Entwicklungen», denn kollektive Teilinteressen müssten letzten Endes immer «auf eine Gesamtsituation bezogen sein» (Polanyi 1995 [1944]: 210). Zudem seien Klasseninteressen «vor allem auf Geltung und Rang, auf Status und Sicherheit» gerichtet und deshalb «in erster Linie nicht ökonomischer, sondern gesellschaftlicher Natur» (ebd.: 212). Ein allzu eng gefasster Interessenbegriff müsse daher zu einer «verzerrten Vorstellung der sozialen und politischen Geschichte führen» (ebd.: 213). Er blende aus, dass rein ökonomische Sachverhalte für das Klassenverhalten weit weniger relevant seien «als Fragen gesellschaftlicher Anerkennung» (ebd.: 212).

In Marx' Bonapartismus-Analyse, vor allem aber bei Antonio Gramsci und dessen Hegemonietheorie findet man ähnliche Überlegungen. Ein Klassenbegriff, der die Anerkennungsdimension integriert, könnte an Analysen anschließen, die über Ausbeutung und Entfremdung hinaus andere Kausalmechanismen sozialer Ungleichheit thematisieren (Dominanz, soziale Schließung, Exklusion). Vor allem jedoch würde er ermöglichen, die klassenspezifische Pluralität sozialer Fragen genauer in den Blick zu nehmen. Im Rahmen des Forschungsprojekts Klassenanalyse der Universität Jena befragte rechtsaffine Lohnabhängige betrachten sich überwiegend weder als arm noch als prekär. Ihre sozialen Probleme sind andere. In der für kapitalistische Gesellschaften zentralen «Bewährungsprobe des Lohns» (Boltanski/Chiapello 2003) und der mit ihr verbundenen Anerkennungsproblematik sehen sie sich als Angehörige von Gruppen, deren Leistung gesellschaftlich ungenügend honoriert wird. Diese Problematik wird von einem politischen System, das soziale Verwerfungen mit Armut, Erwerbslosigkeit oder Prekarität gleichsetzt, nicht oder nur ungenügend repräsentiert (Dörre u. a. 2018; Candeias 2018). Missachtung – das ist der reale Kern, den die These einer neuen kulturellen Spaltung (*cleavage*) enthält (Merkel 2017) – wird ihnen auch von Angehörigen jener akademisch qualifizierten und deshalb kulturell überlegenen Klassen(-fraktionen) entgegen gebracht, die den pragmatischen Konservatismus, die Werthaltungen, Familienformen und Lebensstile der – schrumpfenden – Industriearbeiterschaft qua Distinktion abwerten (Williams 2017; Evans/Tilly 2017).

Abwertungserfahrungen gehen als besonderer Problemstoff in die Formierung des rechtspopulistischen Blocks ein. Zum kulturellen Bindemittel können sie aber nur werden, solange es an mobilisierenden, demokratisch-inklusiven Klassenpolitiken fehlt, die den widersprüchlichen Charakter radikal rechter Politikangebote aufdecken und öffentlich nachvollziehbar machen. Denn es sind die vom marktradikalen Teil des rechtspopulistischen Blocks favorisierten Rezepte (z. B. Europäischer Binnenmarkt ohne regulierende europäische Institutionen), die, zur Anwendung gebracht, erzeugen, was sich

im Alltag von Lohnabhängigen als Ungleichheitserfahrung, kollektive Abwertung und Kontrollverlust bemerkbar macht und durch rückwärtsgewandte Re-Vergemeinschaftung kompensiert werden soll. Demokratische Klassenpolitik hingegen zersetzt jegliche Vorstellung homogener nationaler Gemeinschaften. Sie fordert zu kollektiver Selbsttätigkeit auf, und sie verbindet, weil sie letztendlich nur über ethnische, nationale und Geschlechtergrenzen hinweg erfolgreich sein kann (Zwicky/Wermuth 2018; Candeias/Brie 2016; 2017). Anders als Voten für einen neuen Linkspopulismus (Mouffe 2018) kann sie darauf verzichten, Antagonismen ausschließlich im politischen Raum anzusiedeln und mithilfe eines an Carl Schmitt angelehnten Freund-Feind-Schemas zu begründen. Interessengegensätze und Antagonismen verortet sie in den (Klassen-)Strukturen realer Gesellschaften. Eine vergleichende Forschung, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Lohnabhängigenklassen, deren Bewegungen und Kämpfen systematisch untersucht, könnte dazu beitragen, demokratischer Klassenpolitik ein wissenschaftliches Fundament zu bieten und Gegensätze innerhalb der Linken zu versachlichen.

These 17: Demokratische Klassenpolitik muss mit realen Klassenauseinandersetzungen korrespondieren, diese intellektuell, konzeptuell und praktisch weitertreiben und ihnen zu öffentlicher Resonanz verhelfen. Dergleichen geschieht gegenwärtig allenfalls punktuell und völlig unzureichend.

Der Arbeitszeitkonflikt in der Metall- und Elektroindustrie und seine Nichtbeachtung in linken Öffentlichkeiten liefern dafür ein Beispiel. Dass es der IG Metall gelungen ist, die Forderung nach einer 28-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich als Option mobilisierungsfähig zu machen, grenzt fast schon an ein Wunder. In einer extrem fragmentierten Arbeitswelt existiert nicht nur eine große Vielzahl an Arbeitszeitregime, die Arbeitszeiten sind zugleich hochgradig polarisiert: Während Vollzeitbeschäftigte häufig überlange Arbeitszeiten haben, leiden viele Teilzeitbeschäftigte an verkürzten Erwerbszeiten. Würde man die unbefriedigten Arbeitszeitwünsche der Unterbeschäftigten mitzählen, wäre die Arbeitslosigkeit etwa doppelt so hoch wie offiziell registriert. Bedenkt man ferner, dass Einkommensungerechtigkeit auch für vergleichsweise gut verdienende Facharbeiter*innen ein zentrales Konfliktfeld ist, mutet es umso erstaunlicher an, dass die Auseinandersetzung um die kurze Vollzeit in den Powerstreiks der IG Metall gelegentlich Züge einer sozialen Bewegung annahm. So konstatierte ein zunächst sehr skeptischer Journalist der linksalternativen Schweizer *Wochezeitung* *WoZ*: «Arbeitskampf kann ein ziemliches Spektakel sein.» (Hackbarth 2018)¹⁰

10 «Kolleginnen und Kollegen, die Hallen sind leer, das Zelt ist voll: Ich bin stolz auf euch!», ruft Björn Kallis voller Inbrunst von der Bühne herab – und erhält überschwänglichen Beifall als Antwort [...]. Die Streikenden bei Bosch haben schon mal vorgemacht, wie es aussieht, wenn die Basis ihre Stimme erhebt: Während der Versammlung in Stuttgart-Feuerbach fordert ein Arbeiter auf einmal lauthals eine Festanstellung. Die Stammarbeiter*innen stimmen nach und nach mit ein in die unerwartete Wortmeldung ihres prekarisierten Kollegen, bis schließlich das ganze Zelt ‚Festvertrag! Festvertrag!‘ skandiert.» (Hackbarth 2018)

Ein Grund für diese Dynamik an der Basis, die den bewegungsnahen Journalisten überrascht, resultiert aus dem Umstand, dass die IG Metall erfolgreich zu einem Thema Politik macht, das in den Arbeits- und Sozialwissenschaften häufig diskutiert wird – ohne dass Gewerkschaftsarbeit dabei eine Rolle spielt, obwohl beispielsweise die IG Metall einen weiten Arbeitsbegriff politisiert. Sie verbindet die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit der faktischen Aufwertung anderer Tätigkeiten: Zeit für Pflege und Erziehung, Zeit für Muße, um sich von den Belastungen der Schichtarbeit zu erholen. Damit gelingt es, etwas zu thematisieren, das trotz aller Fragmentierung ein gemeinsames Merkmal von Arbeitsverhältnissen in der modernen Arbeitswelt ist: Die Zwänge flexiblerer Erwerbsarbeit okkupieren sämtliches Arbeitsvermögen – von der unbezahlten Sorgearbeit bis zu den zweckfreien Tätigkeiten in der freien Zeit.

Eine Folge dieser Flexibilisierung ist, dass selbst dann, wenn formal weniger gearbeitet wird, die fremdbestimmte Zeit nicht nur in der subjektiven Wahrnehmung, sondern auch real zunimmt. Wir verlieren an Zeitsouveränität und müssen immer mehr Zeit für Steuerungsarbeit verwenden, um die verschiedenen Lebensbereiche in der Balance zu halten. Als «Balanceimperialismus» haben Oskar Negt und Alexander Kluge dies schon vor gut 20 Jahren bezeichnet. Balanceimperialismus ist ein Modus der Überausbeutung, der die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit de facto auf die Nichterwerbsarbeit und die formal freie Zeit ausdehnt. Gegen diese Okkupation hat die IG Metall einen Pflock gesetzt – und das kommt bei den Beschäftigten, Männern wie Frauen, sehr gut an.

In diesem Zusammenhang grenzt es an Fahrlässigkeit, dass die politische Linke (von Ausnahmen abgesehen)¹¹ dieser Auseinandersetzung kaum Beachtung geschenkt hat, denn Digitalisierung, ökologische Transformation und tiefgreifende Umbrüche des Industriemodells vor Augen, steht Arbeitszeitpolitik im Schnittfeld der künftigen Megatrends.

Und dies aus drei Gründen: Wenn die neue Phase der Digitalisierung dazu führt, notwendige Arbeit einzusparen, dann vermehrt sich erstens die *disposable time* als eigentlicher individueller und gesellschaftlicher Reichtum, den es gerecht zu verteilen gilt. Zweitens ist eine kurze Vollzeit für alle mit hoher Wahrscheinlichkeit ökologisch sinnvoll. Klimawandel und verschwenderischer Umgang mit Naturressourcen schließen aus, dass Wohlstand in Zukunft in erster Linie mit der Steigerung des individuellen Massenkonsums verbunden wird. Neben langlebigen Gütern benötigen wir, die Absicherung eines kulturell angemessenen Lebensniveaus vorausgesetzt, die Verfügung über *disposable time* auch, um ökologisch nachhaltige Lebensstile entwickeln zu können. Drittens schließlich wäre eine kurze Vollzeit für alle eine Antwort auf Stress und wachsende psychische wie physische Belastungen in der Arbeitswelt. Sie wäre es dann, wenn es zugleich gelänge, die Erwerbsarbeitszeit gerechter zu verteilen und ei-

11 Riexinger/Becker 2017 sowie Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dossier «Kämpfe um Arbeitszeit», www.rosalux.de/dossiers/kaempfe-um-arbeitszeit/.

ner möglichen Reaktion der Unternehmensseite in Gestalt von Arbeitsintensivierung entgegenzuwirken, indem Interessenvertretungen Einfluss auf die Personalbemessung nehmen können. Eine gesellschaftlich finanzierte, bedingungslose Grundzeit für alle könnte eine sinnvolle Alternative oder auch eine wichtige Ergänzung zur Politik linearer Arbeitszeitverkürzung sein. Dergleichen intellektuell wie konzeptuell vorzubereiten, in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und politischen Parteien diskursiv zu verankern und gesellschaftlich konfliktfähig zu machen ist ein konkretes klassenpolitisches Projekt.

These 18: Demokratische Klassenpolitik kann und muss auf jeder Ebene – von Betrieb und Unternehmen über die nationalstaatliche Arena bis hin zu grenzüberschreitenden Vernetzungen – international angelegt sein. Eine wichtige Orientierung bieten die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Progressive Klassenidentitäten können letztendlich nur aus gemeinsamen Erfahrungen und Kämpfen beherrschter Klassen entstehen, die eine internationale und gegenwärtig vor allem eine europäische Ausrichtung haben. Keines der Megathemen wie Ungleichheit, ökologische Gefahren, Herausforderungen der Digitalisierung, Fluchtbewegungen oder das Risikopotenzial deregulierter Finanzmärkte lässt sich ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene bearbeiten. Deshalb gilt: Demokratische Klassenpolitik benötigt Europa. Zu einem Europa, das den Ländern an der südlichen Peripherie eine Austeritätspolitik aufoktroziert, die deren Gesellschaften zerstört, muss sie sich indes oppositionell verhalten. Ein solidarisches Europa braucht keinen Europäischen Gerichtshofs, der sich entgegen seiner eigentlichen Aufgaben anmaßt, soziale Rechte von Lohnabhängigen mit einem Federstrich zu beseitigen. Klassenpolitik, die den institutionalisierten Marktradikalismus kritisiert, ist daher keineswegs antieuropäisch. Die Europäische Union wird als ökonomischer Verflechtungsraum nur eine Zukunft haben, wenn sie zu einer sozialen Union wird. Dazu benötigt sie demokratische Projekte von oben und unten. Solche Projekte könnten mittelfristig sein: ein europäischer Mindestlohn, der sich in Relation zu den Lohnniveaus der Mitgliedsstaaten entwickelt; eine europäische Arbeitsversicherung, in die alle gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Unternehmer*innen, Selbstständigen, Beamt*innen etc. einzahlen sowie ein «Nansen-Pass», der es unter anderem Klimaflüchtlingen ermöglicht, in ein verursachendes Land ihrer Wahl einzuwandern. Die schwächelnden europäischen Gewerkschaften könnten durch einen europäischen Streikfonds an Kraft gewinnen, der Arbeitskämpfe in transnationalen Unternehmen länderübergreifend unterstützt. Die Stärkung von demokratischen Institutionen auf europäischer Ebene schließt zwingend ein, sich der Einschränkung von Gewaltenteilung und demokratischen Grundrechten, wie sie gegenwärtig in Ungarn und Polen (und außerhalb der EU in der Türkei) praktiziert werden, entschlossen zu widersetzen. Demokratische Klassenpolitik wird europäisch und transnational sein, oder sie wird nicht sein.

Progressive Steuern, insbesondere auf ererbte Vermögen, würden das Recht auf Eigentum in ein Recht auf Zeit verwandeln. In der gleichen Logik, die von einer Sozialverpflichtung des Eigentums ausgeht, ließen sich Politiken denken, die Schritt für Schritt umverteilende Maßnahmen durchsetzen: Eine Steuer auf fossile Renten, die Abschöpfung von Digitalisierungsrenditen, die Umverteilung der globalen Ölrenten, globale Transparenz in den Steuerverwaltungen, Vermögensabgaben des neuen Geldadels, eine einheitliche europäische Steuerpolitik und die Nutzung der so gewonnenen Finanzmittel für globale Investitionen in den Klimaschutz sowie die Bekämpfung von Hunger und absoluter Armut durch eine Öffnung des Zugangs zu lebenswichtigen Gütern einschließlich elementarer Bildung sowie die Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen auch und gerade in den armen Ländern des globalen Südens sind unverzichtbare Inhalte moderner Klassenpolitik.

These 19: Unter den Bedingungen einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise verwandelt sich der alte industrielle Klassen- zunehmend und unwiderruflich in einen sozial-ökologischen Transformationskonflikt.

Anders als Ulrich Beck (1986) in seiner «Risikogesellschaft» vermutete, resultiert dieser gegenwärtige Konflikt jedoch nicht aus zwei getrennten Logiken, denen die Tendenz innewohnt, dass die «Probleme der dicken Bäuche» (Logik der Reichumsverteilung) zunehmend von globalen ökologischen Gefahren überlagert und verdrängt werden (Logik der Risikoverteilung). Klassenspezifische Verteilungskonflikte und ökologische Gesellschaftskonflikte lassen sich nicht aufeinander reduzieren; sie sind jedoch in hohem Maße miteinander verwoben und können deshalb als sozial-ökologischer Transformationskonflikt beschrieben werden. Dies lässt sich exemplarisch an dem Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und der Zunahme klimaschädlicher Emissionen verdeutlichen: Chancel und Piketty (2015) haben eindrucksvoll gezeigt, dass die einkommensstärksten zehn Prozent der Weltbevölkerung (700 Millionen von sieben Milliarden) für 45 Prozent der Emissionen verantwortlich sind, während die unteren 50 Prozent global lediglich 13 Prozent emittieren. Während die Anteile der reichsten Bevölkerungsgruppen an den klimaschädlichen Emissionen überproportional steigen, sind sie bei den ärmsten Teilen der Weltbevölkerung rückläufig. Die einkommensstärksten zehn Prozent mit dem höchsten Emissionsausstoß leben auf allen Kontinenten, 30 Prozent davon in Schwellenländern. Die Zunahme der CO₂-Emissionen wird in immer größerem Ausmaß durch die Einkommensungleichheit innerhalb der Staaten verursacht. 1998 erklärten diese Ungleichheiten etwa 30 Prozent der globalen Emissionen; 2013 waren es bereits 50 Prozent.

Offenkundig, so ist festzuhalten, forciert die Zunahme klassenspezifischer Ungleichheiten klimaschädliche Emissionen. In ausgeprägt ungleichen Gesellschaften dürfte die Bereitschaft, die Kosten des ökologischen Strukturwandels mitzutragen, in den unteren Klassen wohl kaum zunehmen. Das in dieser Problematik anklingende

doppelte Gerechtigkeitsproblem wird von den ökologischen Bewegungen, sehr vorsichtig formuliert, noch immer dramatisch unterschätzt. Gegen die Beiläufigkeit, mit der die Verteilungsproblematik innerhalb von grünen und Degrowth-Bewegungen verhandelt wird, lässt sich einwenden, dass Umverteilung von oben nach unten auch ökologisch nachhaltig wirkt, sofern sie soziale Träger von Lebensstilen begünstigt, deren Emissionen relativ niedrig sind oder sogar sinken. Selbst im wissenschaftlichen Umfeld des Club of Rome wird deshalb die Stärkung von Gewerkschaften empfohlen und nach einer weltweiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit gerufen (Becker u. a. 2018). Von dieser Ausrichtung ist in den ökologischen Bewegungen hierzulande und besonders bei den Partei-Grünen noch wenig angekommen. Das könnte sich als fatal erweisen, wenn die Kosten des Klimawandels etwa durch Preis- und Steuererhöhungen ungebremst auf die subalternen Klassen durchschlagen.

Ganz gleich, ob Auseinandersetzungen primär auf der sozialen oder in erster Linie auf der ökologischen Konfliktachse angesiedelt sind, die jeweils andere Perspektive kann, oder besser: darf, nicht mehr ausgeblendet werden. Die akute ökonomisch-ökologische Zangenkrise ist das «Ergebnis von Entwicklung und Unterentwicklung zugleich» (Magri 2014: 413). Sie betrifft nicht nur die «äußere Umwelt des Menschen, sondern auch sein soziales Umfeld (seinen Lebensstil, nicht allein das Wachstumstempo der Produktion) und den Menschen selbst»; «gerade diese beiden Tatsachen zwingen uns dazu [...], Umweltfrage und Sozialkritik im Zusammenhang zu sehen und die Frage nach einer anderen Art von Entwicklung zu stellen» (ebd.).

These 20: *Grundsätzlich kann zwischen einer eher konservierenden und einer eher transformierenden Klassenpolitik unterschieden werden. Transformierende Klassenpolitik benötigt die Vision einer besseren, nachkapitalistischen Gesellschaft. Die beginnende Debatte um eine neo- oder ökosozialistische Option weist in diese Richtung.*

Die sozial-ökologische Konfliktodynamik hat inzwischen das Herzstück (nicht nur) des bundesdeutschen Wirtschafts- und Industriemodells erreicht. Ein Grund sind mit Sanktionen versehene Dekarbonisierungsziele, wie sie das Europäische Parlament im Dezember 2018 beschlossen hat. Alle maßgeblichen gesellschaftlichen Akteure – Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen – müssen entscheiden, wie sie sich zu diesen Zielen verhalten wollen. Nehmen wir als Beispiel das Wertschöpfungssystem Automobil. Im Grunde ist längst klar, dass selbst ein beschleunigter Übergang zur Elektromobilität nicht ausreichen wird, um den Gefahren der menschengemachten Klima- und Ressourcenproblematik wirksam zu begegnen. Es geht um sehr viel mehr und um Grundlegendes. Benötigt werden neue Mobilitätssysteme, eine allmähliche Abkehr vom privaten Pkw sowie der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Kurzum: Es geht um einen vollständigen Bruch mit über lange Zeit hegemonialen Verkehrskonzepten. Ohne die Rückkehr zu öffentlichem Eigentum, etwa bei der Bahn, ohne gerechtere Finanzie-

rung von Mobilität dürfte eine nachhaltige Verkehrswende nicht zu haben sein. Mit Blick auf die Automobil- und Zulieferindustrie, aber auch über diese Branchen hinaus sprechen selbst Elitenvertreter*innen deshalb über die Transformation und Konversion ganzer Branchen. Eine Industrie- und Beschäftigungspolitik innerhalb des autoindustriellen Komplexes, die solche Zielstellungen ausblendet, ist – bestenfalls – partikularistische, konservierende Klassenpolitik. Ihr spiegelverkehrtes Pendant stellt ökologischer Protest dar, der unter Missachtung der sozioökonomischen Konfliktlinie Autofahrer*innen, Beschäftigte in den Karbonbranchen und deren Interessenvertretungen pauschal zu Gegner*innen im Transformationskonflikt erklärt.¹²

In klarer Abgrenzung zu beiden Ansätzen zielt demokratische Klassenpolitik auf eine Verbindung von sozialen und ökologischen Überlebensinteressen. Einen nachhaltigen Kapitalismus kann es aufgrund seiner expansiven Funktionsmechanismen nicht geben. Das muss transformierende Klassenpolitik beachten. Ihr Hauptanliegen ist die Umverteilung von Entscheidungsmacht über das Was, Wie und Wozu der Produktion. Um dies zu akzentuieren, sollte die Wahrnehmung unmittelbarer Klasseninteressen bei Einkommen, Beschäftigung, Arbeits- und Reproduktionsbedingungen mit einer neo-sozialistischen Zielstellung verbunden werden, deren Kernprojekt eine neue Wirtschaftsdemokratie ist. Neo-Sozialismus ist ein Label, um politische Projekte zu bündeln, mit denen sich Entscheidungen, in denen es um die Grundlagen menschlicher Zivilisation geht, zugunsten ökologischer und sozialer Nachhaltigkeitsziele beeinflussen lassen (vgl. die Debatte in: Dörre/Schickert 2019).¹³ Es gibt einen Lackmustest, mit dessen Hilfe sich «nachhaltig» und «nicht nachhaltig» unterscheiden lassen: «1. Reduziert sich der ökologische Fußabdruck? [und reduzieren sich die klimaschädlichen Emissionen, d. Verf.] 2. Steigt – für jeden frei zugänglich – die Lebensqualität?» (Grober 2013: 269).¹⁴

An diesen Nachhaltigkeitskriterien muss sich transformierende Klassenpolitik messen lassen. Ihr Erfolg wird davon abhängen, ob und wie sie Spannungsverhältnisse, die zwischen beiden Zielsetzungen zweifelsohne existieren, demokratisch auszubalancieren vermag. Ein Beispiel mag das verdeutlichen. Die rasche Dekarbonisierung

12 Auch wenn er sich radikal kapitalismuskritisch gibt, leistet Ökofundamentalismus, sofern er die soziale Frage ausblendet, kaum mehr als Geburtshilfe bei der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft. Das Beispiel Braunkohle spricht Bände. Lange vor dem politischen Ausstiegsbeschluss ist Kapital in großem Ausmaß aus der Braunkohleförderung und -verstromung abgeflossen. In dieser Hinsicht waren die öffentlichkeitswirksamen Aktionen militanter Braunkohlegegner*innen überaus erfolgreich. Der Kapitalismus wird auf diese Weise jedoch nicht in die Knie gezwungen, sondern qua «Inkorporation» radikaler Kritik mehr oder minder erfolgreich modernisiert. Am Beispiel der Lausitz sowie der Unternehmen Vattenfall und LEAG: Bose u. a. 2019.

13 Vgl. auch die bereits 2012 in der Zeitschrift *Luxemburg* (3/2012) geführte Debatte «Grüner Sozialismus», unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/gruner-sozialismus-luxemburg-312-ist-erschienen/.

14 Ein anderer Vorschlag von Mario Candeias (2012) lautet: «Kriterien für einen solchen gerechten Übergang zu einem grünen Sozialismus könnten sein: Alle zu treffenden Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie a) relevant zur Senkung von CO₂-Emissionen beitragen, b) zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit), c) zur Reduzierung von Einkommens- und anderen Ungleichheiten, d) Beschäftigung und Gute Arbeit befördern und e) demokratische Partizipation der Einzelnen ermöglichen.»

der Wirtschaft mit einer Jobgarantie für alle Beschäftigten der Karbonbranchen zu verbinden, wie das die demokratische Sozialistin Alexandria Ocasio-Cortez im Rahmen eines Green New Deal für die USA propagiert (Ocasio-Cortez u. a. 2019), ist eine Forderung mit verbindendem und zugleich transformativem Potenzial. Sie hebt sich wohltuend von einem Verbalradikalismus ab, der jeglicher Reformpolitik innerhalb des Kapitalismus sogleich den Stempel der «Systemstabilisierung» aufdrücken möchte. Zugleich wird schon in den Debatten um die Realisierung von Jobgarantien deutlich werden, wo die systemischen Grenzen des politisch Machbaren liegen.

Abschließend sei festgehalten: Transformierende, demokratische Klassenpolitik mit neo-sozialistischer Zielsetzung steht nicht für die gesamte Mosaiklinke (Urban 2018; Candeias/Brie 2016). Die um Geschlecht, Ethnie und Nation sowie gesellschaftliche Naturverhältnisse zentrierten Konfliktlinien verfügen über je eigene Dynamiken und Repräsentationen. Sie lassen sich nicht aufeinander reduzieren, besitzen jedoch gemeinsame Schnittmengen. Um im Regime «multipler Ungleichheiten» (Dubet 2019) überhaupt wahrgenommen zu werden, benötigt transformierende Klassenpolitik freilich eigene Stimmen. Ihre Protagonist*innen müssen, auch innerhalb der Linken, streitbar sein. In internen Auseinandersetzungen suchen sie jedoch zuerst nach Verbindendem. Innerhalb des Gesamtkunstwerks respektieren sie jedes einzelne Mosaiksteinchen. Nur so wird entstehen können, was wir unbedingt benötigen – eine ausstrahlungskräftige, massenwirksame, attraktive, vielfältige und eben deshalb auch klassenpolitisch handlungsfähige Mosaiklinke.

Literatur

- Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (Hrsg.) (2018): Die weltweite Ungleichheit. Der World Inequality Report 2018, München.
- Arbeitskreis Strategic Unionism (2013): Jenaer Machtressourcenansatz 2.0, in: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt a.M./New York, S. 345–375.
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (2014): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime, in: Soziale Welt, Sonderband 20, Baden-Baden.
- Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.) (2018): Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen, Berlin.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.
- Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.) (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a.M./New York.
- Berle, Adolf (1963): The American Economic Republic, New York.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

- Bose, Sophie/Dörre, Klaus/Köster, Jakob/Lütten, John/Dörre, Nelson/Szauer, Armin (2019): Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier – Sichtweisen von Beschäftigten, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz, Studien 4/2019, Berlin, S. 91–114.
- Candeias, Mario (2012): Was ist sozialistisch am Grünen Sozialismus?, in: LuXemburg 3/2012, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/was-ist-sozialistisch-am-gruenen-sozialismus/.
- Candeias, Mario (2017): Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus, in: LuXemburg, Sonderausgabe 2017, S. 1–12, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/eine-frage-der-klasse-neue-klassenpolitik-als-verbindender-antagonismus/.
- Candeias, Mario (2018): Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen. Wie hängen unterschiedliche Erklärungsmuster zusammen? Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit, in: ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 24, Berlin, S. 33–60, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien24_Rechtspopulismus_web.pdf.
- Candeias, Mario/Brie, Michael (2016): Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/rueckkehr-der-hoffnung-fuer-eine-offensive-doppelstrategie/.
- Candeias, Mario/Brie, Michael (2017): Linkspartei: Gegen das politische Vakuum, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2017, S. 81–86.
- Candeias, Mario/Principe, Catarina/Mortágua, Mariana (2017): Anti-Austerity and the Politics of Toleration in Portugal. A Way for the Radical Left to Develop a Transformative Project?, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/38188/anti-austerity-and-the-politics-of-toleration-in-portugal/.
- Castel, Robert (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.
- Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit: Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg.
- Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter I. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen.
- Chancel, Lucas/Piketty, Thomas (2015): Carbon and Inequality: From Kyoto to Paris. Trends in the Global Inequality of Carbon Emissions (1998–2013) & Prospects for an Equitable Adaptation Fund, Paris.
- Credit Suisse (2018): Global Wealth Report, unter: www.credit-suisse.com/corporate/de/articles/news-and-expertise/global-wealth-report-2018-us-and-china-in-the-lead-201810.html.
- Dahrendorf, Ralf (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart.

- Destatis (2016): Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Deppe, Frank (1971): *Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins*, Köln.
- Dörre, Klaus (2018): Demokratische Klassenpolitik – eine Antwort auf den Rechtspopulismus, in: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (Hrsg.): *Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*, Weinheim/Basel, S. 120–141.
- Dörre, Klaus (2019): «Take Back Control!». Marx, Polanyi and Right-Wing Populist Revolt, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 2/2019, S. 225–243, unter: <https://doi.org/10.1007/s11614-019-00340-9>.
- Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: *Berliner Journal für Soziologie* 28, S. 55–90.
- Dörre, Klaus/Goes, Thomas E./Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2017): *Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West*, Frankfurt a. M./New York, 2. durchgesehene und korrigierte Aufl.
- Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.) (2013): *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben*, Hamburg.
- Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Nachtwey, Oliver (2009): Organizing. A Strategic Option for Trade Union Renewal?, in: *International Journal of Action Research* 1/2009, S. 33–67.
- Dörre, Klaus/Schickert, Christiane (Hrsg.) (2019): *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*, München.
- Dubet, Francois (2019): Der Wandel, die Ungleichheit und die Explosion der Wut, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 230, S. 10–13.
- Dyk, Silke van (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9–11/2019, S. 25–33.
- Dyk, Silke van/Dowling, Emma/Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der Identitätspolitik, in: *Prokla* 188, S. 411–420.
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*, Berlin.
- Evans, Geoffrey/Tilley, James (2017): *The New Politics of Class. The Political Exclusion of the British Working Class*, Oxford.
- Federici, Silvia (2015): *Caliban und die Hexe: Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, Wien.
- Freeland, Chrystia (2013): *Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite*, Frankfurt a. M.
- Friedrich, Sebastian (Hrsg.) (2018): *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, Berlin.

- Gerst, Detlef/Pickshaus, Klaus/Wagner, Hilde (2011): Revitalisierung der Gewerkschaften durch Arbeitspolitik?, in: Haupter, Thomas/Dörre, Klaus (Hrsg.): Gewerkschaftliche Modernisierung, Wiesbaden, S. 136–163.
- Grober, Ullrich (2013): Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, München.
- Hackbarth, Daniel (2018): Der Griff nach dem Zipfelchen, in: WoZ. Die Wochenzeitung 6/2018, 8.2.2018, unter: www.woz.ch/1806/gewerkschaftspolitik/der-griff-nach-dem-zipfelchen.
- Hartmann, Michael (2008): Transnationale Klassenbildung?, in: Berger, Peter A./Weiß, Anja (Hrsg.): Transnationalisierung sozialer Ungleichheit, Wiesbaden, S. 241–258.
- Hartmann, Michael (2013): Soziale Ungleichheit: Kein Thema für die Eliten?, Frankfurt a. M./New York.
- Heisterhagen, Nils (2018): Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen, Bonn.
- Hochschild, Arlie Russell (2016a): The American Right. Its Deep Story, in: Global Dialogue 3/2016, unter: <http://globaldialogue.isa-sociology.org/the-american-right-its-deep-story/>.
- Hochschild, Arlie Russell (2016b): Ausgehöht. Die Tea Party, ein Erdsturz in Louisiana und die Abgründe amerikanischer Politik, in: LuXemburg 3/2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ausgehoeht-die-tea-party-ein-erdsturz-in-louisiana-und-die-abgruende-amerikanischer-politik/.
- IWF – Internationaler Währungsfonds (2017): World Economic Outlook April 2017: Gaining Momentum?, unter: www.imf.org/en/publications/weo/issues/2017/04/04/world-economic-outlook-april-2017.
- Kadritzke, Ulf (2017): Mythos «Mitte». Oder: Die Entsorgung der Klassenfrage, Berlin.
- Kaelble, Hartmut (2017): Mehr Reichtum, mehr Armut: soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M./New York.
- Koppetsch, Cornelia (2017): Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter: emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung, in: Leviathan Sonderband 32, S. 208–232.
- Koppetsch, Cornelia (2019): Die Gesellschaft des Zorns, Bielefeld.
- Korpi, Walter (1983): The Democratic Class Struggle, London.
- Kronauer, Martin (2019): Rechtstendenzen in der Arbeiterschaft und die Notwendigkeit der sozialen Transformation, in: WSI-Mitteilungen 3/2019, S. 193–201.
- Krysmanski, Hans-Jürgen (2012): 0,1 Prozent: Das Imperium der Milliardäre, Frankfurt a. M.
- Leisewitz, Andre/Lütten, John (2018): Neue Klassendiskussion. Anmerkungen zu Klassentheorie, Klassenverhältnissen und zur linken Strategiekrisis, in: Zeitschrift für marxistische Erneuerung 116, S. 26–39.
- Linden, Marcel van der (2017): Workers of the World. Eine Globalgeschichte der Arbeit, Frankfurt a. M./New York.
- Magri, Lucio (2014): Der Schneider von Ulm. Eine mögliche Geschichte der KPI, Berlin.

- Mallet, Serge (1964): La nouvelle classe ouvrière en France. Cahiers Internationaux de Sociologie 12/1964, S. 57–65.
- Mann, Michael (2014): Das Ende ist vielleicht nah – aber für wen?, in: Wallerstein, Immanuel/Collins, Randall/Mann, Michael/Derluguián, Georgi/Calhoun, Craig (Hrsg.): Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York, S. 89–122.
- MEW – Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin 1956 ff. – darin:
 Marx, Karl: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons Philosophie des Elends [1847], Bd. 4, S. 63–182.
 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Das Manifest der kommunistischen Partei [1848], Bd. 4, S. 459–493.
 Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte [1852], Bd. 8, S. 111–207.
 Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band [1867], Bd. 23.
- Merkel, Wolfgang (2017): Die populistische Revolte, in: Kulturpolitische Mitteilungen 157, S. 53–56.
- Milanovic, Branko (2016): Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Berlin.
- Milanovic, Branko (2017): Haben und Nichthaben. Eine kurze Geschichte der Ungleichheit, Stuttgart.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus, Berlin.
- Neckel, Sighard/Hofstätter, Lukas/Hohmann, Marco (Hrsg.) (2018): Die globale Finanzklasse. Business, Karriere, Kultur in Frankfurt und Sydney, Frankfurt a. M./New York.
- Nölke, Andreas (2017): Linkspopulär vorwärts handeln statt rückwärts denken. Gegen den Rechtsruck, Frankfurt a. M.
- Ocasio-Cortez, Alexandria u. a. (2019): 116th Congress, 1st Session. H. Re. 109. Recognizing the duty of the Federal Government to create a Green New Deal, the House of Representatives, 7.2.2019.
- Pijl, Kees van der (1998): Transnational Classes and International Relations, London/New York.
- Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century, Cambridge.
- Polanyi, Karl (1995 [1944]): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a. M.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin.
- Riexinger, Bernd (2018): Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, Hamburg.

- Riexinger, Bernd/Becker, Lia (2017): For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle! Vorschläge für ein neues Normalarbeitsverhältnis, in: Zeitschrift Sozialismus, Supplement, 9/2017.
- Schmalz, Stefan/Schneidemesser, Lea (2019): Arbeitskonflikte um Gute Arbeit, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Ausgabe 2019, Frankfurt a. M., S. 252–264.
- Schmidt, Jürgen (2015): Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Frankfurt a. M./New York.
- Silver, Beverly J. (2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870, Berlin/Hamburg.
- Sklair, Leslie (2008): Discourses of Globalization: A Transnational Capitalist Class Analysis, in: Krishnaswamy, Revathi/Hawley, John (Hrsg.): The Postcolonial and the Global, Minneapolis, S. 215–227.
- Therborn, Göran (1987): Auf der Suche nach dem Handeln. Geschichte und Verteidigung der Klassenanalyse, in: Prokla 66, S. 128–160.
- Therborn, Göran (2012): Class in the 21st Century, in: New Left Review 78, S. 5–29.
- Thien, Hans-Günter (2019): Die verlorene Klasse. ArbeiterInnen in Deutschland, Münster.
- Touraine, Alain (1964): Nouvelle classe ouvrière, in: Sociologie du Travail 1/1964, S. 80–84.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt-Kapitalismus. Der Fall Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 9/2010, S. 443–450.
- Urban, Hans-Jürgen (2018): Mosaiklinke, in: Haug, Wolfgang Fritz/Haug, Frigga/Jehle, Peter (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus: Maschinerie bis Mitbestimmung, Bd. 9/I, Hamburg.
- Wainwright, Hilary (2019): «Innerhalb der EU und gegen sie». Bilanz der portugiesischen Anti-Austeritätsregierung – und was sie für Großbritannien bedeutet, in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/innerhalb-der-eu-und-gegen-sie/.
- Weber, Max (1980 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen.
- Williams, Joan C. (2017): White Working Class. Overcoming Class Cluelessness in America, La Vergne.
- Wright, Erik Olin (1985): Classes, London/New York.
- Wright, Erik Olin (1997): Class counts. Comparative studies in class analysis, Cambridge.
- Zwicky, Pascal/Wermuth, Cédric (2018): Die «wirtschaftsdemokratische Offensive» der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz – eine Praxisnotiz, in: Berliner Journal für Soziologie 1–2/2018, S. 263–73.

Thomas E. Goes

LINKE POTENZIALE UND KLASSENPOLITISCHE VORAUSSETZUNGEN

EMPIRISCHE BEFUNDE UND FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN

Einleitung	59
1 Verbindende Klassenpolitik	61
1.1 Populare Klassen verbinden: Das Mitte-Unten-Bündnis	62
1.2 Das italienische «Original»: Die verbindende und strategische Partei	63
1.3 Verbindende Politik als Politik der Klasseneinigung	66
1.4 Fazit	67
2 Forschungsperspektive: Verbindende Politik als Teil der Klassenformierung	69
2.1 Klassen und Klassenformierung	69
2.2 Klassenformierung als Hegemoniepolitik	71
2.3 Moralische Ökonomie	72
2.4 Exkurs: Die Partei als kollektiver strategischer Akteur	77
3 Klassen im Kapitalismus	80
3.1 Eine große Klasse der Lohnabhängigen	80
3.2 Mehrere arbeitende Klassen?	82
3.3 Populare Klassen im Gegenwartskapitalismus	84
4 Ideologische Vergesellschaftung: Bewusstsein der Subalternen	90
4.1 Milieus und politische Lager	91
4.1.1 Die Sozialintegrativen	92
4.1.2 Die Radikaldemokrat*innen	93
4.1.3 Die Skeptisch-Distanzierten	94
4.1.4 Das resigniert-autoritätsgebundene Lager	95
4.2 Krise und Populismus	96

4.3 Deutungsmusteranalysen und linker Populismus	103
4.3.1 Aus der Geschichte: Deutungsmuster der Wirtschaftskrise	104
4.3.2 Ambivalenter Linkspopulismus	109
4.3.3 Fazit: Keine linken Potenziale?	117
5 Streikbewegungen und Arbeitskonflikte	118
5.1 Streik: Aus der Industrie in den Dienstleistungssektor?	119
5.2 Die Industriearbeiterschaft: Jenseits des Konflikts?	123
5.3 Politische Ungleichheit innerhalb der Klasse der Arbeiter*innen	126
6 Fazit	129
Literatur	133

Für Nestor D'Alessio, der immer sehr streng war und mir beigebracht hat, Politik nicht von hinten zu denken.

Einleitung

Seit geraumer Zeit wird in der gesellschaftlichen Linken wieder über «neue» bzw. «verbindende Klassenpolitik» diskutiert. Das ist erfreulich, galt Klassenpolitik doch lange Zeit als Schnee von gestern. Aber worauf bezieht sich das «Neue» dieser Klassenpolitik? Was soll «verbunden» werden?

Geführt werden diese Diskussionen in verschiedenen Zusammenhängen, in denen um die strategischen Orientierungen der gesellschaftlichen Linken gerungen wird. Bei genauerem Hinsehen werden drei Achsen sichtbar, die das Feld der Auseinandersetzung darüber strukturieren, was verbunden werden soll: (1) Klassenanalyse/Klassenformierung: Verbindung von Teilen der Klasse; (2) Klassenherrschaft/Patriarchat/Rassismus: Verbindung von Kämpfen in verschiedenen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen; eine dritte Achse betrifft den Modus der Klassenpolitik: (3) Wer sollte wie Politik machen, um was zu verbinden?

Bei den Antworten auf diese Fragen lassen sich zusammengefasst drei Richtungen voneinander unterscheiden. Erstens: Aktive, Funktionär*innen und Intellektuelle, die im engeren Sinne für eine *verbindende* Klassenpolitik streiten – hier verstanden als Ansatz innerhalb der Partei DIE LINKE und in ihrem Umfeld. Zweitens: Vertreter*innen einer *neuen* Klassenpolitik, die aus dem breiteren Spektrum der außerparlamentarischen und radikalen Linken stammen. Zum Teil gibt es starke Überschneidungen sowohl inhaltlicher als auch personeller Art mit der Diskussion um verbindende Klassenpolitik. Und schließlich, drittens, die Vertreter*innen einer *populistischen* Klassenpolitik, die sich auf linkspopulistische Strategien beziehen. Theoretischer Bezugspunkt sind dabei für einige die populär zugänglicheren Arbeiten des Postmarxismus, nicht zuletzt von Chantal Mouffe, für andere eine an Gramsci und Poulantzas orientierte Gesellschaftsanalyse (Goes/Bock 2017).

Die von Fürsprecher*innen einer verbindenden bzw. neuen Klassenpolitik vertretene strategische Annahme, Teile der Klasse müssten aktiv verbunden werden, beruht auf der Einsicht, dass Klassen grundsätzlich nicht homogen, sondern sozial fragmentiert und – greift man auf ältere marxistische Erkenntnisstände zurück – politisch gespalten sind. Die Einigung etwa der Klasse der Arbeiter*innen ist aus dieser Perspektive eine sich immer wieder neu stellende Aufgabe auch sozialistischer Politik.

Vertieft man sich in diese Debatte, werden grundlegendere Fragen sichtbar. Nicht alle wurden bisher in gleichem Maße aufgegriffen. Für einige gibt es – zumindest in der aktuellen Diskussion – bisher lediglich vorläufige Antworten.

(1) Die wichtigsten Fragen, die es zunächst zu klären gilt, lauten: Welche Klassen und welche Teile dieser Klassen gibt es, auf die sich sozialistische Politik beziehen sollte? Mit dieser Klassenstrukturierung verbunden, aber doch relativ autonom ihr gegenüber, ist die Frage nach der Klassenformierung oder -mobilisierung. Wie mobi-

lisieren sich Klassen, ausgehend von den Klassenstrukturen? Über welche Ressourcen verfügen sie, welche Rolle spielen ideologische Vergesellschaftung und subjektive Verarbeitungsweisen? Diese Fragen bewegen sich an der Schnittstelle zu der Frage nach Potenzialen für eine verbindende Klassenpolitik.

(2) Verbunden werden sollen, so die zweite Diskussionsachse, aber auch Kämpfe innerhalb verschiedener Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, gegen Klassenausbeutung, patriarchale Unterdrückung und Rassismus etwa. Auch in diesem Fall werden alte Diskussionsfäden wieder aufgenommen, ohne dass damit verbundene Fragen in der aktuellen Debatte geklärt wären. Auf theoretisch-strategischer Ebene stellt sich etwa die Frage danach, in welchem Verhältnis Klassenherrschaft, Patriarchat/Genderregime und Rassismus zueinander stehen und wie eine verbindende Politik gedacht und gemacht werden kann. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass im politischen Handgemenge Deutungen dominieren, die in engem Zusammenhang mit dem Begriff der Identitätspolitik stehen: Klassenpolitik und Identitätspolitik; Klassenpolitik versus Identitätspolitik; Klassenpolitik als Identitätspolitik oder Identitätspolitik als Teil der Klassenpolitik.

(3) Die dritte Achse bilden, wie bereits bemerkt, Diskussionen um das Wie und «mit wem» der Klassenpolitik. In diesem Zusammenhang wird auch der Begriff des «linken Potenzials» relevant, wobei Potenzial hier (mindestens) dreierlei bedeutet. Gemeint sein können, erstens, gesellschaftliche Problemrohstoffe, die durch die (organisierende und/oder diskursive) «Arbeit der Zuspitzung» (Peter Glotz) politisiert werden; zweitens sich herausbildende Initiativen, Bewegungen und Mobilisierungen, die Unzufriedenheit, Interessen und Begehren ausdrücken; sowie, drittens, Meinungen und Haltungen innerhalb der verschiedenen Klassen, die ihre Angehörigen für linke Politik (un-)ansprechbar machen.

«Klassenpolitiken» unterscheiden sich nicht zuletzt dahingehend, so scheint es in der Debatte, welche dieser Potenziale als besonders wichtig erachtet werden und daher besonders bearbeitet werden (sollten). Und auch die Mittel, auf die sich verbindende Klassenpolitik stützt, unterscheiden sich dementsprechend: organisierende Arbeit; begleitende und aktivierende Kampagnen; zuspitzende und verdichtende Öffentlichkeitsarbeit, die emotionalisieren und Ursachen sowie Gegnerschaften sichtbar machen, oder eine Öffentlichkeitsarbeit, die an populäre Meinungen anknüpft. Weniger im Vordergrund steht in der neuen Diskussion hingegen, wie das Verhältnis zwischen Massen, Initiativen und Bewegungen auf der einen und Parteien auf der anderen Seite aussehen kann/sollte und wie dementsprechend die Parteien selbst organisiert und ausgerichtet sein sollten.

Der folgende Literaturbericht greift einige der dargestellten Probleme und Fragen auf. Er gliedert sich in fünf Teile:

Im ersten Kapitel wird kurz rekapituliert, was bisher unter «verbindender Klassenpolitik» diskutiert wurde. Nur so lässt sich erörtern, worin ihre Potenziale liegen und was für sie Hindernisse wären.

Daran anknüpfend wird im zweiten Kapitel eine vorläufige Forschungsperspektive skizziert, die verbindende Klassenpolitik im Zusammenhang mit Prozessen der Klassenformierung und -demobilisierung betrachtet. Klassenformierung und -demobilisierung strukturieren einerseits die Handlungsspielräume von Parteien, zum anderen werden sie selbst durch (sozialistische) Parteipolitik befördert.

Im dritten Kapitel werden kurz (und selektiv) Beiträge zur Klassenanalyse vorgestellt, die darüber informieren, welche Teile der Klasse es überhaupt zu verbinden gilt. Dieser Teil endet mit dem Vorschlag, zwischen drei populären Klassen (bzw. Volksklassen) zu unterscheiden, deren soziale und politische Binnendifferenzierung gleichwohl (noch) empirisch genau zu analysieren wäre: die buntscheckige Klasse der Arbeiter*innen, die lohnabhängige Zwischenklasse und das traditionelle Kleinbürgertum.

Hiervon ausgehend werden exemplarisch einzelne Potenziale sozialistischer Politik betrachtet. Im vierten Kapitel werden Forschungsbeiträge diskutiert, in deren Mittelpunkt die ideologische Vergesellschaftung bzw. subjektiven Verarbeitungsweisen stehen – und die auf wichtige Herausforderungen für eine verbindende Klassenpolitik hinweisen. Ergänzt wird dieser Abschnitt durch einen Perspektivwechsel – weg vom Alltagsverstand hin zu sozialen Kämpfen.

Im fünften Kapitel stehen Arbeitskonflikte im Vordergrund: Wie haben sich Arbeitskämpfe im Blick zurück entwickelt und welche Potenziale bzw. Anknüpfungspunkte bietet sie für eine verbindende Klassenpolitik?

Nötig wäre es außerdem, sich intensiver mit den Kämpfen von Mieter*innen, mit feministischen, antifaschistischen bzw. antirassistischen und ökologischen Bewegungen zu beschäftigen, die ebenfalls ein linkes Potenzial für eine verbindende Klassenpolitik bergen. Aus Zeitgründen musste in diesem Rahmen darauf verzichtet werden.

1 Verbindende Klassenpolitik

Über Klassenpolitik wird seit geraumer Zeit wieder diskutiert. Grund dafür sind politische Herausforderungen, die sich anhand der Problembeschreibung verdeutlichen lassen, mit der etwa Sebastian Friedrich die Forderung nach einer «neuen Klassenpolitik» begründet: Die Linke habe heute kaum mehr eine eigene klassenpolitische Praxis. Nicht zuletzt angesichts des Aufstiegs einer Rechten, die die soziale Frage zu besetzen versuche, sei das ein Problem (Friedrich 2018: 14).

Friedrich zufolge ist eine neue Klassenpolitik notwendig, die dreierlei leisten muss: Sie müsste die strukturellen Spaltungen der Klasse berücksichtigen, sich stärker mit der Entstehung und Entwicklung des Klassenkampfes auseinandersetzen und Kämpfe gegen Sexismus, Rassismus und Nationalismus umfassen: «Auch die Gegenüberstellung von Antirassismus, Feminismus und Internationalismus auf der einen und Klassenpolitik auf der anderen Seite ist falsch, denn Rassismus, patriarchale Verhältnisse und die Ausbeutung des Globalen Südens sind fundamental für die Zusammensetzung der Klasse. [...] Bei Neuer Klassenpolitik geht es im Kern darum, verschiedene

linke, häufig isoliert voneinander stattfindende Perspektiven zusammenzuführen [...]. Die Chance einer Neuen Klassenpolitik liegt darin, Menschen ganz unterschiedlicher Identitäten zu vereinen [...]. Das Ziel ist, Erfahrungen zu bündeln und aufzuzeigen, dass trotz geschlechtlicher, ethnischer oder nationalstaatlicher Grenzziehungen überschneidende Interessen bestehen, gemeinsame Kämpfe möglich sind – und erfolgreich sein können.» (Ebd.: 18 u. 21 f.)

1.1 Populare Klassen verbinden: Das Mitte-Unten-Bündnis

Mario Candeias geht in seinen Debattenbeiträgen von der Diversität der Klasse aus, etwa, indem er auf die unterschiedliche Betroffenheit von Prekarisierung hinweist und gleichzeitig den Druck thematisiert, unter dem auch Stammebelegschaften stehen (hier und im Folgenden: Candeias 2017). Die arbeitende Klasse werde permanent verändert, heute gehe es insgesamt um ein *re-making of working class*. Diese im engeren Sinne klassenpolitische Stoßrichtung bettet Candeias in eine weitere strategische bündnispolitische Perspektive ein. Gegenüber der politischen Rechten brauche es ein breiteres gesellschaftliches Bündnis, das einen dritten Pol darstelle und über die vielfältige Linke (Mosaiklinke) hinausreiche, «tief bis in bürgerliche Kreise hinein», um demokratische und solidarische Lebensweisen zu verteidigen. Dieser dritte Pol existiere bereits – etwa in verschiedenen Initiativen und Bewegungen –, fände aber noch keinen politischen Ausdruck. Zudem sei bis dato eher die «solidarische Mitte» hier zu finden (formal eher höher Qualifizierte in städtischen Milieus), während breite Bevölkerungsgruppen, namentlich die popularen Klassen, zu denen insbesondere die «bedrohte Mitte» und die «Prekarisierten» gehören, kaum eine Rolle spielten – eine zentrale Herausforderung für alle, die ein Mitte-Unten-Bündnis anstrebten.

Daraus leitet Candeias Aufgaben für eine neue Klassenpolitik ab, «die die Vielfältigkeit von Interessen des linken Mosaiks nicht negiert». Interessen aber könnten nicht einfach addiert, sondern müssten aktiv verbunden werden. Wichtiges Mittel sei dafür der organisierende Ansatz, auch um Verbindungen mit den sogenannten popularen Klassen aufzubauen: «Solidarstrukturen, rebellische Nachbarschaften und rebellische Städte schaffen, mehr werden, eine stärkere soziale Basis organisieren.» Und weiter: «Es geht darum, lokale Knoten des Widerstands und des Aufbruchs zu etablieren.» Denn, so Candeias, Interessen seien nicht einfach objektiv gegeben, sie formierten sich vielmehr erst in Auseinandersetzung mit anderen.

Unterlegt werden diese Überlegungen mit Diagnosen, die sich auf die Gestalt der heutigen arbeitenden Klasse beziehen. Kurz gefasst: Diese sei nicht mit der industriellen weißen Arbeiterklasse zu verwechseln, sie sei migrantischer, sie sei weiblicher und sie sei auch prekärer, wobei das sogenannte riesige Prekariat laut Candeias in zwei Teile zerfällt – ein akademisch gebildetes und ein formal weniger gut ausgebildetes Prekariat, beide seien aber für linke Politik gut ansprechbar.

Explizit, so Candeias, gehe es in einer neuen Klassenpolitik nicht darum, die soziale Frage etwa gegen Antirassismus und Feminismus auszuspielen, im Gegenteil. Die

neue Klassenpolitik sollte einen «verbindenden Antagonismus» schaffen. Soziale Gerechtigkeit sollte dabei mit klarerem Gegnerbezug Markenkern der Linken bleiben, gleichzeitig sollten aber auch Ökologie und Feminismus – klassenpolitisch geschärft – stärker ins Zentrum gerückt werden.

Ob Mitte-Unten als Chiffre für ein Klassenbündnis zwischen Teilen der Arbeiterklasse und anderen populären Klassen (siehe Kap. 3.3) oder für ein Bündnis verschiedener Teile der Klasse der Arbeiter*innen stehen kann, muss an dieser Stelle offen bleiben.

1.2 Das italienische «Original»: Die verbindende und strategische Partei

Beeinflusst wurde die Diskussion (vgl. Candeias/Völpel 2014 oder Kipping/Riexinger 2013) über verbindende Klassenpolitik durch die Experimente der Partito della Rifondazione Comunista (PRC, dt. Partei der Kommunistischen Neugründung) in Italien, die Mimmo Porcaro später als Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung reflektierte.¹ Es lohnt sich deshalb, diese Überlegungen ebenfalls ausführlich nachzuzeichnen.

Aufgabe der klassischen Arbeiterpartei, so Porcaro, sei es gewesen, die populären bzw. beherrschten in herrschende Klassen zu verwandeln und dafür kulturelle sowie programmatische Arbeit zu leisten. Dies sei zwar immer noch richtig, aber nicht mehr durch eine einzelne Kraft möglich. Die Idee einer «die Massen» verbindenden Partei entstand, «die mehrere strukturell autonome Bewegungsinstitutionen miteinander verbindet» (Porcaro 2012).

Dieser strategische Ansatz beruht auf zwei Merkmalen der Gegenwartsgesellschaft, zum einen auf der Fragmentierung des Produktionsprozesses und damit der arbeitenden Klasse, zum anderen auf der Vielfalt von Formen der Ausbeutung und Unterdrückung (Porcaro 2015: 86). Der Ansatz «erkennt an, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter tatsächlich gespalten sind und dass die erste Aufgabe sozialistischer Politik darin besteht, eine wirksame Einheit der Arbeit herzustellen» (ebd.). Verbunden werden sollten, das zeigen selbstkritische Anmerkungen, Initiativen und Bewegungen, daher die stärkere Verortung der PRC seit Anfang der 2000er Jahre als Partei der Bewegungen.

Im Nachhinein hat Porcaro seine eigene Gleichsetzung von Initiativen und Bewegungen mit der Bevölkerung (Porcaro 2012) kritisiert. In der alten Variante seines strategischen Konzepts sollten «die Massen» oder die populären Klassen, von deren Differenzierung ebenfalls ausgegangen wurde, verbunden werden, indem die Partei

1 Die Entwicklung der theoretischen und strategischen Begrifflichkeit und Konzepte wurden in engem Austausch und kritischer Debatte im Institut für Gesellschaftsanalyse entwickelt, siehe unter anderem auch die Debatte um «Occupy Lenin» (Porcaro, Rehmann, Candeias, in: LuXemburg 2/2013, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/occupy-lenin-debatte-kunststuecke/) und die «verbindende und strategische Partei» (Porcaro und Candeias, in: LuXemburg 2/2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/lost-in-the-crowd-gedanken-zu-porcaros-strategischer-partei/).

eine verbindende Arbeit mit Initiativen und Bewegungen organisiert. In diesen sei, so heißt es im Rückblick, aber lediglich eine Elite der Bevölkerung aktiv, alle anderen – so der sich aufdrängende Umkehrschluss – können so aber nicht erreicht werden (ebd.).

An anderer Stelle spitzt Porcaro diese Kritik zu, indem er zwischen den Teilen der populären Klassen unterscheidet, die von unterschiedlichen Formen linker Politik erreicht werden: Durch Ansätze der Selbstorganisation und die Partei, zwei wichtige Formen für die soziale Emanzipation, werden gerade größere Segmente «des Volkes» nicht erreicht: «Diese populären Massen sind vielleicht populistisch, aber der Populismus ist nicht immer und in jedem Fall ein Phänomen der Rechten. Auch bei einem nicht unbedeutenden Teil der Menschen, die sich links verstehen, existieren populistische Verhaltensweisen und vielleicht sind die «linken Populisten» viel zahlreicher als die Aktivisten, die für Selbstorganisation stehen. Ein Emanzipationsprojekt und vor allem ein sozialistisches Projekt sollte sich also nicht nur mit der Dialektik zwischen Selbstorganisation und Partei beschäftigen, sondern sich auch mit derjenigen zwischen Partei und Selbstorganisation auf der einen Seite und dem Populären auf der anderen Seite.» (Porcaro 2013a)

Vorsichtig deutet er an, dass populistische Diskurse ebenfalls Teil des Repertoires einer verbindenden Partei sein müssten.

Porcaro zieht angesichts der damaligen Schwierigkeiten, in denen die PRC steckte, verschiedene Schlussfolgerungen, wie das Konzept der verbindenden Partei weiterentwickelt werden könnte. Wichtig sei es, auf ein Bündnis zwischen Qualifizierten und weniger Qualifizierten zu orientieren. Nicht zuletzt sei es, um dies zu erreichen, nötig, eine «soziale Partei» zu werden (Porcaro 2012): «Die Grundidee ist hierbei, dass angesichts der Streuung der Arbeitnehmer außerhalb der traditionellen Fabriken, angesichts des Verlusts der Sozialisierungsfunktion der verbleibenden Betriebe und wegen des verbreiteten Misstrauens gegenüber der Politik jeder allgemeine politische Diskurs von den Arbeitnehmern [...] des 21. Jahrhunderts nur dann wahrgenommen und verstanden werden kann, wenn er von der konkreten Lösung konkreter Probleme begleitet wird.

Jede soziale Auseinandersetzung kann nur dann zu mehr als einem vorübergehenden Protest werden, wenn vor der Auseinandersetzung und um diese zu unterstützen, soziale Beziehungen der gegenseitigen Unterstützung entstehen, die es dem Einzelnen ermöglichen, erneutes Vertrauen in das kollektive Handeln zu schöpfen. Wenn die elementare Geste eines Mitglieds der «klassischen Partei» beispielsweise im Verteilen von Flugblättern besteht, die zum Kampf gegen die steigenden Lebenshaltungskosten aufrufen, so besteht die elementare Geste des Mitglieds der Sozialpartei in der Gründung einer Gruppe für sozialen Einkauf [...], durch die es möglich wird, sich zu niedrigeren Kosten mit Produkten für den Grundbedarf zu versorgen.» (Porcaro 2010: 199)

Es gehe darum, so Porcaro weiter, konkrete solidarische Netzwerke zu gründen, die zur Basis der weiteren politischen Arbeit werden könnten. «In jedem Fall scheint

dies ein obligatorischer Weg zu sein, um die Beziehung zu allen Bevölkerungsschichten, besonders zu den am stärksten ausgegrenzten Gruppen, die besonders empfänglich für den Populismus sind, aber auch zu den qualifizierten und individualisierten Schichten wieder herzustellen.» (Ebd.: 200)

Ich habe diese Passagen ausführlicher zitiert, weil in ihnen einige wichtige Grundannahmen mitformuliert werden, die für eine verbindende Klassenpolitik relevant sind:

(1) Verbindende Klassenpolitik einer radikalen Linken, so Porcaro, muss an konkreten Problemen ansetzen, um politisch von den Menschen überhaupt wahrgenommen zu werden.

(2) Dies ist deshalb zentral, weil sich aufgrund der Veränderungen der Arbeitswelt (der Betriebe) auch die Haltungen und Orientierungen der Adressat*innen linker Politik verändert haben – in einem anderen Text Porcaros ist von der Differenzierung zwischen den Arbeiter*innen die Rede, von wachsender Prekarisierung (Porcaro 2015: 72) und dem Problem der realen Fragmentierung der Arbeit (ebd.: 82).

(3) Zwischen diesen fragmentierten Teilen der Arbeiterklasse muss die Partei aktiv Solidaritätsnetzwerke knüpfen, um so auch eine Basis für kommunistische Politik neu zu schaffen.

Auch Mimmo Porcaro verbindet – auch unter dem Einfluss der politischen Entwicklungen nach der kapitalistischen Krise ab 2008 – dieses Nachdenken darüber, wie (Klassen-)Macht von unten geschaffen werden kann, welchen Beitrag eine linke Partei dazu leisten kann und muss, mit weiter gehenden strategischen Überlegungen zur Transformation des Kapitalismus. Die verbindende Partei müsse gleichzeitig eine strategische sein, die sich mit der Frage der Klassenanalyse, des Klassenkampfes und somit der Frage des Staates und der Modelle künftiger Produktion beschäftigen müsse. Sie müsse «die Frage der Klassen und ihrer Kämpfe wie auch des Staates ins Zentrum der Analyse [...] rücken», es gehe darum «eine gesellschaftliche Alternative vorzustellen, die nicht mehr lediglich eine Korrektur des Bestehenden wäre, sondern ein Bruch mit demselben» (Porcaro 2013b).

Und weiter: «Da die Klassen, die für die Krise verantwortlich sind, weiterhin an der Macht sind, sind die Antworten auf die Krise reaktionär. Und nur weil diese Klassen weiterhin über den Staat verfügen, sind solche Antworten überhaupt möglich. Allein die Enteignung dieser Klassen und die Eroberung sowie Transformation des Staates machen folglich einen Neuanfang möglich: Nur so können eine alternative Wirtschaftspolitik und eine andere Gesellschaftsordnung aufgebaut werden.» (Ebd.)

Wichtig ist aus dieser Perspektive die Analyse der Klassen, des Klassenkampfes und die Entwicklung von Strategien, die darauf abzielen, die «Hauptquartiere des Kapitals und des Staates» einzunehmen (ebd.).²

2 Daniel Bensaïd sieht die Aufgabe der strategischen Partei in der Machteroberung in einem Land, das aber immer bereits in einer internationalistischen Perspektive. Die Macht zu ergreifen bedeutet aber mehr, als Regierungsämter einzunehmen, es heißt, die Macht der ausbeutenden Klasse wegzunehmen und in die Hände der bisher

1.3 Verbindende Politik als Politik der Klasseneinigung

Für Bernd Riexinger, seit 2012 Co-Vorsitzender der Partei DIE LINKE, besteht die Hauptaufgabe einer verbindenden Partei darin, aktiv die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verändern, um die Kräfteverhältnisse innerhalb des Staates zu verschieben. Das allein könne die Grundlage dafür sein, eine Regierungsbeteiligung überhaupt in Betracht zu ziehen. Um das zu erreichen, seien mehrere Schritte zu gehen. Es müsse aktiv am Aufbau von Klassenmacht und an der gesellschaftlichen Hegemonie emanzipatorischer und sozialistischer Ziele gearbeitet werden. Deshalb müsse eine sozialistische Partei ihren Gebrauchswert beweisen, etwa durch ihre Fähigkeit, zu organisieren und gemeinsame Interessen verschiedener Sektoren der Lohnabhängigen zu identifizieren, zu formulieren und zu repräsentieren – etwa als Kraft, die gegen Deregulierungen opponiere und Prekarisierung bekämpfe (Riexinger 2017). Riexinger geht dabei von einer einzigen großen Lohnabhängigenklasse aus, die aber in sich sozial differenziert (von der Reinigungskraft bis zum Ingenieur), durch Prekarisierungsprozesse gespalten und auf verschiedene Milieus verteilt sei (ebd.).

Gegen das neoliberale «Teile und Herrsche» gehe es darum, ein Bündnis zwischen Erwerbslosen, prekär Beschäftigten, anderen Arbeiter*innen und höher Qualifizierten zu schmieden. Deshalb solle sich die Partei DIE LINKE nicht nur als parlamentarische Vertreterin der abhängig Beschäftigten verstehen, sondern als organischer und akti-

ausgebeuteten und beherrschten Klassen zu legen. «Die Macht zu ergreifen bedeutet, die Macht- und Eigentumsverhältnisse zu transformieren. Es bedeutet, Machtverhältnisse abzubauen, die Macht einiger weniger über andere zu verringern und sie mehr und mehr zu einer gemeinsamen, geteilten Angelegenheit zu machen. Um dies zu erreichen, muss das Privateigentum an Produktionsmitteln, Austausch und – heutzutage zunehmend – an Wissen angegriffen werden [...]. Die Macht zu ergreifen heißt für uns daher, Macht zu verändern; und um die Macht zu verändern, muss man die Eigentumsverhältnisse gründlich überholen und den gegenwärtigen Trend umkehren, alles und jedes zu privatisieren.» (Bensaid 2007) Die strategische Partei müsse intellektuell wirken, aber als eine Art kollektiver Intellektueller (wenn man so will), der nur im Austausch mit Bewegungen von unten aktiv wirken könne: nicht nur als aufklärerische Kraft (durch an sich wichtige Kampagnen- und Bildungsarbeit), sondern als aktive und initiativ Kraft, die die Kräfteverhältnisse verändere und den Übergang zum Sozialismus möglicher mache. Sie begleite nicht nur die Erfahrungen aus Bewegungen, sondern ergreife Initiativen; sie schlage Ziele und Forderungen vor, die nicht abstrakte Wahrheiten ausdrückten, sondern mit der konkreten Situation verbunden seien.

Insgesamt ist die Diskussion, welche Eigenschaften eine solche strategische «intellektuelle» Partei des Sozialismus des 21. Jahrhunderts haben und welche Leistungen sie erbringen müsste, erst an ihrem Anfang. Wichtig ist allerdings, Intellektualität in Anlehnung an Antonio Gramsci nicht in einer bürgerlich-traditionalistischen, sondern in einem massendemokratischen Sinne zu verstehen. Die Partei als einen Raum und einen Prozess zu verstehen, in dem und durch den neue und gegenhegemoniale Formen des Wissens entstehen können (Sotiris 2017: 3), sollte diese Massenintellektualität fördern. Panagiotis Sotiris hat vorgeschlagen, eine solche Partei als ein Laboratorium zu begreifen, als einen produktiven Prozess von Wissen, Strategie, Taktiken und neuen Formen der Intellektualität. In dieser utopischen Partei – im Sinne einer Partei, die wir noch nicht haben – würden Erfahrungen aus Kämpfen ausgewertet und erörtert und auf diese Weise verarbeitet. Das setzt nicht nur offene Debatten und transparente Verfahren voraus; der Begriff des Laboratoriums verweist zudem auf die Notwendigkeit eines andauernden Lernprozesses: «It suggests the creation of spaces where people form the movements come not only to be 'politicized', something that in the tradition of the Left often meant a top-down version of ideological indoctrination, but to contribute with their own voice – and in their own voice – and experience in the complex process of elaboration of alternatives along with continuously struggling against the disaggregating effects of bourgeois ideology and politics. It also points to the direction of antagonistic forms of theory production.» (Ebd.: 13)

ver Teil der Gewerkschaftsbewegung. Die Entwicklungen und Auseinandersetzungen in den Betrieben und Gewerkschaften sollten deshalb zentrale Bezugspunkte linker Politik sein (Riexinger 2016): «In den letzten Jahren haben sich nach Jahrzehnten mit relativ niedriger Streikaktivität neue Streikbewegungen etwa im Einzelhandel, im Bewachungsgewerbe, in Callcentern, in der Nahrungsmittelindustrie, im Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie sowie von Erzieher*innen oder Pflegekräften im Krankenhaus entwickelt. In diesen Streiks im Dienstleistungssektor sind auch neue Akteure auf den Plan getreten: Die Beteiligung von Frauen und auch von Migrant*innen ist hoch. An diese Tendenzen in den Klassenkämpfen anzuknüpfen und diese zum Ausgangspunkt einer politischen Offensive zu machen, ist der Kern der gewerkschaftspolitischen Strategie einer verbindenden Partei. Es ist eine zentrale Aufgabe der LINKEN, Ansätze gewerkschaftlicher Erneuerung, von mehr Konfliktorientierung und einer Demokratisierung von Streiks zu unterstützen. Einen Beitrag dazu leistet die Partei, indem sie Räume für den Erfahrungsaustausch zwischen Streikaktiven aus verschiedenen Unternehmen und Branchen schafft, in denen wechselseitige Lernprozesse stattfinden können und sich eine solidarische politische Kultur entwickeln kann.» (Ebd.)

Die organisierende, unterstützende und verbindende Politik müsse in eine umfassendere Re-Regulierungsagenda eingebettet werden (deren Bestandteile hier ausgespart werden), die auf die Durchsetzung eines neuen Normalarbeitsverhältnisses zielt und die Interessen verschiedener Klassenmilieus solidarisch verbindet. Über die reine Re-Regulierung hinaus umfasst dieser Ansatz aber auch eine moderate Transformationsperspektive für einen alternativen sozialen Entwicklungspfad, zu dem auch die Vergesellschaftung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht gehören kann. Notwendigerweise müssten dafür gewerkschaftliche Kämpfe mit solchen gegen neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik verbunden werden (Riexinger 2017): «Sowohl die Auseinandersetzungen um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen als auch die ums Öffentliche müssen gegen die besitzende Klasse geführt und Fortschritte müssen gegen sie durchgesetzt werden. Auch hier geht es für DIE LINKE darum, diese Interessen zu formulieren und die Kämpfe miteinander zu verbinden.» (Ebd.)

1.4 Fazit

Ein latentes Thema in den diskutierten Beiträgen sind die Interessenorientierungen, die Verarbeitungsweisen des gesellschaftlichen Wandels, die (interessen-)politischen Reaktionen derer, mit und für die die verbindende Partei Politik machen soll bzw. allgemeiner: die politische Subjektivität und wie diese entsteht. Zum einen gehört all dies zur sozialen Umwelt und damit zu den objektiven Bedingungen, unter denen eine Partei Politik machen muss – umso mehr, wenn mit einem marxistischen Realismus davon ausgegangen wird, dass eine «rein ideologische» Antwort niemals eine wirkliche Antwort sei (Rossanda 1975: 45). Zum anderen, so eine der Annahmen in der Debatte, werden Interessen erst in Auseinandersetzungen mit anderen formuliert, entstehen politische Subjektivitäten und sind nicht einfach gegeben – weshalb die

Tabelle 1: Strategische Annahmen verbindender Klassenpolitik

Autor	Annahmen über Klassen	Klassenpolitik	Transformation
Candeias	<ul style="list-style-type: none"> – populare Klassen – vielgestaltiges Prekariat, qualifiziertere und formal weniger ausgebildete Teile – permanente Neuzusammensetzung – Klasseninteressen formieren sich in Auseinandersetzungen 	<ul style="list-style-type: none"> – breiteres gesellschaftliches Bündnis – Mitte-Unten-Bündnis – Verbindungen mit popularen Klassen herstellen – soziale Gerechtigkeit als Markenkern, Verbindung mit Feminismus, Ökologie, Antirassismus – «verbindender Antagonismus» mit sozialistischer Perspektive 	<ul style="list-style-type: none"> – soziale Kämpfe, Verschiebung von Kräfteverhältnissen – Re-Regulierung – linke Regierung – Einstiege in sozialistische Transformation bzw. grüner Sozialismus
Porcaro	<ul style="list-style-type: none"> – populare Klassen – Binnendifferenzierung der Klassen, u. a. entlang der Qualifikationen – neue Haltungen/Orientierungen aufgrund der veränderten Arbeitswelt 	<ul style="list-style-type: none"> – Verbindung verschiedener Initiativen und Bewegungen – Aufbau einer sozialen Partei, die aktiv Solidarnetzwerke knüpft – populistische Diskurse? – strategische Partei, die Staatsmacht anstrebt, die führen kann und Transformationsprogramm entwickelt 	<ul style="list-style-type: none"> – Klassenanalyse und Klassenkampf – Bruch bzw. Brüche mit dem Kapitalismus, um alternative Gesellschaftsordnung durchzusetzen
Riexinger	<ul style="list-style-type: none"> – vielfach differenzierte Lohnabhängigenklasse, von Ingenieure*innen bis zur Reinigungskraft – durch Prekarisierungsprozesse gespalten – verschiedene Milieus, verschiedene Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> – Kräfteverhältnisse verändern, aktiv um Hegemonie emanzipatorischer und sozialistischer Ziele ringen – Aufbau von Macht der Arbeiterklasse, etwa durch aktive Organisationsarbeit – Identifizierung, Formulierung und Repräsentation von Interessen, die von verschiedenen Sektoren der Lohnabhängigen geteilt werden – Streiks und Arbeitskämpfe als wichtiger Bezugspunkt linker Politik – Verbindung betrieblicher/gewerkschaftlicher Kämpfe mit politischen 	<ul style="list-style-type: none"> – Offensive für eine Re-Regulierung der Arbeit: «neues Normalarbeitsverhältnis» – alternativer sozial-ökologischer Entwicklungspfad, inklusive wirtschafts-demokratischer Elemente

Quelle: eigene Darstellung

Praxis politischer Organisationen verändernd daran mitwirken soll. Gleichzeitig wird gefragt, von welchen Orientierungen und Interessen politische Formierungsprozesse ausgehen können und müssen.

Implizit steht ebenfalls die Frage im Raum, welche tatsächliche organisationspolitische Praxis, welche Kapazitäten und welche politische Kultur innerhalb der gesellschaftlichen Linken vorhanden sind, um die als notwendig erkannte organisierende und verbindende Arbeit zu leisten. Mit anderen Worten: Welche Erfahrungen wurden bisher damit gemacht, theoretisch-strategische Orientierungen Wirklichkeit werden zu lassen? Welche Experimente gab und gibt es, wie erfolgreich waren sie, was lässt sich aus entstandenen Schwierigkeiten lernen? Welche organisationspolitischen Kapazitäten und kulturellen Voraussetzungen gibt es innerhalb der politischen Linken, um organisierend und verbindend zu arbeiten – beispielsweise in den Kreis- und Landesverbänden der Partei DIE LINKE?

2 Forschungsperspektive: Verbindende Politik als Teil der Klassenformierung

Eine linke Partei kann die Welt nicht voluntaristisch gestalten, wie es Aktiven, Strateg*innen, (ehrenamtlichen) Funktionär*innen oder Intellektuellen in den Kopf kommt. Sie ist dabei von den sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politischen Traditionen, dem Vorgehen der politischen Gegenspieler*innen und einem allgemeineren Prozess der Klassenformierung bzw. Klassen(de)mobilisierung abhängig, der die «subjektiven Bedingungen» bildet, von denen eine verbindende Klassenpolitik ausgehen muss und auf die sie einzuwirken hat. Ihr Handlungsfeld wird von einer Vielzahl von gesellschaftlichen Widersprüchen geprägt, insbesondere von Klassenwidersprüchen (Bettelheim 1975: 55). Sofern linke Parteien Arbeiterklassenparteien sind, sind sie daher zugleich ein Ausdruck wirklicher Klassenbewegungen, deren Instrument und aktiver Faktor in Lern- und Bewusstseinsbildungsprozessen der Klasse (Deppe 1981: 26). An alldem kann eine solche Partei mitwirken, sie kann dabei aber nicht bestimmen. Daraus ergibt sich eine gewisse «marxistische Nüchternheit». Nur in dem Maße, in dem sie organisch mitwirken, kann es solchen Parteien unter Umständen gelingen, «aktiv auf den Verlauf dieser Bewegung Einfluss zu nehmen und zu erreichen, dass Veränderungen, die diese Bewegung potenziell in sich trägt, wirklich eintreten» (Bettelheim 1975: 55 f.). Um Potenziale einer verbindenden Klassenpolitik zu bestimmen, müssen daher die verschiedenen «äußeren» Bedingungen ebenso ins Auge gefasst werden wie die organisationspolitischen und -kulturellen Voraussetzungen, über die (kollektive) Akteure der Klassenpolitik verfügen. Im Folgenden soll ein entsprechender Forschungsrahmen dargestellt werden.

2.1 Klassen und Klassenformierung

Zunächst ist zu klären, wie sich Klassen formieren. In welchem Verhältnis stehen Klassenstrukturen zu den Prozessen der Klassenformierung, in die eine verbindende Politik eingreifen, die sie ermöglichen und unterstützen möchte?

Klassen existieren unabhängig davon, wie sich die Menschen im Verhältnis zueinander denken, welches Selbstbild und welches Verständnis der Gesellschaft sie besitzen (kritisch: Peter 2010). Formiert sich allerdings eine Klassenbewegung, was alles andere als selbstverständlich ist (Candeias/Völpel 2014: 46), wird aus der objektiven eine sich mobilisierende Klasse, verändert sich das Alltagsbewusstsein: Klassenideologien verbreiten sich, das «Klassenbewusstsein» wird stärker. Die Klasse einigende Klassenbewegungen (wenngleich strukturell gegebene Spaltungs- und Konkurrenzlinien nur vermittelt werden können, solange ihre Ursachen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben werden) als Möglichkeit anzunehmen bedeutet logisch, ihre Fragmentierung vorauszusetzen, also unterschiedliche Erfahrungsbereiche, Lebensweisen und Bewusstseinsformen als Ausgangspunkt zu unterstellen und anzunehmen, «dass diese Verschiedenheit zugleich unterschiedliche Formen des politisch-ideologischen Ausdrucks findet» (Deppe 1981: 29).

Klassenformierung bedeutet, dass kleine und große Bewegungen gegen die Übergriffe von Staat und Kapital sowie für soziale und politische Verbesserungen einerseits, politische Organisationen andererseits aus der Klasse der Arbeiter*innen hervorgehen. Nur ausgehend von sozialen und politischen Konflikten, in denen und durch die um Interessen und Ansprüche gerungen wird, formieren sich Klassen. Dazu gehören Organisationsprozesse am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften, dazu gehören aber auch Initiativen von Mieter*innen, Selbsthilfeorganisationen oder Konsumgenossenschaften.

Der Blick in die Geschichte zeigt, wie diese Bewegungen zwar spontan entstehen können, wie sich wirklich «befestigte Arbeiterklassen», die über eigene Organisationen, politische Kulturen und Weltanschauungen verfügen (Beaud/Pialoux 2004: 25), allerdings erst im Zuge längerer politischer und sozialer Lernbewegungen herausgebildet haben. Stéphane Beaud und Michel Pialoux sprechen in diesem Zusammenhang von «Deichen», die «die Arbeiterbewegung im Laufe der Zeit errichtet hat, um sich der Ausbeutung zu widersetzen, um der Schicht Klassenbewusstsein zu vermitteln und um der symbolischen Vorherrschaft der Gegenseite besser widerstehen zu können» (ebd.).

Die Mobilisierung der Klasse zu einer Klassenbewegung, einer «befestigten Arbeiterklasse» bzw. einer «Klasse für sich» ist, das legen historische Untersuchungen nahe, kein linearer Vorgang. Am Beispiel der frühen englischen Arbeiterklasse hat Michael Vester (in Anlehnung an E. P. Thompsons) beispielsweise gezeigt, wie zwischen 1792 und 1848 durch mehrere Kampf- und Lernzyklen (Vester 1975: 22) hindurch eine «apathisierte und fragmentierte Unterklasse [...] sich zu einer Klassenbewegung [solidarisierte], die die gesamte Gesellschaft auf andere Prinzipien als die des Kapitalismus gründen wollte» (ebd.: 18f.).

Nicht die unmittelbare Verarbeitung von sozialen Erfahrungen (die wichtige Ausgangspunkte bieten), sondern längere «kollektive Klassenlernprozesse», in denen es eine Rückkopplung zwischen praktischen Erfahrungen aus politischen und sozialen Bewegungen (Kampfzyklen) (von Teilen) der Klasse und der bewussten theoretischen

Verarbeitung (Lernzyklen) gibt, können zur Einigung der Arbeiterklasse und zur Herausbildung einer eigenen ideologischen und politischen Weltanschauung führen.

Die Klasse der Arbeiter*innen zu einer heißt aus dieser Perspektive nicht, soziale und ideologische Differenzen insgesamt zu überwinden, sondern eine Art Koalition aus sehr unterschiedlichen Schichten und Fraktionen zu formen, die jeweils über eigensinnige politische und ideologische Orientierungen verfügen (können) (ebd.: 28). Damit dies geschehen kann, muss eine Arbeiterintelligenz bzw. müssen «organische Intellektuelle» der Arbeiterklasse hervortreten, die sowohl in Kämpfen aktiv, bei der theoretischen Verarbeitung gemachter Erfahrungen (Fehlerbetrachtung, Ausarbeitung neuer Erklärungen der Gesellschaft, Findung neuer Strategien etc.) führend und bei der Popularisierung neuer «Gesellschaftstheorien aus der Klasse» in die breite Klasse hinein beteiligt sind (ebd.: 115).

Eine solche «theoretisch-ideologische» Formierung ist von eigenen «Presse-, Bildungs-, Schutz- und Kampfinstitutionen» abhängig, die aus der Selbstorganisation der Klasse hervorgehen (können). Erst in diesen Netzen können «organische Intellektuelle» der Klasse der Arbeiter*innen, wenn auch zuweilen als bewusste politische Minderheiten, wirken (ebd.: 22).

Anders als Erzählungen vom Niedergang der Arbeiterbewegung nahelegen, entstehen und vergehen Arbeiterbewegungen immer wieder, «machen sich» die sich mobilisierenden Arbeiterklassen (durch eigene Kämpfe und damit verbundene Lernprozesse) und werden angegriffen/zerstört, solange es die kapitalistische Produktionsweise gibt (Moody 2014: 9 f.; Silver 2013: 48). Ihren Ausgangspunkt nimmt die Klassenformierung von konkreten Interessenkonflikten (die sozial-moralisch vermittelt werden), durch die Neues entstehen kann (Schmidt 2015: 131 ff.).

Diese Kämpfe können von Arbeiterklassen oder Klassenfraktionen geführt werden, die neu entstehen bzw. an Bedeutung gewinnen (etwa Industriearbeiter*innen in China oder Pflegekräfte in kapitalistischen Einrichtungen in der Bundesrepublik), oder von «alten» Klassen und Fraktionen, die angegriffen und destrukturiert werden (etwa Industriearbeiter*innen in der Bundesrepublik). Die treibende Kraft dieses Prozesses, in dem sich Arbeiter*innen empören (oder auch nicht), ist – wie oben dargelegt wurde – das Kapitalverhältnis bzw. die konflikträchtige Kapital-Lohnarbeit-Beziehung selbst (Silver 2013: 49).

2.2 Klassenformierung als Hegemoniepolitik

Klassenformierung setzt voraus, dass Fragmentierungslinien innerhalb der Klasse vermittelt werden, Klassenorganisationen entstehen, die Gegenmacht, Selbsthilfe und Solidarität ermöglichen, und Klassenideologien und Klassenbewusstsein herausgebildet werden, die die Welt nicht nur erklären, sondern eigenes Interessenhandeln rechtfertigen («Unsere Sache ist gerecht, und es gibt Hoffnung»). Dieser Formierungsprozess findet nicht im politisch luftleeren Raum statt, sondern unter der Hegemonie der herrschenden Klasse bzw. des Blocks an der Macht (siehe Kap. 3.3).

Wichtig dabei ist, darauf haben Autor*innen hingewiesen, die an die Überlegungen Antonio Gramscis anknüpfen, in demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften der hegemoniepolitische Kampf um das Volk, der auch von den bürgerlichen Parteien geführt wird (Hall 2014a: 104). Von oben geht es darum, Massenunterstützung durch größere Teile der popularen Klassen zu sichern, oft mithilfe eines bürgerlichen oder eines autoritären Populismus, der sich (mehr oder weniger bestimmend) in allen bürgerlichen Versuchen zeigt, Massenpolitik zu treiben. Damit rücken die Weisen in den Blick, «wie Massenzustimmung (*popular consent*) durch einen nach Hegemonie strebenden historischen Block so bewirkt werden kann, dass zu seiner Unterstützung Unzufriedenheit unter den Massen (*popular discontent*) nutzbar gemacht, die entgegenwirkenden Kräfte neutralisiert, die Gegner zersetzt und einige strategische Elemente der Volksmeinung in das eigene hegemoniale Projekt eingespannt oder «hegemonisiert» werden» (Hall 2014b: 124).

Demgegenüber ist innerhalb eines popular-nationalen «Entwicklungsprojekts von unten» (Sotiris 2017: 2 f.) zu versuchen, die Spaltung zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten, zwischen unterdrückenden und unterdrückten Klassen zu vertiefen, indem eine Front zwischen Machtblock und Volk aufgebaut wird (Hall 2014a: 102 f.) – eines «Volks der Linken» als Bündnis zwischen Teilen der popularen Klassen einerseits, als sich mobilisierendes Kollektivsubjekt, das durch die Verbindung von Kämpfen gegen Klassenausbeutung, gegen Rassismus und Patriarchat entstehen kann. Der Kampf um die Macht in staatlichen Institutionen (auf verschiedenen Ebenen), um demokratische Souveränität von unten, kann dabei eine zentrale Rolle spielen (Lapavitsas 2019: 130).

Stuart Hall hat in seinen Analysen des Thatcherismus darauf hingewiesen, dass dieser antikorporatistisch bzw. nicht-reduktionistisch war. Die neoliberale Rechte entwickelte ein hegemoniales Gesellschaftsprojekt, indem sie gleichzeitig an verschiedenen politischen und sozialen Fronten kämpfte (Hall 2014b: 126) – sicherlich an der sozialen und wirtschaftlichen Front (indem sie dort eine neue Philosophie durchzusetzen begann), aber eben auch an der Front der nationalen Identitäten bei gleichzeitiger Internationalisierung der Wirtschaft; an der Front der Verbrechensbekämpfung und Ordnungssicherung (*law and order*); an der der Migrationsbekämpfung und Enttabuisierung rassistischer Argumentationen; an der der propagandistischen Stärkung individueller Freiheiten bei gleichzeitiger Ausweitung der Kapitalmacht. Diese Analyse der rechten Hegemoniepolitik legt nahe, dass auch eine popular-demokratische Klassenpolitik Kämpfe um Soziales mit anderen Frontbildungen – etwa gegen Rassismus, gegen den ökologischen Raubbau, gegen die Entdemokratisierung – verbinden muss.

2.3 Moralische Ökonomie

Trotz der Hegemonie bürgerlicher Ideologien entstehen Konflikte und Kämpfe immer wieder, entstehen Impulse für neue Arbeiterbewegungen. Die Klasse der Arbeiter*innen ist nicht automatisch oder von Anfang an «vereinigt». Es gibt soziale Ungleichheiten in ihr und sie ist fragmentiert; von Konkurrenz getriebene Individu-

alisierung ist keine Ausnahme; und in ihr werden politische Abwertungsideologien wie Rassismus und Sexismus gelebt, die weitere Spaltungen hervorbringen.³ Um zu kämpfen und die Interessen des Kapitals anzugreifen, muss das alles aber nicht von vornherein überwunden sein – soziale Kämpfe beginnen nicht mit einer blitzsauberen Gesellschaftskritik, sondern mit ganz grundlegenden Forderungen nach Geld, «Respekt» oder einer erträglichen Arbeitszeitgestaltung.

Voraussetzung dafür ist, dass Menschen sich empören, Verhältnisse als ungerecht wahrnehmen und daran glauben, diese verändern zu können. Rebellion entsteht aus Empörung, Empörung auch aus Hoffnung. Was aber als ungerecht bzw. empörend empfunden wird, hängt von der in den verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse verbreiteten «moralischen Ökonomie» bzw. von den eigensinnigen Gerechtigkeitsvorstellungen ab, die das Verhalten der Menschen prägen (Thompson 1979: 15). Eigene Gerechtigkeitsvorstellungen (Was ist ein angemessener Lohn? Wie sehen angemessene Wohnverhältnisse aus? Welche Flexibilitätsbereitschaft in der Erwerbsarbeit ist zumutbar? Welches Verhalten von Sachbearbeiter*innen in Ämtern ist akzeptabel?) wirken gewissermaßen als ermächtigende Ressourcen. Sie lassen es angemessen erscheinen, aufzubegehren und sich einzumischen. Zu Recht bezeichnet Stephanie Hürtgen die moralökonomischen Orientierungen deshalb als Ressourcen der Handlungsfähigkeit (Hürtgen 2017: 32). Sie ermöglichen «eine individuelle und kollektive Selbstermächtigung als Anspruchsträger*innen, die legitimerweise Ansprüche richten an Vorgesetzte, ans Unternehmen, an die Gesellschaft insgesamt, und die zudem fähig und berechtigt sind, in die näheren und weiteren sozialen Beziehungen einzugreifen, um ungerechte Entwicklungen einzudämmen sowie gerechte weiterzuentwickeln und zu befördern» (ebd.: 33).

Diese moralische Ökonomie ist mit einem Geflecht von sozialen Beziehungen zwischen den Herrschenden und den beherrschten Bevölkerungsgruppen verwoben. Sie enthält Vorstellungen über eine organisierte Wechselseitigkeit und soziale Verantwortlichkeiten zwischen ihnen (Lessenich 2007: 151). Das Ensemble von Gerechtigkeitsvorstellungen und Erwartungshaltungen wurzelt in einem Kräfteverhältnis, in dem Regelungen von oben mit Ansprüchen von unten zusammenwirken. Rechte und Pflichten beider Seiten bilden so die Grundlage der moralischen Ökonomie.

Es wäre falsch, von einer sauber getrennten herrschaftskritischen moralischen Ökonomie auszugehen, die antagonistisch den Ansprüchen der Herrschenden gegenüberstünde. Es ist eher so, dass sich Empörungen möglicherweise mit Loyalitäten dem Oben gegenüber kombinieren, zum Teil sogar mit Appellen an deren Gerechtigkeitsinn und Pflichten (Thompson 1980: 316f.). Man kann die moralische Ökonomie auch als eine Art impliziten Gesellschaftsvertrag zwischen Herrschenden und Beherrschten betrachten. Dieser umreißt «eine Reihe von Grenzen für das, was beide, Herrscher und Beherrschte,

3 Zum Verhältnis von Klasse, Rassismus und Sexismus vgl. Candeias 2018.

dominierende und untergeordnete Gruppen, tun können. Dazu gibt es eine Reihe von gegenseitigen Verpflichtungen, die beide aneinander bindet» (Moore 1987: 38).

Insofern sind die Gerechtigkeitsorientierungen – potenziell Unmut schürend und Unterordnung nährend – nicht zusammenhangslos, sondern Teil handlungsleitender und verfestigter Deutungsmuster. «Solche Gerechtigkeitsvorstellungen sind keine zufällig und eklektisch versammelten Einfälle, sondern sie begründen ein ausdifferenziertes, die eigene soziale Praxis mit den wahrgenommenen gesellschaftlichen Strukturen verknüpfendes System normativer Zusammenhänge, eine im umfassenden Sinne ‚moralische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates‘, in der man selbst agiert, d. h. die man selbst mit hervorbringt: erstens als Mensch, also als menschliches und soziales Wesen, das als Mensch und Bürger*in in einer Relation der Gleichheit zu den anderen der Gesellschaft steht bzw. stehen soll, und zweitens als Arbeiter*innen, also als diejenigen, die durch eigene Mühen und Einsatz den gesellschaftlichen Reichtum erzeugen und deshalb sowohl faire soziale Arbeits- und Lebensbedingungen wie auch rechtlich abgesicherte Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten reklamieren können. Alle Ebenen der Gerechtigkeitsfiguren (Mensch, Bürger*in und Arbeiter*in zu sein) gehören untrennbar zusammen.» (Hürtgen 2017: 32)⁴

Die Gerechtigkeitsvorstellungen speisen sich aus Traditionen, Gewohnheiten und Bräuchen – ein Grund, weshalb sie zuweilen konservativ anmuten (Barker 2006: 21). Wird gegen sie im Zuge kapitalistischer Modernisierungs- oder Umstrukturierungsprozesse verstoßen, entsteht gleichwohl ein vielschichtiger Protestrohstoff: Erlebt werden dann Ausbeutung, die Enteignung gewohnter Gebrauchsrechte oder auch die Zerstörung geschätzter Formen der eigenen Lebensführung (Barker 2002: 13). Durch diese Empörung, durch Wut, Trauer, Hass und Leidenschaft vermittelt, können neue Bewegungen entstehen. Sie nehmen ihren Ausgang daher in aller Regel bei sehr konkreten Verstößen gegen verbreitete Gerechtigkeitsvorstellungen, entzünden sich oft an Greifbarem: «Es sind die konkreten Erfahrungen, die [...] Unzufriedenheit in spezifische Kritik an spezifischen Zuständen umformen. Arbeiter erleben die Fabrik, den zermürbenden Takt des Fließbandes, den Vorarbeiter, die Spitzel und den Werkchutz, den Unternehmer und die Lohntüte. Den Monopolkapitalismus aber erleben sie nicht. Sozialfürsorgeempfänger erleben die schäbigen Warteräume, die Betreuer und Sacharbeiter, die hingeworfenen Almosen. Die [...] Wohlfahrtspolitik erleben sie nicht. Mieter erfahren, dass es durchregnet und dass die Heizungen kalt bleiben, und

4 Harald Wolf und Knut Tullius haben auf der Grundlage eigener empirischer Untersuchungen bezogen auf die Erwerbsarbeit fünf moralische Anspruchsmuster voneinander unterschieden, die meines Erachtens als Achsen der diesbezüglichen moralischen Ökonomie verstanden werden können: (1) Leistungsgerechtigkeit (Welche Leistung kann abverlangt werden, wie sollte sie entgolten werden?), (2) Würdeprinzip (Was ist ein menschenwürdiger Umgang mit Arbeiter*innen, was gilt als respektvoll?), (3) Fürsorgeprinzip (Auf welche Besonderheiten Einzelner ist im Betrieb wie Rücksicht zu nehmen?), (4) Selbstverwirklichungsprinzip (Wie sollte die Erwerbsarbeit gestaltet sein, damit sie interessant und gesund ist?) und (5) Beteiligungsansprüche (Über was sollte wer innerhalb des Betriebs entscheiden?) (Tullius/Wolf 2016: 496 f.). Wie Tullius und Wolf weiter wissen lassen, sind typische Kombinationen dieser Anspruchsmuster empirisch zu erwarten (ebd.: 498).

sie kennen ihren Vermieter. Das System der Banken, Makler und Bauwirtschaft erkennen sie nicht. Deshalb ist es kein Wunder, dass die Armen ihre [...] Proteste oft gegen ihre Aufseher, gegen die Vermieter ihrer schäbigen Slumwohnungen und gegen den kleinen Eckladenbesitzer richten und nicht gegen die Banken oder die herrschenden Eliten, denen der Aufseher, der Vermieter und der Krämer selbst untertan sind. Es sind also die täglichen Erfahrungen der Menschen, die ihren Klagen Ausdruck geben, das Ausmaß ihrer Forderungen bestimmen und die Ziele bezeichnen, gegen die sich ihre Empörung richtet.» (Piven/Cloward 1986: 44)

Ausgehend von sozialen Kämpfen, die an diese Erfahrungen anknüpfen, können Spaltungslinien innerhalb der Klasse der Arbeiter*innen herausgefordert und überwunden werden (wenn nicht, enden die Auseinandersetzungen oft in Niederlagen), reaktionäre Ideologien können erschüttert werden, sodass sich das Alltagsbewusstsein für politische Lernprozesse öffnet. Passiert das, wirken soziale Kämpfe und Bewegungen transformativ: «Die Entstehung einer Protestbewegung hat sowohl eine Veränderung des Bewusstseins als auch des Verhaltens zur Folge. Die Bewusstseinsänderung hat mindestens drei verschiedene Aspekte: Erstens verliert ‚das System‘ – oder zumindest diejenigen Bestandteile des Systems, die direkt erfahrbar und wahrnehmbar sind – an Legitimation. Die Männer und Frauen, die normalerweise die Autorität der Regierenden und die Legitimität der institutionellen Ordnung anerkennen, kommen in großer Zahl zu der Erkenntnis, dass die Regierenden und die Sozialordnung weder gerecht noch gerechtfertigt sind. Zweitens beginnen Menschen, die sich normalerweise fatalistisch in ihr Schicksal ergeben und die bestehenden Verhältnisse für unabänderlich halten, ‚Rechte‘ geltend zu machen, die die Forderung nach Veränderung implizieren. Drittens entsteht ein neues Gefühl der eigenen Stärke; Menschen, die sich immer für machtlos gehalten haben, entwickeln allmählich die Überzeugung, dass sie ihr Schicksal auch in die eigenen Hände nehmen können.» (Ebd.: 28)

Der Alltagsverstand

Die moralische Ökonomie bzw. die (mehr oder weniger) latenten sozialmoralischen Ansprüche wirken nicht für sich, sondern sind Teil eines komplexeren Alltagsverstands,⁵ sie sind in ihm «abgelagert». Sie sind mit (klaren) Interessenorientierungen einerseits, die selbst im Austausch mit anderen erst entstehen und daher bewusster sind, und mit konturierten politischen Weltanschauungen andererseits verbunden (Zoll 1984: 8).

Weder die Interessenorientierungen noch die Weltanschauungen müssen in sich widerspruchsfrei sein. «Normal» ist vielmehr, dass weder sozialmoralische Ansprü-

5 Der Alltagsverstand (oder das Alltagsbewusstsein) subalternen Gruppen beeinflusst die individuellen und kollektiven Potenziale politischen Handelns. Er steht deshalb in einem Herrschaftszusammenhang. Innerhalb der bzw. durch den Rückgriff auf die vorherrschenden Ideologien gewinnen die Menschen eine Vorstellung von sich selbst und ihrer Stellung innerhalb der Gesellschaft. Darum sind Ideologien reale und wichtige Herrschaftsfaktoren, sind ideologische Auseinandersetzungen hegemoniepolitisch von herausragender Bedeutung. Der Alltagsverstand ist daher zentraler «Ort» für die Herausbildung von Hegemonieverhältnissen (Kebir 1986: 74; Opratko 2012: 44 ff.).

che – die nicht nur emanzipatorische Potenziale, sondern auch konservative Züge tragen (können), wie Stuart Hall argumentiert hat (Hall 2014a: 114f.) – noch Interessenorientierungen und Weltanschauungen in sich kohärent sind und sich harmonisch zueinander verhalten.

Der Alltagsverstand ist also ungleich entwickelt (Haug 2001: 27) und kombiniert oft verschiedene Auffassungen der Welt, die sich der Mensch passiv im Zuge ideologischer Bildungsprozesse aneignet. Insofern ist jeder Mensch nicht nur ein Alltagsphilosoph, der über ein Set von alltagsbezogenen Theorien verfügt, sondern zugleich – wie Gramsci es formuliert – ein Konformist irgendeines Konformismus (oder mehrerer).

Dabei können Einzelne und Gruppen gleichzeitig verschiedene Weltauffassungen haben. Sie drücken sich meist unbewusst aus, sie sind häufig zufällig und zusammenhangslos, da sie – eher passiv – von den verschiedenen sozialen Gruppen übernommen werden, in die der Mensch im Zuge seines Lebens eintritt. Sie werden zudem durch verschiedene Einrichtungen vermittelt, zum Beispiel durch das Rechtssystem, durch Massenmedien, in Schulen, Vereinen oder Kirchen. Insofern ist der Mensch oft passiv einer Weltauffassung (bzw. mehreren) unterworfen (ebd.: 125).⁶

Im Unterschied zu Interessen und Sozialmoral lassen sich Weltanschauungen als Leitbilder oder intellektuelle Bezugssysteme begreifen (Dörre u. a. 2009: 561f.), die nicht nur erklären, wieso die Welt so ist, wie sie ist (also Gesellschaftsdiagnosen geben), sondern wie sie sein sollte und wie man sie gestalten sollte bzw. könnte.

In ihren reformerischen, reformistischen und revolutionären Varianten sind diese Weltanschauungen also auch utopisch, handlungsorientierend und stiften Hoffnung auf Veränderung. Linke Beispiele dieser Weltanschauungen, die wir aus der Geschichte kennen, sind etwa der Kommunismus, die reformistische Sozialdemokratie oder der Sozialliberalismus mit ihren Utopien der klassenlosen Gesellschaft, der demokratischen und sozialistischen Republik oder des sozial gerechten und demokratisierten Kapitalismus.

Aus den in Kapitel 1 und 2 dargelegten Überlegungen lassen sich einige Fragenblöcke entwickeln, die zu untersuchen sind, wenn die Potenziale einer verbindenden Klassenpolitik ausgeleuchtet werden sollen (siehe Abb. 1):

(1) Welche Klassen gibt es im Gegenwartskapitalismus, auf welche können bzw. müssen sich moderne linke Parteien beziehen? Welche sozialen Fragmentierungs- und politischen Spaltungslinien sind zu berücksichtigen?

(2) Wie sehen das Alltagsbewusstsein, die moralische Ökonomie und die damit verbundenen ideologischen und politischen Orientierungen innerhalb der verschiedenen Klassen bzw. unterschiedlichen Teile der Klassen aus?

6 «Man muss daher vorab zeigen, dass alle Menschen ›Philosophen‹ sind, indem man die Grenzen und die Wesenszüge dieser ›spontanen Philosophie‹ definiert, die ›jedermann‹ eigen ist, nämlich die Philosophie, die enthalten ist: 1. in der Sprache selbst, die ein Ensemble von bestimmten Bezeichnungen und Begriffen ist und nicht etwa nur von grammatikalisch inhaltsleeren Wörtern; 2. im Alltagsverstand und gesunden Menschenverstand; 3. in der Populärreligion und folglich auch im gesamten System von Glaubensinhalten, Aberglauben, Meinungen, Sicht- und Handlungsweise, die sich in dem zeigen, was allgemein ›Folklore‹ genannt wird.» (Gramsci 2004: 97)

Abbildung 1: Bedingungen und Potenziale sozialistischer Politik



Quelle: eigene Darstellung

(3) Welche sozialen und politischen Konflikte bestehen, auf die sich verbindende Klassenpolitik beziehen, von denen sie ausgehen und die sie unterstützen kann? Welche dauerhaften Initiativen und sich selbst tragenden Bewegungen entstehen?

(4) Welche fortschrittlichen politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, andere (linke) Parteien und Organisationen gibt es und welche bilden sich heraus, mit denen kurz- und mittelfristige Bündnisse geschlossen werden können?

2.4 Exkurs: Die Partei als kollektiver strategischer Akteur

Wichtig ist schließlich, welche bisherigen Praxen verbindender Politik und welche organisationspolitischen und -kulturellen Kapazitäten verfügbar sind, damit eine Partei ausgehend von den oben skizzierten Prozessen eine verbindende Klassenpolitik entwickeln kann. Diese Frage zielt auf die organisationspolitischen und -kulturellen Voraussetzungen verbindender Klassenpolitik.

Anregungen bieten hierfür jüngere Beiträge zur Gewerkschaftsforschung, die Gewerkschaften als kollektiven strategischen Akteur thematisieren.⁷ Veränderungen der

7 Auf Beiträge zur Gewerkschaftsforschung wird hier aus zwei Gründen Bezug genommen. Erstens weil in der entsprechenden Diskussion über Wahl- und Handlungsmöglichkeiten von Gewerkschaften meines Erachtens sehr gut die verschiedenen Facetten beleuchtet wurden, die die Strategiefähigkeit kollektiver Akteure bestimmen. Dies ist zweitens anregend für und auch übertragbar auf Parteien, weil diese mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind wie Gewerkschaften, wenn es um die Entwicklung von Strategie- und Innovationsfähigkeit geht – zum Beispiel Bürokratisierung, wechselhafte Bereitschaft der Mitglieder, aktiv zu sein, oder die Verfestigung von gewohnten Routinen und Traditionen, wenn es um politisches Handeln geht.

Arbeitswelt, die zur Erosion gewerkschaftlicher Macht beitragen, stehen Gewerkschaften demnach nicht passiv gegenüber. Vielmehr sind sie strategische Akteure, die die Wahl haben (wenngleich dies nicht mit Voluntarismus zu verwechseln ist). Die Wahlmöglichkeiten und damit die Fähigkeit, eine verbindende Klassenpolitik zu etablieren, hängen zum einen von Ressourcen, Kulturen und strategischen Kapazitäten sowie Framingfähigkeiten ab, über die eine Partei verfügt, zum anderen von ihrer Verankerung und Vernetzung (siehe Abb. 2).

Abbildung 2: Wovon der Erfolg einer strategischen Partei abhängt



Quelle: eigene Darstellung

Strategische Kapazitäten und Framingfähigkeit: Strategien sind von Situationsanalysen abhängig, die den Istzustand treffend beschreiben und erörtern, wie vom Hier und Jetzt aus Ziele erreicht werden können. Dass politische Akteure zu einer solchen Strategiebildung (strategische Kapazitäten) fähig sind, ist allerdings alles andere als sicher. Strategische Kapazitäten müssen auf verschiedenen Ebenen politischer Organisationen geschaffen und gesichert werden. Ein wichtiges Mittel kann basisorientierte Bildungsarbeit sein, die entsprechende theoretische, analytische und planerische Fähigkeiten vermitteln (z. B.: Wie legt man ein Mapping der lokalen sozialen und politischen Kräfte an? Wie entwickelt man einen Plan, um mittelfristig Kräfteverhältnisse zu verschieben? Wie können bisherige Sympathisant*innen zu Unterstützer*innen, bisherige Unterstützer*innen zu Mitgliedern gemacht und Gegner*innen isoliert werden?).

Eine Unterart der strategischen Kapazitäten ist die Framingfähigkeit. Sozialbewegungsforscher*innen haben darauf hingewiesen, dass Mobilisierungen unter anderem davon abhängig sind, ob Bewegungsakteure in der Lage sind, passende

Narrative oder Deutungsrahmen zu entwickeln, um die Brücke zwischen dem vorfindbaren Massen- und Alltagsbewusstsein einerseits und den eigenen politischen Anliegen und Zielsetzungen andererseits zu schlagen. Auch diese Fähigkeit ist voraussetzungsvoll, sie hängt nicht nur von kreativen Potenzialen ab (also davon, ansprechende Deutungsangebote auszuarbeiten), sondern auch von der lebendigen Kenntnis des Alltagsbewusstseins und der Massenkultur, an die auf eine transformierende Art und Weise angeknüpft werden muss.

Ressourcenmobilisierung: Um Ziele zu erreichen, müssen politische Organisationen verschiedene Ressourcen mobilisieren und effizient einsetzen. Dazu gehören neben Geld in Form von Mitgliedsbeiträgen und Spenden insbesondere die Zeit und die Arbeitskraft von Mitgliedern, Unterstützer*innen und Sympathisant*innen. Das ist keineswegs trivial, insofern nicht nur Regeln und Programme nötig sind, die den Ressourceneinsatz effizient gestalten, sondern auch eine integrative und motivierende Kultur, die zum Mitmachen ermutigt und befähigt. Wie Jonathan Smucker in «Hegemony How To» (Smucker 2017) argumentiert, tendieren linke Bewegungen und Organisationen spontan häufig zu sozialer Schließung und/oder der Herausbildung von Expertenkulturen. Soziale Schließung heißt, dass eine kollektive Identität ausgebildet wird, die andere abschreckt; Expertenkultur meint, dass sich Macher*innen entwickeln, die aus verschiedenen Gründen Aufgaben immer wieder übernehmen, anstatt sie abzugeben. Ressourcenmobilisierung setzt insofern nicht nur die Fähigkeit voraus, andere zu überzeugen, etwas zu geben (Geld oder Freizeit), sondern auch, vielfältige Befähigungs- und Mitmachangebote zu entwickeln.

Organisationskultur: Organisationen basieren auf Verhaltenskulturen bzw. Routinen. Wir gewöhnen uns daran, «die Dinge» auf eine ganz bestimmte Art und Weise zu tun. Institutionen und Regeln stützen diese Kulturen normalerweise. Das gilt auch für Parteien bzw. politische Organisationen. Die Macht der Gewohnheit ist einer der größten Feinde der strategischen Umorientierung. Wer sich daran gewöhnt hat, dass «politische Arbeit» darin besteht, vor allem an Mitgliederversammlungen teilzunehmen, gelegentlich zu Demonstrationen zu gehen, dort (vielleicht) Flugblätter zu verteilen und sich ansonsten aber an Wahlkämpfen zu beteiligen, dem oder der werden die entsprechenden Routinen «ganz normal» vorkommen.

Verankerung und Vernetzung: Verbindungen zwischen verschiedenen Teilen der Klasse der Arbeiter*innen bzw. zwischen subalternen Klassen herzustellen setzt Vernetzungsfähigkeiten der Parteiateur*innen voraus. Sinnvoll ist es dabei, in einem ersten Zugang zwischen Verankerung und Vernetzung zu unterscheiden. Verankert ist eine Organisation in einem Teil der Klasse, wenn ihre Mitglieder, Unterstützer*innen und/oder Sympathisant*innen diesem entstammen.

Vernetzungen hingegen lassen sich nicht zwischen «Teilen der Klasse» oder zwischen «den Klassen» herstellen, sondern lediglich zwischen Individuen, Initiativen und Organisationen, die sich in den Klassen bzw. in verschiedenen Teilen bilden. Sowohl hinsichtlich der Verankerung als auch der Vernetzung sind drei Aspekte zu

unterscheiden: (1) die Vielfältigkeit, (2) die Dichte/Intensität und (3) die Dauerhaftigkeit der Verankerung bzw. Vernetzung (Lévesque/Murray 2010: 338 f.). Eine linke Partei kann etwa in vielen Milieus der Arbeiterklasse verankert sein (von angelernten Arbeiter*innen in der Nahrungsmittelindustrie über qualifiziertes Pflegepersonal bis hin zu hoch qualifizierten Industriearbeiter*innen) oder über Hochburgen verfügen. Oder: Sie kann vielfältig vernetzt sein, etwa mit Stadtteilinitiativen, verschiedenen Gewerkschaftsgliederungen, Erwerbsloseninitiativen oder Frauenhäusern – oder sich auf die Verbindung mit wenigen Organisationen beschränken, etwa einzelnen Gewerkschaftsgliederungen. Eine Partei zu verankern und Klassen(-teile) zu vernetzen setzt ebenfalls soziale und strategische Fähigkeiten voraus, die allerdings weitgehend unerforscht sind. Ergebnisse der gewerkschaftlichen Organisierungsforschung etwa deuten darauf hin, dass die Fähigkeit, unterschiedliche Interessen und Ansprüche anzuerkennen und zu vermitteln, ebenso wichtig sind, wie Vertrauen zu schaffen und die eigenen inhaltlich-politischen Kompetenzen zu beweisen (Goes u. a. 2015: 55 f.).

3 Klassen im Kapitalismus

Den in Kapitel 1 und 2 umrissenen Ansätzen für eine verbindende Klassenpolitik unterliegen Vorstellungen davon, was Klassen sind und welche es gibt. Dementsprechend wird seit einiger Zeit wieder intensiver über Klassenanalyse diskutiert. Mario Candeias, wie oben angedeutet, spricht etwa von popularen Klassen im Plural, Bernd Riexinger von einer großen Lohnabhängigenklasse. Hiervon ausgehend werden im Folgenden jüngere Beiträge zur Klassenanalyse kritisch aufgegriffen.

3.1 Eine große Klasse der Lohnabhängigen

Eine mittlerweile in der Linken weit verbreitete Position bestimmt die Klassenzugehörigkeit über die Stellung zu den Produktionsmitteln und damit über die Einkommensquellen, über die Menschen verfügen (auch: Mayer-Ahuja 2018: 15). Da in Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise dominiert, Produktionsmittel überwiegend von Kapitalist*innen, dem Staat und kleinen Eigentümer*innen besessen werden, wird angenommen, eine große Lohnarbeiterklasse bzw. arbeitende Klasse sei entstanden. Zu dieser gehören alle, die ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen müssen. Natürlich gibt es vielfältige Ungleichheiten, etwa des Einkommens, der Lebensstile, hinsichtlich der beruflichen Identitäten oder der ideologisch-politischen Orientierungen; aber dies sind Ungleichheiten innerhalb einer großen Klasse, die es – sofern Vertreter*innen dieser Position politisch argumentieren – zu einen gilt, um den Kapitalismus wahlweise zu zivilisieren, zu reformieren oder im Rahmen revolutionärer Realpolitik zu überwinden. Vertreten wird diese Position von revolutionär-marxistischen, syndikalistischen oder auch reformorientierten Kräften. Für Bernd Riexinger, der eine solche Position vertritt, wird verbindende Klassenpolitik daher tendenziell zu einem Synonym für eine Politik, die auf die Einigung der Klasse der Arbeiter*innen zielt.

Auch die Göttinger Soziologin Nicole Mayer-Ahuja hat in diese Debatte eingegriffen. In ihrem Beitrag, der in der *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* erschienen ist, argumentiert sie widersprüchlich. Einleitend hebt sie das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit hervor (Mayer-Ahuja 2018: 15 f.), überhaupt tauchen Formulierungen wiederholt auf, die ein antagonistisches Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital andeuten. Die Klassenzugehörigkeit sei «insbesondere von der Stellung im Prozess gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion abhängig» (ebd.: 16). Konkret weist sie dann allerdings auf 40,6 Millionen Beschäftigte hin, die im Jahr 2018 die arbeitende Klasse ausmachten (ebd.: 17). Aber, so die Kritik, dabei handelt es sich keineswegs durch die Bank um Angehörige der Arbeiterklasse. Allein im öffentlichen Dienst waren im Jahr 2017 4.738.600 Menschen beschäftigt, immerhin über 1,8 Millionen als Beamt*innen, Richter*innen und Soldat*innen. Oder zwei andere Schlaglichter: Im Bereich der Unternehmensberatung, Führung und Verwaltung von Unternehmen arbeiteten 2017 fast 621.000 Menschen, im Bereich von Forschung und Entwicklung rund 182.500 (Statistisches Bundesamt 2018: 369 u. 636). Alles Angehörige einer großen Arbeiterklasse?

Eine weitere Differenzierung der Klassenstruktur fehlt bei Mayer-Ahuja. Die Stärke ihres Zugriffs liegt darin, dass sie tatsächlich die Buntscheckigkeit der heutigen Klasse der Arbeiter*innen, die sozialen Unterschiede und Fragmentierungslinien sichtbar macht. Einige davon werden präzise nachgezeichnet (Mayer-Ahuja 2018: 20 f.), etwa indem auf gewachsene weibliche Erwerbsbeteiligung, größere Anteile von Beschäftigten mit Migrationshintergrund oder mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse hingewiesen wird. Im Kern ganz ähnlich, wie es bei Riexinger der Fall ist, entwickelt Mayer-Ahuja bereits auf der Ebene der Klassenanalyse eine Perspektive der Klasseneinigung, die aus der Diagnose folgt, es gebe eine große Lohnabhängigenklasse, die gleichwohl in sich pluralisiert und fragmentiert sei.

Auf diese Weise werden sowohl zentrale Unterschiede hinsichtlich der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, denen verschiedene Kategorien von Lohnabhängigen unterworfen sind, ausgeblendet als auch Lohnabhängige zur arbeitenden Klasse gezählt, die aufgrund ihrer sozialen Stellung objektiv an der Reproduktion der Klassenteilung, damit der Klassenverhältnisse und auf diese Weise der Klassenunterdrückung mitwirken – ob ihnen dies bewusst ist oder nicht. Zur Arbeiterklasse werden – zumindest fehlt eine ausdrückliche analytische Unterscheidung – damit auch solche abhängig Beschäftigten gezählt, die etwa in älteren Klassentheorien noch als «lohnabhängige Zwischenschichten» (Boccarda u. a. 1973: 163 f.) bestimmt wurden.

Machen wir es plastisch: Eine mittlere Managerin gehört aus dieser Perspektive ebenso zur Arbeiterklasse wie der Leiharbeiter, eine Gymnasiallehrerin ebenso wie ein Verkäufer bei Aldi, ein leitender Verwaltungsangestellter ebenso wie die Paketbotin bei DHL – und der deutsche Professor ist nicht minder Teil der einen großen arbeitenden Klasse wie die Angestellte des ausgelagerten Reinigungsservice, die sein Büro putzt.

Wohlgermerkt: Falsch ist daran meines Erachtens nicht, dass Menschen mit enorm unterschiedlichen Einkommen, unterschiedlichen Qualifikationen und unterschiedlicher Marktlage (prekär versus nicht prekär) zu einer Klasse gezählt werden. Und zurecht wird eine Klassenanalyse verworfen, die die Klassenzugehörigkeit über die (im engsten Sinne verstandene) wertproduktive Arbeit bestimmt, wodurch die Arbeiterklasse tendenziell mit der Industriearbeiterschaft identifiziert wird (Miehe 2017: 13–25 u. 447). Allerdings werden durch das Konzept der «einen großen Klasse» zugleich zentrale Differenzen hinsichtlich der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse eingeebnet, in denen Lohnabhängige unterschiedliche Stellungen einnehmen und entsprechende Erfahrungen machen. Nicht alle Lohnabhängigen werden ausgebeutet, weil ein Teil an der Reproduktion der Klassenherrschaft beteiligt ist. Im Fall des mittleren Managements ist das lediglich besonders offensichtlich.

3.2 Mehrere arbeitende Klassen?

Hier könnten Überlegungen von Klaus Dörre weiterhelfen, dessen Anliegen ausdrücklich eine erneuerte Klassentheorie ist (Dörre 2018: 42), die ihn im Laufe seiner Argumentation dazu führt, (mindestens) drei verschiedene arbeitende Klassen voneinander zu unterscheiden (ebd.: 44f.) (siehe dazu auch den Beitrag von Klaus Dörre in diesem Band): (1) hoch qualifizierte Beschäftigte und Spezialist*innen, die über hohe Produktions- und Arbeitsmarktmacht verfügen, weder Ausbeuter noch Ausgebeutete sind (bzw. die selbst ausbeuten, aber auch ausgebeutet werden – was das aber bedeuten soll, bleibt unklar); (2) eine Masse von Arbeiter*innen und Angestellten, die über mittlere Qualifikationen verfügt und kommandiert arbeitet; (3) eine neue Unterklasse, deren Angehörige über geringe Machtressourcen verfügen, die prekär oder informell beschäftigt oder gar erwerbslos sind und sich nahe am Führsorgestatus bewegen – eine Klasse, die stigmatisiert und abgewertet wird.

Gegenüber dem Konzept der einen großen Lohnabhängigenklasse ist das ein Fortschritt, weil versucht wird, wichtige Machtunterschiede zu berücksichtigen, die zwischen abhängig Beschäftigten bestehen. Allerdings überzeugt Dörres Vorschlag nicht. In einer Eingangsbemerkung nennt er zwar fünf Mechanismen, durch die «das Glück der Stärkeren» mit der «Not der Schwachen» in Verbindung gebracht werden könnten – neben der Ausbeutung durch Äquivalententausch gehören dazu: (1) Überausbeutung aufgrund von ungleichem Tausch, Zwang oder Dominanz; (2) soziale Schließung; (3) bürokratische Kontrollmacht; (4) Enteignung von Gemeineigentum und öffentlichen Gütern sowie (5) Distinktion sowie Auf- und Abwertung.

Aufgrund welcher dieser Mechanismen (und aufgrund welcher Ausprägungen) Klassen entstehen, wird allerdings nicht systematisch geklärt. Durchgängig werden, wo die drei lohnabhängigen Klassen bestimmt werden, lediglich die Machtressourcen und die Qualifikationen, über die Beschäftigte verfügen, in Anschlag gebracht – auch wenn ausdrücklich etwas anderes beansprucht wird (ebd.: 44): Im Fall der «Masse der Arbeiter und Angestellten» wird zudem erwähnt, dass sie kommandiert arbei-

tet (womit Dörre zurecht politische Herrschaft in die Analyse einbezieht, ohne dies aber systematisch zu entwickeln), im Fall der Unterklasse treten Stigmatisierung und Abwertung hinzu. Bestimmt man Klassen aber über ungleiche Machtressourcen und Qualifikationen (und davon abgeleitet über ihre Konflikt- und Durchsetzungsfähigkeit), leuchtet freilich nicht ein, weshalb man drei und nicht sechs oder zwölf Klassen bilden sollte. Produktions- und Arbeitsmarktmacht lassen sich messen (das gilt auch für das verfügbare Sozialeigentum, das laut Dörre ungleich verteilt ist), es lassen sich – hier methodisch nicht anders als in der Schichtungssoziologie, von der Dörre sich abgrenzt – beliebig viele Untereinheiten bilden, was letztlich beim Einteilenden liegt. Das gilt auch für die Qualifikationen, wie etwa gängige Berufsklassenmodelle zeigen (etwa bei Weber-Menges 2014 in Kooperation mit Vester), die Dörre sicherlich nicht im Sinn hat, wenn er eine Erneuerung der Klassentheorie fordert.

Unklar bleibt auch, ob Klassen nach Dörres Dafürhalten unabhängig davon existieren (Klassenstrukturierung), wie Menschen über sich nachdenken, wie sie die Gesellschaft sehen, mit wem sie sich identifizieren, von wem sie sich abgrenzen oder wen sie abwerten. An verschiedenen Stellen des Artikels deutet sich eher an, dass Klassen laut Dörre nur dann existieren, wenn sie sich gemeinsam mobilisieren, wenn «exklusive soziale Verkehrskreise, Kommunikationsverhältnisse und Wertorientierungen vorhanden sind, die eine bewusste Reflexion von Klasseninteressen überhaupt erst ermöglichen» (Dörre 2018: 47) – oder Klassen sich gar aufgrund von abwertenden Grenzziehungen bilden (ebd.: 46). Negative Klassenbildung sei eine Folge von negativen Klassifikationen und Zuschreibungen (ebd.). Dörre unterscheidet – bestenfalls – nicht klar zwischen Klassenstrukturierung und -mobilisierung.

Klassenstrukturierung und mögliche Prozesse der Klassenformierung bzw. Klassen(de)mobilisierung hängen zusammen, sollten meines Erachtens allerdings analytisch getrennt voneinander betrachtet werden (Mayer-Ahuja 2018: 16; Wright 1979: 102f.). Wie problematisch eine Vermischung sein kann, wird deutlich, wenn Dörre das Konzept der Wettbewerbsklassen einführt (Dörre 2018: 46). Kurz: Entstehen keine im emanzipatorischen Sinne fortschrittlichen Orientierungen im Alltagsbewusstsein von Angehörigen beherrschter Klassen, wirkt die Konkurrenz, werden Verlierer*innen von Gewinner*innen getrennt und setzen Abwertungs- und Stigmatisierungsprozesse ein. Diese «Grenzziehungen [...] bewirken Klassenbildung qua kollektiver Abwertung und Stigmatisierung sozialer Großgruppen» (ebd.).

Identitäre Grenzziehungen, abwertend sowohl nach unten wie nach oben, sind aber in kapitalistischen Klassengesellschaften – die, laut Engels, der organisierte Krieg aller gegen alle sind – eher «normal», nicht die Ausnahme. Das gilt zum einen, wie Peter Brückner in seiner «Sozialpsychologie des Kapitalismus» argumentiert – und auch ältere Befunde der Lohnabhängigen-Bewusstseinsforschung belegen das –, für Abwertungen «imaginerter Fauler» und «Asozialer, die sich (angeblich) den kapitalistischen Leistungs- und Ausbeutungszwängen entziehen können (Brückner 2004: 133). Zum anderen, das zeigen historische Studien, koexistieren etwa «nativistische»

Haltungen gegenüber «Fremden» und Migrant*innen (Chacón/Davis 2007: 204 f.) sowie Rassismus innerhalb der Klasse der Arbeiter*innen häufig mit klassenuniversalistischen Orientierungen (Balibar 2018: 3). Zugespitzt: Weil es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den USA offene Fremdenfeindlichkeit gab, die auch in offene Gewalt innerhalb der Bevölkerung umschlug – Engländer*innen gegen Deutsche, Deutsche gegen Italiener*innen, Italiener*innen gegen Ir*innen, alle gegen Afroamerikaner*innen –, gab es noch lange nicht (ebenso) viele verschiedene arbeitende Klassen – sondern eine vielfach sozial und ethnisch gespaltene Arbeiterklasse (Zinn 2003: 207 f.).

3.3 Populäre Klassen im Gegenwartskapitalismus

Das bringt mich zum marxistischen Klassenverständnis, das nach wie vor der Kern einer kritischen Klassentheorie sein sollte.

Der marxistische Klassenbegriff

Klassen sind demnach Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen, «ein Verhältnis zwischen Aneignern und Produzenten, das bestimmt wird durch die spezifische Form, in der [...] «dem direkten Produzenten Mehrarbeit abgepresst wird» (Meiksins Wood 2010: 83). Klassentheorien, zumindest marxistische, erklären nicht nur, weshalb welche Klassenstrukturen existieren und wie sich Klassen mobilisieren, sie sind damit auch Theorien des Klassenkampfes. Der Klassenkampf entwickelt sich unter den Bedingungen bestehender Klassenstrukturen und wirkt auf diese zurück. Als Konflikttheorie erklären sie, weshalb es Klassen immer nur im Verhältnis zueinander gibt. Klassen «bedeuten für den Marxismus Widersprüche und Klassenkampf in ein und derselben Bewegung: Die gesellschaftlichen Klassen existieren nicht a priori als solche, um anschließend in den Klassenkampf einzutreten, was die Annahme zuließe, es existierten Klassen ohne Klassenkampf» (Poulantzas 1975: 14).

Klassen existieren, weil ein Teil der Gesellschaft ein Mehrprodukt erzeugt, das sich ein anderer Teil der Gesellschaft aneignet (MEW 20: 180). Wer Klassen analysiert – und neue Klassen bestimmt (z. B. das Prekariat) –, muss genau diese Ausbeutungs-, Aneignungs- und die damit verbundenen Herrschaftsbeziehungen nachzeichnen. Man kann daher nicht mehrere lohnabhängige Klassen bilden, indem man schlicht auf die ungleiche Verteilung von Machtressourcen oder Qualifikationen verweist; herauszuarbeiten wäre, in welchen Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen diese genau zueinander stehen.

Wie dieses Mehrprodukt erzeugt wird, in welchen sozialen Beziehungen bzw. Produktionsverhältnissen und mittels welcher Technologien und Wissensstände (Produktivkräfte), in welcher Form es angeeignet und verteilt wird und welche Form es selbst annimmt (MEW 23: 231), unterscheidet sich je nach Produktionsweise.

In jeder Produktionsweise gibt es Hauptklassen (Wright 1985: 89), die ausbeutende und die ausgebeutete Klasse (Mauke 1977: 12). Kürzen wir das Bekannte ab: Bauern

und Adelige in der feudalen Produktionsweise, Arbeiter*innen und Kapitalist*innen in der kapitalistischen. Aber nicht alle arbeitenden Menschen gehören notwendigerweise zu einer der beiden Hauptklassen – unter anderem, weil in einer Gesellschaft mehrere Produktionsweisen koexistieren können, von denen eine aber dominiert. Die Zimmermänner, die die Schiffe «Pinta» und «Santa Maria» erbauten, mit denen Kolumbus Amerika «entdeckte» und dadurch die koloniale Expansion im ausgehenden Mittelalter entscheidend voranbrachte, gehörten weder zum Adel noch zur abhängigen Bauernschaft. Dasselbe gilt für den Klerus, für Schreiber, Heiler und viele andere.

Es sind die sozialen Beziehungen bzw. die Verhältnisse, in denen produziert, angeeignet und verteilt wird, durch die spezifische Klassen entstehen (Bettelheim 1975: 26). In jeder historischen Klassengesellschaft besteht die mehrproduktaneignende Klasse aus Menschen, die Eigentümer*innen der grundlegenden Produktionsmittel sind. Die Form, die dieses Eigentum annimmt, unterscheidet sie allerdings voneinander. Darüber hinaus unterscheiden sich die Produktionsweisen dahingehend, ob die unmittelbaren Produzent*innen die Arbeit und die dazu notwendigen Mittel kontrollieren können. In der feudalen Produktionsweise waren Adelige Eigentümer*innen des Bodens, Bäuerinnen und Bauern kontrollierten aber den Arbeitsprozess und wirtschafteten relativ autonom. In der kapitalistischen Produktionsweise dagegen sind Kapitalist*innen nicht nur Eigentümer*innen der Produktionsmittel, die Lohnarbeit ist auch in der Arbeitswelt dem Kapital direkt untergeordnet, wird also direkt beherrscht und kontrolliert (Poulantzas 1975: 18 f.) – wozu historisch sich verändernde Formen der betrieblichen Kontroll- und Herrschaftsapparate dienen (Gordon u. a. 1982). Aus dem Mehrprodukt wird ein kapitalistischer Staat finanziert, der der gesellschaftlichen Reproduktion und damit der Reproduktion der Klassenverhältnisse dienlich ist. «Die Besonderheit des modernen Staates beruht [...] auf der relativen Trennung des Politischen vom Ökonomischen und auf einer Neuorganisation ihrer Räume und Felder ausgehend von der vollständigen Besitzlosigkeit des unmittelbaren Produzenten in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.» (Poulantzas 2002: 81) Der Staat kann demokratische Form annehmen, diktatorisch oder faschistisch sein – und im Zuge der kapitalistischen Entwicklung hat er sich enorm verändert, ebenso wie seine sozioökonomischen Funktionen (wachsender Staatsinterventionismus). Sorgen betriebliche Herrschafts- und Kontrollapparate in der Produktionssphäre für die Reproduktion der Klassenverhältnisse, so die Staatsbürokratien bzw. die ideologischen und repressiven Staatsapparate auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene (ebd.: 57 f.), wengleich sich in ihnen Klassenkräfteverhältnisse verdichten und Volkskämpfe ausdrücken können (ebd.: 152). Und auch hier arbeiten Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, deren Arbeitskraft ausgenutzt wird – die aber im marxistischen Sinne nicht ausgebeutet werden, sondern objektiv an der Reproduktion der Klassenherrschaft mitwirken.

Herrschende Klasse und Block an der Macht

Die Gegenwartsgesellschaft gliedert sich in eine herrschende Klasse, die in verschiedene Fraktionen gegliedert ist (z. B. Handelskapital, Industriekapital) und nach dem Grad der Monopolisierung (durch Konzentration und Zentralisierung) unterschieden werden kann. Umgangssprachlich stehen hier Groß-, Mittel- und Kleinkapitale nebeneinander, aus denen sich ein «Block an der Macht» bildet, im hochentwickelten Kapitalismus unter der Führung einer Fraktion des Monopolkapitals (Poulantzas 2015: 37 f.). Der kapitalistische Staat ist relativ autonom gegenüber «dem» Kapital – und gerade in Auseinandersetzung mit diesen Staatsapparaten, durch Versuche der Einflussnahme, durch die steuernde Politik aus den Staatsapparaten oder durch parteipolitische Bündnisbildung wird der Block an der Macht organisiert. Für die popularen Klassen gilt das Gegenteil. «Die Staatsapparate begründen und reproduzieren die Hegemonie, indem sie ein (variables) Spiel von vorläufigen Kompromissen zwischen dem Block an der Macht und bestimmten beherrschten Klassen inszenieren, indem sie die beherrschten Klassen ständig desorganisieren und spalten.» (Poulantzas 2002: 171)

Das traditionelle Kleinbürgertum

Diesem Block an der Macht stehen die popularen Klassen bzw. die Volksklassen gegenüber. Neben dem traditionellen Kleinbürgertum gehören hierzu eine in mehrere Fraktionen geteilte lohnabhängige Zwischenklasse und eine buntscheckige Klasse der Arbeiter*innen.

Zum traditionellen Kleinbürgertum zählen alte und neue einfache Warenproduzent*innen, die Waren herstellen oder damit handeln, sich aber nicht der Kapitalverwertungslogik unterwerfen (oder es nicht schaffen) (Mauke 1977: 61 ff.). Zum alten traditionellen Kleinbürgertum gehören etwa Handwerker*innen oder Kleinhändler*innen, zum neuen etwa Soloselbstständige. Sie besitzen Produktionsmittel, arbeiten selbst und beschäftigen nur ergänzend sehr wenige Arbeitskräfte. Zu unterscheiden ist davon Kleinkapital, das regulär mehrere Arbeitskräfte beschäftigt (Milios/Economakis 2014: 411 f.).

Neben dieses traditionelle Kleinbürgertum tritt eine weitere Mittelklasse, die lohnabhängige Zwischenklasse. Denn, und hier lassen sich Dörres Ausgangsüberlegungen wieder aufgreifen, nicht alle lohnabhängig Arbeitenden gehören zur Arbeiterklasse.

*Die buntscheckige Klasse der Arbeiter*innen*

Zur Klasse der Arbeiter*innen gehört man nicht aufgrund einer bestimmten Einkommenshöhe, von Qualifikation bzw. Bildungsabschlüssen (und auch nicht aufgrund der schieren Lohnabhängigkeit), sondern aufgrund einer grundsätzlich konflikthaften Beziehung zum Kapital, die mit sozialökonomischer Verwundbarkeit, Ausbeutung und Disziplinierung der Arbeitskraft verbunden ist (Moody 2014: 7).

Es fehlt hier an Raum, um diese Beziehung ausreichend zu rekonstruieren. In aller Kürze: Kapital ist angehäuftes Geld nur dann (im Unterschied zum Schatz oder zu

bloßem Vermögen), wenn es zum Zweck der Vermehrung investiert wird, also verwertet werden soll (MEW 23: 161 f.). Verwertet wird Kapital durch den Produktionsprozess, dem Phasen der Zirkulation vor- und nachgelagert sind, in dem menschliche Arbeitskraft ausgebeutet wird (ebd.: 192 f.). Die Arbeitskraft und die Arbeit werden, um diese Verwertung zu optimieren, unter die Kontrolle des Kapitals gebracht (ebd.: 354 u. 533) und rationalisiert. Und weil der Kapitalist ein «Fanatiker der Verwertung des Werts» ist, werden Arbeit, Produktion und Lebensweisen fortwährend revolutioniert und temporär fixiert (ebd.: 618).

Die Klasse der Arbeiter*innen besteht aus Menschen, die direkt von kapitalistischen Unternehmen beschäftigt werden (Moody 2017: 4), also «aus Arbeiter*innen, deren Leben vom Lohnverhältnis zu einem Beschäftigten von Arbeitskraft abhängig ist und die deshalb Mehrwert schaffen im Prozess der Warenproduktion» (Draper 1978: 34). Mehrwert wird aber nicht nur durch stoffliche oder industrielle Arbeit erzeugt, insofern ist die Arbeiterklasse auch nicht mit der Industriearbeiterschaft identisch. Auch durch Arbeit, die keine stofflichen Güter produziert, werden Tauschwerte geschaffen und Profite erwirtschaftet (etwa in der privatwirtschaftlich organisierten Altenpflege). Zudem gehören auch Dienstleistungsbeschäftigte zur Klasse der Arbeiter*innen, die den Produktionsprozess und die Mehrwertrealisation (u. a. Verkauf der Waren) ermöglichen – etwa aus der Logistik, dem Bankensektor, dem Einzel- und Großhandel oder dem Transportwesen (Draper 1978: 4). Ob diese Arbeiter*innen hohe Qualifikationen haben, ihre Arbeitskraft auf dem Markt gefragt und ihre Arbeitsmarktmacht also hoch ist, ob sie prekär oder nicht prekär beschäftigt werden, dauerhaft oder gelegentlich, Hoch- oder Niedriglöhne aushandeln können, ist lediglich für die Schichtung dieser Arbeiterklasse relevant – und damit hegemoniepolitisch zentral.

Die lohnabhängige Zwischenklasse

Ähnliches gilt für die Fraktionen der lohnabhängigen Zwischenklasse. Sie ist ebenfalls in sich sozial geschichtet und kann sowohl sozialen als auch politischen Polarisierungsprozessen ausgesetzt sein. Auch diese lohnabhängige Mittelklasse wird nicht über Einkommen oder Qualifikationen definiert, sondern durch ihre gesellschaftliche Lage zwischen Arbeiterklasse und Kapital (Moody 2017: 40). Entscheidend für die Klassenzugehörigkeit ist die Stellung innerhalb der gesamten gesellschaftlichen Arbeitsteilung (Dörre 2018: 44). Dazu gehört neben einer ökonomischen auch eine politische und ideologische Arbeitsteilung (Poulantzas 1975: 14). Wie oben bereits angedeutet, liegt sie der Herausbildung von Apparaten zugrunde, die die Herrschaft über und die Integration der Arbeiterklasse organisieren und so zur Reproduktion der Klassenverhältnisse beitragen. Das sind zum einen bürokratische Apparate innerhalb der Unternehmen und damit die Teile des «Gesamtarbeiters», die bürokratische Kontrolle ausüben und aufgrund der geistigen Arbeitsteilung Wissen monopolisieren. Beides trägt zur Beherrschung der enteigneten unmittelbaren Produzent*innen bei. Zum anderen sind es die ideologischen und repressiven Apparate des Staates, der gesellschaftlich eine

Doppelfunktion erfüllt: Er «garantiert die Herrschaft der herrschenden Klassen über die ausgebeutete Klasse, und er setzt die Gesamtinteressen der herrschenden Klassen gegen die Privatinteressen ihrer einzelnen Mitglieder durch» (Mandel 2000: 21).

Angehörige der lohnabhängigen Zwischenklasse arbeiten in diesen Apparaten, sie gehören aber nicht «zur Klasse der Kapitalisten, da sie nicht im Besitz der Produktionsmittel sind, sondern selbst oftmals kapitalistisch ausgebeutet werden. Sie üben folgende Funktionen aus: Sie sichern die Extraktion des Mehrwerts, z. B. indem sie den Produktionsprozess überwachen und kontrollieren (Techniker, Ingenieure). Sie sichern die Kohäsion der kapitalistischen Macht (staatliche Verwaltung, Justizapparat, Militär usw.) sowie die Systematisierung und Verbreitung der herrschenden Ideologie, etwa durch das Erziehungswesen» (Milios/Economakis 2014: 410).

Aber auch nicht alle Angehörigen dieser Apparate gehören zur lohnabhängigen Zwischenklasse. Während sich am unteren Ende – wenn man es bildlich formuliert – proletarisierte Schichten finden, die von der Entwicklung staatlicher und unternehmerischer Politik und damit der Entscheidungsfindung weitestgehend ausgeschlossen sind (Wright 1979: 95 f.), gehören die dominierenden Spitzen zum Bürgertum, weil sie Funktionen des Kapitals wahrnehmen – völlig unabhängig davon, ob sie etwa als Manager*innen eine Gewinnbeteiligung bekommen oder nicht (was häufig der Fall ist) (Poulantzas 1975: 157). Dasselbe gilt für die Spitzen der Staatsapparate. Zum Bürgertum gehören sie «hauptsächlich, weil sie in einem kapitalistischen Staat die Leitungsfunktion des Staates im Dienste des Kapitals versehen» (ebd.: 163). Diese Zugehörigkeit der Staatsspitzen zur Bourgeoisie ist «durch die Rolle des Staates im Zusammenhalt und der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse einer kapitalistischen Formation gebrochen und vermittelt» (ebd.: 3). Und weiter: «Diese Agenten sind unmittelbar mit den Staatsapparaten verbunden und bestimmen die ‚Durchführung‘ der Rolle des Staates in der Reproduktion der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, spezieller in der Reproduktion der politischen und ideologischen Herrschafts- bzw. Unterordnungsverhältnisse.» (Ebd.)

In Anlehnung an Max Koch lassen sich die bisherigen Überlegungen wie in Tabelle 2 zusammengefasst veranschaulichen.

Die anhaltende Neuzusammensetzung der Klassengesellschaft

Die Klasse der Arbeiter*innen und die lohnabhängige Zwischenklasse werden im Zuge der kapitalistischen Entwicklung – auch als Ergebnis von Klassenauseinandersetzungen – fortwährend neu zusammengesetzt (siehe Tab. 3). Zum einen wird die Produktions- und Arbeitsorganisation verändert, wodurch sich auch die Formen der betrieblichen Herrschaft und die diese organisierenden Apparate wandeln. Zum anderen haben sich im Zuge der kapitalistischen Entwicklung die Formen und die Reichweite des Staatsinterventionismus verändert. Das betrifft unter anderem, welche gesellschaftlichen Bereiche staatlich und welche privatkapitalistisch organisiert werden, erstreckt sich aber auch auf die Finanzierung sowie die Steuerungs- und Organisationsweisen der entsprechenden staatlichen Bereiche. Durch Privatisierungspolitik wurden – et-

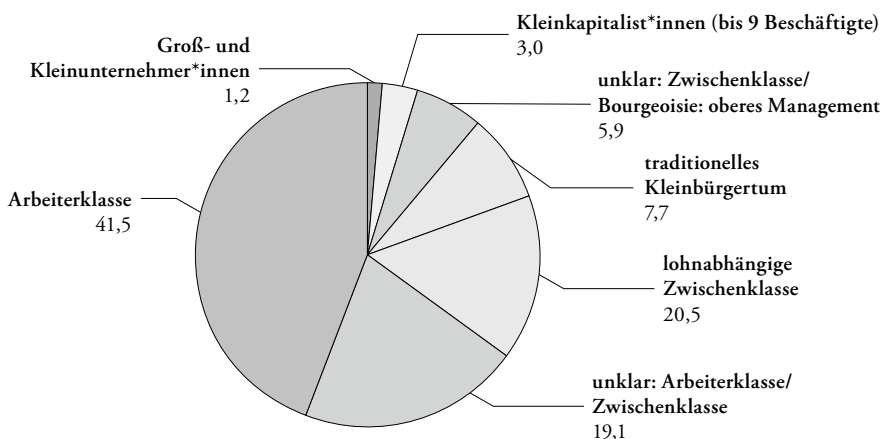
Tabelle 2: Klassen im Kapitalismus

Besitzer*innen von Produktionsmitteln	Lohnabhängige
Kapitalist*innen – großes und mittleres Kapital, darunter auch Manager*innen mit Kapitalbeteiligung/-eigentum und Gewinnbeteiligung – Kleinkapital, zum Teil mitarbeitende Besitzer*innen + wenige Beschäftigte	Klasse der Arbeiter*innen – darunter Beschäftigte aus privatwirtschaftlichen Industrie- und Dienstleistungssektoren
traditionelles Kleinbürgertum – z. B. Handwerker*innen, neue Freiberuflergruppen, Kleinhändler*innen	lohnabhängige Zwischenklasse – darunter Techniker*innen, Ingenieur*innen, mittlere Manager*innen sowie mittlere und untere Staatsbeschäftigte
	Bürgertum – leitende Manager*innen und Staatsspitzen

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Koch 1998: 117

wa im Bereich der Post-, Telekommunikations- und Gesundheitsindustrie – beispielsweise Beschäftigtengruppen, die zuvor zur lohnabhängigen Zwischenklasse gehörten, zu Angehörigen der Arbeiterklasse. Aber die Neoliberalisierung des Staates wirkt sich auch auf die soziale Situation von Angehörigen der lohnabhängigen Zwischenklasse aus. Infolge von Austeritätsdruck und damit verbundener Einführung von Sparprogrammen und Marktsimulation in die staatlichen Apparate setzten auch Proletarisierungstendenzen ein, die empirisch genau zu untersuchen sind. Ein schlagendes Beispiel ist die Prekarisierung des wissenschaftlichen Mittelbaus an den Hochschulen.

Abbildung 3: Verteilung der sozialen Klassen (2013)



Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Vester 2019: 61

4 Ideologische Vergesellschaftung: Bewusstsein der Subalternen

Dass relative Mehrheiten der Bevölkerung mitte-linke (oder doch zumindest: eher antineoliberale) Reformen bevorzugen, wird mit einiger Regelmäßigkeit belegt. Meistens beziehen sich entsprechende Studien auf einzelne Politikfelder, zum Teil aber auch auf allgemeine Fragen zur Unterstützung des Kapitalismus oder Haltungen zum Sozialismus.

Die vorliegenden Ergebnisse der quantitativen Sozialpolitikforschung belegen zum Beispiel, dass der Sozialstaat eine breite Unterstützung in der Bevölkerung genießt, soziale Ungleichheit von Befragten als großes Problem wahrgenommen und das sozialstaatliche Ausgabenniveau als zu niedrig erachtet wird (Heinrich u. a. 2016: 6f.). 85 Prozent der in einer Studie Befragten geben etwa an, es sei Aufgabe des Staates, gute berufliche Perspektiven für Erwerbslose zu sichern. Immerhin 67 Prozent sind der Meinung, im Fall eines Arbeitsplatzverlustes sei der Lebensstandard staatlich angemessen abzusichern. 72 Prozent der Befragten befürworten es, dass der Staat daran mitwirken sollte, Einkommensunterschiede zwischen Armen und Wohlhabenden abzubauen (ebd.: 21). Dabei scheint die Unterstützung von sozialinvestiven Politiken, wie etwa die Bildungsförderung von Kindern, größer zu sein als von Ausgaben für konsumtive Sozialpolitik. 85,3 Prozent der in einer anderen Studie Befragten befürworten etwa höhere Ausgaben im Bildungssystem, während sich nur 36,4 Prozent mehr Ausgaben für Rentner*innen und Pensionär*innen und gerade einmal 26,9 Prozent für Erwerbslose wünschen (Sachweh u. a. 2009: 615).

Derartige Befunde sind nützlich, sagen aber wenig über die Zusammenhänge aus, innerhalb derer sie im Alltagsbewusstsein stehen. Wie wird die Gesellschaft gesehen? Mit wem identifizieren sich die Befragten, welche Konturen einer Solidargemeinschaft zeichnen sich also ab? Oder: Für wie veränderbar werden kritisierte Zustände gehalten? Wie sollten eigene Forderungen durchgesetzt werden? Welche Handlungsorientierungen lassen sich also rekonstruieren?

Hier setzen Untersuchungen an, die sich für komplexere Orientierungen interessieren. Einige davon sollen im Folgenden diskutiert werden. Es wäre sicherlich übertrieben, von einer Renaissance der Lohnabhängigen-Bewusstseinsforschung zu sprechen. Mittlerweile liegen allerdings erfreulicherweise mehrere Studien vor, die – theoretisch und konzeptionell deutlich unterschiedlich angelegt – das Bewusstsein der Arbeitenden empirisch genauer analysieren. Neben qualitativen Arbeiten aus dem Bereich der Rechtspopulismusforschung sind auch Studien entstanden, die sich dem Betriebs- und Krisenbewusstsein der Arbeitenden widmen. Selektiv sollen im Folgenden einige Ergebnisse diskutiert und auf die «ideologischen-politischen Potenziale» befragt werden, die für eine verbindende Klassenpolitik vorhanden sind. Begonnen werden soll allerdings mit älteren milieusoziologischen Befunden, die für die jüngere Debatte aktualisiert wurden.

Tabelle 3: Anteil der Beschäftigten an den sozialen Klassen

Gesellschaftsklassen	1991	2013	Veränderung	Gesamt
Arbeiterklasse	51,2	41,5		-10,1
qualifizierte Facharbeiter*innen/ Handwerker*innen	20,6	12,1	-8,5	
geringqualifizierte Arbeiter*innen	11,2	10,3	-0,9	
qualifizierte Dienstleistungsbeschäftigte	7,2	4,3	-2,9	
geringqualifizierte Dienstleistungs- beschäftigte	9,2	11,1	+1,9	
geringqualifizierte Büro- und Verwaltungskräfte	3,0	3,3	+0,3	
unklar: Arbeiterklasse/Zwischenklasse	24,4	19,1		-5,3
soziokulturelle Semiprofessionen	5,7	7,5	+1,8	
technische Semiprofessionen	6,0	5,4	-0,6	
qualifizierte Büro- und Verwaltungskräfte	12,7	6,2	-6,5	
lohnabhängige Zwischenklasse	11,6	20,5		+2,9
unteres Management	5,6	10,3	+4,7	
soziokulturelle Expert*innen	3,6	1,7	+1,7	
technische Expert*innen	2,4	2,5	+2,5	
traditionelles Kleinbürgertum	5,0	7,7		+2,7
freie Berufe	0,9	2,4	+1,5	
Kleingewerbe ohne Beschäftigte	4,1	5,3	+1,2	
unklar: Zwischenklasse/Bourgeoisie: oberes Management	2,1	5,9		+3,8
Kleinkapitalist*innen (bis 9 Beschäftigte)	3,4	3,0		-0,4
Groß- und Kleinunternehmer*innen	1,1	1,2		-0,1

Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Vester 2019: 61

4.1 Milieus und politische Lager

Welche Grundlagen es für ein Unten-Mitte-Bündnis aus Teilen der Klasse der Arbeiter*innen, der lohnabhängigen Zwischenklasse und des traditionellen Kleinbürgertums gibt, hat ein Forscherzusammenhang um den Hannoveraner Soziologen Michael Vester untersucht. Die erstmalig 1993 publizierten Ergebnisse einer umfangreichen milieusozilogischen Studie (Vester u. a. 1993) aktualisierte Vester jüngst für eine kritische Auseinandersetzung mit den politisch-sozialen Grundlagen des neueren Rechtspopulismus (Vester 2017). Ähnlich wie in anderen Arbeiten, die versuchen, die materielle und ideologische Basis für Bündnisse zu bestimmen, die unterschiedliche politische Projekte tragen könnten, werden bei Vester nicht nur Potenziale eines lin-

ken Reformbündnisses, sondern auch Differenzen und Widersprüche innerhalb eines noch zu schaffenden Blocks sichtbar.

Laut Vester teilt sich die Gesellschaft nicht nur in soziale Milieus, vielmehr bilden sich aus diesen Milieus bzw. aus Teilen dieser Milieus aufgrund politischer Auseinandersetzungen politische Lager. Drei der rekonstruierten Lager sind besonders affin für ein sozial, demokratisch und ökologisch orientiertes Reformbündnis: (1) die sogenannten Sozialintegrativen, (2) die Radikaldemokrat*innen und (3) die Skeptisch-Distanzierten. Das (4) resignativ-autoritätsgebundene Lager spielt zwar für eine verbindende Klassenpolitik eine große Rolle, weil hier insbesondere auch Angehörige der unteren sozialen Milieus vertreten sind, ist politisch aber eher rechtspopulistisch orientiert.

Gemeinsam ist den drei erstgenannten Lagern, zu denen rund 42 Prozent der Wohnbevölkerung über 14 Jahre zählen, eine Orientierung an Gleichberechtigung, sozialem Ausgleich und demokratischer Beteiligung, wenn auch in ungleichem Maß. Dabei unterscheiden sich die Lager allerdings nicht nur danach, welchen Stellenwert zum Beispiel Demokratie- und Beteiligungsansprüche, Sorgen vor Zuwanderung oder Ansprüche an soziale Gerechtigkeit für sie spielen; sie setzen sich schwerpunktmäßig auch aus unterschiedlichen Berufsgruppen bzw. sozialen Milieus zusammen. Auch wenn sich dies nicht umstandslos auf die oben entwickelte Klasseneinteilung beziehen lässt, sind dennoch Tendenzaussagen möglich, die in Tabelle 4 zusammengefasst werden.

4.1.1 Die Sozialintegrativen

Die Sozialintegrativen etwa streben nach politischer Gleichstellung (für alle Menschen) und setzen sich zudem für postmaterielle Ziele⁸ (etwa für Gleichberechtigung und Toleranz) ein, aber auch für «soziale Gleichstellung und Integration aller, nicht zuletzt auch für Arbeitnehmer und Unterprivilegierte» (Vester 2017: 22). Dieses Lager ist, wie auch das der Radikaldemokrat*innen, in Folge der sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre entstanden. Diese progressive-solidarische «Arbeitnehmermitte», die 13 Prozent der Bevölkerung zählt, steht insofern grundlegend für soziale Gerechtigkeit, verstanden als Verteilungsgerechtigkeit. Besonders stark vertreten sind in diesem Lager moderne Angestelltenberufe, etwa aus dem Bereich der Büro-,

8 Vester und andere greifen auf die Formulierung «materielle» und «postmaterielle» Interessen oder Ziele zurück, um etwa Lohninteressen (materiell) von Interessen an Gleichberechtigung zu unterscheiden. Das kann sinnvoll sein, um einen Unterschied deutlich herauszustellen. Manchmal – nicht im Fall von Michael Vester – suggeriert diese Unterscheidung aber auch, dass die postmateriellen Interessen keinen stofflichen, handfesten Kern haben. Das ökologische Interesse am Erhalt unserer Lebensgrundlagen etwa (oft als postmateriell bezeichnet) ist besonders stofflich und materiell, wurzelt es doch im und zielt es doch auf das gesellschaftliche Naturverhältnis der Menschen, das in den Produktionsverhältnissen enthalten ist. Oder: Am Interesse von Frauen an sexueller und wirtschaftlicher Gleichberechtigung ist nichts jenseits des Materiellen – was gibt es Stofflicheres als die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigenen Lüste? Und ist das Interesse an gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, Bildungs- und Aufstiegschancen nicht sehr materiell?

Verwaltungs-, Medizin- und Erziehungsberufe (ebd.: 23). Ohne nähere Angaben zu den genauen Tätigkeiten kann angenommen werden, dass es sich zum Teil um Angehörige der neuen lohnabhängigen Zwischenklasse, zum Teil um Angehörige der Arbeiterklasse handelt (ebd.). Menschen aus diesem Lager engagieren sich, allerdings nicht in erster Linie politisch:

«Ihrer Herkunft entsprechend konzentriert sich ihr Beteiligungsverhalten eher auf das soziale als auf das politische Feld. Das Gesellschaftsbild ist egalitär und von moralischen Gerechtigkeitsvorstellungen geprägt. Alle Menschen sollen die gleichen Chancen für ein Leben nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten haben, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihrer sozialen und ethnischen Herkunft. Wie auch die Gruppe der Radikaldemokraten verurteilen die Sozialintegrativen ausländischer- oder frauenfeindliche Chauvinismen und erstreben die Aufhebung bestehender Benachteiligungen.» (Ebd.)

Eingebettet sind diese Orientierungen in eine «Perspektive von unten», einer ausgeprägten «Arbeitnehmer- und Sozialstaatsorientierung». Der Staat sollte Schwächere absichern.

Wenn es ein Lager gibt, auf das sich die gesellschaftliche Linke in der Bundesrepublik stützen kann, dann dürfte es das der Sozialintegrativen sein. Denn neben die soziale tritt eine grundlegend demokratische Orientierung, der zufolge sowohl innerhalb der Politik als auch innerhalb des Arbeitslebens Prinzipien der Selbstorganisation durchgesetzt werden sollten.

Diese Beteiligungs- und Mündigkeitshaltung geht Hand in Hand mit einer Distanz gegenüber der Berufspolitik. Dies wird allerdings nicht autoritär begründet, sondern folgt aus einer demokratisch und solidarisch motivierten Kritik an Politik – sie ist «insbesondere mit einer hohen Zustimmung zur sozialstaatlichen und gewerkschaftlichen Solidarität und zur basisdemokratischen Partizipation verbunden» (ebd.: 24).

*4.1.2 Die Radikaldemokrat*innen*

Im politischen Lager der Radikaldemokrat*innen vereinen sich verschiedene linksbürgerliche Kräfte. Angehörige dieses Lagers sind wenig sensibel gegenüber sozialer Ungleichheit sowie Benachteiligung und verfolgen stärker postmaterielle und demokratische Zielsetzungen. Im radikaldemokratischen Lager, das etwa elf Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren zählt, sammeln sich – in Vesters Terminologie – insbesondere Angehörige akademisch gebildeter Oberschichtenmilieus. Viele arbeiten überwiegend als qualifizierte leitende Angestellte und Beamt*innen, aber auch freie Berufe sind überdurchschnittlich vertreten. Deutliche Schwerpunkte finden sich in den Bildungs- und Erziehungsberufen, innerhalb der technischen Intelligenz, im Bereich der Kunst- und Kulturvermittlung, der Rechts- und Sicherheitsberufe sowie der Medizinberufe (ebd.: 24f.). Tendenziell lassen sich die Radikaldemokrat*innen insofern mehrheitlich der oberen lohnabhängigen Zwischenklasse zuordnen.

Politisch interessiert sind sie insbesondere an sogenannten postmateriellen Zielsetzungen, etwa an gleichen Rechten und Teilhabemöglichkeiten. Sie «bekanntest sich zu einer offenen multikulturellen Gesellschaft und verurteilten wohlstandschauvinistische und ausländerfeindliche Haltungen scharf» (ebd.). Gleichzeitig grenzten sie sich in diesem Zusammenhang von rücksichtsloser sozialer Konkurrenz ab, wodurch Anknüpfungspunkte für sozial progressivere Kräfte bleiben: «Gegenüber dem rücksichtslosen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf sozialdarwinistischer Art bekannte sie sich zu dem Ideal des Schutzes der sozial Schwächeren. Gegenüber der Vorstellung, soziale Unterschiede seien über Leistungen legitimiert, verweisen sie auf die bestehenden Chancenungleichheiten in der Gesellschaft, insbesondere auf die Benachteiligungen von Frauen und Zuwanderern, also Benachteiligungen aufgrund leistungsfremder Merkmale. Insgesamt war allerdings die Einstellung zum Leistungsprinzip durchaus zwiespältig: Obwohl sie sich gegen die Leistungsideologie aussprachen, problematisierten sie nur wenig die bestehenden beruflichen Hierarchien – und damit ihre eigenen gutsituierten Positionen darin – und die Probleme niedriger Arbeitnehmerpositionen.

Ihre hohe Sensibilität für die sogenannten «neuen sozialen Ungleichheiten» korrespondiert mit einer gewissen Blindheit für «alte soziale Ungleichheiten». Die Belange der Arbeitnehmer traten in den Hintergrund und wurden von ihnen nicht mit derselben Entschiedenheit unterstützt wie etwa die Interessen von Frauen oder von ethnischen Minderheiten.» (Ebd.: 26)

4.1.3 Die Skeptisch-Distanzierten

Die Skeptisch-Distanzierten sind eigentlich kein eigenes politisches Lager. Vielmehr wird damit eine feste Haltung bezeichnet, die sich in verschiedenen Milieus findet. Die Angehörigen dieses Nicht-Lagers machen beinahe 20 Prozent der Bevölkerung aus. Insbesondere Facharbeiter*innen und Fachangestellte finden sich hier. Zugenommen hatte zum Zeitpunkt der damaligen Befragung allerdings bereits der Anteil der Beamt*innen. Stärker als im Bevölkerungsdurchschnitt finden sich hier technisch-industrielle Berufe und Beschäftigte aus dem Bereich Handel, Banken und Versicherungen (ebd.: 28). Insofern lässt sich mutmaßen, dass sich hier Teile der Arbeiterklasse und Teile der unteren lohnabhängigen Zwischenklasse sammeln. «Die Grundhaltung der Skeptisch-Distanzierten ist geprägt von kompromissloser Distanz zur etablierten Politik und zu den von ihnen vertretenen großen Ideologien.» (Ebd.: 27) Allerdings ist dies nicht im Sinne einer grundsätzlichen Apathie misszuverstehen. Skeptisch-Distanzierte engagieren sich, allerdings eher sozial und im Alltagsleben. «Sie vertreten dort das praktische Sozialmodell der Solidarität auf Gegenseitigkeit, das hohe Leistung durch Teilhabe am Wohlstand und sozialer Sicherheit belohnt.» (Ebd.: 28)

Hinsichtlich der Frage der Leistungs- und Solidaritätsorientierung ergibt sich ein ambivalentes Bild. Weder hängen Skeptisch-Distanzierte einer neoliberalen Ellenbogendeologie an, noch sind sie grundsätzliche Unterstützer*innen einer sichernden

oder gar umverteilenden Sozialpolitik: «Ebenso wie sie die Schlagworte der Leistungs-ideologie ablehnten, zeigten sie sich gegenüber den Versprechungen des Sozialstaats grundsätzlich misstrauisch. Übrig blieb häufig eine teilweise polemische und teilweise resigniert-illusionslose Wahrnehmung der Gesellschaft, in der sich nach ihrer Auffassung die Stärksten durchsetzen.» (Ebd.: 29) Während sie wohlstandschauvinistische Ressentiments gegenüber Migrant*innen ablehnen, finden sich Reste von Vorbehalten gegen Gleichstellungsansprüchen von Frauen in Politik und Erwerbsleben (ebd.: 29 f.).

4.1.4 Das resigniert-autoritätsgebundene Lager

Von besonderer Relevanz für eine verbindende Klassenpolitik ist das sogenannte resigniert-autoritätsgebundene Lager, weil sich hier Angehörige aus traditionellen unteren und mittleren sozialen Milieus sammeln: überwiegend die sogenannte untere Arbeitnehmerschicht und in geringerem Maß die gehobene Mittel- und Oberschicht (ebd.: 16). Überdurchschnittlich häufig arbeiten Angehörige dieses Lagers als ausführende Angestellte, 1991 war rund ein Viertel von ihnen als angelernte Arbeiter*innen bzw. als Vor- und Facharbeiter*innen beschäftigt. Wichtig ist für dieses Lager, das auf die untere Mittelschicht und die Unterschicht der alten Industriegesellschaft zurückgeht und etwa 13 Prozent der Wohnbevölkerung zählt, das Eintreten für soziale Sicherung durch einen starken Sozialstaat (ebd.: 15).

Laut Vester handelt es sich bei diesem Lager um eines der beiden großen Reservoirs von Wählerstimmen für rechtspopulistische Kräfte. Allerdings ist die Skepsis gegenüber Migrant*innen bzw. Zuwanderung in diesem Lager nicht aggressiv-autoritär und rassistisch motiviert. «Sie wurzelt in der Erfahrung als strukturell Benachteiligte und in dem entsprechenden Wunsch nach staatlichem Schutz vor sozialer Unsicherheit und auch vor zu viel Konkurrenz von Zuwanderern um die Arbeitsplätze und sozialen Leistungen.» (Ebd.: 15 f.)

Stabilität gewinnen Resigniert-Autoritätsgebundene, indem sie sich auf eher konservative Orientierungen zurückziehen: «Dazu gehört das beharrliche Festhalten an traditionellen Werten, an einer konventionellen Familienzentrierung und an der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.» (Ebd.: 17)

Charakteristisch ist darüber hinaus eine politische Haltung, die resignativ anmutet, Enttäuschung über das politische Establishment spielt eine wichtige Rolle. Die implizite Kritik an Politik und Politiker*innen ist – anders als bei den Sozialintegrativen – nicht unbedingt demokratisch und solidarisch motiviert; in ihr drückt sich gleichwohl eine Art von Klasseninstinkt aus: «Auch mit diesen Einstellungen wurde vermutlich etwas abgefragt, was immer schon da war: das Wissen der «kleinen Leute», dass «Politik nichts für unsereins» ist (dass man da nicht aktiv mitmacht). Dazu gehört auch das Wissen, dass die einen Politiker einem näher sind als die anderen, und so etwas wie ein ausgeprägter «Klasseninstinkt»: dass man «die anderen» nicht wählt. Im Laufe der Jahre hat sich offenbar das Gefühl entwickelt, dass es «den Politikern nur um die Stimme» gehe und sie nur vor Wahlen auftauchten.» (Ebd.: 18)

Tabelle 4: Milieus und Lagerzugehörigkeit nach sozialen Klassen

Gesellschafts- klassen	Schwerpunkt soziale Milieus	Politische Lager	Interessen und Orientierungen
Arbeiterklasse	mittlere Lohn- abhängigenschicht	z. T. Sozialintegrative	– soziale Gerechtigkeit – Beteiligung und Demokratie – Multikulturalismus
	mittlere Lohn- abhängigenschicht, z. T. Unter- und Oberschicht	z. T. resignativ Autoritätsgebundene	– sozialer Schutz – Abgrenzung von Zuwanderung
	mittlere Lohn- abhängigenschicht	z. T. skeptisch Distanzierte	
lohnabhängige Zwischenklasse	mittlere Lohn- abhängigenschicht	z. T. Sozialintegrative	– politische Gleichheit – gleiche soziale Rechte – Multikulturalismus
	obere Lohn- abhängigenschicht	z. T. Radikaldemokrat*innen	
traditionelles Kleinbürgertum	selbstständige Berufe	Radikaldemokrat*innen	– politische Gleichstellung – Hierarchie aufgrund von Leistung – Multikulturalismus

Quelle: eigene Darstellung

4.2 Krise und Populismus

Stellen die in Kapitel 4.1 umrissenen Befunde der Milieusozilogie Haltungen und Orientierungen in den Fokus, die auf Prägungen in sozialen Klassenlagen zurückzuführen sind (bestimmte politische Lager haben jeweils Hochburgen in bestimmten sozialen Milieus), richten Dieter Sauer und seine Kolleg*innen (Sauer u. a. 2018) den Blick auf den Zusammenhang zwischen Entwicklungen innerhalb des Erfahrungsraums Betrieb auf der einen, Wut und politischen Orientierungen der Beschäftigten auf der anderen Seite.

Die leitende Frage ihrer Studie «Rechtspopulismus und Gewerkschaften» lautet, «ob es im betrieblichen und gewerkschaftlichen Kontext spezifische Gründe dafür gibt, dass rechtspopulistische Orientierungen auch hier eine Verbreitung erfahren. [...] Gibt es möglicherweise eine arbeitsweltliche Grundströmung, ohne die die soziale Verankerung und auch politische Dynamik des Rechtspopulismus nicht zu erklären wären?» (ebd.: 25).

Für den hier interessierenden Zusammenhang sind die vorgelegten Befunde gerade deshalb interessant, weil zum einen keine kausalen Zusammenhänge zwischen objektiver Lage, Erfahrungen und politischen Bearbeitungsweisen unterstellt werden (und

nachgewiesen werden können), zum anderen vielschichtige Leid- und Ungerechtigkeitsgefühle sowie politische Alltagskritiken rekonstruiert wurden, die keineswegs als eindeutig rechts interpretiert werden können. In diesem Sinne lassen sich die Befunde auf emanzipatorische Fluchtpunkte hin gegen den Strich lesen.

Zentral ist für Sauer und seine Kolleg*innen die Annahme, Rechtspopulismus gedeihe «offenbar insbesondere dort, wo relevante Teile der Bevölkerung das Gefühl haben, dass sie bei der Verlängerung des herrschenden Politikmanagements auf der Seite der Verlierer zu landen drohen» (ebd.: 16). Insbesondere permanente Restrukturierungsprozesse, die zum Zweck der Profit- und Flexibilitätssteigerung durchgeführt werden, schaffen einen arbeitsweltlichen Nährboden für Rechtspopulismus – Beschäftigte sind wütend, sie werden verunsichert, erleben verschiedene Formen des Kontrollverlusts, vermissen Anerkennung für erbrachte Leistungen und fühlen sich von politischen Eliten im Stich gelassen (ebd.: 183 f.).

Abwertungserfahrungen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle: «Man strengt sich an, gibt sein Bestes und wird mit Missachtung gestraft. Nur noch die nackten Zahlen gelten etwas, der Mensch und seine Arbeit sind abgeschrieben.» (Ebd.: 193) Es sei eine große Wut in den Betrieben entstanden, in der auch die gewachsene Distanz und Skepsis dem «politischen Establishment» gegenüber zum Ausdruck komme (ebd.: 190 f.).

Ausführlich werden in der Studie anhand des empirischen Materials Ängste, Sorgen, Ungerechtigkeitsgefühle und auch berichtete Verknüpfungspunkte mit eher fremdenfeindlichen und autoritären Deutungen dargelegt. Hier sollen allerdings lediglich ambivalente oder sogar potenziell linke Deutungen interessieren. Hier einige Kostproben:

Von herausragender Bedeutung sind, wie bereits angedeutet, vielschichtige Arbeitsleiderfahrungen. Zwar wurde in der Rechtspopulismusforschung verschiedentlich darauf hingewiesen, rechtsaffine Einstellungen könnten an diese Erfahrungen anknüpfen, an sich ist ihre Verarbeitung aber sowohl nach links als auch nach rechts möglich. Das ist – ich greife vor – von komplexeren subjektiven Deutungsmustern und politischen Handlungsangeboten abhängig, mit deren Hilfe Beschäftigte sich orientieren (siehe Kap. 4.3). Insofern ist es sinnvoll, die Ursachen konkreter Arbeits- und Gesellschaftskritik darzustellen: «Das Gefühl des Kontrollverlustes hat sich verstärkt, da Restrukturierung nicht als ein einmaliges Erlebnis im Arbeitsleben auftritt, sondern heute ein ständiger Begleiter von Erwerbsarbeit ist. Die Beschäftigten finden es immer schwieriger, sich auf neue Situationen einzustellen, da die nächste Umstrukturierung bereits angekündigt worden ist.» (Ebd.: 127) Und etwas später heißt es: «Steigende Arbeitsbelastungen führen nicht immer zu Resignation, dem Gefühl der Machtlosigkeit und einer Lähmung des politischen Handelns. Sie können auch zur Aktivierung beitragen, indem sie eine Wut befördern, die gegen die herrschenden Zustände rebelliert. Diese findet allerdings nicht immer einen und erst recht nicht immer den richtigen Adressaten. Wie bereits in unseren Vorgängerstudien fanden wir

auch in unserer jüngsten Befragung Formen einer «adressatenlosen Wut», die keinen Gegner kennt. Es zeigte sich aber auch, dass die Wut inzwischen bei vielen Beschäftigten einen Adressaten gefunden hat. Dieser kann ganz allgemein die Politik sein, die die Ungerechtigkeiten zu verantworten hat, beispielsweise im Falle des ungerecht empfundenen Rentensystems.» (Ebd.: 135 f.)

Mit diesen Befunden knüpfen die Autor*innen direkt an eine Vorgängerstudie an, die sich der politischen Verarbeitung der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 f. widmete und 2011 unter dem Titel «Krise ohne Konflikt?» veröffentlicht wurde. In der älteren Studie konstatierten Detje und seine Kolleg*innen eine Normalisierung von Krisenerfahrungen. Die «große Krise» wurde ihnen zufolge von den Befragten vor dem Hintergrund permanenter betrieblicher Rationalisierungsprozesse und Krisenerfahrungen interpretiert (Detje u. a. 2011: 62). Verunsicherung wurde in diesem Zusammenhang zu einer andauernden Alltagserfahrung. Diese Krisenerfahrungen beschränkten sich, so die Autor*innen weiter, allerdings nicht auf den Betrieb oder das Unternehmen; vielmehr entfalteten sich Ansätze einer Legitimationskrise des ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Gerade weil einzelne unternehmerische Eliten nicht für die große Krise verantwortlich gemacht werden konnten, verschob sich die Kritik auf die Gesellschaft, auf den Staat und die Politik. Wut und Angst waren demnach vorherrschend (ebd.: 102). Auch die Tendenz, in der Arbeitsleid sich in eine gegen «die Politik» gerichtete populäre Empörung übersetzte – aber auch mit einem dichotomischen Gegnerbezug verbunden wurde (anders als von den Autor*innen selbst interpretiert) – stellte ein Teil der Autor*innen bereits in der älteren Studie fest: «Krise wird nicht einfach als ökonomische Entwicklungsetappe wahrgenommen, sondern funktional und herrschaftsmäßig zugeordnet: Krise derjenigen, die viel «Kohle» gemacht und verloren haben. Als gäbe es zwei Reproduktionskreisläufe: jener, in dem das Auf und Ab der Reichtumsproduktion stattfindet, und jener des «kleinen Volks», das davon ausgeschlossen ist. Die Krise ist eigeordnet in ein teilweise geradezu dichotomisches Weltbild des «wir hier unten», die weder zu den Profiteuren der Vorkrisenentwicklung noch zu den Verursachern der aktuellen Krise gehören, und «denen dort oben», die das Gegenteil repräsentieren, zu den Nutznießern zählen und Adressaten auch buntester Verschwörungstheorien sind.» (Ebd.: 37)

Zwischen Legitimationsproblemen und -krisen von Politik und Staat

Ein zentraler Befund der neueren Studie ist darüber hinaus, dass sich in den Beleg-schaften ein teils kritisch-oppositioneller, ein zum Teil resignativer Blick auf die politischen Eliten feststellen lässt: «Ein wachsender Teil der Befragten sieht seine Interessen durch die etablierten Parteien nicht mehr vertreten. Die politischen Interventionen der letzten Jahrzehnte werden überwiegend eingeordnet als Schlechterstellung der Position der Lohnabhängigen und ihrer Familien. Vorgeworfen wird dem politischen Establishment, die betrieblichen und sozialen Nöte der Arbeitnehmer*innen zu ig-

norieren. Vom Staat erwarten viele Beschäftigte keine regulierenden Eingriffe oder Lösungen mehr. Er wird nach einer drei Jahrzehnte umfassenden neokonservativ-neoliberalen Epoche als nicht mehr nur enteignete oder entfremdete, sondern vielfach feindliche Institution wahrgenommen: als der Staat «der anderen». Besonders tief sitzt die Enttäuschung über die Sozialdemokratie, die sich von ihrem Anspruch, Interessenvertreterin der Lohnabhängigen zu sein, vollständig verabschiedet habe.» (Sauer u. a. 2018: 196)

Der Staat als der Staat der anderen – an anderer Stelle der Studie heißt es dazu:

«Aus der Distanz zur Politik entwickelt sich eine Anti-Establishment-Haltung. Misstrauen in die überkommenen Strukturen demokratischer Willensbildung und ihrer Institutionen ist der Resonanzboden für diese Haltung. Sie findet ihren Ausdruck in «einem wir hier unten» – der einfache, hart arbeitende Mann – gegen «die da oben» – die Eliten, die Politiker, die Medien («Lügenpresse») oder schlicht «das System». In dieser Perspektive hat die Politik jeden Gestaltungsanspruch für die gesellschaftlichen Verhältnisse aufgegeben.» (Ebd.: 154f.)

Auch auf diese Tendenz ist ein Teil des Autorenteam bereits in einer früheren Untersuchung gestoßen, die 2013 veröffentlicht wurde. Es darf daher begründet angenommen werden, dass die «Klassenverortung» der herrschenden Politik sich zumindest innerhalb des befragten gewerkschaftlichen Kernmilieus verfestigt hat: «Nur eine kleine Minderheit traut der Politik zu, dauerhaft größeren Einfluss auf die Wirtschaft und die Banken zu gewinnen. Unzureichende Regelungen hätten die Finanzkrise mit verursacht und die Politik werde zunehmend zum Spielball der Interessen der Industrie, insbesondere aber der Finanzbranche. Politik werde zunehmend von Lobbyverbänden bestimmt: «Weil Fakt war eigentlich in den letzten Jahren, dass der Staat mehr die Unternehmen unterstützt hat mit Anlocken von Firmen in den Gemeinden schon, wo man ihnen die Steuern erließ, das Gelände noch erschlossen hat, die Infrastruktur geschaffen hat. Und dann sind ja die Firmen erst angetanzt ... das war fast mehr Lobbyismus für die Firmen. Aber wahrscheinlich mit dem Hintergedanken vom Staat, dass wenigstens Arbeitsplätze entstehen. Aber wohl gemerkt, die Politik hat soziale Leistungen zurückgefahren, Hartz IV kam, die Leute mussten mit weniger Geld klarkommen, damit der Druck auf den kleinen Mann anwachsen konnte und der dann halt den 0-8-15-Job in Anführungszeichen dann annehmen musste.» Auch im Management der Krise setzen sich die Unternehmen durch, das politische Feld scheint für das Gros der Beschäftigten nicht beeinflussbar. Die Belegschaftsvertreter*innen haben durchweg die Wahrnehmung, dass die Politik den dominanten wirtschaftlichen Interessen untergeordnet ist. «Das ist meine Auffassung so, dass die Wirtschaft die Politik bestimmt und nicht die Politik die Wirtschaft. Und so lange das so ist, wird das auch so bleiben.» (Detje u. a. 2013: 103)

Auch der dichotomische Gegnerbezug, der den kapitalistischen Staat als «Staat des anderen Oben» verortet,⁹ wurde bereits 2013 hervorgehoben (ebd.: 104):

«Hinter Lobbygruppen, die sich der staatlichen Apparate ermächtigt haben, tritt der Einfluss des Demos zurück. Demokratie wird zu einer Fassade, die nur nach außen noch Mehrheitswillen vorgaukelt, während die realen Machtverhältnisse längst post-demokratischen Charakter angenommen haben. Auf die Frage: «Haben wir eigentlich noch eine Demokratie?», lautet die Antwort: «Von vorne hört sich das so an, aber von hinten nicht. Wir stehen ja nur vor den Kulissen. Wir sehen nicht, was dahinter passiert. Und hinter uns machen die ganz andere Sachen.» Der Staat wird nach einer drei Jahrzehnte umfassenden neokonservativ-neoliberalen Epoche als nicht mehr nur enteignete und entfremdete, sondern vielfach auch feindliche Institution angesehen, die für die Durchsetzung eigener Interessen kaum mehr genutzt werden kann.» (Ebd.: 109)

Ein Blick auf ältere Befunde der Sozialforschung zeigt, dass – wenn auch weniger zugespitzt – derart kritische Blicke auf das Wechselverhältnis zwischen Staat, politischen Eliten und Wirtschaft keineswegs neu, möglicherweise im vergangenen Jahrzehnt allerdings weiter herangereift sind.

In der damals viel diskutierten (milieusozologischen) Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung «Politische Milieus in Deutschland» hieß es bereits 2007: «Politik und Wirtschaft werden nicht als getrennte Sphären betrachtet. Zum einen wegen personeller Verflechtungen – Politiker haben gleichzeitig Jobs in «der» Wirtschaft oder arbeiten als Anwälte für sie – und zum anderen wird der Einfluss von Lobbyisten auf die Politik als beträchtlich erachtet. Einhellige Meinung ist, dass die Politik nicht am längeren Hebel sitzt, was auch daran liegen würde, dass durch die Globalisierung die Eingriffsmöglichkeiten geringer geworden wären. Da zudem Unsicherheit darüber herrscht, ob der nationalen Politik überhaupt wirksame wirtschaftspolitische «Stellschrauben» zur Verfügung stehen, wird eine gewisse Resignation hinsichtlich ihrer Möglichkeiten deutlich: «Selbst der Bundeskanzler hat ja keinen richtigen Einfluss darauf, was

9 Auf der Basis von acht qualitativen Interviews mit aktiven Gewerkschafter*innen haben auch Sophie Bose, Jakob Kaiser und John Luetten auf manifeste Legitimationsprobleme der politischen Ordnung hingewiesen. Drei der von ihnen Interviewten verfügten demnach über deutlich rechte Gesellschaftsbilder, die an dieser Stelle vernachlässigt werden können. Interessanter sind die der anderen fünf interviewten Gewerkschafter*innen, die eher mitte-links orientiert waren. Auch ihr Gesellschaftsbild ist gekennzeichnet von einer populistischen Eliten-Volk-Polarisierung: «Mehrere prekär wie auch vergleichsweise sicher beschäftigte Befragte unseres Samples eint die Tendenz zur resignativen Abkehr von der (partei-)politischen Sphäre. «Die Politik» wird als lebensferne Blase beschrieben, die um sich selbst kreise und in der das gesellschaftliche Unten kein Gehör mehr finde. Politiker*innen, so die Sicht, seien zur Besserung außerstande und unfähig, wenn nicht gar korrupt, würden vorrangig eigene Interessen oder die der Eliten vertreten und sich nicht um die Belange der Mehrheit scheren. Daher werden kaum noch (positive) Erwartungen an Parteien oder politische Repräsentant*innen formuliert, und entsprechend frustriert fallen die Urteile über die Möglichkeit politischer Einflussnahme aus. Gesellschaftsbilder dieser Art sind dichotomisch, jedoch werden weniger Kapital und Arbeit gegenübergestellt, sondern vor allem politische und ökonomische Eliten und das Volk im Sinne des Demos, meist klassisch plebejisch verstanden als Gesamtheit der Underdogs und Übergangenen. Politische Repräsentation und das Bedürfnis, mit den eigenen Interessen und Sorgen wieder vorzukommen, ist daher ein ebenso starkes Anliegen wie Sicherheit und – in einigen Fällen – Umverteilung und Entprekariisierung.» (Bose u. a. 2018: 218 f.)

die Großunternehmen machen.» «Die international verflochtenen Konzerne können letztlich der Politik diktieren, was sie wollen – sonst wandern sie ab.» [...]. Meinungen, dass Politik und Politiker in einer eigenen Welt leben, sich vom Rest der Gesellschaft abgeschottet haben und dass sich Politik auf eine konstruierte Wirklichkeit beziehen würde, die nicht mit der Wirklichkeit der Menschen übereinstimme, führen angesichts der bei vielen Bürgern verbreiteten Ungewissheit und Unsicherheit über ihre eigene Zukunft zu harschen Urteilen: «Politik ist nicht wirklich in das normale gesellschaftliche Leben integriert.» «Die sind voll abgesichert, die brauchen sich doch um ihre Zukunft keine Gedanken zu machen. Davon können wir doch nur träumen.» «Die sprechen wie Blinde von Farbe. Die müssten mal ein Realitätspraktikum machen.» (Neugebauer 2007: 43 f.)

Zu unterstreichen ist: Derartige Legitimationsprobleme von Parteien bzw. Politiker*innen gehen laut derselben Studie Hand in Hand mit einer starken Orientierung innerhalb der Bevölkerung an Werten der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität (ebd.: 48, 51 u. 66 f.). Das galt zum Zeitpunkt der Befragung gerade für die Teile der Bevölkerung, die besonders sozial verwundbar waren und als «bedrohte Arbeitnehmermitte» und «abgehängtes Prekariat» ausgewiesen wurden (ebd.: 62 u. 65 f.).

Auf Legitimationsprobleme sowohl der betrieblichen wie der gesellschaftlichen Ordnung wurde auch in der qualitativen Arbeitssoziologie hingewiesen. Laut einer Gruppe von Forscher*innen um Klaus Dörre in Jena fand sich in den von ihnen befragten Belegschaften ein Beschäftigtenbewusstsein, das durch einen eher positiven Betriebsbezug und unterschiedlich intensive Formen der Gesellschaftskritik charakterisiert war. Ungerechtigkeits- und Missachtungserfahrungen waren demnach weit verbreitet, eine diese politisch bündelnde Handlungsperspektive fehlte aber (Dörre u. a. 2013: 13). Insofern fehlte eine politische Gestaltungsperspektive.¹⁰ Das Betriebs- und Gesellschaftsbewusstsein fielen dabei gewissermaßen auseinander. Es fehlten zwar keine Kritiken an betrieblichen Entwicklungen; gleichwohl identifizierten sich

10 Anders gelagert und doch in ähnlicher Weise haben auch Friedericke Bahl und Philipp Staab auf fehlende konkrete Utopien bzw. positive Zukunftsdeutungen hingewiesen, die die Verhältnisse als positiv gestaltbar erscheinen lassen. Dabei ging es nicht um politische Handlungsorientierungen im engeren Sinne, sondern um Wahrnehmungen der (auch eigenen) Zukunft, die allerdings implizite Urteile über ihre Gestaltbarkeit enthalten – und die Einschätzung, Verhältnisse ließen sich (durch eigenes Handeln) zum Guten wandeln, wird innerhalb der Sozialbewegungsforschung immerhin als Möglichkeitsbedingung erfolgreicher Mobilisierungen betrachtet. Allerdings gewannen Bahl und Staab ihre Befunde nicht im industriellen Sektor (wie Dörre und Co.), sondern im Feld der sogenannten «einfachen Dienstleistungsarbeiten»: «Bei den Beschäftigten der einfachen Dienstleistungen ist unter dem Stichwort von Zukunftsperspektiven vielfach eine dekonstruktive Bewegung in der Sache zu beobachten, die für die Frage nach Bewusstseinslagen folgenreich ist: Die Alternativität von Zukunft hat sich weitgehend zerstreut. Zukunft ist kein Optionsraum, der utopische Energien freisetzen könnte. Stattdessen ist Fortschrittsoptimismus gegen die Antizipation einer vergehenden Zeit ausgetauscht, die durch die erfahrene eigene Machtlosigkeit verschärft wird. Trafen Popitz und Bahrdr [Autoren eines soziologischen Klassikers der 1950er Jahre, d. Verf.] auf ein dichotomes Gesellschaftsbild, das sich noch mit der Idee möglichen gesellschaftlichen Fortschritts verband, lassen sich solche generalisierbaren Resonanzen in den Arbeitswelten der einfachen Dienstleistungen nicht beobachten. Stattdessen wird Zukunft oft gar nicht oder vor allem in Abstiegs- und Weltuntergangsvisionen thematisiert.» (Bahl/Staab 2015: 381–382)

große Teile der Befragten mit «ihrem» Betrieb oder «ihrem» Unternehmen. Kombiniert war dies mit einem eher kritischen Gesellschaftsbewusstsein.¹¹ Dies drückte sich etwa in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Ungleichheitsentwicklung aus: «Große Mehrheiten in Ost und West gehen davon aus, dass sie in einer Gesellschaft leben, die sich sozial zunehmend polarisiert. Dass es in der Gesellschaft nur noch ein Oben und ein Unten gibt, halten 67 Prozent der Befragten des Automobilherstellers West für vollständig oder eher richtig, in den Ostbetrieben sind es immerhin 60 Prozent.» (Dörre/Matuschek 2013: 43)

Zudem, so Dörre und Matuschek weiter, sahen rund drei Viertel bis vier Fünftel der befragten produktionsnahen Arbeiter*innen und Angestellten den gesellschaftlichen Reichtum als ungerecht verteilt an (ebd.: 44). Diese Deutungen mündeten in Legitimationsprobleme der kapitalistischen Wirtschaft: «Aufgrund der wahrgenommenen Spaltungen und Ungerechtigkeiten bröckelt die Legitimationsgrundlage der kapitalistischen Wirtschaft. Die Aussage «Das heutige Wirtschaftssystem ist auf Dauer nicht überlebensfähig» halten zumindest relative Mehrheiten in West (54 %) und Ost (41 %) für unzutreffend. Auffällig ist der hohe Anteil der Befragten, die unentschieden sind (34 % West, 33 % Ost). Rechnet man diese Befragten hinzu, so summieren sich die Antworten, die keine eindeutige Positividentifikation mit dem kapitalistischen System beinhaltet, auf 88 % West und 74 % Ost.» (Ebd.: 44)

Allerdings: Einzelne (Un-)Gerechtigkeitsurteile und Kritiken können mit verschiedenen Handlungsorientierungen verbunden sein, auf den Zusammenhang kommt es demnach an. Möglich – und in der Untersuchung verbreitet – ist etwa die Verbindung

11 Zu anderen Ergebnissen gelangten Barbara Heil und Martin Kuhlmann vom Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Wenngleich in den von ihnen im Laufe der Zeit untersuchten Betrieben (ebenfalls industrielle Großbetriebe mit überwiegend männlichen Beschäftigten) pragmatische Arrangements der Arbeiter*innen mit den Verhältnissen festzustellen waren, gingen Betriebs- und Gesellschaftskritiken doch eher Hand in Hand: «Die in den Nachkriegsjahrzehnten auch in der Industriearbeiterschaft herausgebildete Vorstellung eines wachsenden Wohlstands, verbesserter Aufstiegschancen und einer stärkeren Absicherung scheint sich zunehmend aufzulösen. Ungleichheitserfahrungen spielen nicht nur im betrieblichen Kontext eine Rolle. Vor allem die Arbeitsmarktbedingungen, die wirtschaftlichen Machtverhältnisse und der sich in Standortsicherungsvereinbarungen niederschlagende zunehmende Konkurrenzdruck werden von den Beschäftigten negativ beurteilt und als letztlich bedrohlich eingeschätzt. Ähnlich wie in den von Dörre u. a. (2013) und Kratzer u. a. (2015) finden sich auch in unserem Material Hinweise auf das gestiegene Maß an Unsicherheit, die Wahrnehmung zunehmend ungleicher Einkommens- und Arbeitsbedingungen und vor allem die immer geringeren Chancen von befristet beschäftigten Kollegen und Leiharbeitskräften sowie generell von Jüngeren, Teil der Stammebelegschaft zu werden und damit ein höheres Niveau sozialer Absicherung zu erreichen.

Unsere Beobachtungen zufolge führt dies jedoch nicht dazu, dass die Beschäftigten einen weniger kritischen Blick auf den eigenen Betrieb entwickelten. Im Prozess des Abschmelzens der Schutzhüllen des bundesdeutschen Fordismus erleben sich die von uns untersuchten Beschäftigtengruppen zwar nicht nach wie vor als gesichert und gegenüber einem Teil ihrer Kollegen als privilegiert. Er hinterlässt aber auch bei ihnen Spuren, führt zu steigender Verunsicherung und verstärkt zugleich die Kritik am Unternehmen und an gesellschaftlichen Entwicklungen. Von Erwartungen einer tendenziell zunehmenden individuellen und gesellschaftlichen Prosperität sind die Beschäftigten derzeit weit entfernt. Vor dem Hintergrund der der Industriearbeiterschaft einbeziehenden wohlfahrtsstaatlichen Dynamik seit den 1950er Jahren markiert dieser Sachverhalt eine Zeitenwende, die mittlerweile auch in die großbetrieblichen Stammebelegschaften hineinwirkt und deren gesellschaftspolitische Implikationen schwer abschätzbar sind.» (Heil/Kuhlmann 2016: 528)

von Gesellschaftskritik auf der einen Seite mit eher exklusiven Solidaritätsorientierungen auf der anderen Seite – also mit Abgrenzungen gegenüber (Langzeit-)Erwerbslosen und Prekären (ebd.: 44 f.). Immerhin 18 Prozent der Befragten wurden allerdings zum Typus des sogenannten Systemkritikers gezählt, der auf der Basis einer klaren Gesellschaftskritik ein deutlich inklusiveres Gesellschaftsverständnis hat (ebd.: 46): «Systemkritiker halten die Spielregeln des Systems grundsätzlich für veränderbar, u. a. weil sie auf eine funktionierende Mitbestimmung und wirkmächtige Gewerkschaften setzen. Ihr kritisches Gesellschaftsbild motiviert sie daher tendenziell zu kollektivem Engagement. Kritik üben sie häufig an den Auswüchsen des Finanzmarktkapitalismus, seltener am Kapitalismus als einem Gesellschaftssystem.» (Ebd.: 46 f.)

4.3 Deutungsmusteranalysen und linker Populismus

Die von Sauer und Co. präsentierten und oben umrissenen Deutungen, so meine Interpretation, lassen sich sicherlich als Momente eines rechtspopulistischen Potenzials in den Betrieben interpretieren – um das politische Potenzial allerdings bestimmen zu können, ist es nötig, die einzelnen Deutungen innerhalb der Deutungsmuster zu verorten, mit deren Hilfe Einzelne ihre Lebenswelt interpretieren. Ob die skizzierten Arbeitsleiderfahrungen und Formen der Gesellschafts- und Politikkritik tatsächlich zu autoritären Einstellungen führen oder ob gar «Brücken nach links» möglich sind, ist demnach abschließend lediglich durch eine zugleich kontextualisierende und vertiefende empirische Analyse von Deutungsmustern zu klären.

Deutungsmuster sind sozial geteilte und verfestigte Alltagstheorien bzw. Interpretationsschemata, die der Sinnstiftung dienen (Allert 1976: 237) und handlungsfähig machen. Sie konstituieren einen Raum des Denkbaren. Individuelle Wahrnehmungen gelten aus dieser Perspektive als sozial bestimmt (Sachweh 2010: 82 ff.; Zoll 1984: 7). Derartige Deutungsmuster lagern sich im Alltagsbewusstsein ab und sind relativ autonom gegenüber direkten Einflüssen (Altvater u. a. 2000: 95 f.). Sie sind nicht fluide (wenngleich sie veränderbar sind) und zufällige, sondern relativ autonome Schemata, auf die Menschen in der Regel unbewusst zurückgreifen. Mit anderen Worten: Sollen linke oder rechte Potenziale rekonstruiert werden, die sich im Alltagsbewusstsein finden, ist es nötig, die einzelnen Aussagen im Gesamtzusammenhang dieser Deutungsmuster zur verorten.

Wichtig wäre es dabei, die Analyse von betrieblichen Erfahrungen mit gesellschaftsbezogenen Deutungen auf eine Art und Weise zu verbinden, die es erlaubt, sowohl die Gerechtigkeitsorientierungen, die Gesellschaftsbilder und alltagspraktischen Orientierungen genauer zu erfassen als auch Arbeits-, Betriebs- und (Sozial-)Staatsbezüge gesondert zu betrachten. Insbesondere dann, wenn grundlegende klassenpolitische Transformationspotenziale untersucht werden sollen, müssen Interessen und Gerechtigkeitsansprüche an Politik und an Erwerbsarbeit in einen Zusammenhang gebracht werden. Denn die Herausbildung von Bündnissen zwischen verschiedenen Fraktionen der arbeitenden Klasse hat sich immer zugleich (wenn auch nicht immer

zeitgleich) in der sozialen und in der politischen Sphäre vollzogen und stets sowohl unmittelbares, auf Arbeit bezogenes Klassenhandeln als auch Auseinandersetzungen um staatliche Politik umfasst. Beide «Seiten» des Beschäftigtenbewusstseins gehören zusammen. Wie auch empirische Studien zeigen, spielen beide für die Situationsdeutungen von Beschäftigten eine Rolle, wenn auch «nur» über soziale Erfahrungen gesprochen wird – zumindest dann, wenn Ursachen wahrgenommener Ungerechtigkeiten verhandelt werden (Gamson 2002: 31 f.; Goes 2015: 461 f.).

Einen eigenen Stellenwert sollte dabei die Frage haben, in welche politischen Projekte sich die Beschäftigten aus verschiedenen Klassenfraktionen mit ihrer «moralischen Ökonomie» selbst «einbauen». Hegemonietheoretisch etwa wurde bereits früh in der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Rechten darauf hingewiesen, dass Formen des «Klassenpopulismus» (Gamson 2002: 89 f.) bzw. des *popular discontent* auf eigensinnige Weise von Kräften aufgegriffen werden können, denen es um die modernisierende Bewahrung des Status quo geht (Hall 2014a). Auch jüngere Debatten um das Verhältnis zwischen Arbeitsleiderfahrungen, sozialer Frage und dem Aufstieg populistischer und extremer Rechtskräfte deuten darauf hin (Flecker/Kirschenhofer 2005: 128 f.), dass die repräsentationspolitische Vermittlung nicht nur ein wichtiges eigenständiges Moment der Klassenformierung ist, sondern auch darüber entscheidet, ob und wie sich Interessen und normative Ansprüche in sozialistische Politik übersetzen lassen. Damit ist die Beziehung zwischen Alltagsbewusstsein, gleichzeitig verstanden als geschichtliches Produkt und historisch Veränderbares, und politischer Vertretung angesprochen.

Dabei ist ein zugleich inhaltlicher wie empirischer Befund der Forschung zu Beschäftigtenbewusstsein und Rechtspopulismus in Erinnerung zu rufen: Zwischen (Erwerbsarbeits-)Erfahrungen und politischen Verarbeitungsweisen besteht zwar ein Zusammenhang, er ist aber nicht linear (Dörre u. a. 2004: 99 f.). Zwar liefert der sozioökonomische Wandel möglicherweise Angrostrohstoffe; zwischen diesen und autoritär-exklusiven (oder emanzipatorisch-inkludierenden) Verarbeitungsweisen besteht aber kein zwingender Zusammenhang (Flecker/Kirschenhofer 2005: 20).

Um den analytischen Mehrwert eines solchen Vorgehens zu verdeutlichen, werde ich zunächst eine wegweisende ältere empirische Studie vorstellen, die Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre an der Universität Bremen durchgeführt wurde (siehe Kap. 4.3.1). Im Mittelpunkt standen die damaligen Krisenverarbeitungen von Arbeiter*innen aus der norddeutschen Metallindustrie. Daran anschließend werde ich den Gebrauchswert dieses Ansatzes anhand eigener älterer empirischer Befunde verdeutlichen (siehe Kap. 4.3.2). Klar ist, dass auch diese Arbeiten den eingangs formulierten Ansprüchen nicht gerecht werden – konzeptionell ist es allerdings möglich, sie entsprechend zu erweitern.

4.3.1 Aus der Geschichte: Deutungsmuster der Wirtschaftskrise

1984 legte eine Forschergruppe um den Bremer Soziologen Rainer Zoll die empirische Untersuchung «Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!» vor. Gegen-

stand der Arbeit war, wie Industriearbeiter*innen die damaligen wirtschaftlichen Krisenprozesse verarbeitet haben.

Der Deutungsmusteransatz, mit dem die Forschergruppe arbeitete, unterstellt, dass subjektive Verarbeitungsweisen kollektiv geprägt sind. Genauer: Subjekte greifen auf gesellschaftlich verbreitete Interpretationsangebote zurück: «Um gesellschaftliche Probleme wie die Arbeitslosigkeit verarbeiten zu können, produziert das Individuum aber keine privaten Deutungen, die nur für es selbst Gültigkeit haben. Es greift vielmehr auf gesellschaftlich gültige und vorhandene Deutungsmuster zurück und eignet sie sich in einem je individuellen Prozess an. Die Deutung und Verarbeitung von Krise und Arbeitslosigkeit geschieht also im Rahmen sozialer Deutungsmuster, d.h. in bestimmten Argumentationszusammenhängen, in denen gesellschaftliche Gruppen und Klassen ihre Wirklichkeit interpretieren.» (Zoll 1984: 7 f.)

Jedes dieser Deutungsmuster umfasst Gesellschaftsbilder (die auch erklären, wie die Gesellschaft funktioniert) und sogenannte alltagspraktische Orientierungen, «die das Verhalten in konkreten Alltagssituationen (Arbeit, Betrieb, Familie, Politik) bestimmen. Gesellschaftsbilder und Orientierungen stehen im Verhältnis von Theorie und Praxis» zueinander (ebd.: 8).

Innerhalb des jeweils einzelnen Alltagsverstands können verschiedene Deutungsmuster koexistieren, sie müssen durch subjektive Verarbeitungsstrukturen aber in einen sinnvollen Zusammenhang gebracht werden, der subjektiv handlungsfähig macht.

«Soziale Deutungsmuster haben einen kollektiven Charakter und sind nicht mit individuellen Bewusstseinsstrukturen identisch. Zwar steht bei den interviewten Arbeiter*innen immer ein Deutungsmuster im Vordergrund, aber in einem Interview finden sich häufig auch andere Deutungsmusterelemente, d.h. Argumentationsfiguren aus anderen Deutungsmustern; diese sind jedoch mit dem dominanten Deutungsmuster vereinbar.» (Ebd.)

Insgesamt hat die Forschergruppe sieben Deutungsmuster rekonstruiert, die hier allerdings nicht alle vorgestellt werden sollen. Exemplarisch werden drei Muster erörtert, die eher rechte Potenziale enthalten (zu linken siehe Kap. 4.3.2). Sie eignen sich besonders gut, um den analytischen Gebrauchswert des Ansatzes zu verdeutlichen. Es handelt sich um die Deutungsmuster (1) «Politik als Krisenursache», (2) «Unterwerfung» und (3) «Sündenböcke». Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass zwischen der Form der Krisenbetroffenheit auf der einen und der Art des jeweils individuell mobilisierten Deutungsmusters auf der anderen Seite kein unmittelbarer Zusammenhang bestand. Besonders krisenbetroffene Arbeiter*innen griffen nicht auf andere Deutungsmuster zurück als weniger stark betroffene.

Politik als Krisenursache

Das Deutungsmuster «Politik als Krisenursache» wurde von etwa zehn Prozent der Interviewten genutzt. Im Mittelpunkt dieses Deutungsmusters steht die Auffassung, die ökonomische Krise habe im Kern keine wirtschaftlichen, sondern politische Ur-

chen. Und weil dies so sei, müsse sie durch Veränderungen der Politik gelöst werden. Innerhalb dieses Musters können auch einzelne Forderungen bzw. Ansprüche artikuliert werden, die für sich genommen fortschrittlichen Charakter haben können – etwa die Forderung nach sozialpolitischer Unterstützung von wirklich Betroffenen oder nach der Kürzung von Rüstungsausgaben. Die diese konkreten Forderungen unterfütternde Kritik an Staat und Politik erhält ihre tiefere Bedeutung allerdings erst durch die grundlegende Annahme darüber, wann Prosperität möglich sei, nämlich «dass die wirtschaftlichen Prozesse ohne regelwidriges Verhalten des Staates normal und das heißt, ohne krisenhafte Fehlentwicklungen ablaufen» (Ebd.: 87).

Dieses Deutungsmuster hat insofern eine das Subjekt entlastende Funktion, als Krisenlösungen nicht eine Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse und Funktionsgesetze, sondern «nur» der falschen Politik voraussetzen. Die formulierte Staats- und Politikkritik zielt gerade, und hier kann sie an gängige liberale und neokonservative Deutungen der damaligen Zeit anknüpfen, auf zu viele Regulierungen für Unternehmen und falsche sozialstaatliche Anreize. «Die Grundstruktur des Deutungsmusters [...] ist in allen Einzelfällen anzutreffen: Der Staat hat durch regelwidriges Eingreifen in die gesellschaftlichen Prozesse die Wirtschaftskrise verursacht, er muss nun durch neue Eingriffe seine Fehler korrigieren und die Krise beheben.» (Ebd.: 103) Die kritisierten Staatsinterventionen können dabei von Kritik an der Gängelung kleiner und mittlerer Unternehmen, der Verschwendung von Steuermitteln in Form von Entwicklungshilfe bis hin zur Kritik an zu hohen Sozialleistungen reichen (ebd.: 90 ff.).

Bemerkenswert ist dabei, dass sich diese durchaus «autoritär-neoliberalen» Deutungen mit einer «Kleine-Leute-Ideologie» verbinden können, in der kleinbürgerliche Handwerksbetriebe, Kleinunternehmen und Arbeiter*innen gleichermaßen einem versagenden Staat unterworfen werden. Die Krisenreaktion des Staates, die im Rahmen dieses Musters gefordert wurde, hat insofern eine tendenziell autoritäre und angebotsorientierte Stoßrichtung: Der Staat solle «auf die Unternehmer einwirken, zum Beispiel die Verwendung der Subventionen besser kontrollieren, die Inflation bekämpfen oder sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Betroffenen, in anderen Fällen aber auch autoritäre Maßnahmen gegen Arbeitslose und ausländische Arbeiter ergreifen. Ebenfalls in den Erstinterviews wurden Sparmaßnahmen auf den Gebieten der Entwicklungshilfe und der Rüstung, zum Teil auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik» gefordert (ebd.: 85).

Unterwerfung

Stärker als im Deutungsmuster «Politik als Krisenursache» wird im Muster «Unterwerfung» das eigene Schicksal an das Wohlergehen des bzw. der Unternehmen geknüpft (ebd.: 114). Die damalige Krise wurde von Interviewten, die auf dieses Deutungsmuster zurückgriffen, vor allen Dingen auf Politiken – hier liegt die Überschneidung mit dem vorherigen Muster – und sozialökonomische Maßnahmen zurückgeführt,

die die Profitabilität der Unternehmen einschränkten – zum Beispiel an (den eigenen) zu hohen Löhnen, die zur Last für die Arbeitgeber*innen geworden seien. Zur Legitimierung einer derartigen Selbstkritik gehört zugleich die Delegitimierung eigener sozialer Ansprüche als Luxusansprüche (ebd.: 115 f.). Entsprechend forderten Arbeiter*innen, die dieses Muster artikulierten, mehr oder weniger ausdrücklich eine Unterwerfung unter die Kapitalinteressen und lehnten konfrontative Formen der Gewerkschaftspolitik ab: «In schlechten Zeiten muss es also den Arbeitern schlechter gehen, damit es wieder besser wird.» (Ebd.: 116) Sozialer Fortschritt ist aus dieser Perspektive gefährlich, wird zum Nachteil für die Arbeiter*innen, weil er Arbeitsplätze bedroht.

Grundsätzlich, darauf wurde in der Forschung zum Bewusstsein von Arbeiter*innen bereits früher hingewiesen, können sich die Interessen von Beschäftigten in der Alltagspraxis durchaus widersprüchlich zueinander verhalten, handlungsfähig wird also nur, wer subjektive Interessenarrangements «ausarbeitet». Das Interesse an möglichst hohem Einkommen etwa kann mit dem Interesse an der eigenen Gesundheit kollidieren – etwa dann, wenn über einen langen Zeitraum viele Überstunden angesammelt werden. Das Spezifische am Deutungsmuster «Unterwerfung» ist allerdings, dass das Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes alle anderen Interessen überlagert: «Höherer Lohn, Arbeitszeitverkürzung und Erhalt der Arbeitskraft sind nicht etwa von zweitrangigem Interesse, sondern widersprechen den Interessen der Arbeiter, und das heißt, dem einen und einzigen Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes.» (Ebd.: 119 f.)

Dieses Deutungsmuster hat durchaus autoritäre und zerstörerische Folgen, wo es politisch wirkmächtig wird: «Diese Unterwerfung setzen diese Befragten in tendenziell selbstzerstörerischer Weise gegen sich selbst durch. Wo moralische Appelle an die Arbeitskollegen, genau so zu handeln, nichts fruchten, da sollen diese autoritär und aggressiv dazu gezwungen werden.» (Ebd.: 120)

Sündenböcke

Während sich die bisherigen Deutungsmuster gegen eine falsch agierende politische Elite bzw. irrige Staatsinterventionen wenden, richtet sich das Muster «Sündenböcke» gegen Erwerbslose und Ausländer*innen. In ihnen wird die Ursache der Krise gesehen, zugleich gelten sie als «Objekte», die es zur Lösung der Krise zu «bearbeiten» gilt: «Die personalisierende Wahrnehmung sieht die Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit nicht in strukturellen Zusammenhängen der Gesellschaft, sondern sucht nach ‚Sündenböcken‘; d. h. bestimmte Personengruppen werden für die Krise verantwortlich erklärt, und es wird ihre Bestrafung gefordert.» (Ebd.: 121)

Dieses Muster hat auf verschiedene Weisen eine entlastende Funktion für Arbeiter*innen – zum Teil, weil es die Krise bagatellisiert – Erwerbslose wollen nicht arbeiten, wer will, findet Erwerbsarbeit (ebd.: 122); zum Teil, weil die Krisenlösung (wenngleich Zwang nötig wäre) vereinfacht wird – würde man Arbeitsmigrant*innen

«nach Hause» schicken, dann gäbe es keine Massenarbeitslosigkeit (ebd.: 131); zum Teil, weil Wut kanalisiert wird – indem nicht Autoritäten und Machtstrukturen, sondern Gruppen angegriffen werden, die in der gesellschaftlichen Statushierarchie randständig sind. Zu unterstreichen ist dabei, dass diesen Sündenböcken gegenüber – mehr oder weniger explizit – Zwang und Gewalt angewendet werden sollen. Die imaginierten faulen und arbeitsscheuen Erwerbslosen etwa sollten, so ein Beispiel, einem System des Arbeitszwangs unterworfen werden (ebd.: 125 ff.).

Auch im Rahmen dieses Musters, das sich bei etwa 20 Prozent der Befragten fand, kamen Sozialleiderfahrungen zum Ausdruck, die für sich genommen mit fortschrittlichen Forderungen verknüpft wurden, etwa nach besserer Entlohnung. Gerade die gemachten eigenen Leiderfahrungen bzw. die Selbstunterwerfung unter Zwänge nährt aber nicht solidarische Orientierungen, sondern das Bedürfnis, Zwang gegen andere anzuwenden. Anders formuliert: Erfahrenes Leid, erfahrene Zwänge werden als Feindseligkeit auf fremde Gruppen projiziert. Wut, so lässt sich zusammenfassen, wird aus Angst vor Autoritäten gegen vermeintlich Schwache und Marginalisierte gerichtet (ebd.: 145).

Darüber hinaus münden Unzufriedenheiten nicht in einer Kritik an den politisch und wirtschaftlich Mächtigen, sondern im Treten nach unten. Bereits in den frühen 1980ern rekonstruierten die Bremer Soziolog*innen also eine Verarbeitungsweise, die im Rahmen der Rechtspopulismusforschung Jahrzehnte später als «konformistische Rebellion» benannt werden sollte: «Die gesellschaftliche Ungleichheit im eigenen Land zu kritisieren, das würde bedeuten, sich gegen das herrschende Denken, die öffentliche Meinung zu stellen. Sehr viel einfacher und vor allem weniger bedrohlich ist es, Unzufriedenheit und Kritik so zu verschieben, dass sie gefahrlos und in Übereinstimmung mit öffentlichen Stereotypen geäußert werden kann. Der Gegensatz besteht dann nicht mehr zwischen dem «kleinen Mann» und dem «großen», sondern zwischen dem «kleinen Mann» und «anderen Ländern», besonders denen der Dritten Welt, die Entwicklungshilfe erhalten. Sie erscheinen nun als Bedrohung und dafür verantwortlich, dass der «kleine Mann» derjenige ist, der alles bezahlen soll.» (Ebd.: 139)

Was hier für fremde Länder behauptet wird, gilt analog für Ausländer*innen bzw. Arbeitsmigrant*innen. Die Wahrnehmung einer sozialen Krise spielt dabei durchaus eine zentrale Rolle und mündet in exklusiv solidarischen Orientierungen, die sich durchaus als wohlstandschauvinistisch bezeichnen lassen: «Wenn «unsere jungen Leute auf der Straße liegen» und ein Türke den Arbeitsplatz einnimmt, dann ist das nicht in Ordnung, denn ein Arbeitsplatz in Deutschland ist ein «deutscher» Arbeitsplatz, das heißt, er ist von «unseren» Leuten, von deutschen Arbeitern «zu erfüllen.»» (Ebd.: 132)

Diese Deutungsmuster veranschaulichen, dass es der strukturierte Zusammenhang zwischen erklärenden Gesellschaftsbildern und alltagspraktischen Orientierungen ist, der einzelnen Aussagen ihre politische Bedeutung verleiht. Anhand eigener empirischer Befunde soll die Fruchtbarkeit dieses Ansatzes nun auch für die Rekonstruktion «linker Potenziale» untersucht werden.

4.3.2 *Ambivalenter Linkspopulismus*

Auch im Rahmen von Forschungsarbeiten zu meiner Dissertation, die 2015 publiziert wurde, konnte ich drei derartige Deutungsmuster rekonstruieren, mit deren Hilfe prekarierte Beschäftigte aus dem Großhandel ihre Lage verarbeiten. Sie werden hier aus zwei Gründen vorgestellt. Erstens sind die Befunde auch im Vergleich zu dem oben Diskutierten verblüffend aktuell. Zweitens deuten sie, anknüpfend an die vorherigen Darstellungen, an, welchen Erkenntniswert eine systematische Verortung von Deutungen innerhalb komplex strukturierter Deutungsmuster hat. Die (interessen-)politische Relevanz einzelner Haltungen, Interpretationen und Aussagen wird so überhaupt erst verständlich.

Staatsorientierter Sozialpopulismus

In dem Deutungsmuster «staatsorientierter Sozialpopulismus» entfaltet sich die Kritik insbesondere daran, wie Beschäftigte durch das Management behandelt werden. Problematisiert werden etwa Arbeitsdruck, eine reine Instrumentalität der Betriebsführung den Arbeitskräften gegenüber und eine verallgemeinerte Beschäftigungsunsicherheit. Ein Leiharbeiter etwa thematisiert einen gänzlich rücksichtslosen Umgang des Managements mit der gesamten Belegschaft. Diese Sichtweise drückt er in einem bemerkenswerten Bild aus: «Weil es den Chef nicht interessiert, was da passiert, für den sind wir ein Auto, und solange das Auto fährt, ist die Welt in Ordnung. Und wie jeder normale Deutsche eigentlich sein sollte, wird versucht, eben das Auto so günstig wie möglich zu fahren. Aber das läuft da oben [im Betrieb, d. Verf.] nicht, da ist es eher ein Traktor, ein Nutzfahrzeug, es wird nur das an Sprit reingekippt, was das Ding eben unbedingt zum Fahren braucht, das Ding kommt nicht in die Wäsche, das Ding wird nicht abgeschmiert, das Ding wird einfach nur gefahren.» (Goes 2015: 187)

Und an anderer Stelle: «Es ist jeder nur irgendeine Nummer. Wenn man kaputtgeht, gibt es halt einen neuen.» (Ebd.)

Derartige Einschätzungen verbinden sich mit einer kritischen Reflexion der als wachsend gedeuteten sozialen Ungleichheit und einer starken Enttäuschung Politiker*innen gegenüber und erfolgen aus einem eigensinnig «gemeinwohlorientierten» Blickwinkel heraus. In einer Gruppendiskussion zwischen Betriebsräten wird dies zum Beispiel im Zuge eines Vergangenheitsdiskurses deutlich. Früher, so ein Betriebsrat, habe es eine Wirtschaft gegeben, die allen Teilen der Bevölkerung genutzt habe.

«Und vielleicht auch noch in den 60ern, dass das Geld in der Volkswirtschaft wirklich zirkuliert hat, also man hat gearbeitet und hat Geld verdient, man hat es ausgegeben und derjenige, der dann mein Geld erhalten hat, der hat es dann wieder genauso gemacht und alle haben im Grunde am Wohlstand teilgenommen. Aber irgendwann kam dann die Zeit, dass irgendwelche Leute meinten, diesen Kreislauf zu unterbrechen, das Geld aus dem Kreislauf abzuziehen für sich selber.» (Ebd.: 219)

Das Wohlergehen aller wurde durch den Interessenegoismus weniger gestört. Diese Überlegung führt direkt zur Thematisierung der wachsenden Ungleichheit, durch

einen anderen Diskutanten: «Die Schneise wird größer zwischen Arm und Reich. Früher warst du als Arbeitnehmer Mittelschicht, heute gehst du acht Stunden am Tag keulen und weißt trotzdem am 17ten nicht mehr, wie du mit dem Sprit zurechtkommst, während der Chef mit dem Firmenwagen an dir vorbeifährt und fett grinst.» (Ebd.: 220)

Ein Teil der Beschäftigten, die diesem Muster folgen, orientiert sich darüber hinaus an der Vorstellung, «die Politik» und die «unternehmerischen Eliten» sollten zum Wohle der wirtschaftlichen Entwicklung die von den Befragten selbst formulierten Ansprüche der Beschäftigten berücksichtigen. Inhaltlicher Fluchtpunkt dieser Kritik ist ein behauptetes betriebliches bzw. gesellschaftliches Allgemeinwohl, dem am besten gedient wäre, wenn die eigenen Interessen erfüllt werden würden. Im Zentrum steht dabei «der kleine Arbeiter», «das kleine Volk», «der kleine Mann», der ausgenutzt und für seine Leiderfahrungen nicht angemessen entschädigt wird.

Charakteristisch ist für dieses Deutungsmuster – etwa im Unterschied zum Muster «Hauptsache Arbeit» –, dass die wahrgenommenen Probleme in den Kontext ökonomischer und politischer Zusammenhänge gestellt werden. Dies geschieht, indem «die Politik» und «die Wirtschaft» als legitime Akteure der Veränderung adressiert werden, weil sie für Verbesserungen sorgen könnten, zugleich ziehen sie damit aber auch Kritik auf sich, weil es nicht zu den erwünschten Verbesserungen kommt. Gängig sind dabei Deutungen, die «die Politik» als abhängig von «der Wirtschaft» oder als direkt von dieser gesteuert einschätzen. Beispielhaft bringt diese Haltung eine der interviewten Festangestellten zum Ausdruck: «Ich finde das eine Schweinerei irgendwo, dass die sich da oben alle gesund stoßen auf unsere Kosten, mehr ist das doch gar nicht. Uns nehmen sie das ganze Geld weg, was wir uns teuer erarbeiten. Und die Lobbyisten da oben, die stecken sich das Geld ein und die Politiker schmeißen sich nur mit den Industrien zusammen und machen da einen auf Lenz und unsereins muss dafür blechen. Die Politiker, die schmeißen sich doch mit denen zusammen, dass die sich mehr oder weniger auf die Seite der Industrie schlagen und nicht auf die Seite der Bevölkerung.» (Ebd.: 225)

Dass dieses Deutungsmuster «*staatsorientierter Sozialpopulismus*» genannt wurde, ist der ambivalenten Verantwortungszuschreibung an «die Politik» oder an «die Politiker» geschuldet. Einerseits werden «die Politiker» als scheiternde potenzielle Problemlöser zu Zielscheiben der Empörung, auch weil «die Politik» zugleich als Instrument wirtschaftlicher Interessengruppen interpretiert wird. Andererseits hoffen Beschäftigte, dieselben politischen Akteure würden die gewünschten Verbesserungen herbeiführen. Diese doppelte Staatsorientierung kann eine eigentümliche Dynamik entfalten und zu Legitimationsproblemen «der Politiker» bzw. Zweifeln an der generellen Leistungsfähigkeit des politischen Systems führen.

Die vor diesem Hintergrund entfaltenen Handlungsorientierungen sind durch einen starken Dualismus geprägt. Auf der einen Seite steht die Haltung «Man müsste sich gemeinsam wehren», auf der anderen Seite ein alltagsbezogener Pessimismus,

sobald es um die konkreten Möglichkeiten der Gegenwehr geht. Dies lässt sich anhand eines Interviews mit einem Leiharbeiter verdeutlichen. Seine unmittelbare Handlungsorientierung ist durch eine Exit-Option geprägt – er hegt den Wunsch, sich in absehbarer Zukunft selbstständig zu machen. Bis zu diesem Zeitpunkt müsse er aber noch «durchhalten». Insbesondere bezogen auf die Möglichkeiten konkreter Gegenwehr zeigt er sich pessimistisch: «Deswegen sage ich ja, ich bin im Moment nicht zufrieden mit diesem Gehalt und auch mit der Art, wie man da halt arbeitet, das ist halt ein bisschen zu schwer. Aber wie gesagt, wie soll man sich dagegen wehren? Außer zu sagen, ich muss es erstmal machen.» (Ebd.: 236) Hier greift auch die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust. Allerdings: Diesen konkreten Pessimismus kombiniert der Interviewte mit einer Haltung des «Eigentlich müsste man sich wehren»: «Was ich tun könnte? Indem ich mich vielleicht eher betrieblich engagiere. Weil es auch wegen der öffentlichen Meinung eigentlich im Betrieb eigentlich zu still ist. Und ja, wie soll man das ändern? Ja, theoretisch kann man es nur ändern, indem man die, die es betrifft, auf die Füße tritt. Aber wie gesagt, dann dürfte man auch wieder nicht alleine dastehen.» (Ebd.: 237)

Exklusiver Sozialpopulismus

Innerhalb des Deutungsmusters «exklusiver Sozialpopulismus», das ausschließlich in Interviews und Diskussionen zu finden ist, die mit prekarierten Normalbeschäftigten durchgeführt wurden, kommen ebenfalls betriebsbezogene Ungerechtigkeitswahrnehmungen zum Ausdruck. Wie im «staatsorientierten Sozialpopulismus» empört auch hier ein rein instrumenteller Umgang des Beschäftigten mit den Arbeitskräften. Auch in diesem Muster ist dies mit der Wahrnehmung verbunden, dass feste Beschäftigungsverhältnisse betrieblich und gesamtgesellschaftlich durch prekäre verdrängt werden. Im Unterschied zum «staatsorientierten Sozialpopulismus» wird jedoch auch die eigene Beschäftigungssicherheit als bedroht angesehen. Die Sorge vor Verdrängung ist deshalb zentral. Mit Blick auf die Rolle von Leiharbeiter*innen im Betrieb heißt es beispielsweise bei einem Festbeschäftigten: «Was ich davon halte? Im Großen und Ganzen mache ich den Leuten ja keinen Vorwurf, die wollen ja auch nur ihr Geld verdienen. Was soll ich davon halten? Die machen unsere Arbeitsplätze kaputt.» (Ebd.: 273)

Insbesondere osteuropäische Arbeitskräfte, die in dem Unternehmen eingesetzt werden, arbeiten unschlagbar billig. Daraus folgt ein Bedrohungsgefühl: «Weil sie billiger sind, sie sind eine ganze Ecke günstiger wie wir. Guck, wie viele Leute sind wir denn noch bei uns in der Firma? Man kriegt immer nur im Einzelnen mit, der ist wieder weg, der ist wieder gegangen. Aber dann so Aussagen von unserem Chef, jeder Lagerarbeiter, der entlassen wird, wird nicht ersetzt, ein einfacher Lagerarbeiter wird nicht ersetzt, kann der noch so viel wissen. Wenn ich mir was anderes suche, das ist dem scheißegal, dann holt der für mich drei andere Leute für das gleiche Geld.» (Ebd.: 274)

Mit dem «staatsorientierten» teilt der «exklusive Sozialpopulismus», dass die betriebsbezogene Kritik einhergeht mit kritischen Deutungen wachsender sozialer Ungleichheit und der Zuschreibung von Verantwortung an unternehmerische Eliten, Gewinnstreben und falsches politisches Handeln. So thematisiert etwa ein Mitglied des Ersatzbetriebsrats zugleich die wachsende Ungleichheit und deren Ursachen: «Gibt nur zwei Klassen, Arm und Reich. Arbeitsgesellschaft gibt es nicht mehr. Die Reichen tun sich auf Kosten des kleinen Mannes weiter bereichern, das ist die Gier nach mehr, wird immer größer und der kleine Mann wird immer mehr ausgesaugt.» (Ebd.: 283) An späterer Stelle nimmt der Interviewte diesen Faden wieder auf: «Vater Staat, unsere Politiker sind daran schuld, die lassen immer mehr zu, dass die Firmen mehr und mehr Vater Staat unter Druck setzen können. Damit die Firmen in Deutschland bleiben, kriegen die Firmen immer mehr Rechte zugesprochen, immer mehr Sparpotenzial zugeschoben.» (Ebd.: 284)

Auch der «exklusive Sozialpopulismus» basiert auf der Gerechtigkeitsvorstellung, dass Leistungsbereitschaft und erbrachte Leistungen durch entsprechende Löhne und respektvolle Umgangsformen anzuerkennen sind. Anders als im «staatsorientierten Sozialpopulismus» ist das «Wir» der möglichen Solidargemeinschaft allerdings deutlich exklusiver. Zum Teil werden Leiharbeitskräfte oder ausländische Arbeitskräfte in starkem Maß für die eigenen Probleme verantwortlich gemacht. Trotzdem richtet sich die Empörung zuvorderst gegen unternehmerische Eliten und falsch handelnde Politiker*innen.

Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch Personalisierungen, die zum Beispiel die Verdrängung von Festbeschäftigung durch Prekäre auf den Interessenegoismus von einzelnen Manager*innen und das unternehmerische Ziel der Lohnkostensenkung zurückführen. Im Interview mit einer prekarisierten Normalbeschäftigten heißt es in dieser Hinsicht: «Also zutrauen würde ich es denen auf jeden Fall, aber der Müller [der leitende Manager vor Ort, d. Verf.], das ist so ein Schwein, der ist so eiskalt, das juckt den überhaupt nicht, was mit dir ist oder wie viele Jahre du im Betrieb bist. Das zählt alles nicht mehr bei uns. Fakt ist, du bist ein Festangestellter, du bist zu teuer und für dich könnte man auch drei HVC-Mitarbeiter [Mitarbeiter einer Leiharbeitsfirma, d. Verf.] kriegen, und dann versuchen die, dich gnadenlos abzusägen.» (Ebd.: 253)

Insgesamt werden Problemdeutungen, Ursachendiagnosen und Grenzziehungen entwickelt, die klare Fluchtlinien einer exklusiven Solidargemeinschaft der Festbeschäftigten aufscheinen lassen. Der Begriff Fluchtlinie soll in diesem Zusammenhang einen möglichen (interessen-)politischen Ausdruck dieser Deutungen aufzeigen, der sich allerdings nicht zwangsläufig durchsetzen muss. Denn die exklusiven Grenzziehungen sind keineswegs geschlossen und hermetisch, sondern ambivalent und können von relativierenden Gegenteilstendenzen begleitet werden.

In den Deutungen eines Interviewten enthalten die exklusiven Grenzziehungen, die vor dem Hintergrund der wahrgenommenen beschäftigungspolitischen Bedrohung

durch prekäre Arbeitsverhältnisse entstehen, zum Beispiel nationalistische Untertöne: «Das Problem bei der ganzen Sache, die hohe Zahl der Arbeitslosen erklärt sich nun mal teilweise auch mit durch Leiharbeitsfirmen, die schlicht und einfach nicht aus Deutschland kommen. Klar, wenn ich an denen ihrer Stelle wäre, dann würde ich das auch machen. Die verdienen da drüben im Monat 180 Euro, ja? Nur das Problem ist, dass es uns über kurz oder lang mal das Genick bricht.» (Ebd.: 259 f.)

Diese Problembeschreibung verbindet sich mit einem mal ausdrücklichen, mal impliziten Plädoyer für «Arbeit zuerst für Deutsche», wobei «deutsch» nicht klar ethnisch definiert wird, sondern gedeutet wird als «Menschen, die hier leben». Nicht nur im konkreten Fall werden ökonomische Nützlichkeitsauffassungen herangezogen, um die eigene Sichtweise zu plausibilisieren: Zahlen «fremde Arbeitskräfte» vor Ort Steuern? Konsumieren sie «hier» und halten so den lokalen Wirtschaftskreislauf in Gang? Nutzt ihre Beschäftigung so in der Konsequenz der Gemeinschaft vor Ort? «Das zweite Problem an der ganzen Sache ist, das Geld, was sie hier verdienen, nehmen sie ja mit rüber. Zum Beispiel die Stadt Meyersbach hier, das ist eine tote Stadt. Die Leute von der HVC [einer Leiharbeitsfirma, d. Verf.] nehmen ihr Geld mit in ihr Heimatland, die geben hier auch nichts aus. Das gesamte Industriegebiet da drüben nützt der Stadt Meyersbach im Endeffekt gar nichts.» (Ebd.: 250)

Hauptsache Arbeit

Im Fokus des Deutungsmusters «Hauptsache Arbeit» steht das Interesse, überhaupt einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Es wurde ausschließlich von interviewten Leiharbeiter*innen genutzt. Insofern bekräftigt das Muster die in der Forschung betonte Rolle, die ein möglicher Arbeitsplatz als Leistungsanreiz für Prekäre haben kann. Überhaupt Arbeit zu haben, so die leitende Maxime dieses Deutungsmusters, ist ein großes Glück. Verständlich wird diese Bewertung angesichts der ebenfalls für das Muster typische Sicht auf die Arbeitsmarktsituation und die Beschäftigungschancen, die ausschlaggebend für die Würdigung von Leiharbeit sind: Die gesellschaftlichen Handlungsbedingungen sind schlecht, als konkrete Alternativen zur Leiharbeit drohen Erwerbslosigkeit und Hartz IV. Eine der interviewten Leiharbeiter*innen drückt dies so aus: «Gesucht, überall, und dann für mich das war der große Glück, Leihfirma finden und bei Lieferfix arbeiten, vorher habe ich in drei verschiedene Stelle gearbeitet. Und ich bin auch ältere Mensch, auch über fünfzig. Für mich das ist die einzigste Möglichkeit, in Leihfirma arbeiten, normalerweise muss ich zu Hause bleiben und Hartz IV.» (Ebd.: 336)

Gleichwohl entstehen im Rahmen dieses Deutungsmusters auch Unzufriedenheiten. Sie können sich an der Entlohnung, am betrieblichen Alltag oder an den Erfahrungen der sozialen Benachteiligung entzünden. Charakteristisch ist dabei, dass sich Problemwahrnehmungen auf die individuellen Anliegen reduzieren, weiter gehende – beispielsweise am Allgemeinwohl orientierte – Deutungen, wie sie sich in den sozialpopulistischen Mustern zeigen, spielen allenfalls eine untergeordnete Rolle. An-

ders als in den sozialpopulistischen Deutungsmustern entstehen im Muster «Hauptsache Arbeit» allerdings keine Ungerechtigkeitswahrnehmungen. Sie bleiben als eine Triebkraft kollektiven Handelns aus. So bemängelt zum Beispiel die bereits zitierte Leiharbeiterin die niedrigen Löhne, empört sich darüber allerdings nicht: «Wir sind ganz einfach arm geworden, ne? Von der ganzen Situation, weil das Geld, was wir verdienen, ist das genau für Essen, für Benzin, für einfache Anzihsachen. Muss man auch sagen. Aber sowieso, ich bin glücklich, weil wir haben keine Chance, in eine Firma reinkommen.» (Ebd.)

Verglichen mit den sozialpopulistischen Deutungsmustern zeigt sich in diesem Muster, in welchem Maß die dennoch empfundene Unzufriedenheit und die wahrgenommenen sozialen Unsicherheiten, die die eigene Lebensführung destabilisieren könnten, durch darauf bezogene Deutungen entschärft werden können – diese lassen sich hypothetisch als entschärfende und stabilisierende Deutungen interpretieren. Sie ermöglichen den Beschäftigten «pragmatische Arrangements» mit einer sozialen Umwelt, die dennoch nicht als zufriedenstellend oder harmonisch wahrgenommen wird. Entschärfend wirken sie, weil sie die Umwelt nicht beunruhigend als ungerecht, sondern als akzeptabel erscheinen lassen.

Im Fall eines weiteren Leiharbeiters geschieht dies etwa durch die «Übernahme von Eigenverantwortung». Zwar ist der Interviewte nicht zufrieden mit seiner Leiharbeiterexistenz, insofern er aber die Verantwortung für seine soziale Lage übernimmt, untersagt er sich selbst, sich über seine gleichwohl für ihn nicht zufriedenstellende Situation zu empören. Deutlich wird dies in einer Sequenz, in der er die schlechte Laune seiner Arbeitskollegen kritisiert: «Die kommen da angelaufen, als hätten die schon 20 Stunden gearbeitet, kein freundliches Gesicht. So Gesichter muss ich mir nicht angucken. Ich meine, arbeiten muss ich bis zum Rentenalter, hätte ich vor 30, 40 Jahren schon einmal was tun müssen, um nicht hier jetzt zu sitzen, sondern vielleicht auf der anderen Seite vom Tisch. Hätte ich mich mehr angestrengt in der Schule und hätte auf meine Schwester gehört und hätte mehr gelernt, würde ich jetzt auch was anderes machen. So habe ich halt die Laufbahn des Arbeiters eingeschlagen und so werden wir sie jetzt auch fertig beenden.» (Ebd.: 322)

Stabilisierend wirken derartige Deutungen, weil sie die soziale Umwelt bzw. die Situation des interpretierenden Subjekts nicht als bedrohlich, sondern als bewältigbar erscheinen lassen.

Bei einer anderen Leiharbeiterin geschieht dies etwa durch eine «Wende nach innen», durch die die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen gewissermaßen dethematisiert werden. Zwar hat die Interviewte in der jüngeren Vergangenheit einen totalen sozialen Abstieg erfahren, es gelingt ihr aber dennoch, «glücklich» zu sein. Möglich ist ihr dies, weil sie sich bewusst nicht kritisch mit ihrer Umwelt auseinandersetzt, sondern sich auf nach innen gerichtete Sichtweisen konzentriert, die ihr individuelles Wohlbefinden sicherstellen sollen. Angesprochen auf die von ihr selbst zuvor kritisierte Lohndifferenz zwischen den Festangestellten und den Leiharbeiter*innen reagiert

sie dethematisierend und insofern stabilisierend: «Ja, aber was ändert das jetzt, wenn ich mich darüber aufrege? Es ändert nichts, ich mache mir nur mein eigenes Leben zur Hölle, wenn ich da ständig ... Und so habe ich da halt meine 900 Euro und ich komme damit klar, ich verzichte eben auf dieses und jenes.» (Ebd.: 350) Etwas später im Interview formuliert sie das stabilisierende Leitmotiv allgemeiner so: «Das ist eine andere Sicht der Dinge, wenn ich mich vor Angst zergräme, was ich ja auch eine ganze Zeit getan habe, wie soll das weitergehen? Ändere ich nichts an dem, was ist, und schaff mir nur meine eigene Hölle.» (Ebd.: 354)

Im Vergleich etwa zum «exklusiven Sozialpopulismus» spielen Abgrenzungen gegenüber anderen Beschäftigtengruppen eine allenfalls untergeordnete Rolle. Wo sie vollzogen werden, dienen sie weniger der Abwertung der anderen als vielmehr dazu, die eigene Person aufzuwerten. Allerdings: Kaum vorhanden sind Abgrenzungen gegenüber Beschäftigern oder politischen Eliten, wie sie für die beiden sozialpopulistischen Deutungsmuster typisch sind. Zwar werden etwa in den Interessen von Unternehmen an Kostenminimierung und Gewinnmaximierung durchaus Ursachen für die Existenz von Leiharbeit oder geringen Löhnen erkannt, zu Schuldzuschreibungen führen diese nüchtern anmutenden Diagnosen allerdings nicht. Dadurch bleibt zugleich eine negative Gemeinschaftsbildung eines «Beschäftigten-Wir» aus, die – vergleichbar der des «kleinen leistenden Volkes» innerhalb der sozialpopulistischen Muster – durch Abgrenzung gegenüber einem kritisierten Außen entstehen kann.

Auch wenn das Muster «Hauptsache Arbeit» also offene oder latente kritische Deutungen des Status quo enthält, ermöglichen die entschärfenden und stabilisierenden Deutungen in erster Linie ein pragmatisches Einfügen in die gegebenen Arbeits- und Lebensbedingungen. So trägt es zur individuellen Handlungsfähigkeit bei. Im Hinblick auf die grundsätzliche kollektive Veränderbarkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen sind Wahrnehmungen der eigenen Ohnmacht typisch. Sie fördern einen nüchternen Pragmatismus. Verbunden sind diese Wahrnehmungen mit den eingangs erwähnten Deutungen nur geringer Chancen auf Arbeitsmarktintegration und materielle Teilhabe. Infolgedessen zeichnen sich Varianten einer «restriktiven Handlungsorientierung» ab, die Handlungsstrategien nahelegen, bei denen «Menschen ihr Alltagsleben so bewältigen, dass sie ihre Lebensbedingungen stets nur in ihrer Unmittelbarkeit wahrnehmen und die Bedingungen als gegeben akzeptieren» (Nowak u. a. 2012: 10). Zentral sind dabei Deutungen, die nur im individuellen Handeln einen Weg sehen, erreichte Arbeits- und Lebensstandards zu sichern oder zu erhöhen, ohne dabei die grundsätzlichen Handlungsbedingungen infrage zu stellen. Diese Orientierungen haben positive Auswirkungen auf die Menschen, da sie es ihnen ermöglichen, handlungsfähig zu bleiben (Markard 2009: 190) – aber lediglich restriktiv, weil sie keinen Ansatzpunkt bieten, die drängenden und drückenden Verhältnisse zu verändern. Versuche hingegen, die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verändern und dabei gegebenenfalls Konflikte mit Autoritäten einzugehen, bergen das Potenzial, nicht nur zu beunruhigen und belastend zu wirken,

sondern durch ein Scheitern auch weitere Verschlechterungen und/oder Verunsicherungen zu provozieren (Ebd.: 189).

Trotz dieser individuell-pragmatischen Arrangements sind individualistische Leitbilder für das Muster «Hauptsache Arbeit» nicht typisch. Selbstbeschreibungen als «Selbstunternehmer», die die eigene Position in der Konkurrenz mit anderen Beschäftigten positiv aufwerten, fehlen ebenso wie Rechtfertigungsmuster, die die erfahrbare Konkurrenz beispielsweise als richtigen und geeigneten Selektionsmechanismus für die Verteilung von Status und sozialen Aufstiegschancen bewerten.

Allerdings koexistieren innerhalb des Musters unterschiedliche Deutungen darüber, ob und wie innerhalb des Status quo individuelle Verbesserung erreicht bzw. bereits Erreichtes bewahrt werden kann. Diese Unterschiede deuten sich im Sample nur an. Aufgrund ihrer Bedeutung für die Mobilisierungs- und Solidaritätspotenziale dieses Deutungsmusters werden diese Differenzen hier dennoch kurz umrissen. Unterschiede zwischen den Interviewten kristallisieren sich einerseits im Hinblick auf die Orientierungen gegenüber den betrieblichen und ökonomischen Eliten, andererseits bezüglich des Vertrauens in das «Leistungsprinzip» heraus. Mit dem Leistungsbegriff ist ein von den Beschäftigten unterstelltes intaktes Verhältnis zwischen Beschäftigten und Beschäftigern gemeint, in dessen Rahmen Leistungen und Leistungsbereitschaft gegen verschiedenartige Gratifikationen getauscht werden. Die Handlungsorientierungen können diesem Unterschied entsprechend affirmativ oder passiv-konformistisch sein.

Die affirmative Variante legt individuelle Handlungsstrategien nahe, die Verbesserungen innerhalb des Status quo beispielsweise aufgrund guter Beziehungen zu betrieblichen Autoritäten und/oder als Folge individueller Leistungsfähigkeit zu erreichen suchen. Beispielhaft dafür stehen die Handlungsorientierungen eines Leiharbeiters: Verbesserungen innerhalb der Leiharbeit gemeinsam mit anderen durchzusetzen hält er für aussichtslos. Die eigen Leistungsfähigkeit erscheint ihm angesichts eines als kaum veränderbar wahrgenommenen Status quo noch als das erfolgversprechendste Mittel, um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen: «Die gehen dann auch schon darauf ein, manchmal öffnen sich schon irgendwo Perspektiven, wenn die Sache für die Firma lukrativ wird, stellen die einem eine Lohnerhöhung in Aussicht oder Prämien. Teilweise gibt es dann schon so ein Gemeinschaftsgefühl, dass man das Ganze ein bisschen mitoptimiert.» (Goes 2015: 365) Später heißt es im selben Interview: «Das Leistungsprinzip funktioniert da auch. Das ist nicht so, dass man da ohne Ende schaffen muss, und dafür gar nicht in der Hierarchie aufsteigt.» (Ebd.)

In der passiv-konformistischen Variante fehlen diese Deutungen hingegen oder spielen eine lediglich untergeordnete Rolle. Die Leistungsorientierung kann zwar weiterhin wirken – gerade die Frustration dieser Orientierung aber kann die Wahrnehmung unterstützen, auch individuelle Verbesserungen der eigenen Situation seien durch höhere eigene Leistungen nicht zu garantieren: «Also egal, wie viel du schaffst,

du kriegst deinen Stundenlohn – gut, Stunden kloppen, das ist das Einzige, was du dann mehr hast. Aber jetzt, dass der Arbeitgeber sagt, hier, bist der Beste, sortierst das Zeug am schnellsten, und ... Da kriegst du nicht mehr, da gibt es nichts mehr.» (Ebd.: 333 f.)

4.3.3 Fazit: Keine linken Potenziale?

Die Auseinandersetzung mit dem Bremer Deutungsmusteransatz (Zoll 1984) hat die Vielschichtigkeit und Komplexität handlungsleitender Deutungsmuster offengelegt. Methodisch ermöglicht es dieser Zugang, genauer zwischen den politischen Potenzialen bzw. der politischen Bedeutung zu unterscheiden, die die jeweiligen Elemente haben (also die Interessenorientierungen oder die Gesellschaftsbilder etwa), und zu klären, wie sie sich zueinander verhalten. Wofür Deutungen politisch stehen, was sie ermöglichen oder verhindern, lässt sich nur beurteilen, wenn die entsprechenden Zusammenhänge nachgezeichnet werden. Veranschaulicht wurde dies anhand eher autoritärer und fremdenfeindlicher Deutungsmuster, während eher «linke» (ebenfalls in der damaligen Studie rekonstruierte) nicht dargestellt wurden.

Stattdessen wurden die drei Deutungsmuster «staatsorientierter Sozialpopulismus», «exklusiver Sozialpopulismus» und «Hauptsache Arbeit» skizziert, die auf eigene empirische Untersuchungen zurückgehen. Linke Potenziale in den sozialpopulistischen Deutungsmustern finden sich insbesondere in den an sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Mitbestimmung orientierten Ungerechtigkeitswahrnehmungen, dem rudimentären Kollektivbewusstsein des mit Lohnabhängigkeit identifizierten «kleinen Volks» (bzw. der «kleinen Leute»)¹² und der Kritik an wirtschaftlichen und politischen Eliten, die miteinander Hand in Hand gehen. Zum Teil fehlt diesen Potenzialen allerdings eine Handlungsorientierung – möglicherweise auch die Inspiration von außen –, die nahelegt, dass die grundsätzlichere Veränderung wahrgenommener Probleme durch eigenes Handeln möglich ist. Wenn man so will: verstellte linke Potenziale.

Das verweist auf die Bedeutung der Handlungsorientierungen selbst, wie sie oben anhand des Deutungsmusters «Hauptsache Arbeit» aufgezeigt wurden und die auch für die Formen der «restriktiven Handlungsfähigkeit»¹³ zentral sind: Probleme wer-

12 Wie oben erörtert, wird das emanzipatorische Potenzial des «exklusiven Sozialpopulismus» durch verschiedene Grenzziehungen (etwa gegenüber Migrant*innen) gebrochen.

13 «Unter Handlungsfähigkeit verstehen kritisch-psychologische Ansätze ein widersprüchliches Ensemble von Handlungsmöglichkeiten und -behinderungen innerhalb sich wandelnder gesellschaftlicher Verhältnisse. [...] Das Subjekt kann dabei sein Handeln sowohl anpassend als auch widerständig orientieren. Restriktive Handlungsfähigkeit meint sich anpassendes, flexibles und zugleich beschränkt gestaltendes Handeln, das einen gewissen Handlungsspielraum innerhalb der herrschenden Verhältnisse erprobt. Widerständiges Handeln erobert neue Räume, indem sich die Grenzen über das bislang Mögliche hinaus verschieben lassen. Dies kann nur gemeinsam mit anderen stattfinden; dann können die Subjekte erweiterte Handlungsfähigkeit erringen. Oftmals muss das Subjekt beides – Anpassung und Widerstand – in je spezifischer Weise leisten, um in den Widersprüchen nicht zerrissen zu werden.» (Candeias/Völpel 2014: 33)

den durchaus wahrgenommen, zu «heißen» Ungerechtigkeitsgefühlen führen sie aber nicht (immer), schon gar nicht verbunden mit der Hoffnung auf bzw. einem Glauben an positive Veränderungen. Sprach ich bezüglich der beiden Varianten des Sozialpopulismus von verstellten linken Potenzialen, könnte man sie hier als blockierte bezeichnen: Probleme und Leiderfahrungen sind vorhanden, sie werden auch nicht gegen Fremde oder imaginierte Leistungsverweigerer bzw. Erwerbslose gewandt, wie es für rechte Deutungen typisch ist – emanzipatorische Handlungspotenziale hängen aber davon ab, dass Einzelne dazu bereit sind, gemeinsam mit anderen und wohlmöglich im Konflikt mit Autoritäten die (Rahmen-)Bedingungen zu verändern. Erst wenn dies geschieht, wird eine Art «erweiterte Handlungsfähigkeit» erreicht (Candei-as/Völpel 2014: 33).

5 Streikbewegungen und Arbeitskonflikte

In Kapitel 4 wurden kursorisch Beiträge aus der Lohnabhängigen-Bewusstseinsforschung daraufhin befragt, was sie über «linke Potenziale» aussagen und welche Anregungen sie dazu geben können, wie derartige Potenziale erforscht werden sollten. Abschließend soll im vorliegenden Kapitel ein Blick auf die Entwicklung von Arbeitskonflikten geworfen werden.

Dem zugrunde liegt die Annahme, dass – trotz bürgerlicher Hegemonie – Arbeitskonflikte immer wieder neue Impulse dafür geben, dass Bewegungen von Arbeiter*innen entstehen.¹⁴ Derartige soziale Kämpfe beginnen nicht mit einer entwickelten Gesellschaftskritik, sondern mit ganz grundlegenden Forderungen nach Geld, «Respekt» oder einer erträglichen Arbeitszeitgestaltung. Voraussetzung dafür ist, dass Menschen sich empören, Verhältnisse als ungerecht wahrnehmen und daran glauben, diese verändern zu können.

Ausgehend von sozialen Kämpfen, die diese Forderungen zur Grundlage haben, können Spaltungslinien innerhalb der Klasse der Arbeiter*innen herausgefordert und überwunden werden (wenn nicht, enden die Auseinandersetzungen oft in Niederlagen). Darüber hinaus können reaktionäre Ideologien erschüttert werden, sodass sich das Alltagsbewusstsein für politische Lernprozesse öffnet. Passiert das, wirken soziale

14 Weitere wichtige Potenziale einer verbindenden Klassenpolitik finden sich auf den Feldern der Wohnungs- und Mietenpolitik, der Umweltpolitik und des Kampfes gegen rechts. André Leisewitz, Jürgen Reusch, Gerd Wiegel und Michael Zander haben in einem lesenswerten Beitrag über soziale und politische Proteste in der Bundesrepublik zwischen 2008 und 2018 insbesondere die Konjunktur rechter Mobilisierungen und antifaschistischer sowie antirassistischer Gegenmobilisierungen nachgezeichnet. Gab es beispielsweise 2011 142 Naziaufmärsche mit insgesamt rund 21.900 Teilnehmer*innen, waren es 2015 bereits 590 und 2016 507 Mobilisierungen mit insgesamt 101.200 bzw. 52.300 Demonstrant*innen. Hand in Hand gingen damit auch antirassistische Gegenbewegungen, die exemplarisch mit Zahlen für das Jahr 2018 beziffert werden. Allein in Berlin demonstrierten im Mai des Jahres 70.000 Menschen gegen die NPD, in Hamburg gingen im September 35.000 gegen Nazis auf die Straße. Am Solidaritätskonzert gegen rechts in Chemnitz (nach erfolgreichen rechten Mobilisierungen) nahmen rund 65.000 Menschen teil. Im Oktober versammelten sich in München etwa 40.000 gegen Rassismus und rechts. Und ebenfalls im Oktober gingen stolze 240.000 Demonstrant*innen unter dem Motto #unteilbar «gegen rechts und für eine offene und freie Gesellschaft» auf die Straße (Leisewitz u. a. 2019: 93).

Kämpfe und Bewegungen transformativ: «Die Entstehung einer Protestbewegung hat sowohl eine Veränderung des Bewusstseins als auch des Verhaltens zur Folge. Die Bewusstseinsänderung hat mindestens drei verschiedene Aspekte: Erstens verliert «das System» – oder zumindest diejenigen Bestandteile des Systems, die direkt erfahrbar und wahrnehmbar sind – an Legitimation. Die Männer und Frauen, die normalerweise die Autorität der Regierenden und die Legitimität der institutionellen Ordnung anerkennen, kommen in großer Zahl zu der Erkenntnis, dass die Regierenden und die Sozialordnung weder gerecht noch gerechtfertigt sind. Zweitens beginnen Menschen, die sich normalerweise fatalistisch in ihr Schicksal ergeben und die bestehenden Verhältnisse für unabänderlich halten, «Rechte» geltend zu machen, die die Forderung nach Veränderung implizieren. Drittens entsteht ein neues Gefühl der eigenen Stärke; Menschen, die sich immer für machtlos gehalten haben, entwickeln allmählich die Überzeugung, dass sie ihr Schicksal auch in die eigenen Hände nehmen können.» (Piven/Cloward 1986: 28)

In der empirischen Sozialforschung hat der US-amerikanische Soziologe Rick Fantasia (Fantasia 1988: 75 f.) diese transformative Wirkung von Konflikten rekonstruiert. Anhand mehrerer Konflikte, aufsteigend von einem betrieblich und zeitlich begrenzten wilden Streik bis hin zu einer über mehrere Monate anhaltenden Tarifbewegung, die die Öffentlichkeit politisierte, zeichnet Fantasia nach, wie neue Solidaritätskulturen im Prozess entstanden sind. Teil dieses Prozesses waren die Veränderung der Menschen, die in diese Konflikte einbezogen wurden. Sicherlich, Konflikte garantieren diese Veränderungen nicht, sie öffnen aber eine Art Möglichkeitsfenster. Insofern gehören sie zwingend zu den Potenzialen einer verbindenden Klassenpolitik dazu. Verblüffend ist, dass eine entsprechende Arbeitsbeziehungs- und Streikforschung in der Bundesrepublik kaum entwickelt ist. Anfänge, wie sie im Zusammenhang mit Diskussionen um die Erneuerungen der Gewerkschaften (Riexinger 2013; Schmalstieg 2015; Arbeitskreis Strategic Unionism 2013) bzw. um einen Funktionswandel der Gewerkschaften zu beobachten sind, sind bislang jedenfalls zarte Pflänzchen.

5.1 Streik: Aus der Industrie in den Dienstleistungssektor?

In jüngerer Vergangenheit gab es einen zaghaften quantitativen Aufschwung von Arbeitskämpfen, der zeitweise öffentliche Kommentator*innen fragen ließ, ob sich Deutschland zu einer Streikrepublik entwickle. Vorsichtiger politische Beobachter*innen konstatieren eine seit 2012 anhaltende «deutliche Belebung der Arbeitskämpfe» (Leisewitz u. a. 2019: 87). Auch in der wissenschaftlichen Forschung fand dies seinen Niederschlag in Beiträgen, die sich mit dem Funktionswandel der «typisch deutschen» Arbeitsbeziehungen beschäftigten (Dörre u. a. 2016). Für die Dienstleistungssektoren machte Oliver Nachtwey gar eine gänzlich neue Qualität der Arbeitskämpfe aus: demokratischer, weiblicher, dezentralisierter und um (berufliche) Anerkennung gruppiert. Für Nachtwey markieren Streiks etwa im Sozial- und Erziehungsdienst sogar «den Beginn einer Erneuerung der Arbeiterbewegung» (Nachtwey 2016: 195 f.).

Dabei gilt das deutsche System der Arbeitsbeziehungen im internationalen Vergleich als eher konfliktarm (Brandt 1990: 210). Dieses alte Urteil wird auch durch die jüngere vergleichende Streikforschung (Lesch 2015: 9f.) belegt. Wenngleich der Streik nur eine – und eine in Deutschland aufgrund der Rechtslage zudem voraussetzungsvolle – Variante des Arbeitskonfliktes ist, lohnt sich ein genauer Blick auf die Arbeitskämpfentwicklung.

Tatsächlich werden Verschiebungen sichtbar, die für eine verbindende sozialistische Klassenpolitik von Bedeutung sind. Im Rückblick auf die Jahre zwischen 1990 und 2014 ist dabei zwar ein Rückgang der Streikaktivitäten festzustellen, gleichzeitig sind die Arbeitskämpfe durch einen deutlichen Strukturwandel gekennzeichnet – bemerkenswert ist, dass der Rückgang der Streikaktivitäten in dieser Zeit im westeuropäischen Trend liegt (Vandaele 2014: 347).

Streikforscher*innen sprechen, zumindest für die Bundesrepublik, dabei von einer »Tertiarisierung des Arbeitskampfes«,¹⁵ das heißt von einer Verlagerung der Streikaktivitäten in die Dienstleistungssektoren (Bewernitz/Dribbusch 2014: 393). Zu unterscheiden ist in diesem Zusammenhang insgesamt zwischen dem Arbeitskampfvolumen (Zahl der streikbedingten Ausfalltage), dem Streikumfang (Teilnehmende pro Streik) und der Streikdauer.

Im Hinblick auf das bundesdeutsche Arbeitskampfvolumen zeigen sich im Betrachtungszeitraum von 1990 bis 2014 bei rückläufiger Tendenz Schwankungen, einen Höhepunkt erreichte das Volumen zwischen 1990 und 1994 (mit durchschnittlich 576.977 Ausfalltagen pro Jahr), um auf durchschnittlich 102.360 Ausfalltage pro Jahr zwischen 2010 und 2014 abzusinken (Lesch 2015: 6). Eine Tertiarisierung des Arbeitskampfes ist beim Arbeitskampfvolumen seit etwa 2005 zu beobachten. In den frühen 1990er Jahren waren die Anteile der streikbedingten Ausfalltage, die auf das produzierende Gewerbe und die Dienstleistungssektoren entfielen, noch etwa gleich groß, ab Mitte der 1990er Jahre bis 2004 verschob sich die Verteilung zugunsten des produzierenden Gewerbes. Zwischen 1995 und 1999 fielen hier 94 Prozent und zwischen 2000 und 2004 sodann 85 Prozent aller Ausfalltage an. Erst seit 2005 zeichnet sich ein grundlegend anderes Bild ab: Rund 80 Prozent aller ausgefallenen Arbeitstage wurden seither durch Streiks in den Dienstleistungssektoren verursacht (ebd.: 7).

15 Die Ursachen für diese Verschiebung bleiben an dieser Stelle ausgeklammert, unter anderem auch deshalb, weil sie bislang empirisch kaum gründlich untersucht worden sind. Einige Hinweise gibt es allerdings: Der Rückgang der Streikaktivitäten in den Exportssektoren lässt sich zum Teil aus Wettbewerbsbündnissen erklären, in die Belegschaften seit den 1990er Jahren stärker eingebunden sind. Ausgangspunkt hierfür waren grundlegende Veränderungen der wirtschaftlichen Basis und der Arbeitsbeziehungen in diesen Sektoren während der 1980er und 1990er Jahre, wie sich beispielhaft an der Automobilindustrie zeigen lässt (Goes 2019).

Für den Anstieg der Streikaktivitäten in den Dienstleistungssektoren lassen sich unterschiedliche Ursachen benennen, insbesondere die staatliche Austeritätspolitik (das betrifft den öffentlichen Dienst, zum Teil den Krankenhaussektor); härtere tarifpolitische Strategien der Unternehmen, in deren Hintergrund unter anderem der Verdrängungswettbewerb steht (das gilt etwa für den Einzelhandel); die (Quasi-)Privatisierung ehemals staatlicher Sektoren, in denen Beschäftigteninteressen nunmehr hart durchgesetzt werden müssen (das gilt etwa für den Bereich der Paketdienste und die Bahn) (ausführlicher: Goes 2016: 75f.).

Der Eindruck einer Tertiarisierung wird darüber hinaus verstärkt, richtet man den Blick auf die Streikdauer, das heißt auf längere Streiks (ab 14 Tagen Dauer) bzw. entsprechend lange Verhandlungsrunden mit Warnstreiks. Das – diesbezüglich nicht vollständige – Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung weist 59 derartige Konflikte seit 1950 aus. Bis 1989 fanden fast alle im produzierenden bzw. verarbeitenden Gewerbe statt (elf dieser 17 Streiks wurden von der IGM geführt). 1989 fand laut Tarifarchiv die erste sehr lange Tarifaueinandersetzung im Einzelhandel statt. Seit (und inklusive) 1989 gab es 41 Tarifaueinandersetzungen mit Warnstreiks und/oder Streiks, die länger als 14 Tage andauerten. 25 dieser Auseinandersetzungen wurden von einer Gewerkschaft in einem Dienstleistungssektor geführt (während die IGM nur noch an neun dieser Auseinandersetzungen beteiligt war). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass vor 1989 nur eine dieser Streikbewegungen im Ansatz einen defensiven Charakter trug, der Streit der IG Druck und Papier für einen Rationalisierungsschutz, also der Abwehr ökonomischer oder politischer Verschlechterungen diente. Zwischen 1989 und 2016 wurden mindestens elf Defensivbewegungen geführt (Tarifarchiv 2017b).

Einher ging diese Tertiarisierung neben einer durchschnittlichen Ausweitung der Streikdauer mit einer Verringerung des Streikumfangs. Die Anzahl der Teilnehmer*innen eines Streiks pro bestreiktem Betrieb sank von durchschnittlich 327 zwischen 1990 und 1994 auf 176 zwischen 2005 und 2009 und 64 zwischen 2010 und 2014. Zum Teil dürfte das auf die deutlich kleineren Betriebe im Dienstleistungssektor zurückzuführen sein. Die Streikdauer stieg hingegen von 1,8 Streiktagen pro Streikteilnehmer*in zwischen 1990 und 1994 auf 2,0 zwischen 2005 und 2009 und 2,8 zwischen 2010 und 2014. In den Dienstleistungssektoren waren es in denselben Zeiträumen 3,9 (1990 bis 1994), 5,4 (2005 bis 2009) und 3,6 (2010 bis 2014) Streiktage (Lesch 2015: 8).

Sowohl die Verringerung des Streikumfangs als auch die Verlängerung der Streikdauer gingen in Deutschland mit der Verbetrieblichung der Tarifkonflikte (Dribbusch 2016) bzw. mit einer – sofern man von zentralisierten Auseinandersetzungen im Rahmen von Flächentarifverhandlungen als Maßstab ausgeht – Fragmentierung der Aushandlungslandschaft einher. Für das Jahr 2007 wurden 82 betriebliche Streikkonflikte gemeldet, 2014 waren es immerhin 214. Auch hier deutet sich die oben genannte Tertiarisierungstendenz an. So entfielen 160 der 214 im Jahre 2014 geführten betrieblichen Streiks in den Organisationsbereich von ver.di. 2015 waren es 90 Prozent aller Streiktage.

Ein genauer Blick auf die Streikintensität lässt ein etwas anderes Bild entstehen. Die Streikintensität lässt sich, so der Vorschlag von Hagen Lesch, abbilden, indem man unterschiedliche Eskalationsstufen in Tarifaueinandersetzungen bildet, diese mit Werten versieht und sodann summiert. Lesch unterscheidet dabei zwischen materiellen Konfliktbehandlungen (Streiks, Warnstreiks und Aussperrungen), die die höchsten Eskalationsstufen darstellen, verbalen Konfliktbehandlungen (Streikandrohungen, Aussperrungsandrohungen und Ankündigungen von Arbeitskämpfmaßnahmen), die die

unteren Ränge der Eskalationsstufen bilden, und formale Konfliktbehandlungen, wie etwa Verhandlungsabbrüche, Schlichtungen und juristische Auseinandersetzungen, die in eine mittlere Ebene sortiert werden (Lesch 2017: 35).

In einer statischen Messung der Eskalationsintensität werden die in einer Tarifaus-einandersetzung erreichten maximalen Eskalationsstufen verglichen, bei einer dynamischen Messung berücksichtigt, welche Eskalationsstufen wie oft vorkommen – in einer Verhandlung kann zwar die erreichte Eskalationsstufe «nur» der Warnstreik sein, zwischenzeitlich könnte aber mehrfach mit Streik gedroht und eine Schlichtung gescheitert sein (ebd.: 40 f.). Diese dynamische Bewertung von Tarifaus-einandersetzungen in 13 Branchen seit rund 2000 deutet bereits an, dass die Charakterisierung der industriellen Kernsektoren als konfliktlos und der Dienstleistungsbereich als besonders konfliktreich zwar zu kurz greift, gleichwohl aber in die richtige Richtung weist. Unter den sechs konfliktintensivsten Branchen befinden sich vier Dienstleistungs- und zwei Industriebranchen. In der Reihenfolge der Konfliktintensität: öffentlicher Dienst, Metall- und Elektroindustrie, Einzelhandel, Krankenhäuser, Telekommunikation und Druckindustrie. Die chemische Industrie ist weit abgeschlagen die Branche mit der niedrigsten Konfliktintensität (ebd.: 44).

Betrachtet man auf dieser Grundlage, welche Konfliktbehandlungen in den jeweiligen Branchen welchen Stellenwert und Anteil hatten, deuten sich Konfliktlösungskulturen an, die das Bild weiter verfeinern. In der besonders befriedeten chemischen Industrie etwa wurden in 75 Prozent der Tarifrunden Ergebnisse auf dem reinen Verhandlungsweg erzielt, in den restlichen 25 Prozent der Fälle reichten Androhungen von Arbeitskampfmaßnahmen aus. Das entgegengesetzte Spektrum bilden erneut der Einzelhandel, die Druckindustrie, der öffentliche Dienst, die Metall- und Elektroindustrie, die Telekommunikation und – neben dem Schienenverkehr – der Krankenhausektor. In der Metall- und Elektroindustrie kam es in 90 Prozent der Tarifaus-einandersetzungen zu Arbeitskampfmaßnahmen, wenngleich es sich dabei überwiegend um Warnstreiks handelte, die kaum eine eigene Konfliktodynamik entfalten (da sie zeitlich begrenzt und in der Regel lediglich punktuell durchgeführt werden). In zehn Prozent der Fälle wurden Ergebnisse bereits auf dem reinen Verhandlungsweg gefunden. Im öffentlichen Dienst wurde in 70 Prozent der Tarifverhandlungen gestreikt, in zehn Prozent der Fälle wurden Lösungen durch Verhandlung und in 20 Prozent nach der Androhung von Arbeitskampfmaßnahmen gefunden. Im Einzelhandel wurde in keiner der ausgewerteten Verhandlungsrunden ein Ergebnis auf dem reinen Verhandlungsweg gefunden – in zehn Prozent der Fälle führte die Androhung von Arbeitskampf zum Ergebnis, in 90 Prozent allerdings musste gestreikt werden (ebd.: 48).

Dass Arbeitskämpfe im Dienstleistungsbereich zum Teil kleinteiliger sind und länger andauern, legen auch zähe Auseinandersetzungen und intensive Arbeitskämpfe nahe, über die auch in der Öffentlichkeit ausführlicher berichtet wurde bzw. wird (Dörre u. a. 2016: 153 f.; Fütterer/Rhein 2015; Nachwey/Wolf 2013; Neuner 2013). Der Dienstleistungsriese Amazon beispielsweise weigert(e) sich beharrlich, mit ver.di

über einen angemessenen Tarifvertrag (Handel) zu verhandeln (Boewe/Schulten 2015). Im deutschen Einzelhandel stellten die Arbeitgeber gleich das Tarifgefüge grundsätzlich infrage. Bei der Deutschen Post AG führte der Plan des Managements, Teile des Unternehmens auszulagern und infolgedessen die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten zu verschlechtern, zum Abwehr-Arbeitskampf. Einen Aufwertungskonflikt führten hingegen die Erzieher*innen mit den kommunalen Arbeitgebern, der medial für viel Aufsehen sorgte – nicht nur aufgrund der hohen Streikbeteiligung, sondern auch wegen der Betroffenheit der Elternschaft. Genauer zu analysieren wären dabei neue Streikkonzepte und -formen und deren Auswirkungen auf die Teilnehmenden selbst und die jeweilige Gewerkschaftskultur (z. B. Geißler/Wilde 2015; Riexinger 2013).

«Die neuen Streiks sind mitunter [...] intern demokratischer. Üblicherweise entscheiden die Mitglieder in einer Urabstimmung über Beginn und Ende eines Arbeitskampfes, dessen Leitung jedoch bei der Gewerkschaftsführung zentralisiert ist. Bei den Streiks in den Sozial- und Erziehungsdiensten [...] in den Jahren 2009 und 2015 wurden erstmals in größerem Maßstab Delegiertenkonferenzen eingesetzt, um die Beschäftigten selbst direkt in die Streikführung einzubeziehen. Und das mit großem Erfolg: Es ließen sich wesentlich mehr Beschäftigte mobilisieren, als ursprünglich erwartet.» (Nachtwey 2016: 196)

5.2 Die Industriearbeiterschaft: Jenseits des Konflikts?

Die im Kapitel 5.1 genannten empirischen Schlaglichter verdeutlichen drei Entwicklungen, die für eine verbindende Klassenpolitik wichtig sind. Erstens kann keineswegs von einer grundsätzlichen Zunahme von Arbeitskämpfen die Rede sein, eine Aufschwungstendenz der wirtschaftlichen Klassenkämpfe lässt sich insofern bisher nicht feststellen – auch wenn Verdichtungen, wie im Jahr 2015 (als die Tarifauseinandersetzungen mehrere Gewerkschaften zusammenfielen), einen anderen Eindruck erweckt haben mögen. Zweitens hat sich das quantitative Gewicht der (Warn-)Streikbewegungen zuletzt in den Dienstleistungssektor verschoben, womit deutlich weiblichere Belegschaften in den Fokus rücken. Drittens geht dies einher sowohl mit einer Verbetrieblichung als auch mit einer Intensivierung der Auseinandersetzungen.

Wichtig ist allerdings, sich vor groben Vereinfachungen zu hüten, wie sie etwa für Diagnosen charakteristisch sind, die in den industriellen Kernsektoren der deutschen Industrie eine Art «Partnerschaft ohne Konflikt» und in den Dienstleistungsbranchen «Konflikt ohne Partnerschaft» (Streeck 2016: 58f.) sehen wollen. Wenngleich nicht repräsentativ, so zeigen qualitative empirische Ergebnisse der Arbeitsbeziehungs-forschung, dass nach wie vor auch in den industriellen Bereichen mit harten Bandagen gekämpft wird. In einem Forschungsprojekt zu gewerkschaftlicher Erneuerung (Dörre u. a. 2016) sind wir beim Großteil der Untersuchungsbetrieben auf Formen des «Arbeitgeberwiderstands gegen Mitbestimmung» gestoßen. In 17 der 21 Betriebsfälle wurde uns von gewerkschaftlich Aktiven verschiedene Arten von Arbeitgeberdruck

geschildert. Dieser sollte entweder die Wahl von Betriebsräten be- bzw. verhindern oder weitere gewerkschaftspolitische Schritte sabotieren. In etwa der Hälfte der Fälle handelte es sich um Betriebe, die von der IG Metall organisiert wurden. Experteninterviews mit Gewerkschaftssekretären der IG Metall (und NGG) haben diesen Eindruck stark konflikthafter Beziehungen unterstrichen. In der Regel treffen sie auf Widerwillen, nicht auf Kooperationslust bei den Geschäftsführungen. Wohlgemerkt: Bei den Untersuchungsfällen handelte es sich um erfolgreiche betriebliche und gewerkschaftliche Organisationsprozesse. In diesen Fällen fanden sich subtilere und mittlere Formen des Union Bustings (ebd.: 123 ff.; Behrens/Dribbusch 2014), bei denen der Betrieb einem Boxing gleicht.¹⁶

Geschäftsführungen versuchten in diesen Fällen auf sehr unterschiedlichen Wegen, Mitbestimmung und gewerkschaftlichen Einfluss zu verhindern. Zwar sind professionelle Berater*innen noch nicht die Regel, doch diese Branche scheint deutlich zu wachsen. Die Maßnahmen von Unternehmensseite bildeten vielmehr einen bunten Strauß: Sie reichen von persönlichen Schikanen über gezielte Versuche, Spaltungslinien in der Belegschaft hervorzurufen oder zu vertiefen, bis hin zu aggressiven Störaktionen und Schikanen gegenüber ganzen (Belegschafts-)Gruppen. Grundsätzlich setzen diese Be- und Verhinderungsstrategien zu allen Zeitpunkten der betrieblichen Organisation ein. Es kann bereits beim ersten Anzeichen gewerkschaftlicher Aktivität beginnen – etwa dann, wenn Beschäftigte darüber leichtfertig betriebsöffentlich sprechen. In anderen Fällen greifen Arbeitgeber erst ein, wenn deutlich wird, dass Betriebsräte mit gewerkschaftlicher Unterstützung gegründet werden sollen. Manchmal klingeln die Alarmglocken des Managements erst nach der Gründung eines handlungsfähigen Betriebsrats. Dann geht es nicht selten um gezieltes Streuen von Falschinformationen, um zwischen Belegschaft und Betriebsräte Keile zu treiben.

In unserer Untersuchung sind wir auf all diese Varianten gestoßen. Wir sprechen daher von Abstufungen oder Schattierungen der Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsfeindlichkeit:

(1) **Desinformationspolitik:** Durch gezielte Falschinformationen wird der Rückhalt der Aktiven zu schwächen versucht, indem sie als Personen, ihre Arbeit bzw. ihre Ziele diskreditiert werden. In einem Untersuchungsbetrieb etwa streuten leitende

16 Union Busting bezeichnet mitbestimmungs- und gewerkschaftsfeindliches Verhalten von Manager*innen und Geschäftsführungen. Diese können harte und weiche Formen annehmen, sich gegen die Gründung von betrieblichen Interessenvertretungen und/oder gegen den Versuch richten, Tarifverträge durchzusetzen. Häufig wird in irgendeiner Form Druck auf wichtige aktive Repräsentant*innen der Belegschaften ausgeübt, um diese einzuschüchtern, zum Teil kombiniert mit «Kooptationsversuchen» – etwa, indem lukrative Aufstiegsmöglichkeiten in Aussicht gestellt werden. Die empirische Forschung zu diesem Phänomen steht in Deutschland erst am Anfang. In der Berichterstattung wird oft auf die «Begleitindustrie» hingewiesen, die Geschäftsführungen dabei unterstützen, «Störenfriede» schnell loszuwerden. Oft handelt es sich um Rechtsanwaltskanzleien, die sich darauf spezialisieren, die arbeitsrechtlichen Handreichungen zu geben. Das ist ein wichtiges Phänomen, dessen Berücksichtigung aber nicht blind machen darf für die «ganz normalen» Varianten der «Herr-im-Haus-Politiken» in deutschen Unternehmen, die ohne externe Berater*innen auskommen.

Angestellte das Gerücht, durch einen neuen Tarifvertrag würde es zu ungünstigeren Nachtschichtregelungen für die Beschäftigten kommen; oder dass die Betriebsratsmitglieder lediglich Kaffee tränken, während die Mitarbeiter*innen den Arbeitsausfall, den die Interessenvertreter*innen auslösten, kompensieren müssten. Besonders wirksam ist die Drohung, dass es im Fall von Betriebsratsgründungen oder einer Tarifierung zu Arbeitsplatzverlusten käme. Das Ziel ist klar: Neben die Diskreditierung von Gewerkschaftsaktivist*innen tritt die Angstmacherei.

(2) Eine weitere Methode zur Verhinderung gegenmachtfähiger Interessenvertretungen ist die **Platzierung arbeitgebernaher Betriebsratskandidat*innen**: Entpuppen sich alternative Vertretungsorgane (eine Karte, die Geschäftsführungen gern ausspielen) als Ablenkungsmanöver und scheitern offene Versuche, Betriebsratsgründungen zu verhindern, dann reagieren Geschäftsführungen häufig, indem sie ihnen wohlgesonnene Beschäftigte zur Kandidatur ermutigen.

(3) **Kooptation von Aktiven und Beschäftigten**: Zum Teil versuchen Geschäftsführungen, betrieblich Aktive an sich zu binden oder die Loyalität von Teilen der Belegschaft durch Zugeständnisse zu gewinnen. Diese Strategien reichen von «vertraulichen Gesprächen», in denen Aktive überzeugt werden sollen, dass es im eigenen Interesse sei, eng mit der Geschäftsführung zusammenzuarbeiten, über Angebote zu finanziellen Besserstellungen oder hohen Abfindungen der Aktiven bis hin zu Lohn-erhöhungen oder betrieblichen Besserstellungen. Kooptationsversuche können auch die Form von ideologischen Anrufungen annehmen, die den Interessenkonflikt verklären. Man könne doch in der «Betriebsfamilie» Ungereimtheiten auf dem direkten Weg klären oder müsse im Interesse der Kundenzufriedenheit bestimmte Härten erdulden, heißt es beispielsweise. Die erfolgreiche Kooptation ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu wirkmächtigen antigewerkschaftlichen Koalitionen.

(4) **Angriffe auf Aktive**: Oft werden Aktive oder deren Unterstützer*innen in der Belegschaft von leitenden Angestellten gemäßregelt oder benachteiligt. Sie werden zum Beispiel auf unangenehme Arbeitsplätze versetzt, von der Belegschaft isoliert oder in Personalgesprächen scharf gemäßregelt. In anderen Fällen wurden Aktive auf Betriebsversammlungen verspottet. Diese Angriffe sollen nicht nur die Aktiven selbst, sondern auch ihre potenziellen Anhänger*innen verängstigen. Ziel ist es, die Herausbildung eines stabileren Kollegenkreises zu erschweren, der zum Kern eines betrieblichen Reformbündnisses werden könnte.

(5) **Verzögerung und Erschwerung der Arbeit von Betriebsräten oder Tarifkommissionen**: In Form eines interessenpolitischen Kleinkriegs werden beispielsweise Wahlen zum Betriebsrat behindert, indem kurzfristig juristische Anfechtungen geltend gemacht werden, bei der Wahl zum Wahlvorstand zugesagte Räume überraschend belegt sind, Betriebsräte Zahlungen für Schulungen nicht bewilligt bekommen und gleichzeitig mit Arbeit überhäuft werden.

(6) **Abmahnung und Kündigung**: In einigen Betrieben wurden Aktive und ihre Unterstützer*innen durch Abmahnungen oder Kündigungen verunsichert.

Vermutlich, darauf weisen weitere Berichte betrieblich Aktiver hin, erschöpfen sich die Aktivitäten der Arbeitgeber nicht auf diese Maßnahmen. Zu bedenken ist, dass auch aktive Bündnisbildung, die Etablierung betrieblicher Leitbilder und die Verankerung von betriebsgemeinschaftlichen Identitäten strategisch gut aufgestellten Manager*innen dazu dienen, gegenmachtorientierten Aktiven den Wind aus den Segeln zu nehmen. Unternehmerische Umstrukturierungen, um ein letztes Beispiel zu nennen, gehören dann ebenfalls zur Werkzeugkiste.

*5.3 Politische Ungleichheit innerhalb der Klasse der Arbeiter*innen*

Die in Kapitel 5.2 aufgezählten Fälle von Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsfeindlichkeit wurden unter anderem deshalb ausführlicher dargestellt, weil sie exemplarisch den Blick auf Konflikte innerhalb der Metall- und Elektroindustrie richten, die häufig nicht an die Öffentlichkeit geraten. Auch sie bieten Anknüpfungspunkte für linke Klassenpolitik, vielleicht mehr noch als größere Streikkonflikte – immerhin liegt die Vermutung nahe, dass es Konflikte dieser Art unterhalb des Streikradars fast überall gibt. Insofern ist der Diagnose, die Teile der Redaktion der *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* mit Blick auf die jüngste Vergangenheit stellen, zuzustimmen: «Erzieherinnen, Postbeschäftigte, Lokführer, Krankenschwestern, Piloten und Flugbegleiter, Bauarbeiter u. v. a. M. – Beschäftigte im Dienstleistungs- und Carebereich wie im Verarbeitenden Gewerbe – kämpften nicht nur um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, sondern reagierten auf die Folgen von Privatisierungen (Post, Gesundheitswesen), von Deregulierungsmaßnahmen und Anstachelung der inner- und zwischenbetrieblichen Konkurrenz (Aufhebung des Beamtenstatus, Betriebsverlagerungen), gegen die Tariffucht der Unternehmer oder die Verweigerung des Rechts auf Bildung von Betriebs- und Personalräten. Im letzten Jahr gingen allein in der Metall- und Elektroindustrie ca. 1,5 Millionen im Kampf um höhere Löhne und einen Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung auf die Straße, und in einer großen Zahl kleiner, unspektakulärer betrieblicher Auseinandersetzungen in fast allen Branchen fanden öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen von Beschäftigten statt. In die betrieblich-gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen sind also Jahr für Jahr Hundertausende einbezogen.» (Leisewitz u. a. 2019: 87)

Gleichzeitig deuten die sehr unterschiedlichen Arbeitskämpfe eine Herausforderung an, denn im Hintergrund steht eine ungleiche Verteilung von Reichtum und auch von (interessen-)politischem Einfluss innerhalb der Klasse der Arbeiter*innen, die bereits in Kapitel 4 thematisiert wurde. Abschließend soll diese konflikt- und machtpolitische Asymmetrie anhand von drei prominenten Diagnosen aus dem Feld der Arbeitsbeziehungs-forschung zumindest angedeutet werden. Sie beziehen sich auf die Frage, ob sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik grundlegend verändert hat – und wenn ja, in welche Richtung.

Die erste Diagnose stammt aus der Feder von Wolfgang Schroeder, der von einer Segmentierung des Systems der Arbeitsbeziehungen in «drei Welten» ausgeht

(Schroeder 2014; 2016). Entscheidendes Kriterium seiner Weltenteilung ist die Stärke der Kollektivakteure Gewerkschaften und Unternehmensverbände (bzw. Staat bei öffentlichem Dienst und Verwaltungen) und die darauf beruhende Fähigkeit zu kooperativen Arrangements und innerer Verpflichtung (Schroeder 2016: 379).

Während sich in der «ersten Welt» gelungene konfliktpartnerschaftliche Arrangements finden, sei dies in der «zweiten Welt» nicht überall und in der «dritten Welt» gar nicht der Fall. In der «ersten Welt», die in den Exportsektoren der verarbeitenden Industrie sowie in Kernbereichen des öffentlichen Dienstes (Schroeder 2014: 25) zu finden sei, bewegen sich, Schroeder zufolge, starke und nach innen verpflichtungsfähige Gewerkschaften und Unternehmensverbände. Hier finden sich sozialpartnerschaftliche Arrangements und Flächentarifverträge (Schroeder 2016: 378). Interessengegensätze werden alltäglich und regelhaft in Kleinarbeit geordnet und verarbeitet (ebd.: 378 f.).

Die «zweite Welt» der Arbeitsbeziehungen ist durch Ambivalenzen gekennzeichnet, gewerkschaftliche Stärke und Durchsetzungsfähigkeit sind hier längst nicht selbstverständlich. Diese Welt ist insbesondere in mittelgroßen Betrieben und Teilbereichen des öffentlichen Dienstes verbreitet, in denen Gewerkschaften nicht immer präsent sind – dennoch finden sich hier «ruppige» und «weniger berechenbare» Formen der Konfliktpartnerschaft.

In der «dritten Welt» schließlich sind Gewerkschaften und Unternehmensverbände kaum vertreten. Zu finden ist diese insbesondere in klein- und mittelständischen sowie ostdeutschen Unternehmen sowie in privaten Dienstleistungssektoren und im Handwerk. Die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit werde hier durch ein hohes Maß an prekärer Beschäftigung herausgefordert, die Arbeitgeberverbände sind mit Verbandsflucht und fehlender Regulierungsbereitschaft ihrer (möglichen) Mitgliedsunternehmen konfrontiert. Von einer Konfliktpartnerschaft könne daher nicht die Rede sein. Aufgrund der gewerkschaftlichen Durchsetzungsschwäche in vielen Dienstleistungsbereichen blieben hier selbst da Konflikte aus, wo die Potenziale dafür groß seien (ebd.: 384).

Als Ursachen für die Weltenteilung nennt Schroeder unterschiedliche Markt- und Unternehmensstrategien, die unterschiedlichen Stärken der Gewerkschafts- und Unternehmensverbände, die Verbreitung der Institutionen Tarifvertrag und Betriebsrat und neue Formen des Wettbewerbs zwischen Gewerkschaften, etwa zwischen DGB und Beamtenbund (ebd.: 378).

Die zweite Diagnose wurde von Wolfgang Streeck vorgetragen (Streeck 2009; 2016). Von einer Konfliktpartnerschaft könne, so Streeck, keine Rede mehr sein (Streeck 2016: 55). Die von der Konfliktpartnerschaftstheorie unterstellten sogenannten Positivsummenspiele aufgrund zwar konflikthafter, aber eben doch gemeinsamer Interessen von Kapital und Arbeit, seien heute unrealistisch – anders formuliert: Die als typisch unterstellten Vorteile für die Belegschaften, die früher Klassenkompromisse trugen, gäbe es in dieser Art heute nicht mehr. Zu beobachten sei eine Dualisierung

des Systems der Arbeitsbeziehungen, eine kleiner werdende Kernzone, die implizit mit den industriellen Exportsektoren assoziiert wird, stehe einer wachsenden dienstleistungsbasierten Peripherie gegenüber (ebd.: 53). Während in den Kernsektoren der deutschen Industrie stark partnerschaftliche, konfliktfrei anmutende Aushandlungsbeziehungen vorherrschten, ließen sich in «den» Dienstleistungssektoren Arbeitsbeziehungen beobachten, die durch «Konflikte ohne Partnerschaft» charakterisiert seien (ebd.: 58 f.).

Grundlegend für Streecks Diagnose ist die Thematisierung veränderter Machtungleichgewichte, die er auf eine gewachsene Kapitalmobilität zurückführt. Während die strukturelle Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit in den 1950er bis 1970er Jahren unter dem Vorzeichen geringer globaler Kapitalmobilität stand, änderte sich dies nach 1989 grundlegend. Seither disziplinierte die Globalisierung Belegschaften und Interessenvertreter*innen in den industriellen Exportsektoren. Das Ergebnis: Friedliche Betriebspartnerschaften und «nahtlose Interessengemeinschaft» auf sektoraler Ebene zwischen Gewerkschaften und Exportkapital (ebd.: 58). In «den» Dienstleistungssektoren hingegen sieht Streeck – unter dem Eindruck von Streikauseinandersetzungen des Jahres 2015 – das Gegenteil walten: Konflikte ohne Partnerschaft, deren Ursachen oftmals in der Zerschlagung des alten, durch Flächentarif regulierten öffentlichen Dienstes infolge von Privatisierungs- und Konsolidierungspolitiken nach 1989 und der Etablierung einer neuen Niedriglohnzone lägen (ebd.: 59).

Die dritte Diagnose schließlich hat Klaus Dörre formuliert. Auch Dörre geht von einer grundlegenden Veränderung des Systems der Arbeitsbeziehungen aus und attestiert eine neue Konfliktodynamik (vgl. auch Dörre u. a. 2016: 217 f.). Dabei unterscheidet er zwischen zwei Welten der Regulation. Diesen ordnet er aber weder ganze Branchen zu noch geht er davon aus, dass Konflikte nur in einer der beiden Welten zu finden sind.

Die «erste Welt» umfasst, Dörre zufolge, Branchen und Unternehmen, in denen Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen durch Flächen- und Haustarife mit Besserstellungen reguliert werden. Auch in dieser Welt habe sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit verändert und damit auch der Charakter der Arbeitsbeziehungen. Auch hier finde sich die Durchsetzung kapitalmarktdominierter Steuerungsformen der Unternehmen, die eine «Indienstnahme von Mitbestimmungskulturen durch eine straffe Gewinn- oder Renditesteuering» erleichtere (Dörre 2016: 356) – der Druck zur Unterwerfung unter reale oder vermeintliche Marktwänge wachse daher (ebd.: 356 f.).

Die «zweite Welt» hingegen sei eine der Ausgründungen, des Tarifdumpings, der Billiglohnkonkurrenz und der Erosion des Flächentarifvertrags (ebd.: 350). Hier mangle es nicht selten an einem kooperationswilligen Management und durchsetzungsfähigen Interessenvertretungen (ebd.: 355).

Konflikte, so Dörre, entstehen gerade deshalb, weil beide Welten nicht unabhängig voneinander existierten – sie werden geführt, wenn sich Unternehmen aus der einen

Welt in die andere bewegen (ebd.: 350). Dörre beschreibt also ein Grenzregime, das strukturell konfliktrichtig ist (ebd.: 357), wobei – logisch – zwischen Konflikten zu unterscheiden ist, die aus der zweiten in die erste bzw. aus der ersten in die zweite Welt führen. Insgesamt sieht Dörre in den damit verbundenen Arbeitskämpfen seitens der Belegschaften und Gewerkschaften einen Ausdruck einer «polanyischen Reaktion» von Lohnabhängigen auf marktgetriebene Verteilungsgerechtigkeit (ebd.: 361), wenngleich er durchaus zwischen Unternehmen und Beschäftigten als Schrittmacher von Arbeitskonflikten unterscheidet (ebd.: 358). Gerade die Reste der Mitbestimmung, der gewerkschaftlichen Organisationsmacht und der Umverteilungswirkung des Sozialstaates, die bis heute erhalten geblieben sind, werden dabei zu einem Referenz- und Ausgangspunkt einer neuen Konfliktdynamik, die auf die Einhegung des Finanzkapitalismus ziele (ebd.: 357).

6 Fazit

Die nähere Beschäftigung mit der Debatte um verbindende Klassenpolitik hat gezeigt, dass zwischen den einzelnen Beiträgen, trotz großer Überschneidungen, auch deutliche strategische Unterschiede bestehen. Das betrifft sowohl das Was, das verbunden werden soll, als auch das Wie des Verbindens: Mario Candeias wie Mimmo Porcaro rücken die Notwendigkeit in den Vordergrund, Verbindungen zwischen Initiativen und Bewegungen herzustellen und zugleich die Masse eher nicht aktiver Wähler*innen zu erreichen. Während Mario Candeias auf ein Mitte-Unten-Bündnis und auch eine Linksregierung orientiert, rückt für Mimmo Porcaro das einst geforderte Staatsprojekt in weite Ferne. Bernd Riexinger, der im Grundsatz die Perspektive verbindender politischer Arbeit teilt, verfolgt deutlich stärker eine Politik der Klarsenierung.

Diese unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen schließen sich gleichwohl nicht aus. Eine Politik der «Einigung der Klasse der Arbeiter*innen» ist ebenso wichtig wie die Herausbildung eines Klassenbündnisses zwischen Arbeiter*innen und «Mittelklassen». Dabei ist gleichzeitig die ungleiche Entwicklung des politischen Engagements und der Politisierung zu unterscheiden: Menschen, die in Initiativen und Bewegungen über eine längere Zeit aktiv sind; Menschen, die sich gelegentlich engagieren; Menschen, die sich nicht selbst einbringen, weder parteipolitisch und in sozialen Bewegungen noch in Gewerkschaften – und Menschen, die (wie sich in den in Kapitel 4 diskutierten Befunden der Lohnabhängigen-Bewusstseinsforschung herauskristallisiert) von der politischen Ordnung tief enttäuscht sind und sich frustriert abwenden. Lebendige Verbindungen entstehen nur zwischen Menschen, die sich engagieren – eine verbindende Klassenpolitik muss sich auf sie beziehen, insofern sie ein besonderes progressives Potenzial bilden. Zugleich wären breitere Schichten der Arbeiterklasse und lohnabhängigen Zwischenklasse zu erreichen, wozu entsprechende öffentliche Kampagnen gehören, die eine Frontlinie zwischen Oben und Volk (Stuart Hall) ziehen.

Vor diesem Hintergrund wurde eine weiter gefasste Forschungsperspektive umrissen. Linke Potenziale und die Aufgaben einer sozialistischen Partei wurden dabei innerhalb (möglicher) Prozesse der Klassenformierung und -demobilisierung verortet. Zu unterscheiden ist demnach zwischen objektiven Bedingungen sozialistischer Politik und den strategischen und organisationspolitischen Kapazitäten einer Partei.

Zu den objektiven Bedingungen, die gleichwohl veränderbar sind, gehören (1) soziale Konflikte und Kämpfe, (2) Initiativen und Bewegungen, (3) andere politische und zivilgesellschaftliche Kräfte sowie (4) das empirisch rekonstruierbare Massenbewusstsein. All diese Faktoren gestalten das politisch-soziale Kräftefeld, in dem sich sozialistische Parteien bewegen – und das je nach politischer Ausprägung größere oder kleinere linke Potenziale birgt.

Jedes Moment dieses Kräftefelds ließe sich ausdifferenzieren (zum Beispiel der Bereich der politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, Parteien und Bürgerrechtsorganisationen, Thinktanks und Intellektuellenzirkel) und gesondert analysieren. Hier wurden lediglich explorativ wissenschaftliche Befunde diskutiert, die Auskunft über linke Potenziale innerhalb des Massenbewusstseins und im Feld der Arbeitskämpfe geben. Insbesondere die Untersuchung der Fähigkeiten, die eine verbindende, strategisch agierende Klassenpartei charakterisieren könnten, wären gesondert zu untersuchen.

Strategisch auf ein Bündnis zu orientieren setzt voraus, systematisch zwischen mehreren subalternen Klassen bzw. wesentlichen Teilen der Klasse der Arbeiter*innen zu unterscheiden. Daher wurde die jüngere klassenanalytische Diskussion aufgegriffen und für die Unterscheidung zwischen mehreren subalternen Klassen plädiert, aus denen verbindende Klassenpolitik einen «Machtblock von unten» bzw. ein Unten-Mitte-Bündnis schmieden müsste. Zu unterscheiden ist zwischen einer buntscheckigen Klasse der Arbeiter*innen, einer lohnabhängigen Zwischenklasse und dem traditionellen Kleinbürgertum. Für jede dieser Klassen ist darüber hinaus ihre innere soziale und politische Polarisierung zu untersuchen, um Bündnismöglichkeiten und Widersprüche auszuloten. Neben der Entwicklung der Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse, der Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten, Bürger- und Sozialbewegungen, die hier nicht thematisiert wurden, gehören dazu insbesondere die subjektiven Verarbeitungsweisen des gesellschaftlichen Wandels und Ansätze der gewerkschaftlichen Interessenpolitik.

In der Forschung zu den subjektiven Verarbeitungsweisen des gesellschaftlichen Wandels dominieren bislang Beiträge, die vor allem rechtspopulistische, rechtsextreme, fremdenfeindliche oder autoritäre Einstellungen thematisieren. Eine ähnlich gut entwickelte qualitative Sozialforschung, die emanzipatorische Potenziale systematisch ausleuchtet, fehlt hingegen weithin. Gleichwohl zeigen auch die hier diskutierten Arbeiten neben rechten durchaus auch linke Potenziale auf.

Michael Vester (2017) etwa rekonstruiert in seinem Beitrag verschiedene politische Lager, die annäherungsweise den drei subalternen Klassen zugeordnet werden kön-

nen. Sichtbar werden sowohl fortschrittliche politische Lager, die von verbindender Klassenpolitik besonders adressiert werden müssten, als auch ambivalent-rückschrittliche, um die zu ringen wäre. Die beiden fortschrittlichen Hauptlager treten jeweils für Demokratie ein, für eine multikulturelle Gesellschaft und gleiche Teilhabemöglichkeiten der Geschlechter, sie unterscheiden sich jedoch hinsichtlich des Stellenwerts, den die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit für sie einnimmt. Eine besondere Herausforderung stellen dabei Teile der Klasse der Arbeiter*innen dar, die autoritär geprägt sind, Migrant*innen ablehnen, eher traditionellen Geschlechtervorstellungen folgen, aber zugleich für soziale Gerechtigkeit eintreten. Während zwischen ihnen und den fortschrittlichen Teilen der Arbeiterklasse ein Bündnis für soziale Gerechtigkeit möglich wäre, trennen sie die Themen Demokratie, Liberalität, Migration und Geschlechtergerechtigkeit.

Die Beiträge, die empirisch (potenziell) rechtspopulistische Verarbeitungsweisen bei abhängig Beschäftigten bzw. Gewerkschafter*innen rekonstruieren, zeigen nicht nur autoritäre und fremdenfeindliche Haltungen auf, sondern bringen – meines Erachtens – auch deutlich ambivalenteren Formen der Kritik an politischen Eliten bzw. dem Staat zutage, in denen Legitimationsprobleme des kapitalistischen Staates diffus zum Ausdruck kommen. Der Staatsbezug und die Repräsentationsorientierungen einerseits, die Ansprüche und Kritiken am Staat, am politischen System, an Parteien und Politiker*innen, die sie kennzeichnen, andererseits, wären insofern zukünftig intensiver zu erforschen.

Möglicherweise sind sie mit Brücken nach rechts verbunden, möglicherweise aber auch mit solchen nach links. Beurteilen kann das nur, wer die einzelnen Deutungen bzw. Aussagen in ihrem Gesamtzusammenhang verortet und sie als Elemente komplexer Deutungsmuster analysiert. Der Gebrauchswert eines solchen Deutungsmusteransatzes wurde in Auseinandersetzung mit einer älteren Studie der Bewusstseins- und Krisenforschung zumindest angedeutet – um anschließend ambivalente linke Potenziale zu skizzieren, die in Deutungsmustern enthalten sind, die in einer eigenen Untersuchung zu Solidaritätspotenzialen unter prekarierten Beschäftigten rekonstruiert wurden. Neben einem sozialpopulistischen Deutungsmuster, das deutlich fortschrittlicher ist, fand sich ein «exklusiver Sozialpopulismus» genanntes Muster. Anders als die älteren Befunde der Forschergruppe um Michael Vester können diese Ergebnisse keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben. Sie weisen mit dem «exklusiven Sozialpopulismus» jedoch eine aus sozialistischer Perspektive ambivalente Bewusstseinsform aus, an die kritisch im Rahmen verbindender Klassenpolitik anzuknüpfen wäre.

Die abschließende punktuelle Auseinandersetzung mit der Entwicklung von Arbeitskonflikten und Streikbewegungen hat verschiedene Ansatzpunkte sozialistischer Politik in einem Feld aufgezeigt, das politisch stark ungleich entwickelt ist. Von einem mittelfristigen Aufschwung von Streiks kann zwar keine Rede sein, vielfältige Konflikte auch unterhalb des Streikradars deuten allerdings darauf hin, dass das System der Arbeitsbeziehungen teilweise konfliktintensiver geworden ist.

Dabei hat sich der Schwerpunkt der Streiks aus den Industrie- in die Dienstleistungssektoren verschoben, was gleichwohl nicht als Abwesenheit von Konfliktpotenzialen und Kämpfen in industriellen Bereichen missverstanden werden darf.¹⁷ Im Vergleich zu früheren Jahrzehnten hat betriebsnahe Tarifpolitik stark an Bedeutung gewonnen – inwiefern Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsfeindlichkeit aufseiten der Unternehmen tatsächlich zugenommen haben, musste an dieser Stelle offen bleiben. Sie prägen allerdings, darauf deuten eigene Befunde hin, den Alltag gerade da, wo Belegschaften beginnen, interessenpolitisch aktiv zu werden. Die positive Seite tarifpolitischer Fragmentierung und der Angriffe auf Belegschaften sind sowohl betriebliche Politisierungsmöglichkeiten (ein Baustein älterer linker Gewerkschaftsstrategien) als auch Ansatzpunkte für Linke, um vor Ort Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit zu leisten.

Wünschenswert wären vor diesem Hintergrund Studien, die systematisch linke Potenziale in den drei subalternen Klassen sowie in wichtigen Fraktionen der Arbeiterklasse untersuchen würden. Wichtige Anregungen für derartige Untersuchungen bietet die Analyse des neoliberalen Projektes – Thatcherismus – durch Stuart Hall. Hall, der darin eine Variante populistischer Politik sieht, unterscheidet in seiner Analyse, wenn auch nicht systematisch, zwischen (1) populärer Empörung/Unzufriedenheit, (2) damit verbundener populärer Moral und (3) ausgearbeiteten politisch-ideologischen Projekten, die an beides anknüpfen.¹⁸ Implizit angesprochen – und von Hall nicht beantwortet – sind damit zwei wichtige Fragen: Erstens, wie und warum genau greifen Angehörige der populären Klassen politische Deutungsangebote auf und «bauen sich selbst» in diese aktiv ein? Zweitens, wenn nicht unterstellt wird, dass alle Formen der populären Moral und Empörung in beliebige politische Projekte integrierbar sind: Welche Ausprägungen der populären Moral und Empörung lassen sich empirisch unterscheiden?

Beide Fragen sind für die Untersuchung linker Potenziale von Bedeutung. Die Frage nach der aktiven Aneignung politischer Deutungsangebote rückt das nach Hand-

17 Der Umbau der Produktion durch neue Informationstechnologien bzw. Digitalisierung oder anstehende sozial-ökologische Transformationskonflikte (Dörre) etwa durch die sogenannte Mobilitäts-, Energie- und Agrarwende zeigen, dass auch im Industriebereich wieder harte Auseinandersetzungen zu erwarten sind (d. Hrsg.).

18 Ein Beispiel für ein solches Projekt ist der mit Thatcher identifizierte autoritäre Neoliberalismus, der nicht nur politische Reformvorschläge und ideologische Deutungsangebote verknüpft, die sich auf mehrere gesellschaftliche Handlungsfelder beziehen, sondern aktiv die Gesellschaft verändern will. Der neuen Rechten, so Hall, gehe es darum, «das Volk» zu gewinnen (Hall 2014a: 104), wofür sie sich als aktive politische Kraft neu erfunden habe (also ein neues politisches Projekt geworden ist, das um das Volk kämpft) (ebd.: 103f.). Der Thatcherismus, so heißt es später, «hat die desorganisierte Unzufriedenheit der populären Klassen ausgenutzt. Sie [Thatcher, d. Verf.] hat einen alternativen Block konstruiert, der um die mächtigen Themen «Anti-Etatismus», «Anti-Kollektivismus», «gegen schleichenden Sozialismus» und «gegen den Machtblock» [d.h. die Sozialdemokratie an der Macht, d. Verf.] organisiert ist. Dies hat sich als wirksame, dauerhafte und in der Tat gewaltige Kraft und «Philosophie» erwiesen – mit, und dies ist der entscheidende Punkt, großer populärer Anziehungskraft.» (Ebd.: 108) Auf diese Weise habe der Thatcherismus den latenten Widerspruch zwischen Volk und Machtblock in Richtung eines autoritären Populismus umgearbeitet bzw. ihn neutralisiert. Möglich allerdings war dies nur, weil das Projekt der neuen Rechten an den Alltagsverstand der Beherrschten anknüpfte, in dem gleichwohl Konservatives und Emanzipatorisches koexistiere, und weil es die diffuse Empörung aufgriff, die sich in den Volksklassen fand (ebd.: 113 ff.).

lungsfähigkeit strebende Subjekt in den Fokus der Aufmerksamkeit, sie lässt sich aber nur beantworten, wenn die eigensinnigen Gerechtigkeitsorientierungen und populären Ideologien berücksichtigt werden.

Methodologisch kann in diesem Zusammenhang eine Überlegung von Nicos Poulantzas zur Wirksamkeit faschistischer Ideologie und faschistischer Apparate nützlich sein. «Die» faschistische Ideologie gebe es ebenso wenig, wie die faschistischen Apparate (wie Partei, Wehrverbände, Sozialpolitik des faschistischen Staates usw.) klassenneutral wirksam gewesen seien. Beides habe es nur vermittelt über den Klassenkampf und klassenspezifische Ideologien gegeben – kurz: Es gab zwar ideologische Kernelemente des Faschismus, allerdings auch klassenspezifische Rezeptionen, die den Ansprüchen und Ideologien der verschiedenen Klassen entsprachen. Vereinfacht gesagt: Für Angehörige der Klasse der Arbeiter*innen und des Kleinbürgertums spielte die antikapitalistische Rhetorik und das Versprechen auf Volksgemeinschaft eine größere Rolle als für Angehörige der herrschenden Klasse. Die Frage ist also, wieso und auf welche Art und Weise sich Angehörige der populären Klassen mit eigenen Ideologien und Ansprüchen politische Deutungsangebote aneignen und in politische Projekte «einbauen» – wie ihre eigenen Gerechtigkeitsorientierungen und Ideologien dabei «verarbeitet» werden.

Wie in Kapitel 2 argumentiert wurde, wären daher bei der Rekonstruktion linker Potenziale sozialmoralische Gerechtigkeitsorientierungen und die damit verbundenen «impliziten Gesellschaftsverträge» genauer ins Auge zu fassen. Einzelne Deutungen sollten zudem im Zusammenhang mit sozialen Deutungsmustern verortet werden, in denen sie allein für die Menschen Sinn ergeben und sie handlungsfähig machen. Eine eigene Rolle sollte dabei der Bezug der Befragten auf politische Repräsentations- und Deutungsangebote spielen.

Während repräsentative Ansätze gewissermaßen aus einer Krähenestperspektive politisch relevante Einstellungen und Haltungen offenlegen (hierfür steht exemplarisch der Ansatz von Michael Vester), wären gezielt Deutungsmuster bei Menschen zu untersuchen, die in verschiedenen Konflikten aktiv werden oder in diese (selbst passiv) einbezogen werden. Beide Ansätze – die Krähenestperspektive und der Zugang über möglicherweise transformativ wirkende Konflikte – müssen sich nicht ausschließen, sondern machen unterschiedliche linke Potenziale sichtbar. Aus der Krähenestperspektive werden insbesondere die Haltungen sichtbar, die beim Gros der (interessen-)politisch nicht aktiven Bevölkerung zu finden sind und die laut Mimmo Porcaro zwingend adressiert werden müssen; der Zugang über Konflikte hingegen legt linke Potenziale bei Aktiven, Engagierten und Involvierten frei, die das Rückgrat eines möglichen Unten-Mitte-Bündnisses bilden könnten.

Literatur

AK Strategic Unionism (2013): Jenaer Machtressourcenansatz 2.0, in: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt a. M./New York, S. 345–375.

- Allert, Tilman (1976): Legitimation und gesellschaftliche Deutungsmuster. Zur Kritik der politischen Krisentheorie, in: Ebbinghaus, Rolf (Hrsg.): Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, Frankfurt a. M., S. 217–247.
- Altvater, Peter/Stamer, Maren/Thomssen, Wilke (2000): Alltägliche Fremdenfeindlichkeit. Interpretationen, Münster.
- Bahl, Friederike/Staab, Philipp (2015): Die Proletarisierung der Dienstleistungsarbeit. Institutionelle Selektivität, Arbeitsprozess und Zukunftspersonen im Segment einfacher Dienstleistungsarbeit, in: Soziale Welt 66, S. 371–387.
- Balibar, Étienne (2018): Wiedergelesen: Der «Klassen-Rassismus», LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/wiedergelesen-derklassen-rassismus/.
- Barker, Colin (2002): A Modern Moral Economy? Edward Thompson and Valentin Volosinov Meet in North Manchester, unter: www.academia.edu/26275443/A_modern_moral_economy._Edward_Thompson_and_Valentin_Volosinov_meet_in_North_Manchester.
- Barker, Colin (2006): Ideology, Discourse and Moral Economy, in: Atlantic Journal of Communication 1–2/2006, S. 7–27.
- Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2004): Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard, Konstanz.
- Behrens, Martin/Dribbusch, Heiner (2014): Arbeitgebermaßnahmen gegen Betriebsräte, in: WSI-Mitteilungen 2/2014, S. 140–148.
- Bensaïd, Daniel (2007): Strategy and Party, in: International Viewpoint, 5.7.2011, unter: <http://keywordswww.internationalviewpoint.org/spip.php?article2198>.
- Bettelheim, Charles (1975): Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Berlin.
- Bewernitz, Torsten/Dribbusch, Heiner (2014): «Kein Tag ohne Streik»: Arbeitskämpfeentwicklung im Dienstleistungssektor, in: WSI-Mitteilungen 4/2014, S. 393–401.
- Boccard, Paul u. a. (1973): Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt a. M.
- Boewe, Jörn/Schulten, Johannes (2015): Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten. Labor des Widerstands: Gewerkschaftliche Organisierung im Onlinehandel, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 24, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen24_Arbeitskampf_bei_Amazon.pdf.
- Bose, Sophie/Köster, Jakob/Luetten, John (2018): Rechtspopulistische Gewerkschaftsaktive. Gesellschaftsbilder und Einstellungsmuster aktiver Gewerkschaftsmitglieder, in: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a. M., S. 211–226.
- Brückner, Peter (2004): Sozialpsychologie des Kapitalismus, Gießen/Hamburg.
- Brandt, Gerhard (1990): Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus. Aufsätze 1971–1987, Frankfurt a. M.
- Candeias, Mario (2017): Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus, in: LuXemburg, Online-Sonderausgabe August 2017, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/online-sonderausgabe-august-2017/.

- zeitschriftluxemburg.de/eine-frage-der-klasse-neue-klassenpolitik-als-verbindende-
rantagonismus/.
- Candeias, Mario (2018): Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen. Wie hängen unterschiedliche Erklärungsmuster zusammen? Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit, in: ders.: Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 24, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/, S. 33–60.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg.
- Chacón, Justin Akers/Davis, Mike (2007): Crossing the Border. Migration und Klassenkampf in der US-amerikanischen Geschichte, Berlin.
- Deppe, Frank (1981): Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse, Marburg.
- Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Susanne/Sauer, Dieter (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen, Hamburg.
- Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Susanne/Sauer, Dieter/Bischoff, Joachim (2013): Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat, Hamburg.
- Dörre, Klaus (2016): Die neue Konfliktformation. Klassen-Kämpfe in fragmentierten Arbeitsbeziehungen, in: Industrielle Beziehungen 3/2016, S. 348–365.
- Dörre, Klaus (2018): Die Bundesrepublik – eine demobilisierte Klassengesellschaft, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 116, Frankfurt a. M., S. 41–50.
- Dörre, Klaus/Goes, Thomas E./Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2016): Streikrepublik Deutschland?, Frankfurt a. M.
- Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (2013): Das Unbehagen am Kapitalismus und die LohnarbeiterInnen, in: dies. (Hrsg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen, Hamburg, S. 9–28.
- Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederick (2004): Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?, in: Bischoff, Joachim/Dörre, Klaus/Gauthier, Elisabeth (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg, S. 77–119.
- Dörre, Klaus/Matuschek, Ingo (2013): Kapitalistische Landnahmen, ihre Subjekte und das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen, in: Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen, Hamburg, S. 29–53.
- Draper, Hal (1978): Karl Marx's Theory of Revolution. Volume II: The Politics of Classes, Chicago.
- Dribbusch, Heiner (2016): Streikrepublik Deutschland? Mitnichten!, Online-Publikation, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, unter: www.bpb.de/dialog/netzdebatte/215395/streikrepublik-deutschland-mitnichten.

- Dribbusch, Heiner/Lehndorff, Steffen/Schulten, Thorsten (2017): Two Worlds of Unionism? German Manufacturing and Service Unions Since the Great Recession, in: dies. (Hrsg.): *Rough Waters – European Trade Unions in a Time of Crises*, Brüssel, S. 197–220.
- Fantasia, Rick (1988): *Cultures of Solidarity. Consciousness, Action, And Contemporary American Workers*, Berkeley/Los Angeles.
- Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine/Krenn, Manfred/Papuschek, Ulrike (2005): Leistung, Unsicherheit und Ohnmacht. Wie Umbrüche in der Arbeitswelt zum Aufstieg des Rechtspopulismus beitragen, unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11614-006-0054-1>.
- Friedrich, Sebastian (2018): Neue Klassenpolitik. Eine Perspektive gegen die neoliberale und die rechte Erzählung, in: ders./Redaktion analyse & kritik (Hrsg.): *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, Berlin.
- Fütterer, Michael/Rhein, Markus (2015): «Erneuerung geht von unten aus». Neue gewerkschaftliche Organisationsansätze im Einzelhandel – Das Beispiel H&M, Berlin.
- Gamson, William A. (2002): *Talking Politics*, Cambridge.
- Geißler, Jeannine/Wilde, Florian (2016): Erneuerung durch Streik II. Kämpfe gemeinsam führen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 10, Berlin.
- Goes, Thomas E. (2015): Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr. Wie sich Prekarisierung auf Beschäftigte im Großhandel auswirkt, Frankfurt a. M.
- Goes, Thomas E. (2016): Aus der Krise zur Erneuerung? Gewerkschaften zwischen Sozialpartnerschaft und sozialer Bewegung, Köln.
- Goes, Thomas E. (2019): «Rationalisierung in Eigenregie». Der Aufstieg eines hegemonialen Marktspotismus in der deutschen Automobilindustrie, in: Dunkel, Wolfgang/Hanekop, Heidemarie/Mayer-Ahuja, Nicole (Hrsg.): *Blick zurück nach vorn. Sekundäranalysen zum Wandel von Arbeit nach dem Fordismus*, Frankfurt a. M., im Erscheinen, S. 97–135.
- Goes, Thomas E./Bock, Violetta (2017): Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte, Köln.
- Goes, Thomas E./Dörre, Klaus/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2015): Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland, Frankfurt a. M.
- Gordon, David M. u. a. (1982): *Segmented Work, Divided Workers*, Cambridge.
- Gramsci, Antonio (2004): *Erziehung und Bildung*, Gramsci-Reader, Hamburg.
- Hall, Stuart (2014a): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: ders.: *Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften* 5, Hamburg, S. 101–121.
- Hall, Stuart (2014b): Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus, in: ders. (Hrsg.): *Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften* 5, Hamburg, S. 121–133.
- Haug, Wolfgang Fritz (2001): *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern*, Berlin.

- Heil, Barbara/Kuhlmann, Martin (2016): «Die da oben, wir hier unten». Arbeits- und Betriebsverständnis von Industriearbeitern, in: WSI-Mitteilungen 7/2016, S. 521–529.
- Heinrich, Roberto/Jochem, Sven/Siegel, Nico A. (2016): Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Hürtgen, Stefanie (2017): Verwerfungen in der «moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates»: Ausgrenzungen prekär Beschäftigter und die Problematik sozialer und politischer Bürgerschaft, in: Arbeits- und Industriesoziologische Studien 1/2017, S. 23–38.
- Il Manifesto (1971): Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von «il manifesto», Berlin.
- Kebir, Sabine (1986): Zum Begriff des Alltagsverständes («senso comune») bei Antonio Gramsci, in: Dubiel, Helmut (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt a. M., S. 74–83.
- Kipping, Katja/Rixinger, Bernd (2013): Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE, Berlin, 22.11.2013, unter: www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden.
- Koch, Max (1998): Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft, Münster.
- Lapavistas, Costas (2019): The Left Case Against The EU, Cambridge.
- Leisewitz, Andre/Reusch, Jürgen/Wiegel, Gerd/Zander, Michael (2019): «Pressure from without» – Soziale und politische Proteste und Bewegungen 2008–2018, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 117, Frankfurt a. M., S. 87–98.
- Lessenich, Stefan (2007): Die Grenzen der Anerkennung – Zum Wandel der moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaats, in: Wimbauer, Christine/Henninger, Annette/Gottwald, Markus (Hrsg.): Die Gesellschaft als institutionalisierte Anerkennungsordnung, Opladen, S. 151–169.
- Lesch, Hagen (2015): Strukturwandel des Arbeitskampfs. Deutschland im OECD-Ländervergleich, in: IW-Trend 3/2015, Köln.
- Lesch, Hagen (2017): Konflikteskalation in Tarifverhandlungen: Methode, Indikatoren und empirische Befunde, in: Industrielle Beziehungen 1/2017, S. 31–53.
- Lévesque, Christian/Murray, Gregor (2010): Understanding Union Power. Resources and Capabilities for Renewing Union Capacity, in: Transfer. European Review of Labour and Research, S. 333–350, unter: <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1024258910373867>.
- Mandel, Ernest (2000): Macht und Geld, Köln.
- Markard, Morus (2009): Einführung in die Kritische Psychologie, Hamburg.
- Mauke, Michael (1977): Die Klassentheorie von Marx und Engels, Frankfurt a. M.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2018): Klasse – Vom Elefant im Raum zum Schlüssel politischer Mobilisierung?, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 116, S. 15–25.
- Meiksins Wood, Ellen (2010): Demokratie contra Kapitalismus, Köln.

- MEW – Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin 1956 ff. – darin:
 Engels, Friedrich: Zwei Reden in Elberfeld [1845], Bd. 2, S. 536–557.
 Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft [1877/78],
 Bd. 20, S. 1–303.
 Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band [1867],
 Bd. 23.
- Miehe, Jörg (2017): Vom Schwinden der Arbeiterklasse, Berlin.
- Milios, Jannis/Economakis, Georg (2014): Mittelklassen, Klassenstellung und politische Klassenposition, in: Prokla 176, S. 403–423.
- Moody, Kim (2014): In Solidarity. Essays on Working-Class Organization in the United States, Chicago.
- Moody, Kim (2017): On New Terrain. How Capital is Reshaping the Battleground of Class War, Chicago.
- Moore, Barrington (1987): Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt a. M.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt a. M.
- Nachtwey, Oliver/Wolf, Luigi (2013): Strategisches Handlungsvermögen und gewerkschaftliche Erneuerung im Dienstleistungssektor, in: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt a. M., S. 179–198.
- Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland, Bonn.
- Neuner, Monika (2013): Bedingungsgebundene Tarifarbeit: Ein erfolgreicher Weg zur Erneuerung?, in: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt a. M., S. 213–225.
- Nowak, Iris/Hausotter, Jette/Winker, Gabriele (2012): Handlungsfähigkeit in entgrenzten Verhältnissen. Subjekt-rekonstruktionen von Beschäftigten in Industrie und Altenpflege, Hamburg, unter: <https://doi.org/10.15480/882.1043>.
- Opratto, Benjamin (2012): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci, Münster.
- Peter, Lothar (2010): Was machen wir mit dem Klassenbegriff?, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 81, unter: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/91.was-machen-wir-mit-dem-klassenbegriff.html.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1986): Aufstand der Armen, Frankfurt a. M.
- Porcaro, Mimmo (2010): Die Partei der kommunistischen Neugründung zwischen scheinbarer Kontinuität und tatsächlicher Diskontinuität, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin, S. 190–203.

- Porcaro, Mimmo (2012): Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/linke-parteien-in-der-fragmentierten-gesellschaft/
- Porcaro, Mimmo (2013a): Occupy-Lenin-Debatte. Kunststücke. Was eine linke Partei alles können muss, in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/occupy-lenin-debatte-kunststuecke/.
- Porcaro, Mimmo (2013b): Occupy Lenin. Der heimliche Evolutionismus der Linken, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/occupy-lenin/.
- Porcaro, Mimmo (2015): Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert, Hamburg.
- Poulantzas, Nico (1975): Klassen im Kapitalismus – heute, Hamburg.
- Poulantzas, Nico (2002): Staatstheorie, Hamburg.
- Poulantzas, Nico (2015): Die Krise der Diktaturen, Frankfurt a. M.
- Riexinger, Bernd (2013): Demokratisierung von Streiks. Revitalisierung der Gewerkschaftsarbeit, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Riexinger_zu_Demokratisierung.pdf.
- Riexinger, Bernd (2016): Ein unmoralisches Angebot. Die Linke als Partei gewerkschaftlicher Erneuerung, in: LuXemburg/Jacobin 2/2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ein-unmoralisches-angebot-die-linke-als-partei-gewerkschaftlicher-erneuerung/.
- Riexinger, Bernd (2017): Sozialistische Klassenpolitik, in: LuXemburg 2–3/2017, www.zeitschrift-luxemburg.de/sozialistische-klassenpolitik/.
- Rossanda, Rossana (1975): Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch, Frankfurt a. M.
- Rügemer, Werner/Wiegand, Elmar (2015): Die Fertigmacher, Köln.
- Sachweh, Patrick (2010): Deutungsmuster sozialer Ungleichheit, Frankfurt a. M.
- Sachweh, Patrick u. a. (2009): Wandel und Reform des deutschen Sozialstaats aus Sicht der Bevölkerung, in: WSI-Mitteilungen 11/2009, S. 612–618.
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.
- Schmalstieg, Catharina (2015): Prekarität und kollektive Handlungsfähigkeit. Gewerkschaftsarbeit im Niedriglohnbereich. Das Beispiel USA, Hamburg.
- Schmidt, Ingo (2015): Counteracting Factors. The Unmaking and Remaking of Working Classes in Europe, in: Perspectives on Global Development and Technology 14, S. 129–145.
- Schroeder, Wolfgang (2014): Gewerkschaften im Transformationsprozess. Herausforderungen, Strategien und Machtressourcen, in: ders. (Hrsg.): Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, Wiesbaden, S. 13–47.

- Schroeder, Wolfgang (2016): Konfliktpartnerschaft – still alive. Veränderter Konfliktmodus in der verarbeitenden Industrie, in: *Industrielle Beziehungen* 3/2016, S. 374–392.
- Silver, Beverly (2013): Theorising the Working-Class in Twenty-First-Century-Global Capitalism, in: Atzeni, Maurizio (Hrsg.): *Workers and Labour in a Globalised Capitalism*, Basingstoke, S. 46–49.
- Smucker, Jonathan (2017): *Hegemony How-To. A Roadmap for Radicals*, La Vergne.
- Sotiris, Panagiotis (2017): *The Organization as Laboratory of Intellectualities*, Redemanuskript, unter: www.academia.edu/32879828/The_Organization_as_Laboratory_of_Intellectualities.
- Statistisches Bundesamt (2018): *Statistisches Jahrbuch*, Bonn.
- Streeck, Wolfgang (2009): *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford.
- Streeck, Wolfgang (2016): Von Konflikt ohne Partnerschaft zu Partnerschaft ohne Konflikt: Industrielle Beziehungen in Deutschland, in: *Industrielle Beziehungen* 1/2016, S. 47–60.
- Tarifarchiv des WSI (2017): *Ausgewählte Arbeitskämpfe seit 1950*, unter: www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_28532.htm.
- Thompson, Edward P. (1979): Die sittliche Ökonomie der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Puls, Detlev (Hrsg.): *Wahrnehmungsformen und Protestverhalten*, Frankfurt a. M., S. 13–81.
- Thompson, Edward P. (1980): *Volkskunde, Anthropologie, Sozialgeschichte*, in: ders. (Hrsg.): *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M., S. 289–318.
- Tullius, Knut/Wolf, Harald (2016): *Moderne Arbeitsmoral: Gerechtigkeits- und Rationalitätsansprüche von Erwerbstätigen heute*, in: *WSI-Mitteilungen* 7/2016, S. 493–502.
- Vandaele, Kurt (2014): *Ende des Abwärtstrends? Zur Entwicklung des Streikvolumens in Westeuropa seit Beginn der Weltwirtschaftskrise*, in: *WSI-Mitteilungen* 5/2014, S. 345–352.
- Vester, Michael (1975): *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß*, Frankfurt a. M.
- Vester, Michael (2017): *Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Der Rechtspopulismus und die Potenziale politischer Mobilisierung*, Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen Online, unter: https://nrw.rosalux.de/fileadmin/ls_nrw/dokumente/Publicationen/Michael_Vester_Rechtspopulismus_soziale_Gerechtigkeit_18_M%C3%A4rz-2.pdf.
- Vester, Michael (2019): *Von Marx zu Bourdieu. Klassentheorie als Theorie der Praxis*, in: Vester, Michael/Kadritzke, Ulf/Graf, Jakob (Hrsg.): *Klassen – Fraktionen – Milieus. Beiträge zur Klassenanalyse* (1), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *Manuskripte – Neue Folge* 22, Berlin, S. 9–67.

- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. M.
- Weber-Menges, Sonja (2014): Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung. Zur Entwicklung der Erwerbsstruktur und insbesondere der Prekarität auf der Datengrundlage des Mikrozensus 1991–2011, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/7958/berufliche-arbeitsteilung-und-prekarisierung-1/.
- Wright, Eric O. (1979): *Class, Crisis and the State*, London.
- Wright, Eric O. (1985): *Classes*, London.
- Zinn, Harald (2003): *Eine Geschichte des amerikanischen Volkes*, Hamburg.
- Zoll, Rainer (Hrsg.) (1984): «Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!». Arbeiter in der Wirtschaftskrise, Köln.

Mario Candeias

EIN ORGANISCHER INTELLEKTUELLER DER ARBEITERKLASSE

**REZENSION VON BERND RIEXINGERS BUCH
«NEUE KLASSENPOLITIK. SOLIDARITÄT DER VIELEN
STATT HERRSCHAFT DER WENIGEN»**

«Während ich aus einem Arbeiterhaushalt komme und fast mein ganzes erwachsenes Leben inmitten der Auseinandersetzungen der realen Arbeiter*innenklasse verbracht habe, wird mir nun im Feuilleton diverser Zeitungen vorgeworfen, die Arbeiterklasse [...] zu vernachlässigen», wundert sich Bernd Rixinger (78).¹ Dies gehört zu den Absurditäten der gegenwärtigen Debatte um Klassen. Da wird in der Debatte doch allzu häufig die «Linke mit der Sozialdemokratie gleichgesetzt» (87), teilweise auch in den eigenen Reihen. Distinktions- und Machtkämpfe. Dabei ist schon unklar, wie die Klasse der Arbeiter*innen heute eigentlich aussieht. Eine Klassenanalyse dürfe nicht «die Vielgestaltigkeit des »gesellschaftlichen Gesamtarbeiters«, die Veränderungen der Klasse, die Analyse »internationaler oder geschlechtlicher Arbeitsteilung« außen vor lassen, kein »monolithisches« oder reduktionistisches Bild der Arbeiterklasse zeichnen (86).

«Wer vor dem Neoliberalismus an Klassenkampf dachte, hatte eher Stahl- und Industriearbeiter vor Augen. Heute sind die Gesichter der sozialen Kämpfe weiblicher und migrantischer geworden. Viele Beschäftigte arbeiten in Branchen, die lange Zeit als »unorganisierbar« galten», vor allem im Dienstleistungssektor, sie verfügen über eine bessere Bildung und Ausbildung als ihre Eltern. «Viele haben einen akademischen Hintergrund, etliche sind Arbeiterkinder oder Kinder von Migrant*innen.» (88) Und doch leben sehr viele von ihnen quer zu den Qualifikationsniveaus prekär, ohne direkte »Produktionsmacht« (10). Ausführlich belegt Rixinger die Veränderungen von Produktions- und Arbeitsverhältnissen und ihre gravierenden Auswirkungen auf die Neuzusammensetzung der Klasse.

1 Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf: Rixinger, Bernd (2018): Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, Hamburg.

Analyse vor dem Hintergrund tiefer Erfahrung: Kämpfe um die Arbeit

In gewisser Weise sind diese Umwälzungen im «Bauch der Produktionsweise» in Bernd Riexingers politische Biografie eingeschrieben: von seiner Zeit als Lehrling über seine Arbeit bei der Gewerkschaft Handel, Banken und Versorgung (HBV) und später bei ver.di bis zum Co-Vorsitz der Partei DIE LINKE. Entsprechend sind überall Erfahrungen eingeflochten, Geschichten von Einzelnen und von gemeinsamen Niederlagen und Kämpfen. Keine Anekdoten, sondern wichtige Ausgangspunkte für Analyse und strategische Reflexion aus der Mitte der Organisation der realen Kämpfe.

Der Ort der avanciertesten Kämpfe hat sich dabei verschoben: «Die Streikbewegungen folgen der veränderten Zusammensetzung der Arbeiter*innenklasse. Sie verschieben sich in den Dienstleistungssektor, erfassen nach und nach Branchen, die neu entstanden oder stark gewachsen sind, ihre Akteure werden weiblicher und migrantischer. Sie widerlegen, dass sich klassische Büroangestellte oder prekär Beschäftigte nicht organisieren und kämpfen können.» (118) Detailliert werden Arbeitskämpfe, Streikstrategien und Streikpraxis in unterschiedlichen Dienstleistungsbereichen wie Banken, Handel, Sozial- und Erziehungsdiensten, Krankenhäusern, Kämpfe des Dienstleistungsproletariat in der Logistik (Amazon) und anderen Bereichen des digitalen Plattformkapitalismus oder bei der IG Metall nachgezeichnet. Wie ein roter Faden ziehen sich dabei die Fragen der Demokratisierung gewerkschaftlicher Kämpfe und Organisation durch, die Riexinger in seiner Zeit in Stuttgart mit den Kolleg*innen beispielhaft entwickelt hat. Um nicht missverstanden zu werden, schickt Riexinger voraus: «Arbeitskämpfe sind sicher nicht der alleinige Ausdruck von Klassenauseinandersetzungen, aber doch ein wichtiger.» (93)

Kämpfe um die Reproduktion

«Die fortschrittlichsten Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung haben immer das gesamte Leben in den Blick genommen [...]. Ob die Wohnung bezahlbar ist, ob es eine schnelle U-Bahn-Verbindung zur Arbeit oder einen Bus vom Land in die Stadt gibt, ob die Kinder gut versorgt sind und ihnen gute Bildung zugänglich gemacht wird, ob für humane Pflege im Alter, ein patient*innenorientiertes Gesundheitssystem, saubere Luft, Wasser, Energie gesorgt ist: Diese Fragen der Reproduktion oder [...] der öffentlichen Infrastruktur spielen» eine bedeutsame Rolle. Und wie eine solche öffentliche Infrastruktur beschaffen und finanziert werden soll, ist eben Gegenstand von Verteilungs- und Klassenkämpfen (11 f.).

Dabei gilt es, «den Blick auf die Lohnabhängigen als ‚ganze Menschen‘ und damit auch auf ihre Lebensweise» zur richten (89): Dies impliziert einen anderen Interessenbegriff. Denn die Einzelnen haben vielfältige Interessen. Teilweise sind diese gegensätzlich, die Widersprüche gehen mitten durch die Subjekte. Insofern sind Interessen nicht «objektiv» gegeben, sondern werden in Auseinandersetzungen permanent geformt, im besten Fall gemeinsam. Entsprechend vielfältiger sind auch die Kämpfe.

Dennoch werden die soziale Frage und sogenannte «kulturelle» Fragen häufig gegeneinandergestellt, obwohl sie «im Alltagsleben miteinander verbunden sind: wie wir arbeiten und leben und dabei fühlen, denken, lieben, trauern, Erniedrigung, Diskriminierung, Gewalt und Macht erfahren, uns dabei schämen, hilflos und wütend fühlen» (89). Es gilt, sich vorzusehen vor einer «verkürzten Liberalismuskritik», die die politische Auseinandersetzung noch gegen einen mit dem «Neue Mitte»-Diskurs von Schröder und Blair verbundenen sozial-liberalen Kurs verbindet, sozusagen den neoliberalen Entwendungen wichtiger Errungenschaften von Frauen-, LGBTIQ-, Antirassismus-, Ökologie- und anderen Bewegungen. Denn längst haben sich die «Linien der Auseinandersetzung» verschoben: Inzwischen geht es um einen autoritären Kapitalismus, der ganz umfassend liberale wie soziale Rechte einer solidarischen und demokratischen Lebensweise angreift.

Statt falsche Gegensätze zu reproduzieren, ist es «die Aufgabe der Linken, mit einer antirassistischen, feministischen und emanzipatorischen Klassenorientierung die Potenziale der heutigen Gesellschaft für ein selbstbestimmtes Leben, die das Bürgertum nur als Freiheiten für wenige verwirklichen kann, für alle Menschen zu erkämpfen» (91). Die Stärke der gesellschaftlichen Mobilisierungen um das Öffentliche oder ums Wohnen, für Antirassismus und Antifaschismus und für die Emanzipation aller sind Elemente des Klassenkampfes, um «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes [...] Wesen ist». ² Für Rie-xinger ist dieser bunte Klassenkampf nicht nur eine harte und bittere Auseinandersetzung, vielmehr haben ihn die vielen an der Organisation der Kämpfe Beteiligten gelehrt, «wie sehr Solidarität und Lebensfreude zusammengehen» können (12).

Spaltung und Gemeinsames

Rie-xinger geht dabei von der Differenzierung, Segmentierung, ja Spaltung der Klasse der Arbeiter*innen aus, alles andere wäre naiv. Die Differenzierungen verlaufen entlang der Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozess, entlang beruflicher Identitäten, geschlechtlicher oder ethno-nationaler (Selbst-)Zuschreibungen, Konsum-, unterschiedlicher Lebensweisen, auch von Stadt und Land etc. Auf Basis von Differenzen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen werden gesellschaftliche Hegemoniekämpfe ausgetragen, die zu Spaltungen, zu Fraktionierungen führen, indem Teile der Klasse der Arbeiter*innen in unterschiedlicher Weise in Herrschaftsprojekte integriert werden. Als einen der stärksten Spaltpilze verweist Rie-xinger auf die «enge Verbindung von Rassismus und «Klassenpolitik von oben» und bezieht sich dabei auf Theorien von Stuart Hall, Étienne Balibar und Immanuel Wallerstein, die das Verhältnis zwischen «Rasse», Klasse und Nation analysieren (87).

2 Marx, Karl (1974 [1844]): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW, Bd. 1, Berlin, S. 378–391, hier S. 385.

Gegen diesen Spaltpilz setzt Riexinger gewerkschaftliche Erfahrung: Migrant*innen «bildeten vielfach das Rückgrat der gewerkschaftlichen Kämpfe, insbesondere in den wilden Streiks 1969 und 1971. [...] Voraussetzung dafür war, dass die damals so bezeichneten «Gastarbeiter» in die Tarifverträge einbezogen wurden. Ihre arbeitsrechtliche Gleichbehandlung war eine Grundlage», um sie in gewerkschaftliche Auseinandersetzungen einzubeziehen (21). Der Autor fordert auf, Geflüchtete und Migrant*innen als Teil der Klasse, als tätige Subjekte zu betrachten, «mit ihnen zusammen für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne zu kämpfen», für soziale Rechte für alle einzutreten (81). Und er macht dies praktisch anhand der Streikbewegungen etwa im Handel, die er selbst organisiert hat.

Dabei verbindet Riexinger den gewerkschaftlichen Kampf mit politischen Initiativen, die einem Dreiklang folgen: (1) Fluchtursachen bekämpfen; (2) soziale Offensive für alle (also ein ehrgeiziges Investitionsprogramm) und (3) Willkommens- und Integrationspolitik einschließlich der Schaffung sicherer Fluchtwege. «Wer sagt, diese Position sei «naiv», weil sie an den aktuellen Kräfteverhältnissen scheitert, gibt letztlich den Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung auf.» (79) Immerhin wäre eine solche soziale Offensive für alle deutlich billiger als die Bankenrettung von 2018, die rund 236 Milliarden Euro gekostet hat (81). Andere gesellschaftliche Verhältnisse durchzusetzen, um eine solidarische Einwanderungsgesellschaft zu realisieren, weist für Riexinger «über die notwendige und richtige antirassistische Haltung hinaus», ist praktische, verbindende Klassenpolitik (85).

Die Formierung gemeinsamer Interessen ist auch der «Ansatzpunkt für eine solidarische Klassenpolitik» zwischen den unterschiedlichen Segmenten der Arbeiterklasse: In diesem Zusammenhang versteht Riexinger Prekarisierung in Anlehnung an Marx als Auseinandersetzung um «den gesellschaftlich durchschnittlichen Wert der Ware Arbeitskraft», «als Versuch, die Standards» von Teilhabe und Absicherung abzusenken (71), Druck auf das gesamte Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen in allen Bereichen auszuüben. Die noch gut situierten Teile der Lohnabhängigenklasse oder die sogenannten Stammebelegschaften können daher «kein Interesse an der wachsenden Prekarisierung haben. Es gibt ein gemeinsames Klasseninteresse» – dieses zu «formulieren und dazu gewerkschaftliche und politische Praxiserfahrungen zu organisieren, ist die Aufgabe moderner Klassenpolitik» (71). Dabei werde oft «übersehen oder unterschätzt», dass auch die Technisierung und Computerisierung der Arbeit in den meisten Branchen – auch in den Dienstleistungen oder Verwaltungen – «zu ähnlichen Entwicklungen führt»: «Leistungsdruck und Dauerstress» (42 f.) produzieren eine gemeinsame Klassenlage der ausgebeuteten «Hamster» im Laufrad verdichteter und flexibilisierter Arbeit.

Ein gemeinsames Interesse ist auch für den Bereich der öffentlichen Infrastruktur und des Sozialstaats zu finden und zu formulieren: Denn der Druck zur Absenkung sozialstaatlicher Leistungen wirkt sich nicht nur auf Hartz-IV-Bezieher*innen aus, sondern auf alle Lohnabhängigengruppen, und drückt noch einmal den Wert der Ar-

beitskraft durch Absenken des sogenannten zweiten Lohnes. Überdies zeigen Untersuchungen, dass nicht die Armen oder Prekären, sondern vor allem die sogenannten Mittelschichten am meisten vom Sozialstaat profitieren. Das würde jedoch bedeuten, dass «die verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen ein großes gemeinsames Interesse an gut ausgestalteten Sozialsystemen, einer gut ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge» haben (74).

«Erfahrung organisieren»

Das ist kein Selbstläufer, sondern bedeutet mühsame und langfristige Organisationsarbeit – auch die Erfahrung von Konflikten zu organisieren: «Sobald Menschen ihre Interessen [...] formulieren und sich organisieren, um sie durchzusetzen, stoßen sie auf den Widerstand anderer Klassen.» (125) – Dies ist der Moment, in dem ein entwickelter und inklusiver Klassenbegriff von Nutzen sein kann, solidaritäts- und identitätsbildend Haltungen stärken kann, «wenn deine Geschichte auch meine ist», so Riexingers Freund und Theaterregisseur Volker Lösch (126). Klasse zu denken hilft auch bei der Gegnerbestimmung. «Dramatisiert die soziale Gerechtigkeit» (Lösch) und die gesellschaftliche Lage! (127)

Ein schlichtes Nebeneinander ungleichzeitig geführter Kämpfe ist «kein ausreichendes Instrument». Nötig ist, sie «zu verallgemeinern, auszudehnen, zu koordinieren, die Kräfte besser zu bündeln, zu politisieren» (119), auf ein gemeinsames Projekt hin zu orientieren. Das Projekt, das Riexinger vorschlägt, ist der gemeinsame Kampf um ein neues Normalarbeitsverhältnis, das entschiedene Eintreten «für eine grundlegende Veränderung der Arbeitswelt» als «Herz einer verbindenden Klassenpolitik» (128). Aufgrund seiner Erfahrungen mit Kolleg*innen aus allen möglichen Bereichen der Arbeitswelt weiß Riexinger um die Ansprüche an gute Arbeit und ein gutes Leben, «die unter den gegenwärtigen Bedingungen der Produktivkraftentwicklung, des erwirtschafteten Reichtums und vorhandenen Möglichkeiten als selbstverständlich», als «normal» gelten müssten (130) – und zielt damit auf eine neue «moralische Ökonomie der Arbeiterklasse» (E. P. Thompson).

Dynamik kann die Idee eines neuen Normalarbeitsverhältnis aber nur gewinnen, «wenn das Ganze in den Blick genommen wird [...] ein Horizont einer neuen Beziehung zwischen Arbeit und Leben» (139). Stichworte sind kurze Vollzeit für alle (131), Zeitsouveränität, mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, eine Kampagne für 100.000 Pflegekräfte, aber auch eine Mietenkampagne, der Kampf ums Öffentliche, ein sozial-ökologischer Umbau als ökologische Klassenpolitik. Alex Demirović zitierend weist Riexinger darauf hin, die Linke müsse alle Aspekte der Lebens- oder Existenzweise «der verschiedenen Teile der Klasse im Blick haben und kritisch als Themen und Folgen der kapitalistischen Form der gesellschaftlichen Arbeit und privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums ansprechen» (156).

«Der Gebrauchswert einer sozialistischen verbindenden Partei besteht darin», in diesen harten gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen «als eine im Alltag ver-

ankerte Organisierung der «gesamten Klasse» mit ihren verschiedenen Gesichtern» (158) zu fungieren, eine Partei, die diese Vielfalt der Klasse aktiv repräsentiert, die organisierend tätig ist, die von den Einzelnen angeeignet wird – kurz: die ermächtigt. Nicht die Einheit der Klasse ist das Ziel, vielmehr die Verbindung ihrer unterschiedlichen Teile und vielfältigen Interessen, bei Respekt und in Anerkennung ihrer Differenz.

Die dichte Verknüpfung von realen Klassengeschichten, analytischem Tiefgang, reicher Erfahrung und strategischer Reflexion weisen dieses Buch als Wurf eines organischen Intellektuellen ganz im Sinne Antonio Gramscis aus.



Bernd Riexinger

NEUE KLASSENPOLITIK
SOLIDARITÄT DER VIELEN STATT
HERRSCHAFT DER WENIGEN

160 Seiten, 14,80 Euro
ISBN 978-3-89965-827-9
VSA: Verlag Hamburg 2018

DIE AUTOREN

Mario Candeias

ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet zusammen mit anderen seit Jahren an einer verbindenden Klassenpolitik und sozialistischen Transformationsstrategien.

Klaus Dörre

ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena und einer der profiliertesten Gewerkschaftsforscher des Landes. Gemeinsam mit Nachwuchsforscher*innen hat er das Projekt Klassenanalyse Jena ins Leben gerufen, das zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung an einer neuen Klassenanalyse arbeitet.

Thomas E. Goes

arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen und demnächst auf einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanzierten Postdoc-Stelle zum «Sozialstaat des 21. Jahrhunderts». Der vorliegende Beitrag wurde in seiner Zeit als Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfasst.

«Grundsätzlich kann zwischen einer eher konservierenden und einer eher transformierenden Klassenpolitik unterschieden werden. Transformierende Klassenpolitik benötigt die Vision einer besseren, nachkapitalistischen Gesellschaft. Die beginnende Debatte um eine neo- oder ökosozialistische Option weist in diese Richtung.» Klaus Dörre